
43/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments (71/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (71/GO) 10. Sitzung, 19. Oktober 2009 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments hat am 17. Juli 2009 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments

10. Sitzung/ öffentlicher Teil

Montag, 19. 10. 2009

Gesamtdauer der Sitzung:

10.05 Uhr – 19.19 Uhr

Wien, 2009-10-19

Mag. Christine Lapp

Schriftführerin

Dr. Martin Bartenstein

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

10. Sitzung – öffentlicher Teil

Montag, 19. Oktober 2009

Gesamtdauer der 10. Sitzung:
10.04 Uhr – 19.19 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(10. Sitzung: Montag, 19. Oktober 2009)

Abg. z. NR Karl ÖLLINGER	4
OStA Mag. Eva HABICHER (Fortsetzung der Befragung: nichtöffentl. Teil)	61
Andreas PILSL	64
Hubert BAUER	121

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr

Obmann Dr. Martin Bartenstein eröffnet die Sitzung des

Untersuchungsausschusses, begrüßt alle Anwesenden und ersucht darum, als erste **Auskunftsperson** Abgeordneten **Karl Öllinger** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Karl Öllinger** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Dr. Martin Bartenstein begrüßt Abg. Öllinger als Auskunftsperson, verweist auf die anlässlich seiner ersten Befragung erfolgte rechtliche Belehrung sowie auf seine damals zu Protokoll genommenen persönlichen Daten und erteilt als erstem Fragesteller Abg. Dr. Graf das Wort.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Sehr geehrter Herr Öllinger! Wir haben ja in der letzten Sitzung einiges über die Stellung des Herrn Uwe Sailer in seiner Dienststelle in Erfahrung bringen können.

Wir haben darüber hinaus auch in Erfahrung gebracht beziehungsweise Herr Sailer hat uns mitgeteilt, dass er – sage ich jetzt zusammenfassend – lediglich aus öffentlich zugänglichen Quellen, nämlich dem Internet, Informationen gesammelt und Ihnen zur Verfügung gestellt habe.

Darüber hinaus habe er Ihnen stets mitgeteilt, dass Sie sich, wenn Sie vertiefende Informationen haben wollen, mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands ins Einvernehmen setzen wollen.

War Ihnen diese Information neu?

Auskunftsperson Karl Öllinger (Abgeordneter zum Nationalrat: Grüne): Welche Information?

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Dass Sie sich für tiefer gehende Informationen, die Sie wünschen, an das Dokumentationsarchiv wenden können.

Karl Öllinger: Herr Abgeordneter, Herr Sailer hat mir – zumindest bei dem Gespräch am 6. Juli, ich glaube aber auch schon im Telefonat am 27. Juni – nicht nur gesagt, dass das Dokumentationsarchiv auch über Informationen verfügt – was mir nicht neu ist, weil ich ja vom Dokumentationsarchiv weiß, um Ihre Frage zu beantworten –, sondern er hat mich auch darauf aufmerksam gemacht, dass ich mich an das BVT beziehungsweise LVT wenden sollte, weil ich ja mit ihm auch über konkrete Bedrohungen gesprochen habe. Er hat mir das empfohlen, und ich habe ihm gesagt, dass ich keine besonders guten Erfahrungen mit dem BVT beziehungsweise mit dem LVT gemacht habe.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ja, Sie kommen schon in diese Richtung, das ist auch eine zusätzliche Frage: Herr Sailer war ja einmal in Wien und hat Sie besucht. Können Sie sich an diese Begegnung noch erinnern?

Karl Öllinger: Sicher, das war eben an dem besagten 6. Juli, das war ein Montag. Es war ein sehr kurzfristig anberaumter Termin, weil mir Herr Sailer, soweit ich mich erinnern kann, mitgeteilt hat, dass er Zeit habe; er habe in Wien Besprechungstermine und könnte da zwischendurch kurz vorbeischaun – das war um die Mittagszeit.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Dieser Termin war schon einige Zeit vorher avisiert worden?

Karl Öllinger: Ich habe Ihnen gerade gesagt: Das war ein **kurzfristig** avisierter Termin.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Können Sie die Zeitspanne „kurzfristig“ etwas erläutern?

Karl Öllinger: Ich glaube, es ist am Sonntag oder Montag davon die Rede gewesen. Also entweder am Montag, ganz kurz vor dem Treffen, oder am Sonntag – das weiß ich nicht. Aber ich würde eher meinen, dass es am Montag war – also am **selben Tag**, um es für Sie deutlich zu machen.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Sailer hat auch gesagt, dass er über Ihren Wissensstand sehr überrascht war, zum Beispiel darüber, dass Sie wussten, wer angeblich hinter dem Pseudonym „Eispickel“ steckt. Wer steckt denn dahinter? Und woher wussten Sie das?

Karl Öllinger: Herr Abgeordneter, ich sitze nicht unbedingt hier, um mit Ihnen über die Nazi-Szene zu diskutieren – aber wenn es denn sein soll, tue ich das auch gerne.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Öllinger, ich habe eine ganz einfache Frage gestellt und will keine Diskussion führen, sondern ich will eine Antwort. Ich habe Sie gefragt, woher Sie wussten – oder seit wann Sie wussten –, wer angeblich hinter dem Pseudonym „Eispickel“ steckt.

Karl Öllinger: Sie haben mich gefragt, wer hinter dem Pseudonym steht, und da kann ich Ihnen nur eine Vermutung geben, aber nicht definitiv sagen ... – Es gibt ja keine gerichtliche Verurteilung, soweit ich weiß. – Leider!

Also, um es Ihnen noch einmal zu sagen: „Eispickel“ ist eine Person, die sich in verschiedenen **Nazi-Foren** herumtummelt und die vor einem dreiviertel Jahr – es ist nun fast schon ein Jahr her – Herrn Gunther Trübswasser, einen Landtagsabgeordneter der Grünen, mit einer Morddrohung bedacht hat. „Eispickel“ war nicht der Einzige, sondern jemand mit dem Nickname „Prinz Eugen“ war der Zweite, und es hat wegen dieser Morddrohung nicht nur – soweit ich weiß – eine Anzeige gegeben, sondern es wurde in diversen Foren auch gemutmaßt, wer dieser „Eispickel“ ist – beziehungsweise habe ich davon auch in persönlichen Gesprächen erfahren. Das hat sich offensichtlich aus Kontakten der realen Person, die hinter „Eispickel“ steht, mit Leuten von der Sozialistischen LinksPartei ergeben. Da hat es die Vermutung gegeben, dass das der Herr Felix Budin ist, aus dem Kreis um Gottfried Küssel und auch um „alpen-donau.info“, dieses eine Nazi-Forum.

Ich habe in dem Gespräch mit Gunther Trübswasser – das dann ja zu dem Kontakt mit Herrn Sailer geführt hat – auch über diese Morddrohung gesprochen, und wir haben unsere Vermutungen, was den Herrn „Eispickel“ betrifft, auch ausgetauscht.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Also konkret haben Sie die Information von der Sozialistischen LinksPartei? Ist das so?

Karl Öllinger: Es gibt auf der Website der Sozialistischen LinksPartei einen entsprechenden Hinweis, ich habe das aber auch von einer Person dieser Partei erfahren.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Wussten Sie, dass Herr Sailer über eben diese Angelegenheit – sprich: wer hinter „Eispickel“ steckt und vieles andere mehr – recherchiert? (*Kar Öllinger: Nein! Woher hätte ich das wissen sollen? – Abg. Dr. Rosenkranz: Diese Frage: „Woher hätte ich das wissen sollen?“ – Das ist eine Ja/Nein-Frage! Was ist das?! – Wir können ja die Beantwortungen des Herrn Öllinger bewerten.*

Na ja, Sie hätten das zum Beispiel vom Herrn Sailer wissen können, der Ihnen ja im E-Mail schreibt – und da zitiere ich aus seinem E-Mail-Konvolut an Sie:

„einer der wichtigsten vertreter dieser seite ist felix budin (eispickel) der bedroher von herrn trübswasser.“

Können Sie sich an diese Information von Herrn Sailer noch erinnern?

Karl Öllinger: Herr Graf, ich habe Ihnen doch schon gesagt, dass ich mit dem Herrn Trübswasser und mit dem Herrn Sailer über den Herrn Budin gesprochen habe. Da ist es ziemlich irrelevant, finde ich, ob das auch in einem Mail von ihm wiederholt wurde. **Selbstverständlich** habe ich mit ihm darüber gesprochen, aber das heißt ja nicht – was Sie jetzt insinuiert haben –, dass ich **gewusst** hätte, dass er **ermittelt**. Also von **Ermittlungen** habe ich **nichts** gewusst!

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Die Frage, ob Herr Sailer ermittelt oder nicht, ist ja eine zweite Geschichte. Er hat ja bereits im November 2008 gegenüber seiner Dienstbehörde einen Untersuchungsbericht zu diesem Thema abgegeben – weil er ja recherchiert hat –, und den möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Da geht es um die Recherchen auf einer Internetseite mit dem Namen „thiazi.net“, und da recherchiert er Folgendes – und teilt es auch seiner Dienstbehörde mit; ich zitiere –:

Der Name „Thiazi“ steht für einen Riesen, auch Sturm- oder Frostriesen, aus der germanischen Mythologie. Dieser Riese verwandelt sich in einen großen Adler und fliegt zu einer der neuen Welten, wo gerade Nachkommen anderer Riesen einen Ochsen braten. Thiazi bot seine Hilfe beim Ochsenbraten an und nahm sich, nachdem der Braten fertig war, das beste Stück vom Fleisch. Es war zum Streit, Thiazi schwang sich in die Lüfte, entführte einen der Nachkommen und verlangte für dessen Freilassung die Äpfel der ewigen Jugend von den Göttern. Im Zuge einer Verfolgungsjagd töteten die Götter Thiazi durch Verbrennen der Flügel. Die Tochter Skadi schwor Rache, um den Tod ihres Vaters zu sühnen. Der Name „Skadi“ steht als Ursprung für die Bezeichnung „Skandinavien“. – Zitatende. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Das sind zum Beispiel die Recherchen, die Herr Sailer vornimmt, und am Ende schreibt er über den Hintergrund dieser Person. Unter anderem wird da ja das reinste Neuheidentum verzapft – und zwar offensichtlich im dienstlichen Auftrag!

Meine Frage: Ist Ihnen all das auch bekannt?

Karl Öllinger: Mit der Mythologie der Germanen habe ich mich weniger beschäftigt, denn mich interessieren eher die Kontakte zwischen den Nazis und der FPÖ.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Das Witzige dabei ist aber, dass Herr Sailer zu den Vorhalten, dass er in der Berichterstattung beziehungsweise in dem Mailverkehr Ihnen gegenüber letztlich immer die „Nähe zu Graf“, das „Umfeld Graf“ und Ähnliches angesprochen hat, gesagt hat, dass er sich da geirrt habe, dass es da keine Nähe gebe, dass ihm das so reingerutscht sei beziehungsweise dass er die Personen verwechselt habe und all das nicht richtig sei et cetera. – Das lief in diesem Tenor. Und am Ende hat sich bei seiner Befragung herausgestellt – und das lässt sich auch aus dem Protokoll herauslesen –, dass es keine Nähe zu Graf und kein Umfeld Graf gibt.

Hat er irgendwann Ihnen gegenüber auch erwähnt, dass er diese Irrtümer, von denen er hier im Ausschuss gesprochen hat, begangen hat?

Karl Öllinger: Von welchen Irrtümern sprechen Sie?

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Immer, wenn es darum gegangen ist, Personen in die Nähe des Martin Graf zu rücken, war es angeblich entweder ein Irrtum, der ihm unterlaufen ist, weswegen dann auch falsch zitiert wurde, oder er hat gesagt, dass er die Personen verwechselt hat und diese gar nichts damit zu tun haben und Ähnliches mehr.

Hat er das Ihnen gegenüber zu irgendeinem Zeitpunkt richtiggestellt?

Karl Öllinger: Nach meinem Dafürhalten gab es nichts richtigzustellen. Ich weiß, dass Ihr inzwischen ehemaliger Mitarbeiter Ploner bei „alpen-donau.info“, also bei dem Nazi-Forum, tätig ist. Ich weiß, dass Herr Marcus Vetter, der auch Ihr Mitarbeiter war, mit Felix Budin beste Kontakte hatte und ihn sogar zu einem RFJ-Vortrag eingeladen hat. Ich sehe also überhaupt keine Veranlassung, dass ich jetzt, weil Herr Sailer irgendetwas vor dem Ausschuss gesagt haben soll, die nachweisbaren Kontakte zwischen FPÖ oder deren Jugendorganisation ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? Herr Kollege Öllinger! Die Namen Ploner und Vetter kommen in dem E-Mail-Verkehr zwischen Ihnen und Herrn Sailer gar nicht vor!

Woher haben Sie das also? Gibt es noch mehr E-Mails zwischen Ihnen und Herrn Sailer?

Karl Öllinger: Sie wissen, dass der Name Ploner selbstverständlich im Zusammenhang mit der Auswertung vorkommt, und es war ja das ursprüngliche Ersuchen an Herrn Sailer, dass er sich diese Seite auf „alpen-donau.info“ anschauen möge, beziehungsweise gab es, wie ich dann feststellen musste, die Seite auch bei Ihnen auf „unzensuriert.at“, wo es um das Auslieferungsbegehren gegen Öllinger geht.

Das muss ich vielleicht für die anderen Abgeordneten erklären: Das Auslieferungsbegehren Öllinger betraf die Causa Ploner. Herr Ploner hat gegen mich ein medienrechtliches Verfahren angestrengt, und zwar wegen des Vorwurfs, dass das „Nazidreck“ sei. – Übrigens haben Sie das ja auch gesagt, Herr Graf, und es ist schon interessant, dass der Mitarbeiter des Herrn Graf dann gegen mich den Vorwurf richtet, dass ich gesagt habe, dass das beim „Aufruhr-Versand“ „Nazidreck“ sei, dass er aber

gegen Herrn Graf, der auch gesagt hat, dass das „Nazidreck“ sei, diesen Vorwurf nicht richtet.

Jedenfalls richtet er aber dieses medienrechtliche Verfahren gegen mich und geht natürlich vor Gericht. Das Oberlandesgericht beschließt letztlich, nachdem das Landesgericht ursprünglich die Klage abgelehnt hat, diese Klage zuzulassen, und es gibt in dieser Sache ein Auslieferungsbegehren an das Parlament. Interessanterweise wurde dieses Auslieferungsbegehren an das Parlament zu einem Zeitpunkt auf „alpen-donau.info“ beziehungsweise auf Ihrer Seite veröffentlicht, als dieses den Abgeordneten im Parlament nach den Usancen der Parteien untereinander noch nicht bekannt war.

Das heißt – und das war für mich wirklich interessant –, dass Sie das Schreiben von Herrn Ploner erhalten haben, weil dieser es als Kläger erhalten hat. Das war zu einem Zeitpunkt, als Sie sich von Herrn Ploner schon distanziert und ihn gekündigt hatten, also zu einem Zeitpunkt, als Herr Ploner schon bei Naziaufmärschen herummarschiert ist. Herr Ploner hat dieses Schreiben offensichtlich Ihnen gegeben, und am nächsten Tag scheint dieses Auslieferungsbegehren, noch bevor es die Abgeordneten im Haus erhalten haben, auf „alpen-donau.info“ auf.

Damals habe ich mir zum ersten Mal gesagt, dass es offensichtlich sehr intensive Kontakte zwischen Ploner, Graf und „alpen-donau.info“ geben muss – in welcher Intensität, wusste ich natürlich nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Sie bringen alles ein bisschen durcheinander, aber das steht Ihnen ja zu!

Sie wurden von meinem Mitarbeiter ja nicht wegen des „Nazidrecks“ und so weiter in Klage gezogen, sondern weil Sie ihn permanent – und das tun Sie ja hier jetzt auch wieder! – falschen Verdächtigungen aussetzen. Darum geht es in dieser Klage; wir können sie gerne beischaffen. Sie setzen den Mitarbeiter eines Abgeordneten oder auch dritte Personen falschen Verdächtigungen aus und wundern sich dann, dass Sie geklagt werden, und verstecken sich hinter der Immunität. Das ist das Übliche. Dann tun Sie aber nach wie vor so, als ob diese Verdächtigungen richtig seien. – Sie betreiben das ja auch hier weiterhin permanent.

Ich habe das letztens schon aufgeklärt, das ist überhaupt kein Geheimnis. Selbstverständlich hat ein Mitarbeiter, wenn er eine Klage einbringt und als Privatankläger von den weiteren Verfahrensschritten verständigt wird, auch Rechte. Man kann in die Akten Einsicht nehmen, das ist nun einmal in der Strafprozessordnung so geregelt. Auch Personen, die eher nicht links stehen, haben Rechte.

Dieser Mitarbeiter hat das Auslieferungsbegehren bekommen, und wir haben dieses auf meiner Homepage veröffentlicht. Das ist überhaupt kein Problem. Auch Sie veröffentlichen auf Ihrer Homepage Informationen. Und wenn Dritte, Unbekannte, von denen man sich schon seit Langem und permanent distanziert hat, von einer Homepage etwas herunterladen und es dann selbst veröffentlichen, dann können Sie das einem Dritten nicht zum Vorwurf machen. – Nur so weit zur Aufklärung.

Sie gehen aber weiter in dieser Angelegenheit. Die Frage Ploner wird nur in diesem Zusammenhang, in dem Sie permanent auf dem Holzweg unterwegs sind, genannt, sonst jedoch in keinem. Und immer wenn es darum gegangen ist, Nähe von Leuten aus der rechtsextremen Szene auch zu mir und zur FPÖ zu stricken, lautete die

Aussage des Herrn Sailer, das sei ein Irrtum gewesen, er habe Namen verwechselt und Ähnliches mehr. Das ist in den Protokollen nachzulesen.

Meine Frage lautet jetzt: Hat Herr Sailer diese Art von Irrtümern, die ihm im E-Mail-Verkehr mit Ihnen unterlaufen sind, zu irgendeinem Zeitpunkt aufgeklärt?

Karl Öllinger: Mir ist nichts von einem Irrtum bekannt. (*Abg. Dr. Graf blättert in seinen Unterlagen.* – *Abg. Dr. Pilz: Bitte aus dem Stenographischen Protokoll zu zitieren, wenn Sie einen Vorhalt machen – nicht aus der eigenen Presseaussendung, sondern aus dem Stenographischen Protokoll!* – *Ruf: Wir brauchen keine Belehrung!* – *Abg. Dr. Rosenkranz: Herr Pilz, wollen Sie sich wieder vorne hinsetzen oder so?* – *Abg. Dr. Graf: Ich verstehe schon die Aufgeregtheit auch des grünen Klubs!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich nehme kurz das Fragerecht in Anspruch, damit nicht unnötig Zeit verloren geht. Bei der letzten Befragung seitens der Sozialdemokratie ist bei den Vorhalten immer zugewartet worden.

Ich darf kurz ergänzen: Es geht schon darum, wie hier Informationen offensichtlich im Kreis herumgehen und wie auf Grund dieses Kreisens in einer Art Spiralbewegung letztlich in der Betrachtungsweise aus der Mücke ein Elefant wird.

Wir haben das letzte Mal gehört, dass Herr Sailer seine Information nur als Lehrbeispiel über Herrn Budin in Zusammenhang mit „Eispickel“ gebracht hat. – Da hat er ja aufgrund dieser Morddrohung gegen Trübswasser ermittelt, und er ist auf den Namen Felix Budin gekommen, weil er eine öffentlich zugängliche Information im Internet auf der Heimseite der Sozialistischen LinksPartei gefunden hat. Auf dieser Heimseite – das haben wir uns heute Früh ausdrucken lassen – ist zu lesen – ich zitiere:

„Budin schreckte am 26.2. auch nicht vor einer Drohung zurück. Er meinte zu einem Aktivisten der SLP ‚Du weißt ja, was mit Trotzki geschehen ist (...) – dasselbe wird die“

– das ist wahrscheinlich ein Tippfehler –

„auch passieren.“

– Dabei steht in Klammer eine Anmerkung des Autors der Sozialistischen LinksPartei –:

„(Trotzki wurde 1940 mit einem Eispickel ermordet, Anm.)“ – Zitatende.

Das heißt, daher liest man jetzt „Eispickel“ in Zusammenhang mit Budin. Man googelt hinein – das werden Sie ja vielleicht gemacht haben, und das hat auch Herr Sailer gemacht –, und auf einmal kommt Herr Sailer in seinem E-Mail-Verkehr Ihnen gegenüber zur Erkenntnis – ich zitiere:

„einer der wichtigsten vertreter dieser seite ist felix budin (eispickel) der bedroher von herrn trübswasser.“

Das ist eine Feststellung. Hier wird festgestellt, dass Herr Budin – „Eispickel“ – der Bedroher von Herrn Trübswasser ist. Ist das wirklich Ihre Recherche-Art, dass Sie so zu einer Definition kommen und dann sagen: Das ist konkret einer, der eine strafbare Handlung begangen hat?

Karl Öllinger: Ich möchte schon festhalten, Herr Rosenkranz, dass Sie zur Einsicht in diese Mails nur gekommen sind, weil Sie sich diese Mails organisiert haben. Diese waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt! Aber selbstverständlich versuche ich, wenn ich recherchiere, wer Eispickel ist und ob das Herr Budin ist, Beweise oder Belege zusammenzutragen. Das ist ja klar. Und zu diesem Zweck muss ich mich wohl mit jemandem austauschen, und zwar mit dem Bedrohten, mit Herrn Trübswasser, genauso wie mit einem Menschen, von dem ich angenommen habe, dass er etwas weiß, weil er sich für die Szene interessiert.

Es ist klar, dass ich mich mit dieser Person austausche. Aber das ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Das war keine Vorhaltung in der Öffentlichkeit! Erst durch Ihre Kunst, sich die Mails zu organisieren, ist das öffentlich geworden. Machen Sie dann aber bitte nicht **mir** den Vorwurf! Da müssen ja **Sie sich** den Vorwurf machen! **Sie** haben das ja öffentlich gemacht, nicht **ich!**

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Kollege Öllinger! Sie haben mich anfangs mit meinem Namen angesprochen und gesagt, ich hätte das organisiert. – Ich weise einmal zurück, dass ich in diesem Zusammenhang in irgendeiner Form etwas organisiert hätte. Nur wenn wir da jetzt gerade im Gespräch zwischen uns beiden ... (*Karl Öllinger: Ich meinte die FPÖ im Allgemeinen!*) – Gut, dann meinten Sie die FPÖ im Allgemeinen. Sagen Sie das bitte das nächste Mal präzise, denn sonst haben wir immer Schwierigkeiten, zu verstehen, was jemand meint! Unter Umständen unterscheidet sich nämlich das, was Sie gemeint haben, von dem, was wir in der letzten Einvernahme von Ihnen hier darüber gehört haben, was Herr Sailer gesagt hat.

Trotzdem, Herr Sailer spricht zu Ihnen über Herrn Budin: Er ist der Bedroher des Herrn Trübswasser. – Das ist ein Polizist, der recherchiert hat, der sich auch in der germanischen Mythologie auskennt und ganz klar gesehen hat, wie das in dem Lager funktioniert. Er ist eine Koryphäe auf seinem Gebiet, und er sagt Ihnen: Herr Budin ist „Eispickel“ und der Bedroher von Herrn Trübswasser.

Was haben Sie darauf gesagt? – Haben Sie gesagt: So genau kann man das nicht sagen, es gilt ja auch noch die Unschuldsvermutung!, oder sonst etwas?

Wie ist Ihre Reaktion darauf, wenn Sie von einem Polizisten, von einem Experten auf einmal hören, dass das Ganze so ist?

Karl Öllinger: Es ist mühselig mit Ihnen! Ich habe Ihnen schon wiederholt erklärt, dass ich ihn nicht als Polizisten gekannt habe. – Mir schreibt da einer, der ein gewisses Wissen hat. Ich tausche mich auch mit anderen Leuten aus, die von etwas wissen oder eine Vermutung haben. Das ist völlig legitim! Das Problem bestünde **dann**, wenn ich aufgrund dieses vermeintlichen oder tatsächlichen Wissens an die Öffentlichkeit ginge.

Jetzt sage ich Ihnen etwas: Es ist klar, dass die Leute um Herrn Küssel und Herrn Budin, die eine Kameradschaft – oder wie immer man das nennen möchte – mit der Bezeichnung „Das Reich“ in ihrem Haus im zweiten Bezirk bilden – und damit ist wohl nur **ein** Reich gemeint –, an „alpen-donau.info“ maßgeblich beteiligt sind. Das ist Faktum. Und jetzt kann man darüber streiten, ob „Eispickel“ Budin ist oder nicht. Darüber kann man trefflich streiten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Sailer hat gesagt, dass das alles war, was er Ihnen im Zuge der Recherche angeboten hat: wie Ihr Auslieferungsbegehren auf zwei Heimseiten kommt. Er hat dann gesagt, dass er diese

Recherche aus reiner Freundschaft zu Ihnen macht, dass das ein Dienst ohne Entgelt sei, den er einfach leistet.

Sie werden wahrscheinlich abstreiten, dass das ein Auftrag war, aber ich möchte es jetzt einmal konkret als – unter Anführungszeichen – „technischen Auftrag“ bezeichnen. Wie ist es dazu gekommen, dass Herr Sailer zu Ihnen gesagt hat, er schaut nach? Was waren die Bedingungen und Umstände?

Karl Öllinger: Das haben Sie mich auch schon mehrfach gefragt. Ich sage es Ihnen aber trotzdem gerne noch einmal: Hintergrund war ein Telefongespräch, das ich mit Gunther Trübwasser geführt habe, von dem ich wusste, dass er die oberösterreichische Nazi-Szene gut kennt.

In diesem Gespräch mit Gunther Trübwasser haben wir nicht nur die Fragen rund um die Morddrohung gegen ihn durchgehechelt, sondern ich habe ihm auch meinen Verdacht mitgeteilt, dass es sehr intensive Beziehungen aus dem FPÖ-Klub zu Neonazis gibt. Ich habe als Beleg dafür dieses Auslieferungsbegehren genommen, weil mich das enorm irritiert hat.

Wie Sie wissen, habe ich in dieser Sache auch eine parlamentarische Anfrage an die Nationalratspräsidentin gestellt, weil mir wichtig war, festzuhalten, was da passiert: Ich bin Mitglied des Immunitätsausschusses. Die Fraktionen vereinbaren, dass der Betroffene das Auslieferungsbegehren beziehungsweise die Information zwei Tage vor den Klubs erhält und dann die Klubs informiert werden. Dann stellte ich aber fest, dass in meinem Fall das Auslieferungsbegehren und das Schreiben des Landesgerichtes schon Tage, bevor es Sie als Abgeordnete beziehungsweise Mitglieder des Immunitätsausschusses gehabt haben, auf „alpen-donau.info“ zu finden sind. Das hat mich irritiert. Daher habe ich die Parlamentsdirektion in dieser Frage kontaktiert, und ich habe auch Frau Präsidentin Mag. Prammer befragt, denn ich wollte Auskunft darüber haben, wie so etwas passieren kann.

Und wenn ich dann in einer Presseaussendung des Herrn Graf vom 13. – APA 423 – lese, dass Sie sagen, dass die „von den Grünen der Weitergabe verdächtige FPÖ“ das Schreiben „zum damaligen Zeitpunkt noch nicht einmal in Händen gehalten“ habe, dann muss ich sagen, das stimmt vielleicht für die FPÖ als solche, aber nicht für den Herrn Graf – und der war ja gemeint!

Mich hat jedenfalls interessiert – und es hat mich zutiefst beunruhigt und beunruhigt mich nach wie vor! –, dass Schreiben, die im Parlament tatsächlich geheim gehalten oder vertraulich behandelt werden, über Ploner und Graf an „alpen-donau.info“ gekommen sind. Ich habe ja herausbekommen, dass die undichte Stelle, die das Ganze an „alpen-donau.info“ weitergespielt hat, nicht die Parlamentsdirektion ist; das wäre ja absurd. – Das war einer der Punkte des Gesprächs.

Der zweite Punkt des Gesprächs war ein weiterer Grund zur Beunruhigung, hinsichtlich dessen ich mir gedacht habe, dass Herr Sailer mir vielleicht helfen und Tipps geben kann, nämlich das Schreiben Fichtenbauer, das in meiner schriftlichen Stellungnahme vorliegt. Der Brief an einen Herrn Avramovic findet sich auf „alpen-donau.info“. Das ist der Brief eines stellvertretenden Klubobmannes der FPÖ, und er findet sich auf einer deutschen Nazi-Seite, und auf der deutschen Nazi-Seite steht die Fax-Kennung. Das hat mich sehr beunruhigt und beunruhigt mich nach wie vor, wie Briefe des Herrn Fichtenbauer offensichtlich von seinem Schreibtisch weggenommen werden, in ein

Faxgerät gesteckt werden und dann bei den Nazis landen. Das ist eine Erklärung, die Sie – nicht in diesem Ausschuss, vermute ich – schuldig sind.

Das war der Gegenstand des Gesprächs mit Herrn Gunther Trübswasser, der mir dann im Gespräch gesagt hat, ruf einmal den Herrn Sailer an, frage einmal den Herrn Sailer. Ich habe ihn dann gefragt, ob er mir die Telefonnummer geben kann. Da hat er gesagt, da muss er mit dem Sailer noch reden, und er hat mir dann, glaube ich, per SMS die Telefonnummer des Herrn Sailer geschickt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war jetzt alles sehr schön, was Sie gesagt haben, das habe ich auch bei der letzten Sitzung so gehört. Ich wollte aber eigentlich Folgendes wissen: In diesem Telefonat, bei dem wir jetzt sind, was hat da Ihr – unter Anführungszeichen – „Hilferuf“ aus Ihrer Besorgnis heraus beim Herrn Sailer ausgelöst? Denn Sie haben gesagt, Sie haben ihm keinen entgeltlichen Auftrag gegeben, und der Herr Sailer hat gesagt: Ich mache das quasi – unter Anführungszeichen – als „Freundschaftsdienst“. – So habe ich das in der Einvernahme von Herrn Sailer aufgefasst.

Dazu wollte ich Sie jetzt fragen – denn wir haben ja in der letzten Sitzung unterschiedliche Aussagen von Herrn Sailer und von Ihnen gehört, darum möchte ich jetzt alles, was der Herr Sailer sagt, auch mit Ihnen gerne durchsprechen –, ob Sie da immer die gleiche Wahrnehmung haben.

Karl Öllinger: Manches muss erklärt werden. Ich habe Ihnen gesagt, vorausgehend war das Gespräch Gunther Trübswasser, der sagt: Na ja, ruf einmal den Sailer an.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, Herr Abgeordneter Öllinger, meine intellektuellen Fähigkeiten haben gereicht, das, was Sie vorher gesagt haben, zu verstehen. – Kurz fürs Protokoll: Der Herr Abgeordnete Öllinger wiegt den Kopf bedenklich; ich nehme an, meine intellektuellen Fähigkeiten sind ihm nicht weitreichend genug.

Ich möchte von Ihnen wissen: Was hat Herr Sailer zu Ihrem – unter Anführungszeichen – „Hilferuf“: Bitte, ich stehe vor einem Problem, wie kommt mein Auslieferungsbegehren auf zwei Homepages drauf?, gesagt? – Was sagt da der Sailer drauf? Das möchte ich von Ihnen jetzt wissen!

Karl Öllinger: Ich kann Ihnen das ganz einfach sagen: Schicken Sie es mir einmal, ich schaue mir das an!, hat er gesagt. Ich habe es ihm als Datei geschickt, und er hatte es sich aber offensichtlich mittlerweile selbst schon angeschaut.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sehr gut. Jetzt kommen wir weiter. Wie ist es dann weitergegangen? Wie lange hat denn dieses Gespräch im Büro mit dem Herrn Sailer gedauert – dieses kurzfristig einberufene, wo er kurz zwischendurch Zeit hatte?

Karl Öllinger: Sie springen etwas in der Zeitreihe. Der Beginn war der 27. Juni, das Telefonat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ihre erste Antwort war, der Herr Sailer hat im ersten Telefonat auf Ihr Problem gesagt: Schicken Sie es mir! – Das wollte ich von Ihnen wissen. Jetzt habe ich eine andere Frage.

Karl Öllinger: Ja, aber das sollten wir festhalten. Das eine war am 27. Juni, und das Gespräch, wo ich den Herrn Sailer das erste Mal physisch gesehen habe, war am 6. Juli, und dieses Gespräch hat meiner Erinnerung nach eine halbe, dreiviertel Stunde gedauert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Weil Sie so viel Wert darauf legen, dass die Zeitpunkte und so weiter ganz genau nachvollzogen werden: Mir war schon bewusst, dass Ihr persönliches Gespräch am 6. Juli stattgefunden hat, denn das ist auch anhand der Unterlagen unstrittig. Es geht nur um die Antwort von Herrn Sailer nach diesem Gespräch, wo Sie offensichtlich Materialien, insbesondere ausgedruckte E-Mails, übergeben haben – denn im E-Mail-Verkehr tauchen sie nicht auf.

Da sagt der Herr Sailer selbst, er ist sozusagen betroffen von dieser Fülle von Informationsmaterial, das er bekommen hat, und über die Probleme, die darin aufgeworfen wurden, könnte man wiederum drei Stunden sprechen.

Jetzt ist meine Frage: Wann ist zuvor drei Stunden lang mit dem Herrn Sailer konferiert worden? Wir haben ein Telefonat mit einer halben Stunde und ein erstes persönliches Gespräch, das Ihrer Einschätzung nach eine halbe bis dreiviertel Stunde gedauert hat.

Karl Öllinger: Vom ersten Gespräch weiß ich nicht, ob es eine halbe Stunde gedauert hat oder fast eine Stunde, aber in diesem Zeitrahmen war es. Neben meinem Problem mit dem Auslieferungsbegehren beziehungsweise mit Fichtenbauer sind natürlich eine Fülle von Namen gefallen, die mir, nachdem ich gesehen habe, Herr Sailer kennt sich in der Szene aus, auch wichtig waren; unter anderem eben „Eispickel“, „Prinz Eugen“ et cetera, et cetera. Also da sind schon eine Fülle von Namen angesprochen worden, und bei dem physischen Treffen am 6. Juli war es das Gleiche. Das heißt, es ist eine Fülle von Personen oder Problemstellungen angesprochen worden.

Aber es hat, soweit ich weiß, von meiner Seite keine schriftlichen Unterlagen an ihn gegeben. Also ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass ich dem Herrn Sailer am 6. Juli etwas schriftlich gegeben hätte. Ich wüsste auch nicht, was.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt ganz wirklich konkret auf den Punkt des Untersuchungsausschusses, nämlich die Bespitzelung von freiheitlichen Mandatären durch Sie: Wir haben jetzt gerade von Ihnen gehört, dass Sie versuchen, Kontakte zwischen der Neonazi-Szene und der FPÖ, Politikern und so weiter zu erforschen, auszuforschen, zu erkunden. Das ist einmal ein politischer Antrieb von Ihnen. Ist das richtig?

Karl Öllinger: Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt bedienen Sie sich eines Experten und sagen: Bitte, Sie haben Fachkenntnisse und Sachkenntnisse dazu, nämlich mehr als ein Durchschnittsbürger, sodass Sie hinter die Dinge schauen können, insbesondere auch, was sich hinter einer Heimseite eines FPÖ-Politikers, des Herrn Präsidenten Graf, verbirgt. Ist das auch so?

Karl Öllinger: Die Heimseite ist die Homepage oder Website, aber egal...
(*Zwischenruf des Abg. Dr. Pitz. – Heiterkeit.*)

Herr Abgeordneter Rosenkranz! Es ist ganz einfach so, dass sich in diesem Zusammenhang, was Kontakte betrifft – oder eigentlich geht es primär nicht um Kontakte, primär geht es um immer stärker werdende Neonazi-Gruppierungen –, was

sich einfach daraus ergeben hat, war: Wenn man da in die Szene hineinschaut, stößt man immer wieder auf Querverbindungen zur FPÖ. Diese Informationen erhalte ich querdurch. Natürlich schreiben mir Leute, natürlich spreche ich mit dem DÖW, natürlich schaue ich mir selbst Seiten im Internet an, in einschlägigen Foren, ob das „thiazi.net“ oder „alpen-donau.info“ ist oder auch andere Foren. Ich recherchiere selbst. Ich habe Kontakte auch im Ausland mit entsprechenden Personen, die journalistisch tätig sind und diese österreichische Szene beobachten; na klar.

Und in diesem Kontext in einem Gespräch mit dem Gunther Trübswasser fällt der Name Sailer, und ich sage mir, ja, warum nicht mit ihm sprechen, wenn er etwas weiß, und Datenforensiker, ja, klingt interessant, also spreche ich mit ihm. Ich habe dann Herrn Sailer eine SMS geschickt, wann er Zeit hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Öllinger, das, was Sie beantwortet haben, war wieder nicht meine Frage. Ich versuche es wieder, noch präziser für Sie. Sie sagen dem Herrn Sailer, Sie haben ein Problem – Sie recherchieren selbst, Sie haben Informationen, Sie bekommen einiges –, Sie können nicht feststellen, wie dieses Schreiben auf die Heimseite kommt. – Und für alle, die es nicht verstehen, die der deutschen Sprache nicht mehr mächtig sind: Es ist die Homepage. (*Ruf: Sie brauchen uns nicht zu belehren!*)

Meine Frage: Haben Sie selbst nicht die Fähigkeit, dass Sie das eruieren können? (*Karl Öllinger: Nein!*) – Jetzt wenden Sie sich an den Datenforensiker mit der ganzen Vorgeschichte vom Herrn Trübswasser mit der Empfehlung – das habe ich auch alles bereits verstanden. Mit welcher Absicht wenden Sie sich dann an den Herrn Sailer? Nach meiner Auffassung kann das nur so sein, dass der über ein Wissen verfügt, um hinter manche Dinge zu sehen, mehr als ein normaler, durchschnittlicher Bürger, so wie Sie recherchieren.

Karl Öllinger: Ja, inzwischen bin ich auch so weit, dass ich einige dieser Informationen selbst auslesen kann, aber, na klar, wenn Sie ein PDF-File erhalten, dann ist es unter Umständen schon auch interessant, wann dieses File erstellt wurde und wie es erstellt wurde, also einfach technisch. Das sind keine verbotenen Informationen, sondern das sind ja öffentlich zugängliche Informationen aus dem Internet. Ich habe nichts Illegales gemacht, und auch der Herr Sailer, der sich dann diese Seiten anschaut, macht nichts Illegales.

Und wenn ich ihn frage, ob er mir da helfen kann, dann stellt er sein Wissen zur Verfügung, seine Technik, wenn Sie so wollen. Inzwischen, kann ich Ihnen sagen, weiß ich auch manche Seiten auszulesen, aber ich verfüge bei Weitem nicht über dieses technische Wissen.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich habe eine Verständnisfrage. Sie haben vorhin hier dem Ausschuss über den 6. berichtet und haben mitgeteilt, Sie waren sehr besorgt, und Sie zitieren dann aus einem Pressedienst vom 13.. Wie können Sie über etwas, was sieben Tage später über OTS erscheint, schon besorgt sein in Ihrem Gespräch mit dem Herrn Sailer?

Karl Öllinger: Diese Frage habe ich absolut nicht verstanden.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Sie haben – und deswegen wollte ich es ja aufklären – Ihre Besorgnis geschildert. Wie kann, wenn ein Pressedienst am 13. – Sie haben sogar die APA-Meldung zitiert – aus dem FPÖ-Klub rausgeht, was ja

objektiv richtig ist, also nicht zugestellt war zu diesem Zeitpunkt ... Woher ist diese Information? Sie haben diese Besorgnis erzählt im Zuge Ihres Termins mit dem Herrn Sailer. Das haben Sie geschildert. Und ich frage Sie jetzt: Wie können Sie zu einem Zeitpunkt eine Woche vorher schon besorgt sein über einen Pressedienst, den es noch gar nicht gegeben hat? (*Karl Öllinger: Herr Graf, ich ...!*) Kann sein, dass Sie bloß die Zeilenreihe durcheinanderbringen.

Karl Öllinger: Herr Graf, um es für Sie auch noch einmal deutlich zu machen: Ich zitiere aus einer Pressemeldung, die nicht am 13. Mai erschienen ist, sondern am 13. **Oktober**, in der Sie behaupten – und ich nehme an, Sie sind auch ein führendes Mitglied dieser Partei – ich zitiere:

„Die von den Grünen der Weitergabe verdächtige FPÖ habe das Schreiben zum damaligen Zeitpunkt“

– und damit ist der Zeitpunkt bis zum 29. Mai gemeint –

„noch nicht einmal in Händen gehalten (...)“. – Das sagen Sie am 13. Oktober. Sie sagen, Sie – beziehungsweise die FPÖ, von der Sie ja ein Teil sind – haben das nicht in der Hand gehabt, obwohl es am 27. Mai auf Ihrer Seite veröffentlicht wurde und am 28. Mai – ich habe das noch im Kopf – auf „alpen-donau.info“.

Sie erklären am 13. Oktober, die FPÖ habe nichts davon gewusst. – Das ist ja absurd!

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Die FPÖ hat auch tatsächlich dieses Schreiben noch nicht zugestellt erhalten.

Karl Öllinger: Ja, sind Sie nicht die FPÖ?

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich bin nicht *die* FPÖ. Und wenn ich auf meiner Homepage etwas in meiner Verantwortung veröffentliche, dann hat es der Martin Graf, der auch FPÖ-Abgeordneter ist, gehabt, und der hat es nie abgestritten. Er hat bei diesem File sogar die Quelle dazugeschrieben, wenn Sie sich erinnern können, woher er es hat.

Daher wäre die einfachste Frage gewesen, wenn Sie sich da unsicher sind, woher der Graf das hat, dass Sie zum Hörer greifen, anrufen und sagen: Sagen Sie, Herr Kollege, wo haben Sie das her? – Sie haben ja sowieso gewusst, woher es ist, oder? Sie haben es doch sicher gewusst. Sie wollten nur eine Geschichte aufblasen, die keine Geschichte ist. Haben Sie vielleicht Zweifel daran gehabt, woher es ist?

Karl Öllinger: Ich wollte mir sicher sein, woher es ist. Und wenn Sie am 13.10. noch immer schreiben, die FPÖ hat nichts davon gewusst, dann habe ich gute Gründe zu der Annahme, dass Ihnen das gar nicht so recht war, dass diese Beziehungen da offengelegt werden.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Kollege Öllinger, ein Mensch ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Darf ich mich jetzt kurz einschalten! Das Risiko ist ... (*Abg. Dr. Graf: Nein, ich darf jetzt schon ...!*) – Moment, ich bin am Wort! (*Abg. Dr. Graf: Immer bei mir!*) Hören Sie einmal kurz zu! Wir sind hier in einem Untersuchungsausschuss, und wir sollten uns schon an das Prinzip Vorhalte und Fragen durch die Abgeordneten und Antworten durch die Auskunftsperson halten und

versuchen, zu vermeiden, dass das jetzt in eine Debatte zwischen zwei Abgeordneten in einem Ausschuss entgleitet.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Vorsitzender, aber dann werden Sie mir recht geben, dass es sich in Wirklichkeit um einen Zeitraum handelt, den wir hier zu untersuchen haben, der **vor** in etwa Mitte Juli dieses Jahres liegt. Und wenn der Herr Öllinger permanent Nebelgranaten bis in den Oktober dieses Jahres hineinwirft, dann verschleiert er etwas, möchte er etwas aufblasen.

Und ich sage jetzt noch einmal an dieser Stelle: Der Herr Öllinger wundert sich, dass die FPÖ – jetzt sage ich einmal, vertreten durch den Herrn Klubobmann oder durch den Parteichef – etwas nicht gewusst hat, wundert sich aber nicht, dass er als maßgeblicher Funktionär ein Strategiepapier der Grünen nicht kennt. Da wundert er sich nicht. Aber wenn jemand als Abgeordneter unter Bekanntgabe der Quelle – nämlich das File ist abgespeichert unter Ploner, und das ist auch für jedermann leicht ersichtlich ... (*Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt und dem Obmann.*) – Na, was ist los? (*Ruf: Er will sich gerade wichtigmachen!*) – Okay.

Herr Vorsitzender, ich warte einmal ab, bis die Grünen und die Roten, die ja da jetzt versuchen ... (*Ruf: Beim Herrn Sailer war das auch! Der weiß, wie es in der Mythologie ausschaut!*) Sie wollen jetzt in Wirklichkeit nur meine Befragung im Fluss unterbrechen, na klar.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Bitte um die Fortsetzung der Befragung des Herrn Öllinger durch den Herrn Abgeordneten Graf.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Also ich halte fest: Es hat niemand von einer Heimatseite gesprochen. Noch einmal: Die Quelle war Ihnen bekannt. Ist das so? (*Zwischenruf.*) Eine Frage formulieren darf ich doch noch! Wussten Sie, wo dieses Auslieferungsbegehren weltweit zum ersten Mal öffentlich zur Verfügung gestellt wurde?

Karl Öllinger: Ich habe natürlich mitbekommen, dass das am 27. Mai auf Ihrer Seite war. Aber der Punkt war: Von wo haben **Sie** es? Denn von der offiziellen Verständigung des Parlaments oder auf dem offiziellen Dienstweg durch das Parlament konnten Sie es nicht haben. Das war für mich aber der Punkt, der mir nicht klar war. Wird da jetzt, obwohl es Vereinbarungen zwischen den Fraktionen gibt, irgendwo eine Abzweigung gemacht, und es findet sich das Schreiben, das an das Parlament gegangen ist, bei Ihnen beziehungsweise bei „alpen-donau.info,“ oder gibt es einen anderen Weg? Und da war mir dann schon klar, ohne dass ich Ihre Seite ... Das schau ich mir nicht immer an, ehrlich gesagt.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Danke, Herr Öllinger. Sie haben jetzt gesagt – Sie sagen dann immer noch einen zweiten Halbsatz dazu, aber Sie haben es bestätigt –, dass Sie es bei mir auf meiner Homepage gesehen haben. Sie sagen zwar jetzt „Seite“ und nicht „Page“. Das wundert mich auch etwas. Warum heißt es eigentlich „Seite“, Herr Kollege? Aber das frage ich Sie nachher dann.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Lassen wir die Polemik bitte weg.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Aber Sie haben jetzt bestätigt, dass Sie das das erste Mal bei mir auf der Homepage gesehen haben. Haben Sie den dazugehörigen Artikel auch gelesen? – Es ist ja ein Zeitungsartikel mit veröffentlicht worden.

Karl Öllinger: Ich glaube nicht. Also überflogen wahrscheinlich, ob etwas Interessantes drinnen ist.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Gut. Der Artikel ist nämlich übertitelt mit „Herr Öllinger erhält Post vom Gericht“. Das ist der Artikel, und dann ist es im Original mit der Kennung Ploner – das ist der Privatankläger – angehängt worden, und das ist am 27. auf die Homepage gestellt worden. Das war für jedermann ersichtlich, auch für Sie. Das nehme ich jetzt einmal so zur Kenntnis.

Karl Öllinger: Die Kennung „Ploner“ war mir nicht ersichtlich. Tut mir leid. Und auch wenn ich ein PDF-File mit „Ploner“ betitle, heißt es ja noch nicht, dass es von Ploner erstellt wurde, beziehungsweise Sie können das, wenn Sie das File selbst erstellen oder einscannen, „Ploner“ nennen. Das macht aber noch einen Unterschied aus.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Das macht überhaupt keinen Unterschied aus. Aber es ist so, dass tatsächlich mit keinen verdeckten Karten – wenn Sie das so wollen – von meiner Seite gespielt wurde, sondern dass das sogar mit dem Hinweis darauf, wer der Privatankläger ist und wo man es herhaben kann, auf die Homepage gestellt worden ist. Und das halte ich jetzt einmal fest.

Sie haben es vielleicht nicht erkannt, und dann war Ihr Begehren, es zu recherchieren. Sie gehen halt den Umweg, Sie fragen nicht direkt, gehen den Umweg und sehen dahinter eine Weltverschwörung, so kommt mir das vor, anstatt dass Sie den direkten Weg gehen. Oder ist Ihnen jemals in den Sinn gekommen, einfach zu fragen: Wo haben Sie das her?

Karl Öllinger: Herr Abgeordneter Graf, Sie sind, so wie ich, Mitglied des Immunitätsausschusses. Als solche haben wir vereinbart – beziehungsweise wurde das auch in der Präsidiale vereinbart –, dass ein Weg einzuhalten ist, wenn Auslieferungsbegehren kommen.

Sie sind auch Dritter Nationalratspräsident. Sie sagen sich: Das ist mir wurscht, was da vereinbart wurde. **Ich**, Martin Graf, in meiner Eigenschaft als ein irgendwie mit der FPÖ Verbundener, aber nicht die FPÖ Repräsentierender, ich erlaube mir entgegen dem, was da vereinbart wurde, dieses Schreiben des Herrn Ploner zu einem Zeitpunkt ins Netz zu stellen – ins Internet, auf Ihre Homepage oder Heimseite –, wo es noch nicht vereinbart war und wo es nicht aus offiziellen Quellen kommen konnte. Das ist der Punkt.

Und jetzt können Sie sagen: Ja, das ist mir wurscht, aber dann frage ich Sie: Wozu haben wir Vereinbarungen? Und das war einfach der Punkt: Ich habe nicht gewusst, ob das durch Sie passiert ist oder ob es so ist, weil irgendjemand in der Parlamentsdirektion das an Sie weitergegeben hat. Und die Klärung war für mich ausreichend. Es ist nicht von der Parlamentsdirektion, nicht vom Parlamentspräsidium an Sie gegangen, sondern Sie haben es sich direkt vom Herrn Ploner geholt und auf Ihre Seite gestellt.

Sie sagen: Ich bin zwar Mitglied des Immunitätsausschusses und Dritter Präsident, aber was Vereinbarungen betrifft, die wir im Nationalrat machen, ist mir das wurscht. Wenn es um den Herrn Öllinger geht, möchte ich sozusagen die Themenführerschaft.

Es geht ja nur um den Vorsprung. Es ist ja ohnehin klar, dass das ein paar Tage später veröffentlicht werden kann. Aber es lag mir schon auch daran, das festzuhalten, weil es

ja nicht das Einzige war. Und Sie sollten nicht ablenken, es gibt auch das Schreiben Fichtenbauer. Das betrifft nicht Sie, sondern ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Darf ich sagen, dass ich Ihre vielleicht auch persönliche Empörung verstehe. Das verstehe ich ja, nehme ich zur Kenntnis, ist vielleicht auch so. Ich nehme an, Sie teilen das, denn als das Auslieferungsbegehren Martin Graf in der Zeitung erschienen ist – das noch **niemand** hatte, nicht einmal noch der Immunitätsausschuss! –, haben Sie sich wahrscheinlich genau so empört. Stimmt das?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Meine Herren Abgeordneten Graf und Öllinger! Wir sind hier, um eine Untersuchung zu führen. Diese Untersuchung soll unter anderem dadurch zum Ziel kommen, dass Sie, die Abgeordneten, Fragen an eine Auskunftsperson stellen.

Nun, ich verstehe schon, dass sich hier zwei Abgeordnete einen Diskurs geben, aber das ist nicht der Sinn der Sache. Herr Präsident, Sie stellen eine Frage – Herr Öllinger, Sie geben eine Antwort. Auch Sie sollen hier nicht ein Plädoyer halten oder irgendetwas erzählen, noch viel weniger als der Fragende, der vielleicht eine Einleitung bringt, sondern sollen Fragen beantworten. Und das erreichen Sie dann, Herr Präsident, wenn Sie wirklich Fragen stellen. (*Abg. Mag. Stadler: Aber zum Gegenstand!*) – Na ja, Gegenstand ist es schon (*Abg. Dr. Graf: Das ist schon der Gegenstand!*): Wie konnte es geschehen? Hat da jemand gespitzelt? Hat da jemand jemanden veranlasst, einen Geheimnisbruch zu begehen? Darum geht es. Das machen Sie ja auch, Herr Abgeordneter Stadler. Das lasse ich noch zu.

Was dann im Oktober passiert ist, Herr Abgeordneter, ist nicht mehr Gegenstand der Untersuchung, sondern das hat sich ergeben, weil jeder, der hier sitzt, weiß, wie die Dinge abgelaufen sind, und dann natürlich damit hinausgeht – nicht zu Unrecht, weil das öffentlich ist.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Gut. Ich fasse jetzt in einem oder zwei Sätzen zusammen: Dieses Auslieferungsbegehren ist zusammen mit einem redaktionellen Artikel auf der Homepage „www.unzensuriert.at“ zu einem Zeitpunkt erschienen, der nicht einmal verdeckt gehalten worden ist, und mit einer Anlage, die ein Original wiedergegeben hat, das auch noch den Hinweis auf den Privatankläger enthält, nämlich den Namen Ploner. Das ist einmal Faktum, und das haben Sie auch im Wesentlichen so zur Kenntnis genommen.

Meine Frage jetzt an Sie: Ist Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt in den Sinn gekommen, mich zu fragen, woher ich dieses haben könnte? (*Karl Öllinger: Nein!*) – Warum nicht?

Karl Öllinger: Weil ich mir da keinen Erkenntnisgewinn erwartet habe.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ist es nicht so, dass der beste Weg der Recherche ist, direkt an die Quelle zu gehen? Würden Sie diese Meinung teilen?

Karl Öllinger: Die Quelle war in dem Fall Ploner. Und Ploner ist „alpen-donau.info“.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Woher wissen Sie, dass der „alpen-donau.info“ ist?

Karl Öllinger: Weil er mit denen aufgetreten ist.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Wer ist „alpen-donau.info“, bitte?

Karl Öllinger: „alpen-donau.info“ ist ein Forum, das von Österreichern eingerichtet wurde, ein Nazi-Forum, das über einen US-Server gehostet wird, wo man die Identität der beteiligten Personen schwer feststellen kann, wo es aber Vermutungen gibt – über die habe ich gesprochen, und insofern geht es hier natürlich nur um Vermutungen –, wer daran teilnimmt. „alpen-donau.info“ hat auch zu öffentlichen Auftritten aufgerufen, bei denen dann der Herr Ploner dabei war, mit einer ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Darf ich noch einmal fragen: Wissen Sie konkret entweder aus eigener Wahrnehmung oder aus Mitteilungen von dritter Seite, wer konkret hinter „alpen-donau.info“ steckt? Wissen Sie das?

Karl Öllinger: Ich habe Vermutungen, und der Herr ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich will keine Vermutungen, ich will wissen, ob Sie es **wissen!**

Karl Öllinger: Ich weiß, dass der Herr Ploner bei einer ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich frage Sie noch einmal konkret: Herr Vorsitzender oder Herr Verfahrensanwalt, vielleicht helfen Sie jetzt unterstützend. Ich glaube schon, dass das eine konkrete Frage ist.

Meine Frage war: Wissen Sie aus eigener Wahrnehmung oder aus Erzählungen von dritter Seite, wer hinter dieser „alpen-donau.info“-Homepage steckt?

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Wenn Sie, Herr Abgeordneter Graf, den Herrn Verfahrensanwalt ansprechen, dann hören Sie ihm bitte auch zu! Sie haben ihm das Mikrofon wieder genommen. – Bitte.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es ist so, dass Sie weiter fortfahren und Ihre Frage vertiefen und bei der Gelegenheit, als Öllinger antworten wollte, das Mikrofon wieder zu sich geholt haben. Also bitte eine gewisse Ordnung einzuhalten! Wir brauchen auch die Zeit, bis 12 Uhr sollte diese Befragung nach meinem Kalender abgeschlossen sein.

Karl Öllinger: Ich weiß, dass Ploner bei einer Veranstaltung, zu der „alpen-donau.info“ aufgerufen hat, mit einer Nazi-Smiley-Maske aufgetreten ist.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Haben Sie darüber hinaus noch irgendwelche Erkenntnisse, wer hinter „alpen-donau.info“ steckt? Und jetzt frage ich nicht in Bezug auf Ploner, sondern ich frage Sie, ob Sie **eigene** Wahrnehmungen haben, wer hinter „alpen-donau.info“ steckt.

Karl Öllinger: Ich habe Wahrnehmungen, aber die habe ich Ihnen schon mitgeteilt. Das bezieht sich auf eine Verdachtslage, von der ich glaube, dass sie ausreichend ist, um eigentlich die Behörden dazu zu veranlassen, dass sie tätig werden sollen, denn schließlich wird von dieser Seite aus Hetze betrieben, NS-Wiederbetätigung betrieben. Also da sollte man eigentlich vonseiten der Behörden tätig sein.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Wenn Sie meinen Eintrag auf meiner Homepage sehen, dann habe ich das auch so festgehalten, dass ich mich dagegen verwahre und jeden dafür verantwortlich mache,

der verbotenerweise von meiner Homepage etwas runterlädt und auf seiner veröffentlicht. Meine Homepage kennen Sie ja, das können Sie dort nachlesen.

Bis zum heutigen Tag, obwohl es eine Anzeige der Freiheitlichen Partei gegen dieses „alpen-donau“-Forum – oder wie immer sich das nennt – gibt, ist nämlich niemandem, auch keiner Ermittlungsbehörde, weder Polizei noch Staatsanwaltschaft, bekannt, wer hinter dieser Homepage steckt. Daher ist es für uns sehr interessant, zu wissen, ob **Sie** es wissen, ob Sie mehr Wissen haben als die Polizei und die Ermittlungsbehörden.

Karl Öllinger: Wenn Sie mich ernsthaft fragen würden, dann würde ich Ihnen das ausbreiten. Nachdem Sie aber öffentlich erklärt haben, hinter „alpen-donau.info“ stecken wahrscheinlich Linksextreme, kann ich nicht davon ausgehen, dass Sie wirklich ernsthaft daran interessiert sind, das zu wissen. Sie wissen sehr wohl auch, denke ich, was ich weiß und was jeder weiß, der sich damit beschäftigt, welche Personen mit ziemlicher Sicherheit hinter „alpen-donau.info“ stehen: von Gottfried Küssel, Felix Budin über Radl und andere.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Also ich persönlich habe die Vermutung, dass linksextreme Agents Provocateurs dahinterstecken. Sie haben eine andere Vermutung. (*Karl Öllinger: Ja!*) – Okay, ich kann meine Vermutung nicht beweisen, aber aufgrund der vielen Fakten in diese Richtung kann man diese Vermutung durchaus hegen. Die gefällt Ihnen vielleicht nicht so, das gebe ich Ihnen schon zu, aber weder Sie noch ich wissen, wer dahintersteckt. Ich gebe aber im Gegensatz zu Ihnen auch nicht vor, dass ich mehr Wissen habe als die ermittelnden Behörden. Sie tun das aber ständig. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

Haben Sie jemals versucht, sich in rechtsextreme Foren mit einem Nickname oder so einzuklinken – oder wie immer man das fachmännisch nennt? (*Karl Öllinger: Nein!*)

Haben Sie Informationen, ob jemand vonseiten der grünen Funktionäre, der Funktionärsschicht, versucht hat – wie hat der Kollege Pilz gesagt?, der kennt sich da besser aus; „einloggen“ heißt das? – sich da einzuklinken oder wie auch immer, auf Verteiler von rechtsextremen Plattformen zu kommen?

Karl Öllinger: Mir ist nichts bekannt, aber ich nehme an, Sie spielen auf die Sache in Oberösterreich an. Das sehe ich nicht im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand, aber meinerwegen. Aus meiner Erinnerung beziehungsweise meinem Wissen kann ich das gerne beantworten, aber das sollte man dann für die Abgeordneten, und zwar für alle Abgeordneten, auch sichtbar machen.

In Oberösterreich – das war kurz Thema im oberösterreichischen Wahlkampf – ist es offensichtlich passiert, dass eine Person mit einem bestimmten Namen – weiß ich jetzt nicht auswendig, Konrad Freiherr oder so ähnlich – eine Mail an den damals schon wegen neonazistischer Umtriebe verdächtigen „Bund Freier Jugend“ geschickt hat.

Soweit ich das „Heute“ – das war weitgehend das einzige Medium, das darüber berichtet hat – entnommen habe, hat Herr Sailer in seiner Eigenschaft als Kriminalbeamter sozusagen diese Homepage beziehungsweise den Mail-Server vom „Bund Freier Jugend“ überwacht. Das stand in „Heute“ zu lesen im Zusammenhang mit den oberösterreichischen Landtagswahlen. Er hat offensichtlich routinemäßig bei einer eingehenden Mail beim BFJ die IP-Adresse dieser Mail ausgelesen und hat festgestellt, diese Mail ist über einen grünen Mail-Server verschickt worden.

Mich hat diese Sache natürlich im oberösterreichischen Landtagswahlkampf, also im September, interessiert. Mein Wissensstand ist, hinter dieser IP-Adresse – und das ist technisch ganz einfach –, die da von grüner Seite sichtbar wird, können sich, wenn das ein offenes Netz ist, alle möglichen Personen einloggen.

Es ist grotesk, zu vermuten – was einige getan haben –, dass die Landesgeschäftsführerin der Grünen diese Mail verfasst haben soll. Diese Mail, gerichtet an den „Bund Freier Jugend“, wollte klarlegen, dass der Bruder des Absenders von – und da wurde eine wilde Sprache verwendet – „Kanaken“ zusammengeschlagen wurde und er, der Absender, deshalb Kontakt mit dem BFJ aufnehmen will.

Das ist an und für sich eine irrelevante Sache, wie sich auch herausgestellt hat. Für mich interessant in diesem Kontext war nur, wie diese polizeiinterne Mail an „Heute“ beziehungsweise an die FPÖ kommt.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Abgeordneter Öllinger! Wenn Sie irgendwann einmal das Gefühl haben, die Frage gehört nicht zum Untersuchungsgegenstand, haben Sie jederzeit die Möglichkeit, sich mit dem Verfahrensanwalt zu konsultieren. Unter anderem sitzt er dafür neben Ihnen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Der Medienberichterstattung, die Sie selbst gerade erwähnt haben, hauptsächlich in der Zeitung „Heute“, konnte man eine Stellungnahme des als Auskunftsperson zur Verfügung stehenden Mag. Tischlinger entnehmen. Auf die Frage des Journalisten, inwieweit er die Wahrnehmung habe, dass Grüne in der Vergangenheit mehrfach versucht hätten, sich in rechte Kreise einzuschleusen, hat Herr Mag. Tischlinger gesagt: Ja, vor dem Problem stehen wir. Das ist in den letzten Monaten mehrfach passiert.

Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, wie das zu verstehen ist, dass man mehrfach versucht hat, in solche Kreise einzudringen, und wenn ja, zu welchem Zweck?

Karl Öllinger: Herr Abgeordneter Neubauer, soweit ich weiß, hat dieser Mail-Verkehr zwischen einer unbekanntenen Person und dem BFJ Anfang 2007 stattgefunden. Sie sprechen aber jetzt davon, dass der Herr Tischlinger gesagt hat: in den letzten Monaten. Fragen Sie das bitte den Herrn Tischlinger und nicht mich!

Ich bin auf diesen oberösterreichischen Mail-Verkehr durch Ihre eigene Stellungnahme im Parlament aufmerksam geworden, in der Sie den Landesrat Anschöber beschuldigt haben, dass er Landesbedienstete unter Druck setzt. Mir war das völlig unerklärlich und erschien es als absurd, was Sie da im Parlament gesagt haben, wo Sie von irgendwelchen Mails gesprochen haben, und darum hat mich die Sache, die ja jetzt im September stattgefunden hat, interessiert.

Was der Herr Tischlinger sagt, das weiß ich nicht. Ich glaube, er ist ja hier als Auskunftsperson geladen. Das soll **er** Ihnen erklären.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Meine Frage war ja nicht, dass Sie die Aussage des Herrn Mag. Tischlinger interpretieren, sondern ob Sie dezidiert zu seiner Aussage eine Wahrnehmung haben – ja oder nein.

Karl Öllinger: Ich habe überhaupt keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gut, das wäre es ja schon gewesen.

Die zweite Frage: Es geht um den E-Mail-Verkehr zwischen Ihnen und dem Herrn Sailer. Da gibt es die Frage, die offen ist, dass der Herr Sailer dem Untersuchungsausschuss den Schriftverkehr zwischen ihm und Ihrer Person zur Verfügung gestellt hat, aber die Mails, die zwischen Ihnen und ihm gewechselt wurden, nicht beim Akt sind. Verfügen Sie noch über diesen Schriftverkehr?

Karl Öllinger: Präzisieren Sie das bitte!

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gerne. Der Herr Sailer hat uns mitgeteilt, dass er mit Ihnen in einem schriftlichen E-Mail-Verkehr steht. Diese E-Mails sind ja bekannt. Die haben ja auch im Parlament zur Auslösung dieses Falles hier geführt. Diese E-Mails, die von ihm an Sie geschickt wurden, stehen uns zur Verfügung, aber die Antworten, die Sie ihm gegeben haben, stehen uns nicht zur Verfügung.

Deshalb wollte ich Sie fragen, ob Sie die noch haben, und wenn ja, ob Sie sie uns zur Verfügung stellen können.

Karl Öllinger: Es sind die Mails vom Herrn Sailer drinnen, es sind auch meine Mails drinnen. Also, ehrlich gesagt, sehe ich überhaupt nicht ein, warum ... Vielleicht wollen Sie auch noch meinen PC irgendwie aufräumen, oder ... (*Abg. Neubauer: Wiederum: Sie können ja Nein sagen!*) – Noch einmal: Die Antwort auf Ihre Frage: Selbstverständlich sind meine Mails in dem Mail-Verkehr auch drinnen. Der Herr Sailer hat den Mail-Verkehr immer so geführt, dass er die ganze Serie von Fragen und Antworten, also das, was man technisch einen „mail-thread“ nennt, aufgelistet hat, wie in einem Stammbaum. Der Ausdruck „Stammbaum“ ist Ihnen vielleicht geläufiger als „mail-thread“: Frage und Antwort.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sind Sie der Auffassung, dass die Unterlagen, die uns in diesem Zusammenhang zur Verfügung gestellt worden sind, komplett sind? (*Karl Öllinger: Was haben Sie mich jetzt gefragt?*) – Ob Sie die Ansicht vertreten, dass die Unterlagen, die uns hier im Zusammenhang mit dem E-Mail-Kontakt zur Verfügung gestellt wurden, komplett sind. Haben Sie sich das bei Ihrem Aktenstudium durchgesehen? (*Karl Öllinger: Welche Akten meinen Sie?*) – Ihren eigenen E-Mail-Verkehr mit dem Herrn Sailer!

Der Herr Sailer hat uns mitgeteilt, dass er diese Abfolge eigentlich nicht behandelt habe und dass das auch nicht sein Geschäft gewesen sei, und deshalb drängt sich uns der Verdacht auf, dass die uns vorgelegten Unterlagen nicht vollständig sein könnten. Wenn Sie mir sagen, Ihrer Meinung nach sind sie vollständig, dann nehme ich das so zur Kenntnis. Und wenn nicht, dann würde ich Sie ersuchen, dass Sie uns die fehlenden Unterlagen vorlegen.

Der Herr Sailer sagte nämlich in seiner Stellungnahme, dass er aufgrund eines Absturzes des Webserver einige E-Mails nicht hat und nicht vorlegen hat können. (*Zwischenruf der Abg. Mag. Lapp.*) Das wird ja den aufmerksamen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses nicht entgangen sein, Frau Lapp.

Jetzt frage ich Sie, ob Ihnen die E-Mails bekannt sind, die dem Absturz zum Opfer gefallen sind, ob Sie diese vielleicht haben, und wenn, ob Sie sie uns zur Verfügung stellen könnten.

Karl Öllinger: Das hört sich jetzt ganz anders an, als das, was Sie vorher gesagt haben. Gut. – Ich sage Ihnen: Ich habe den Kontakt mit dem Herrn Sailer am 27.

begonnen. Ja, es ist richtig, er hat am 28. gesagt, er kann irgendetwas nicht mehr finden, weil ihm der Server abgestürzt ist.

Soweit ich das aus dem Stand beantworten kann, hat es da höchstens ein Mail von ihm oder von mir an ihn gegeben, und das war genau jenes mit der Ablichtung der Seiten oder den Links zur „alpen-donau.info“ beziehungsweise möglicherweise auch zu der Seite des Herrn Graf und dann von ihm das Rückmail, wo er antwortet, was seine Erkenntnis daraus ist, wobei ich nicht weiß, ob das zweite Mail, nämlich die Antwort von ihm, nicht ohnehin schon in den Unterlagen drin war. Das ist ein Zeitraum von einer Nacht gewesen. Es kann nur dieses erste Mail gewesen sein, das ich an ihn geschickt habe. Ich weiß jetzt nicht, ob das in Ihren Akten drin ist. Ich habe mir das nicht im Hinblick darauf angeschaut.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wenn es so ist, verfügen Sie noch über dieses E-Mail, und wenn ja, können Sie es uns zur Verfügung stellen?

Karl Öllinger: Das muss der Herr Verfahrensanwalt beziehungsweise der Vorsitzende oder der Ausschuss prüfen. Ich sehe zwar keinen Grund, es nicht zur Verfügung zu stellen, aber ehrlich gesagt, diese E-Mails sind mir enteignet worden, sie sind privater Mail-Verkehr. Ich weiß nicht, warum Sie das interessiert, aber ich habe an und für sich kein Problem damit.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Zu dem, was Sie zuerst gesagt haben, habe ich die Antwort auf die Frage, wie Sie zum Herrn Sailer gekommen sind, mitgeschrieben, und da haben Sie gesagt, Sie haben mit dem Herrn Trübswasser gesprochen, und der hat Ihnen gesagt: Wenn Sie da recherchieren, da gibt es jemanden, den kann ich empfehlen – ich wiederhole das jetzt in etwa –, das ist der Herr Sailer. Und Sie haben dann gesagt: Trübswasser gab die Telefonnummer von Sailer nicht gleich an Sie weiter, sondern er wollte zuerst noch Rücksprache mit Herrn Sailer halten.

Können Sie dem Ausschuss erläutern, was der Grund für diese Rücksprache war, warum er Ihnen die Telefonnummer nicht gleich gegeben hat? Wie hat er das begründet?

Karl Öllinger: Ich habe das für einen der ganz normalsten Vorgänge gehalten. Herr Gunther Trübswasser sagte zu mir: Ja, ich kenne jemanden, der sich mit solchen Sachen gut auskennt, den Herrn Sailer!, und meinte, es wäre eine Idee, mit diesem zu reden. Er schlug mir das sozusagen vor, soweit ich mich erinnern kann, aber vielleicht habe ich ihn gefragt, wie seine Telefonnummer ist, und dann sagte er, er müsse vorher mit dem Herrn Sailer reden, bevor er mir die Telefonnummer gibt.

So etwas passiert mir sehr, sehr häufig. Es ist absolut legitim, dass einer, den ich befrage, mir am Telefon nicht gleich die Telefonnummer gibt, sondern selbstverständlich Rücksprache hält, ob er die Telefonnummer weitergeben darf.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es ist ja auch kein Problem, sondern mich hätte nur interessiert, wie er das begründet hat. Sie haben zuerst gesagt, der Herr Trübswasser sagte: Du, da ist jemand, der kennt sich gut aus!

Welche Fragen haben Sie mit ihm erörtert, in denen er sich gut auskennt, und was hat er für die Grünen gemacht, dass er zu der Erkenntnis gelangt ist, dass sich der in gewissen Dingen gut auskennt? Was sind diese gewissen Dinge: die Recherche in

gewissen Kreisen oder fachliche, technische oder Zeitungsrecherchen? Können Sie uns das erläutern?

Karl Öllinger: Das kann nicht *ich* Ihnen erläutern, sondern das muss, wenn, der Herr Trübswasser Ihnen erläutern. In diesem Gespräch war vom Herrn Sailer nur insofern die Rede, als er gesagt hat, er kenne den Herrn Sailer aus, ich glaube, dem BFJ-Prozess, wo dieser als Gutachter aufgetreten ist, und der kenne sich gut aus mit solchen Sachen, mit Datenforensik. Für mich war das total okay.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist eine Frage releviert worden, da geht es um Folgendes: Hat es überhaupt in den LVT-Akten, in den oberösterreichischen Akten, zu denen der Herr Sailer Zugang gehabt hat, irgendetwas für Öllinger Relevantes gegeben, und hat das Öllinger gefunden? – Das ist ja eine Frage, die uns durchaus bewegt, denn dann könnten wir, wenn er es gefunden hat, nachfragen, wie er das eigentlich gekriegt hat und ob er vielleicht den Herrn Sailer angestiftet hat.

Da die Befragung der freiheitlichen Fraktion eigentlich nur eine neue Erkenntnis gebracht hat, nämlich dass es in Oberösterreich einen Kriminalbeamten gibt, der sich in der germanischen Mythologie auskennt, und das meiner Meinung nach nicht strafrechtlich relevant, wenn auch für die FPÖ besorgniserregend ist, möchte ich jetzt eher auf folgende Fragestellung eingehen: Hat es da Erkenntnisse des Landesverfassungsschutzes gegeben? Hat der Abgeordnete Öllinger etwas aus diesen Erkenntnissen erfahren, und wenn ja, hat er dazu angestiftet, gibt es da irgendwelche Hinweise?

Ich beginne einmal bei den Erkenntnissen.

Herr Kollege Öllinger, kennen Sie den Herrn Kronlachner vom „Ring Freiheitlicher Jugend“?

Karl Öllinger: Kann ich da noch etwas mehr Informationen erhalten? – Der Name ist bekannt, aber er sagt mir im Kontext zunächst einmal nichts. Da gibt es viele Namen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es handelt sich hier um einen Herrn, der beim „Bund Freier Jugend“, also bei einer Neonazi-Organisation, tätig war und für die FPÖ tätig ist, in einer vielleicht hier nicht allen bekannten Ortschaft namens Steinbach am Ziehberg. Ich zitiere aus dem Akt LVT 125/05:

Ferner wurde im Zuge des Einschreitens bei Personen vorgefunden ... –

und so weiter –.

Bei Ernst Kronegger, 28.4.1961 geboren, Steinbach ... –

und so weiter –

ein Abzeichen mit Wikingerschiff, das SS-Runen auf den Segeln abgebildet hat und die Randinschrift aufweist: Denn wir fahren gegen England. – Zitatende.

Das bezieht sich hier nicht auf die Computersprache, sondern dürfte eine allgemein politische Bemerkung sein.

Ist Ihnen dieser Herr Ernst Kronegger bekannt, aus dem Akt oder von sonst wo?

Karl Öllinger: Akte kenne ich keine zum Herrn Kronlachner oder zum Herrn Kronegger. Was ich weiß – und das ist ein Wissen, das schon sicher ein halbes oder dreiviertel Jahr alt ist –, das ist, dass es – aber da müsste ich auch nachschauen; die Unterlage habe ich sicher nicht dabei – in Steinbach am Ziehberg oder Ziehberg am Steinbach – oder wie heißt das? (*Abg. Dr. Pilz: Bleiben wir bei Steinbach am Ziehberg!*) –, dass es in Steinbach am Ziehberg, meines Wissens im Jahr 2008, möglicherweise 2007, ein Treffen von Neonazis aus dem BFJ mit der Küssel-Partie gegeben hat, wo Küssel, Budin und andere anwesend waren, auch der Herr Pfingstl vom „Ring Freiheitlicher Jugend“ und noch einige andere.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Halten wir fest: Wir haben hier einige Informationen über den Herrn Ernst Kronegger – wie er dann im Akt heißt: FPÖ-Mitglied –, genau in dem von Ihnen beschriebenen Bereich aktiv, also Neonazi-Treffen und so weiter. Ich habe auch in all den E-Mails nachgeschaut und habe festgestellt: Es findet sich kein Hinweis, dass Ihnen da irgendetwas über diesen ersten Neonazi in der FPÖ Oberösterreich berichtet wird.

Kommen wir zum Nächsten: Kennen Sie den Herrn Andreas Retschitzegger?

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Darf ich eine Frage an den Herrn Verfahrensanwalt stellen, nämlich ob der Vorwurf, Neonazi zu sein, ein strafrechtlich relevanter Vorwurf ist, und wenn dem so ist, ob man jemanden, wenn er nicht verurteilt oder Ähnliches ist, dann hier in diesem Ausschuss permanent einer strafrechtlich relevanten Handlung bezichtigen darf, indem man ihn immer mit der Beifügung „bekannt als Neonazi“ nennt. Darf man das machen, auch wenn es keine Verurteilung, nicht einmal eine Anklage gibt?

Es gibt einen Persönlichkeitsschutz, der auch Menschen außerhalb dieses Saales vor dem Vorwurf gerichtlich strafbarer Handlungen schützen muss.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Da müsste man relativ weit ausholen, um eine korrekte Antwort darauf zu geben. Was ich aber hier für den Ausschuss meine, ist, dass es nicht angehen sollte – wir sind jetzt in einer öffentlichen Sitzung –, dass man eine andere Person, auch wenn sie nicht die Auskunftsperson ist, so apostrophieren sollte, wenn die Behauptung, die Zuordnung nicht belegt werden kann, etwa durch eine Verurteilung.

Wenn es nur Vermutungen sind, sollte man das unterlassen, weil dann in die Persönlichkeitsrechte dieser außenstehenden Person eingegriffen wird. So würde ich meinen.

Das andere, Herr Abgeordneter Graf, ist nicht so einfach zu beantworten. Wenn mich jemand als Neonazi bezeichnen würde, dann würde ich darin schon einen strafrechtlich relevanten Vorwurf sehen, gegen den ich mich wehren würde.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Also ich würde bitten, diese Beschreibungen – sie bringen uns ohnehin nicht wirklich weiter –, wenn irgend möglich, zu unterlassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gerne. – Herr Dr. Hoffmann, ich ersuche nur um einen Vorschlag, wie ich jetzt in der Befragung Personen, die eindeutig der Neonazi-Szene zuzurechnen sind, vom LVT und auch in der BFJ-Anklageschrift der Neonazi-Szene zugerechnet werden, bezeichnen soll. Aber wir können auch sagen: die in Verdacht stehen, Neonazis zu sein. (*Abg. Dr. Graf: Die sind freigesprochen worden von diesem Vorwurf!*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich würde meinen, Herr Abgeordnete Pilz, dass es ja genügt, wenn Sie einen Namen nennen, der in den Akten vorkommt. Jeder Abgeordnete kennt dieses Schriftstück und die Zuordnung, die sich dort möglicherweise findet – ich nicht, weil ich die Akten nicht habe –, und dann kommt die Antwort: Kennen Sie diesen? Das andere Drumherum braucht man nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. – Der Nächste ist Andreas Retschitzegger.

Herr Kollege Öllinger, kennen Sie den Herrn Andreas Retschitzegger?

Karl Öllinger: Soweit ich weiß, heißt er Retschitzegger. Den kenne ich tatsächlich namentlich, und zwar deshalb, weil er vor einem dreiviertel Jahr von – ich glaube – der Sozialistischen Jugend Oberösterreich geoutet wurde, weil er auf „Szene1.at“ – das ist ein öffentlich zugängliches, nicht irgendwie der rechtsextremen Szene zuzuordnendes Kontaktforum – Bilder hineingestellt hat, die ihn sehr eindeutig dem BFJ zuordnen, obwohl er zu diesem Zeitpunkt auch Mitglied des RFJ war, und der BFJ zu diesem Zeitpunkt wegen neonazistischer Wiederbetätigung, und zwar nach einem sehr harten Paragraphen – nämlich § 3a, Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Organisation – vor Gericht gestanden hat.

Und da hat es eine Rolle gespielt, wer sonst noch beim BFJ oder in Kontakt mit dem BFJ ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der BFJ ist – und da wird es, glaube ich, nicht einmal von der FPÖ Einspruch geben – eine Neonazi-Organisation. Das haben wir einige Male schon festgestellt. (*Ruf: Es gibt Widerspruch! Ich muss dich korrigieren! – Ironische Heiterkeit des Abg. Dr. Pilz. – Abg. Dr. Graf: ... und weißt, dass alle Angeklagten freigesprochen worden sind!*) – Ja, ja.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich meine, wenn es Tatsache ist, dass hier ein rechtskräftiger Freispruch vorliegt, dann sollte man diesen Sachverhalt nicht rechtlich qualifizierend zur Diskussion stellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Hoffmann! Es wird jetzt langsam etwas gespenstisch. Vom deutschen Verfassungsschutz bis zum österreichischen Verfassungsschutz wird der BFJ überall als Neonazi-Organisation geführt. Das ist auch polizeilicher und gerichtlicher Standard. Es ist vollkommen klar, dass das eine der wichtigsten Neonazi-Organisationen ist – wie es auch aufgrund der Zwischenrufe der freiheitlichen Abgeordneten vollkommen klar ist, dass sie das vollkommen anders sehen. (*Abg. Neubauer: Das ist eine Unterstellung! Wir wollen doch keine Vorverurteilung ...!*) Wahrscheinlich ist die einzige Ausnahme für Sie die NSDAP, und alle anderen sind es nicht. (*Abg. Neubauer: Hören Sie endlich einmal auf, mit solchen Blödschüssen zu agieren! Das ist eine Gemeinheit, was Sie machen! Sie sind ja nicht allein hier, bitte!*) – Nein. Ich habe auch rechts von mir einige Kameraden sitzen, deren Existenz ich immer wieder durchaus kräftig wahrnehme, wenn es um die Frage von Neonazis und Verbindungen zur FPÖ geht. Im Rahmen unseres Rechtsstaates hat es hier Untersuchungen gegeben.

Herr Kollege Öllinger! Der Herr Andreas Retschitzegger war der ehemalige stellvertretende RFJ-Bezirksobmann Linz-Land. Das ist schon ein bisschen mehr: ehemaliger stellvertretender RFJ-Bezirksobmann! Ist Ihnen sein Aufnahmeantrag in die Neonazi-Organisation „Bund Freier Jugend“ bekannt?

Karl Öllinger: Nein, kenne ich nicht, und zwar deshalb nicht, weil eine sehr beliebte Rechtfertigung durch den BFJ die war – öffentlich zumindest –, dass er keine Organisationsstruktur ... (Abg. **Neubauer:** *Kann man bitte zitieren, aus welchem Akt das stammt? Ich ersuche darum!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das stammt aus dem Akt LVT 125/05, der diesem Untersuchungsausschuss vom Innenministerium zur Verfügung gestellt wurde.

Wenn Sie sich jetzt den Aufnahmeantrag des Herrn Retschitzegger Andreas anschauen, so lesen Sie da: geboren am 27. Dezember 1985 in Österreich, Linz. – Schulbildung lassen wir jetzt weg. – Besondere Interessensgebiete: LASK, Kameraden, Familie, Sport, Lesen, Internet. Besondere Interessensgebiete innerhalb des „Bundes Freier Jugend“: Flugblattaktionen, Postwurfsendungen, Demonstration, Schulungen. – Zitatende.

Ist Ihnen bekannt, dass eine Spezialität dieses und anderer Herren, auf die wir noch zurückkommen, Kundgebungen und Verteilaktionen und sogenannte Aufklärungsaktionen vor Schulen waren und dass das vom Verfassungsschutz festgestellt wurde?

Ist Ihnen das bekannt: Neonaziaktivitäten direkt vor Schuleingängen unter Kontrolle des oberösterreichischen Verfassungsschutzes?

Karl Öllinger: Mir ist bekannt, dass der „Bund Freier Jugend“ über mehrere Jahre Aktivitäten mit dem Schwerpunkt Oberösterreich gemacht hat, die von Schmierereien bis hin zu den erwähnten Flugblattaktionen gingen. Ich habe versucht, mir selbst ein Bild über den „Bund Freier Jugend“ zu verschaffen, weil dieser auch eine Publikation herausgegeben hat – „Jugendecho“, glaube ich, war der Name dieser Publikation –, und diese ist meiner Meinung nach eindeutig neonazistisch. Daran besteht überhaupt kein Zweifel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben wir noch ganz kurz – weil später kommen wir zu einem wesentlich wichtigeren freiheitlichen Funktionär – bei diesem Herrn: Der BFJ, also diese Neonazi-Organisation, lässt unten mit „Ja“ und „Nein“ ankreuzen: Ich traue mir zu – und dann kommen als Letztes zwei entscheidende Punkte –: alleine vor einer Schule Flugblätter zu verteilen, und: meine volkstreuere Weltanschauung immer und überall zu vertreten.

Beides – also: alleine vor einer Schule Flugblätter zu verteilen, und: meine volkstreuere Weltanschauung immer und überall zu vertreten – kreuzt der freiheitliche Funktionär Retschitzegger Andreas mit „Ja“ an und wird deshalb auch, weil er offensichtlich wirklich dort hinpasst und für würdig befunden wird, in den BFJ aufgenommen.

Sagt Ihnen der Name Stefan Haider etwas?

Karl Öllinger: Nein, im Moment nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Stefan Haider ist mit Sicherheit der wichtigste Freiheitskämpfer in diesem Bereich, nämlich Stellvertretender RFJ-Landesobmann und Bezirksobmann Linz-Land. – Jetzt lese ich Ihnen vor, was Stefan Haider, geboren in Linz am 7.7.1986, ein Elektroinstallationstechniker, angibt.

Besondere Interessensgebiete: Lügen der Zeitgeschichte. –

Das ist das besondere Interessengebiet, das der Stellvertretende Landesobmann des Rings Freiheitlicher Jugend, also ein hoher FPÖ-Jugendfunktionär, bei seinem Aufnahmeantrag in eine Neonazi-Organisation angibt: Lügen der Zeitgeschichte. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Afghanistan, Guantánamo ... Lügen!*)

Was interessiert ihn noch?

Besondere Interessengebiete innerhalb des BFJ: Kameradschaft und Gemeinschaft, gleichgesinnte Menschen. – Da hat er die Garantie, dass er dort gleichgesinnte Menschen trifft.

Was kreuzt er weiters an?

Er traut sich interessanterweise **nicht** zu, alleine vor einer Schule Flugblätter zu verteilen, aber er traut sich zu: meine volkstreuere Weltanschauung immer und überall zu vertreten. Dick angekreuzt: Ja.

Das sind die Herrschaften, um die es da geht. (*Zwischenruf des Abg. Neubauer.*)

Wir verfolgen seit Anfang dieser Untersuchungen, was alles unternommen wird, damit nicht bekannt wird, wie eng die Verbindungen zwischen Neonazi-Organisationen und der Freiheitlichen Partei und ihren Vorfeldorganisationen insbesondere bei der Jugend sind – und jetzt beginnt plötzlich Herr Abgeordneter Öllinger zu recherchieren.

Da sehen offensichtlich freiheitliche Funktionäre, dass dabei ja einiges herauskommen könnte. Zu den LVT-Akten: Wir haben ja nur einen kleinen Ausschnitt davon bekommen, bei dem übrigens immer das spannende Deckblatt des Innenministeriums fehlt, denn wir bekommen im Gegensatz zur Justiz vom Innenministerium zu diesen Punkten immer unvollständige Akten, denn anhand des Aktendeckels ließe sich verfolgen, wer diesen Akt angefordert hat, und genau den bekommen wir nicht. Ich gehe heute davon aus, dass Herr Sailer die unwichtigste Person war, die zu diesem Zeitpunkt den Akt angefordert hat.

Ich möchte den Herrn Vorsitzenden ersuchen – ich werde das dann in der Geschäftsordnungssitzung auch noch zur Sprache bringen –, der Innenministerin mitzuteilen, dass wir hier vollständige Akten brauchen, insbesondere auch die Aktendeckel, wo der Zugriff auf die Akten dokumentiert ist.

Was passiert? – Wir haben schon einiges besprochen: Das Ganze beginnt, und man sollte das nicht vergessen, mit der Internet-Morddrohung gegen unseren Abgeordneten Trübwasser: ein behinderter Abgeordneter, dem im Internet angedroht wird, dass er beseitigt, entsorgt – wie auch immer – wird, und dazu ein großes Bild von einer Spritze. Leider hat niemand von uns Schwierigkeiten, sich vorzustellen, was die Verfasser dieser Botschaft damit mitteilen wollten, und das LVT hat sich zu Recht in die Ermittlungen eingeschaltet.

Dann geht es folgendermaßen weiter – Sie kennen die Geschichte –: Um 10.33 Uhr macht Herr Strache eine Aussendung, um 11.12 Uhr, also 39 Minuten später, mailt schon der Kabinettschef der Innenministerin, Kloibmüller, dem BIA-Chef Kreutner – ich habe das das letzte Mal schon zitiert – Folgendes:

Betreff: WG: Strache Spitzelskandal weitet sich aus; grüne Drahtzieher. –

Das ist wichtig! Ganz am Anfang des Verfahrens findet sich im Kloibmüller-Mail an Kreutner bereits: grüne Drahtzieher.

Sehr geehrter Herr Magister, lieber Martin! Bitte den Vorwürfen des Abgeordneten Herrn Strache in Bezug auf die Beamten des LVT-Oberösterreich, insbesondere den genannten Kollegen Sailer, nachzugehen.

Mit freundlichen Grüßen, Mag. Michael Kloibmüller, Kabinettschef. – Zitatende.

Folgendes ist auch bekannt: Sofort, wenige Stunden später, ist der BIA-Anfallsbericht fertig und geht an die Staatsanwaltschaft, und Herr Sailer wird in Linz freiwillig – von ihm aus freiwillig – bereits als Beschuldigter einvernommen.

Jetzt lautet die spannende Frage: Wie hat zu diesem Zeitpunkt eigentlich der konkrete Tatverdacht ausgesehen? Da gibt es, das ist bis jetzt noch nicht zitiert worden, vom Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, also vom LVT, in Wien vom 10. Juli, also von genau jenem Tag, an dem alles beginnt, einen Bericht des Abteilungsinspektors Helmut Töringer (*phonetisch*):

Betreff: Sailer Uwe, Polizeibeamter des SPK-Linz; Vorwurf der Spitzeltätigkeit im Zuge der heutigen Parlamentssitzung für den grünen Nationalratsabgeordneten Karl Öllinger – immer mit „Öh“ geschrieben. Ich zitiere die zentrale Passage:

Hierbei wurde Öhlinger konkret beschuldigt, den Polizeibeamten Uwe Sailer für Spitzeltätigkeiten gegen FPÖ-Angehörige missbraucht zu haben. Der freiheitliche Klubchef Strache sprach in dieser Causa von der größten Spitzelaffäre in der Zweiten Republik. Konkrete Anschuldigungen wurden nicht ausgesprochen, nur dass Uwe Sailer geheime Informationen aus dem BMI beziehungsweise Polizeibereich über Anforderung des Karl Öhlinger an selbigen beziehungsweise an den grünen Parlamentsklub übermittelte. – Zitatende.

Das ist einmal der erste wichtige Punkt: Der Beamte des Verfassungsschutzes stellt selbst fest: Es gibt nicht einmal konkrete Beschuldigungen, es ist kein Tatsachensubstrat da! Es gibt nur eine Behauptung des freiheitlichen Klubobmannes Strache in einer vom Fernsehen übertragenen Diskussion. Dieser sagt: Öllinger hat Freiheitliche Abgeordnete bespitzelt. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Das haben wir jetzt schon ...!*) – Kein Beweis, kein Hinweis, nichts! Das stellt der Verfassungsschutz selbst fest: nichts Konkretes da. Trotzdem wird sofort gegen Öllinger ermittelt; das haben wir geschildert.

Was wir bisher noch nicht geschildert haben, ist der weitere Verlauf. Ein Beamter namens Karl Pogutter vom Stadtpolizeikommando Linz hat bereits am 10. Juli 2009 die Sailer-Einvernahme durchgeführt, aber jetzt tritt plötzlich der oberösterreichische Landespolizeikommandant Andreas Pilsl auf.

Herr Kollege Öllinger, wissen Sie, welche Funktion Herr Pilsl in Oberösterreich genau hat?

Karl Öllinger: Mittlerweile weiß ich es, ja: Landespolizeikommandant.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, welche Rolle Herr Pilsl in Ihrem Verfahren gespielt hat? (*Karl Öllinger: Nein!*)

Karl Öllinger: Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist nämlich wichtig, dass, wenn wir zu den weiteren Punkten kommen, nirgends im Akt der Landespolizeikommandant für Oberösterreich ersucht wird, in der Causa Öllinger/Sailer zu ermitteln. Wir haben ja gesehen: Nicht die Staatsanwaltschaft, sondern der Kabinettschef der Innenministerin beauftragt das BIA mit Ermittlungen – das ist schon unüblich genug! –; Anfallsbericht, Korruptionsstaatsanwaltschaft. Plötzlich beginnt, soweit wir das beurteilen können ohne Aufforderung der Staatsanwältin, ohne Aufforderung des BIA, ohne irgendeine nachvollziehbare Aufforderung, der Landespolizeikommandant selbst mit Ermittlungen.

Und jetzt schauen wir uns einmal den Akt an: Da schreibt der Herr Pilz Folgendes, ich zitiere einfach (*Abg. Amon: Was geht das ...?! Was hat Öllinger dazu ...?*):

Mail von Pilz Andreas (LPKO-Kommandoführung) an BIA 39 (Hans ...) –

Das Mail geht weiter an Pogutter und Schnell; gesendet: Montag, 13. Juli 2009, 13.52 Uhr. –Hallo Hans, im Anschluss der Mail-Verkehr des Sailer mit Abg. Öllinger. Dazu noch folgende Info:

Momentaner Status:

Sailer in Krankenstand bis Freitag, Schlösser im Büro gewechselt seit Freitag, Computer von Stromversorgung abgehängt seit Freitag, BAKS –

das ist das BMI-interne Computersystem –

ab heute gesperrt.

Ich hab heute eine kurze Besprechung mit Michael Tischlinger, LVT OÖ, zu den Inhalten des Mailverkehrs gehabt. Nach erster Durchsicht sind drei Passagen aufgefallen, die allesamt mit einem Akt, in dem er mit der Internetrecherche beziehungsweise Computerauswertung beauftragt war, in Verbindung stehen.

- 1) Seite 2: ad Dr. Ludwig.
- 2) Seite 4: „Felix Budin“
- 3) Seite 1: ad alpe-donau.

– Er geht dann immer ins Detail. Ich zitiere Punkt 2, damit man sich besser auskennt. –

Seite 4: „Felix Budin (eispickel) ist der trübswasser-bedroher“ Auch in diesem Akt gibt es einen dienstlichen Auftrag des LVT OÖ zur Internet-Recherche. Die Erkenntnis, dass Felix Budin (Eispickel) der Bedroher sein soll, entstammt den Rechercheergebnissen von Sailer, die er hier dem Abg. Öllinger mitteilt, LVT

– und so weiter –

Dieses Erkenntnis ist Teil des Abschlussberichtes an die StA Wels.

3) Seite 1: ad alpe-donau: Hier hat es einen Auftrag des LVT Wien an Sailer zur Durchforstung der Homepage gegeben, daher auch Zuteilung des Sailer am 6. und 7.7.09, näheres müsste Walter Stummer des LVT Wien noch wissen.

Alles in allem ist es so, dass Sailer offensichtlich dienstliche Interessen, seine privaten und die seiner Firma vermischt. Er agiert tendenziell.

Für mich stellt sich die Lage so dar, dass ich annehmen muss oder zumindest nicht ausschließen kann, dass hier Amtsgeheimnisse weitergegeben wurden.

Ich nehme an, dass das SPK Linz um eine Suspendierung nicht umhin kommen wird.

Mit freundlichen Grüßen, Andreas Pils. – Zitatende.

Und jetzt sage ich einmal, was da dahintersteckt: Ohne jeden dienstlichen Auftrag beginnt der Landespolizeikommandant für Oberösterreich auf eigene Faust, sofort nachdem das Ganze bekannt wird, zu ermitteln, holt sich den Chef des LVT-Oberösterreich, Herrn Tischlinger, und sagt: Jetzt schauen wir uns alle Akten an, ob wir irgendetwas finden! – Sie finden drei Bereiche nach stundenlanger Durchforstung dieser Akten, die weit über 1000 Seiten Umfang haben – der Landespolizeikommandant persönlich (*Abg. Amon: Ist das eine Frage?*); über 1000 Akten werden durchforstet! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz*) –, und dann kommen sie drauf: Da könnte irgendetwas sein! – Und dann macht er etwas, was in diesem System seit dem Jahr 2000 oft vorkommt. (*Abg. Mag. Donnerbauer: ... der Herr Öllinger!*) Er ordnet nicht eine Suspendierung an, sondern er schreibt in das Mail, man wird um eine Suspendierung nicht umhinkommen, die ja dann schließlich auch erfolgt.

Herr Kollege Öllinger! Zum Zeitpunkt, als der Herr Landespolizeikommandant auf eigene Faust – das sage ich jetzt mit Vorbehalt, weil ich nicht glaube, dass das auf eigene Faust war – diese Ermittlungen selbst in die Hand nimmt und als Landespolizeikommandant beginnt, über 1000 Seiten LVT-Akten innerhalb eines Tages zu studieren, waren Sie da in dem genannten Verfahren Zeuge oder Beschuldigter?

Karl Öllinger: Weder noch, denn das Begehren der Korruptionsstaatsanwaltschaft, mich in dieser Sache als Beschuldigten zu führen, das ist – ich weiß das jetzt nicht – am 13., 14., oder 15. Juli gekommen. Es hatte ja die Sommerurlaubszeit im Parlament begonnen, und im Immunitätsausschuss, wo es auch hingehört, ist es erst viel später behandelt worden. Aber die Information, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft mich als Beschuldigten einvernehmen will, ist, glaube ich, Mitte Juli gekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen jetzt etwas dazu: Das Spannende bei der Sache ist, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft erst am 15. Juli entscheidet, dass Sie Beschuldigter sind und wie das Verfahren überhaupt zu führen ist. Die Freiheitliche Partei zeigt Sie erst im Verlauf des 13. Juli an, und zu dem Zeitpunkt, als der Landespolizeikommandant dort sitzt und händisch über 1000 Seiten LVT-Akten durchgeht (*Abg. Amon: Ja, wo ist das Problem?!*), weiß er noch nicht einmal etwas von der freiheitlichen Anzeige – nicht einmal das weiß er! Er weiß nur: Da ist ein Verfahren gegen Öllinger zu führen! – Da er aber von nirgends einen Auftrag erhalten hat, ist die Frage – und das werden wir ihn fragen müssen; zum Glück kommt er heute –: Woher hat er das?

Es gibt einen Hinweis. Wissen Sie, was Herr Pils, der derzeitige Landespolizeikommandant für Oberösterreich, früher beruflich getan hat?

Karl Öllinger: Mittlerweile weiß ich, dass Herr Pils – ich hoffe, es stimmt – im Büro Strasser war, wenn mich nicht alles täuscht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Richtig, er war eines der Mitglieder des Kabinetts Strasser (*Abg. Mag. Donnerbauer: ... Fragen über den Pils! stellen!*), und er war einer jener, von denen eine Reihe dieser E-Mails stammt – ich habe sie mitgebracht, sie werden uns heute noch beschäftigen (*Abg. Amon: ... behaupten, dass der Strasser den Sailer ...!*) –, in denen er immer wieder vorschlägt: Na ja, da hätten wir einen Unsrigen, und da wäre etwas zu besetzen und so weiter. – Er war also ein – aber mit Sicherheit nicht der wichtigste – ÖVP-Parteibuchspezialist im damaligen Kabinett Innenminister Strasser.

Wissen Sie zufällig, wer der wichtigste Parteibuchspezialist im damaligen Kabinett Strasser war? (*Abg. Mag. Donnerbauer: ... der Pilz; es hat 20 Minuten gedauert, bis er zum Strasser gekommen ist!*)

Karl Öllinger: Nein, lieber Kollege Pilz. Ich verfolge zwar aufmerksam die entsprechenden Informationen, aber da müsste ich raten, und das tu ich da nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Darauf gibt es eine relativ einfache Antwort: Mag. Kloibmüller, der jetzige Kabinettschef der Innenministerin!

Und nur zum Rekapitulieren: Wie beginnt denn das ganze Verfahren gegen Öllinger? – Mit einer Mail von Kloibmüller Michael (BMI, Kabinett Bundesminister) am Freitag, den 10. Juli, 11.12 Uhr.

Wer ist denn federführend in dieser Geschichte, ohne überhaupt einen Auftrag von der Staatsanwältin erhalten zu haben, auf eigene Faust recherchierend, abgesehen vom Spät-Initiator Strache, der sich drei Tage lang Zeit gelassen hat? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*) – Diese zwei Herrschaften waren um drei Tage schneller als Herr Strache: der Strasser-Sekretär Kloibmüller und der Strasser-Sekretär Pils! (*Zwischenruf des Abg. Amon.*)

Und jetzt ist für uns ein wichtiger Punkt, herauszubekommen, wer Herrn Pils! gesagt hat, dass er, wie es aktenmäßig aussieht, aber wahrscheinlich nicht stimmt, auf eigene Faust ermitteln soll – das ist ein ganz heikler Punkt. Das ist ein dicker Akt! (*Der Redner hält einen Stapel Papiere in die Höhe.*) Das alles sind Resultate der Pils!-Blitzrecherche, das alles hat Pils!, wie er behauptet, in wenigen Stunden recherchiert und an BIA 39 und an BIA 153 gesandt.

Mit BIA 39 war Herr Pils! offensichtlich per du, weil er ihn als „Hans“ anspricht. Es handelt sich um Chefinspektor Johann Gärtner, stellvertretender Referatsleiter operativer Dienst, der im Büro für Interne Angelegenheiten den Pils!-Umsetzer spielt.

Wissen Sie zufällig, ob das der BIA-Beamte war, der beauftragt war, dieses Verfahren zu führen?

Karl Öllinger: Ich lausche mit Staunen, aber ich weiß es nicht, nein. (*Abg. Mag. Lapp: Pilz befragt sich selbst!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war, Herr Kollege Öllinger, BIA 153 und nicht BIA 39 – BIA 153 werden wir ja im Anschluss hier befragen können. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*) – Das ist jetzt einmal dieser Faktenkreis, wo wir einmal sehen, was da alles passiert ist.

Jetzt kann man diesen Punkt wie folgt zusammenfassen: Wie stellt sich das aus heutiger Sicht dar? – Herr Strache hält eine Rede, der Kabinettschef der

Innenministerin reagiert dienstlich in einem Tempo, das in der Geschichte der österreichischen Bundesverwaltung beispiellos ist, und setzt sofort alles in Bewegung: Es gibt sofort einen Anfallsbericht BIA, es gibt sofort eine Beschuldigtenvernehmung und so weiter und der Landespolizeikommandant setzt sich sofort in Bewegung, um auf eigene Faust Akten des Landesverfassungsschutzes zu recherchieren und sofort einen anderen BIA-Beamten zur Verfügung zu stellen, damit er Material gegen Öllinger und Sailer hat.

Laut Anfallsbericht BIA ist zu diesem Zeitpunkt vorgesehen, Herrn Abgeordneten Öllinger als Zeugen zu vernehmen – das ist ein ganz wichtiger Punkt: als **Zeugen** zu vernehmen! Erst am 15. entscheidet die Staatsanwältin der Korruptionsstaatsanwaltschaft, die ja, glaube ich, die nächste Auskunftsperson ist, dass dieser als Beschuldigter einvernommen wird und deswegen sämtliche Ermittlungsschritte auf der Stelle abubrechen sind.

Jetzt kommen wir zum nächsten interessanten Punkt. – Im Juli 2009 war die Situation, was die Immunität betrifft, bereits ein bisschen anders als dort, wo es um die Strasser-E-Mails, um das Westenthaler-Handy, um die Auseinandersetzung Westenthaler – Kreutner und um die Auseinandersetzung mit Herrn Dr. Haidinger gegangen ist.

Da war in der Justiz und im Innenministerium schon klar: Na, so einfach geht das nicht mehr. Das ist rechtlich sehr problematisches Gebiet, und der Nationalrat wird sich nicht alles gefallen lassen. Diese Signale waren schon klar. Deswegen war auch führenden Beamten im Innenministerium klar: Es ist sehr, sehr wahrscheinlich, dass die Staatsanwältin der Korruptionsstaatsanwaltschaft, wo man ja im Positiven eine vollkommen andere Rechtskultur vertritt als etwa in der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft Wien, sich wahrscheinlich – was dann auch geschehen ist – an die Präsidentin des Nationalrates wendet und sofort das Immunitätsverfahren beginnt.

Es war also klar, dass Beamte im Innenministerium, die schnell Munition gegen Sailer und Öllinger beschaffen wollen, wahrscheinlich nur wenige Tage Zeit haben. Und ich vermute, dass deshalb keine Aufträge abgewartet wurden, und schon gar nicht gewartet worden ist, bis die Staatsanwältin Aufträge gibt, denn in dem Moment, wo sie sich an das Parlament wendet, war klar, dass es keine Ermittlungsaufträge mehr gibt, und genauso ist es auch passiert.

In dem Fall hat sich ja die Justiz sehr korrekt verhalten. Also mussten Beamte im Innenministerium, die politisch etwas anderes wollten, nicht auf die Justiz warten, wie früher bei der politischen Abteilung, weil die ohnehin alles geliefert hat, sondern hatten nur wenige Tage Zeit zur politischen Munitionsbeschaffung. – Und genau das ist hier passiert.

An dem Punkt sind wir jetzt. Und weil es die ÖVP unbedingt so wollte, steht Herr Pils heute auf der Liste der Auskunftspersonen, und da werden wir ihn dann weiter befragen, auch zu seinen E-Mails und zu einigem anderem.

Jetzt hat Kollege Stadler in der letzten Sitzung Herrn Sailer befragt, und ich zitiere aus dem Stenographischen Protokoll – damit das nachvollziehbar ist: Öffentlicher Teil, 9. Sitzung, Seite 83, Zitat Abgeordneter Stadler –:

„Wir haben in den Unterlagen Hinweise darauf – und jetzt stelle ich die Frage dazu –: Stimmt es, dass Sie von der Polizei auch Lichtbilder zur Identitätsfeststellung auf Ihren privaten Rechner geschickt bekommen?“

Sailer antwortet – ich zitiere wieder –: „Was Sie hier ansprechen, das ist die Problematik 1. Mai, und ich habe diese Demonstrationsankündigungen schon sehr frühzeitig im Internet verfolgen können. Der dortige Einsatzleiter hat mich kontaktiert. Er hat mir gesagt, er hätte einen Videofilm – so war der Anfang –, er hätte einen Videoclip, der ihn entlastet. Ich möge das sichern, ich möge mir das anschauen. Und ich habe zu ihm gesagt – ich bin per du mit ihm –, er soll zu mir kommen, weil ich glaube, dass ich für seine Entlastung noch viel mehr an Material haben könnte. Um das zu verifizieren, ob ich richtig liege, brauchte ich zwei oder drei Informationen; die hat er mir geschickt. Ich habe das mit meinen Informationen abgeglichen und bin zum Ergebnis gekommen, dass meine Einstellung und meine Sache richtig ist. Darüber wurde eine Analyse von mir erstellt, die dann dem Verantwortlichen der Bundespolizeidirektion Linz persönlich übergeben wurde.“

Herr Kollege Öllinger, wissen Sie, was Herr Sailer hier als die „Problematik 1. Mai“ beschreibt?

Karl Öllinger: Nein, weil der 1. Mai überhaupt kein Gegenstand unserer Debatte war. Der ist wenn, dann höchstens nur mit einem Halbsatz vorgekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wollte nur wissen, ob Sie es wissen.

Im letzten Ausschuss ist Herr Sailer dazu sehr, sehr ausführlich von mehreren Abgeordneten befragt worden. Das war die Demonstration am 1. Mai 2009 in Linz, wo Demonstranten – meines Wissen nach durchaus friedliche Demonstranten und Demonstrantinnen – eingekesselt und in einer meiner Meinung nach unzulässigen Art und Weise behandelt wurden. Das ist meine persönliche Meinung, und da gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten darüber.

Ich lese Ihnen jetzt aus einem E-Mail vor, das ein gewisser Memic Reinhard, Stadtpolizeikommando Linz, am Donnerstag, 28. Mai 2009 um 11.39 Uhr an Christian Moser, Stadtpolizeikommando Linz, Einsatzreferat, und in „cc“ an Uwe Sailer, Betreff: Demo 1. Mai, sendet – Zitat –:

Hallo Christian,

anbei eine Aufnahme, welche angeblich bei der zurückliegenden Pressekonferenz verteilt wurde und wie sie von einer „Geschädigten“ mir am heutigen Tage übergeben wurde.

Sie gibt an, ist sich jedoch nicht sicher, darauf den Polizisten wiederzuerkennen (siehe Pfeil), welcher sie besprühte.

Bitte leite das Schreiben dann an die zuständige Polizeiinspektion zur schriftlichen Stellungnahme des Beamten (Einvernahme mit Personalblatt) weiter, meine Zahl zum gegenständlichen Vorfall ist D1/25718/09. Bitte Einvernahme des Kollegen mit Ordnungszahl anhängen.

Liebe Grüße, Reinhard – Zitatende.

Und jetzt kommt ein entscheidendes Antwort-Mail, das wieder an Herrn Sailer geht, von Moser Christian, Stadtpolizeikommando Linz, Einsatzreferat, gesendet Mittwoch, 3. Juni 2009, 14.57 Uhr an Hinteregger Thomas, Polizeiinspektorat Mondsee, Betreff: WG: Demo 1. Mai, Erhebungsersuchen; und das geht dann auch an andere weiter:

Ich zitiere:

Grüß dich, Kollege!

Das angehängte Schreiben des Kripo-Sachbearbeiters Memic bedeutet Folgendes:

Eine dunkle Frau ist besprüht worden, war beim Angriff auf die EE-Kette

– also wahrscheinlich Einsatz-Einheiten-Kette –

mit dabei, hat was abbekommen, ging dann ins Krankenhaus, meldete sich verletzt und behauptet nunmehr aus rassistischen Gründen besprüht worden zu sein.

Bitte eine Zeugenniederschrift mit deinem Polizeiinspektions-Kommandanten machen, sehr kurz und bündig; das mit dem Personalblatt jetzt noch nicht, so weit sind wir noch lange nicht, nur weil eine Besprühte glaubt, sie muss die Rassismuskeule schwingen.

Inhalt der Niederschrift sinngemäß:

– Und das ist der entscheidende Punkt! Inhalt der Niederschrift, die der andere machen soll! –

„Ich habe einen rechtswidrigen Angriff auf die EE abgewehrt, es handelt sich hierbei um das Delikt des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt und versuchter schwerer Körperverletzung durch zahlreiche unbekannte Täter zu meinem Nachteil und zum Nachteil meiner Kollegen in der Kette. Ich sprühte somit in Notwehr und Nothilfe. Ich kann mich / ich kann mich nicht an eine dunkle Frau erinnern.“

Das Besprühen aus rassistischen Gründen ist eine Unterstellung, die jeder Grundlage entbehrt und meiner Ansicht nach den Tatbestand der Verleumdung darstellt.

Mehr kann ich dazu nicht angeben.“ – Zitatende.

Das heißt, dem Beamten, der eine Aussage machen soll, wird hier bereits vorgeschrieben, wie seine Aussage zu lauten hat, und nur in einem Detail – er kann sich/kann sich nicht an diese Frau erinnern – hat er die Möglichkeit, überhaupt etwas aus eigener Wahrnehmung einzufügen.

Ich zitiere weiter:

Das ist nur ein Vorschlag, länger soll's nicht werden und inhaltlich drückt es wohl eh alles aus. Einmal per Mail an mich, einmal im Original mit Unterschrift im Kuvert mit der Dienstpost an mich. Ich speichere bei mir ab und leite an den Kollegen Memic von der Kripo weiter.

Bitte mit dem Kommandanten besprechen, bei Bedarf Rücksprache mit mir.

Christian Moser, Oberstleutnant. – Zitatende.

Und darunter noch seine Handy-Nummer, falls bei diesem Versuch einer Anstiftung zu einer möglicherweise falschen Zeugenaussage noch irgendetwas auf kurzem Rufwege zu besprechen ist.

Und das ist für mich ein wichtiger Punkt, weil er am Rande auch den Herrn Sailer betrifft, der selbst erklärt – ich habe das vorher zitiert –: Ich suche da einiges zur Entlastung der Kollegen der Linzer Polizei. Und dann sehen wir, wie diese Entlastung funktioniert: Indem der nicht befragt wird, was er tatsächlich wahrgenommen hat, sondern indem ihm bereits seine Aussage, ohne dass versucht worden ist, zu erheben, was wirklich passiert ist, vorgeschrieben wird und ihm gesagt wird, auf welchem Wege er diese vorgegebene und nicht von ihm verfasste Zeugenaussage an die zuständigen Beamten des Innenministeriums weiterleiten soll. – Und das ist keine Kleinigkeit mehr!

Das haben wir das letzte Mal hier ausführlich besprochen, und deswegen hatte ich auch das Recht, zu dieser ausführlich in unserem Protokoll festgehaltenen Sache meine eigenen Fragen zu stellen.

Herr Kollege Öllinger, ist es richtig, dass Sie dazu – und ich gehe davon aus – keine persönlichen Wahrnehmungen haben?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich hätte nur gerne nachgefragt, welches Dokument das ist und wo sich das in den Akten findet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gerne, Kollege Amon. Ich lasse es gerade herausuchen. Das ist die Lieferung Nr. 8c BMJ, 1. Beilage 1.L/001.T/0051-0100, Seite 97 von 146.

Ich sage dazu, ich war auch ein bisschen erstaunt, als ich das beim Akt gefunden habe. Ich wollte an und für sich noch zu ein paar ganz anderen Punkten fragen, lasse es aber jetzt und melde mich dann später in einer anderen Runde noch zu Wort.

Obmann Dr. Martin Bartenstein unterbricht die Sitzung für einige Minuten.

(Die Sitzung wird um 12.11 Uhr **unterbrochen** und um 12.12 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Martin Bartenstein nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Öllinger zur Beantwortung der vorhin gestellten Frage das Wort.

Karl Öllinger: Ich kenne den Vorfall nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann habe ich aber zum Komplex Sailer, zum sogenannten Komplex Sailer/Öllinger, der ja meiner Meinung nach ein Komplex Strache/Kloibmüller/Pilsl ist, und als solchen sollten wir ihn, glaube ich, langsam bezeichnen, eine abschließende Frage: Ich habe Ihnen vorher vorgehalten, was die wirklich neuen Erkenntnisse des LVT Oberösterreich über Verbindungen freiheitlicher Funktionäre mitten in die Neonazi-Szene waren.

Bei der Befragung hat sich herausgestellt, dass von diesen neuen Inhalten und Ermittlungsergebnissen ganz offensichtlich kein einziges zu Ihnen gelangt ist, sondern nur das zu Ihnen gelangt ist, was zu diesem Zeitpunkt bereits öffentlich bekannt war,

denn alles das, was ich jetzt vorgetragen habe, ist nämlich bis heute **nicht** bekannt. Und das Spannende bei der Durchsicht dieses LVT-Akts – und da hätte der Herr Pils auch draufkommen können – ist, dass all das, was die Öffentlichkeit **nicht** gewusst hat, auch dem Abgeordneten Öllinger zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt geworden ist.

Und das halte ich für eine ganz wesentliche Schlussfolgerung: Hätte der Herr Sailer dem Abgeordneten Öllinger irgendwas Neues aus der Neonaziszene und den Verbindungen mitten in die Freiheitliche Partei erzählen wollen, er hätte das Material gehabt. Er hätte das Material gehabt, aber er hat eben **nichts** weitergegeben, sondern nur auf das verwiesen, was jederzeit im Internet einsehbar war. Das ist für mich ein wichtiges Teilergebnis dieser Befragung.

Ich habe keine Fragen mehr. Ich gehe davon aus, dass der Kollege Steinhauser noch ergänzend fragen wird.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Kollege Öllinger, wir sind fürs Protokoll per Sie, also nicht verwundert sein.

Medial und auch durch die FPÖ wurde kolportiert, dass es einen vermeintlichen Widerspruch gibt, wann Sie erfahren haben, dass Uwe Sailer Polizeibeamter ist. Jetzt muss man dazu sagen, für die grundsätzliche Frage, die wir zu untersuchen haben, ob es Amtsmissbrauch gibt und ob Sie zum Amtsmissbrauch angestiftet haben, ist an sich die Frage nicht unmittelbar relevant.

Der Herr Sailer schildert das Treffen am 6. Juli, bei dem er glaubt, erkennen lassen zu haben, dass er bei der Polizei ist, folgendermaßen – ich zitiere –: „Da mir Herr Öllinger mitgeteilt hat, dass auch gegen seine Person – und andere – Bedrohungen beziehungsweise Anfeindungen vorliegen, habe ich ihn angerufen, ihn aufgesucht und mit ihm darüber gesprochen. Ich habe ihn dezidiert gefragt, ob er einen Ansprechpartner beim LVT in Wien oder beim BVT habe, an den er sich wenden könne, denn Bedrohungen oder Anfeindungen Abgeordneter müssen meiner Meinung nach ernst genommen werden.“

Herr Öllinger hat zu mir gesagt, dass er dort keinen Ansprechpartner kenne, und dann habe ich mir gedacht, wenn er keinen Ansprechpartner kennt, dann werde ich mit meinem Ansprechpartner, mit dem ich mich verabredet habe, darüber sprechen, und dann möge dieser in die Wege leiten, dass ein Gespräch zwischen dem Herrn Abgeordneten Öllinger und einem Ansprechpartner des LVT Wien oder des BVT zustande kommt.“

Dann sagt der Abgeordnete Amon – ich zitiere –: „Das haben Sie ihm alles am 6. Juli gesagt?“ – Sailer: „Das war ein Montag, ja!“

Und darauf wieder Amon: „Ja, und am 6. Juli haben Sie ihm auch gesagt, dass Sie klar zwischen dienstlichen Aufgaben und dem, was Sie sozusagen in Ihrer Freizeit privat machen, trennen?“

Und Uwe Sailer antwortet: „Vollkommen richtig!“

Amon: „Das heißt, es müsste dem Kollegen Öllinger spätestens ab 6. Juli bekannt sein, dass Sie ein Mitarbeiter der Polizei sind?“

Sailer darauf: „Die Frage kann ich nicht beantworten. Das muss der Herr Abgeordnete Öllinger beantworten.“

Meine erste Frage: Dieses Gespräch am 6. Juli war umfassender, soviel ist schon bekannt. Hat es auch diese Passagen beinhaltet, nämlich genau in der dargestellten Form?

Karl Öllinger: Ja, soweit ich mich erinnern kann, gibt es da überhaupt keine Differenz. Der Herr Sailer hat tatsächlich gemeint, ich soll mit dem BVT beziehungsweise LVT darüber sprechen. Was da **nicht** drinnen steht, war dann **meine** Antwort darauf, nämlich nicht nur, dass ich keine Ansprechpartner habe, sondern ich habe ihm auch sehr dezidiert erklärt, dass ich eigentlich nichts von den Kontakten halte.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Aus Zeitgründen sollten wir in die Richtung, warum Sie davon nichts halten, nicht weitergehen. Ich glaube auch nicht, dass das jetzt unbedingt Priorität hier hat, die Vertrauenskrise Öllinger – LVT und BVT.

Aber meine Frage ist: Wie kommt es dann zur Interpretation, dass Sie am 6. Juli wissen hätten müssen, dass er Polizeibeamter ist, selbst aber angeben, erst am 10. Juli durch Strache davon erfahren zu haben?

Karl Öllinger: Am 6. Juli, bei diesem Gesprächstermin, hat mir, soweit ich mich erinnern kann, der Herr Sailer mitgeteilt, dass er in Wien ist. Und es war ja schon die Grundlage des Telefonats vorher: wegen beruflicher Termine. Und er hat mir auch entweder im Gespräch oder vorher bei dem Telefonat am 6. Juli erklärt, dass er sich mit dem LVT trifft. Also, das war mir schon klar: Er trifft sich mit dem LVT. Ich habe da überhaupt keinen Widerspruch zu seiner Tätigkeit als Datenforensiker – und als solcher war er mir bekannt – gesehen, weil er mir ja schon in dem ersten Telefonat am 27. gesagt hat, beziehungsweise hat mir das der Gunther Trübswasser ja gesagt, dass er Gutachten macht, auch für das LVT.

Ich habe aber aus dieser seiner **beruflichen** Tätigkeit als Datenforensiker mit Firma nicht für mich geschlossen, dass er Kriminalbeamter ist. Es hat mir aber der Herr Sailer beim Erstgespräch, beim Telefonat an diesem 6. oder bei einem dieser beiden Gespräche – ich glaube, es steht ja in einem E-Mail drinnen – darauf aufmerksam gemacht, dass er mir aus seinem beruflichen Wissen – und ich habe das verstanden, als **Gutachter** sozusagen – nichts mitteilen kann, was er von seinen Partnern – also LVT, Gerichte und was weiß ich wer sonst noch – weiß.

Also, da war er sehr dezidiert und klar und hat mir das mitgeteilt. Aber für mich war am 6. genauso wie vorher der Eindruck da, der Herr Sailer ist Datenforensiker und sonst nichts.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das heißt, Sie sind davon ausgegangen, wenn er von dienstlichen Kontakten spricht und dienstlichem Wissen, dass er das auf seine Datenforensikertätigkeit für das LVT bezieht, aber nicht darauf, dass er selbst LVT-Beamter sein könnte?

Karl Öllinger: Genau so ist es, und ich habe ihn daher am 10. Juli, also nach der Strache-Rede, auch angerufen und gefragt: Was sind Sie jetzt? Sind Sie Kriminalbeamter, Datenforensiker oder Mitarbeiter des LVT?, weil der Herr Strache ja alles irgendwie in ein Kuddelmuddel hineingebracht hat. Ich habe nicht gewusst, was der Herr Sailer jetzt tatsächlich ist. Er hat mir dann am Telefon, nachdem ich ihm ja zunächst einmal diese Situation erklären musste – weil der hat das ja nicht mitbekommen von dem Wirbel im Parlament –, erklärt, dass er Kriminalbeamter ist.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Genau das ist die entscheidende Frage. Er hat offensichtlich am 6. Juli zwar über seine Tätigkeit gesprochen, auch über seine dienstliche Tätigkeit und dass es einen Bezug zum LVT gibt, aber er hat nicht dezidiert ausgesprochen, dass er Assistenzleistungen – so hat er es uns dann erklärt – für das LVT macht und dem Polizeidienst als Beamter zugeteilt ist.

Karl Öllinger: Nein, ich habe jede Bemerkung, die er da gemacht hat – und das war ja nicht viel ... Das heißt, er hat gesagt, er hat berufliche Termine in Wien und dazwischen hat er Zeit für mich. Und das war dann die Vereinbarung, warum wir uns getroffen haben. Na ja, ich weiß nicht, ich frage da nicht nach, welche beruflichen Termine das sind.

Er hat auch gesagt, er trifft sich mit Leuten vom LVT. Das war für mich überhaupt kein Widerspruch zu seiner beruflichen, von mir vermuteten beruflichen Tätigkeit als Datenforensiker.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Herr Abgeordneter Öllinger! Der Kollege Pilz hat einige Namen aus LVT-Akten aufgezählt, die auch nie Gegenstand des E-Mail-Verkehrs waren, und Sie haben schon gesagt, dass Sie darüber keine Informationen erhalten haben.

Jetzt gibt es aber zahlreiche Personen, die Inhalt des E-Mail-Verkehrs waren. Und auch da stellt sich die Frage, ob es zu einem Informationsfluss von Sailer zu Ihnen gekommen ist.

Ich möchte das jetzt konkret ansprechen. Ich möchte wissen, was für Informationen Sie konkret über diese Personen hatten und ob Sie zusätzliche Informationen durch Sailer bekommen haben.

Erster Fragenkomplex ist Detlef Wimmer. Der ist dezidiert im E-Mail angesprochen, er ist mittlerweile zum FPÖ-Sicherheitsstadtrat in Linz aufgestiegen.

Welche Informationen hatten Sie zu Detlef Wimmer? Haben Sie darüber hinaus dienstliche Informationen durch Sailer über Detlef Wimmer bekommen? – Ich sage dazu, was Sailer gesagt hat. Sailer hat gesagt, er habe keine Informationen, weil er nur Datenforensiker ist, aber die Auswertung mache das LVT, nur könne er auf diese Informationen auch nicht zugreifen. – Welche Informationen hatten Sie über Detlef Wimmer?

Karl Öllinger: Die erste Information zu Detlef Wimmer habe ich – ich glaube, ich habe das sogar das letzte Mal schon gesagt – schon vor eineinhalb Jahren erhalten. Das war im Zusammenhang mit der Retschitzegger-Causa, als der Verdacht im Raum stand, dass nicht nur Retschitzegger und einige andere, sondern auch Detlef Wimmer beim BFJ tätig sind.

Mich hat, wenn ich das recht rekapituliere, ein Journalist darauf angesprochen, dass Detlef Wimmer Mitarbeiter eines Abgeordneten im Parlament ist, des Herrn Haimbuchner, und dass dieser Detlef Wimmer beim BFJ ist. Ich habe versucht, das zu recherchieren, habe damals nichts gefunden, merkte, dass Herr Detlef Wimmer zum Beispiel schon vorher – lange vor diesen Vorfällen jetzt – auch Kontakte zu einzelnen Leuten des BFJ zugegeben hat, aber so getan hat, als ob er nicht dabei sei.

Das musste ich so zur Kenntnis nehmen. Da gab es aber diese Sache, dass der Herr Detlef Wimmer – und das war auch Gegenstand dieses Gesprächs mit dem

Journalisten – eine Ausbildung als Reserveoffiziersanwärter beim Bundesheer gemacht hat und offensichtlich nicht mit dem üblichen Dienstgrad Leutnant der Reserve abgeschlossen hat, sondern diese Beförderung nicht erhalten hat, was zu erheblichen Gerüchten, warum das so ist, geführt hat. Und die Gerüchte, um das ganz klar zu sagen, haben natürlich gelautet: wegen seiner BFJ-Vergangenheit.

Ich habe darüber auch den Herrn Sailer befragt, ob er da etwas weiß, aber er hat mir nichts sagen können. Hätte ich es gewusst oder hätte er mir etwas gesagt, mit Sicherheit hätte ich versucht, Herrn Detlef Wimmer zur Rede zu stellen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Es war in diesen E-Mails auch von Anfragen die Rede. Sind die jemals eingebracht worden?

Karl Öllinger: Ja, ich habe eine parlamentarische Anfrage eingebracht, die sich genau auf den merkwürdigen Umstand bezieht, dass Detlef Wimmer – aber da waren ein paar merkwürdige Sachen, die mir einfach nicht klar waren – eine Reserveoffiziersausbildung macht. Und die gibt es in verschiedenen Varianten. Erstens: der Abschluss nicht mit dem Dienstgrad Leutnant der Reserve, sondern Wachtmeister oder Oberwachtmeister der Reserve.

Punkt zwei: dass er sehr viele Tätigkeiten, politische Tätigkeiten während der Zeit seiner Reserveoffiziersausbildung gemacht hat. Ich wollte einfach Auskunft haben und habe dem Verteidigungsminister diese Fragen gestellt und auch mittlerweile eine Antwort erhalten.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Die wie lautet?

Karl Öllinger: Der Minister hat mir zwar, was die Reserveoffiziersanwärterausbildung betrifft, geantwortet, soweit ich mich erinnern kann, hat aber die Frage nach den Gründen für die Nichtbeförderung des Herrn Wimmer nicht beantwortet. Der Herr Detlef Wimmer selbst hat sie in einem Interview mit den „Oberösterreichischen Nachrichten“ mittlerweile indirekt beantwortet.

Es gab auch einen Artikel im „NEWS“: Abwehr deckt Extremistenkontakte auf. – Aus dieser, seiner eigenen Darstellung – der des Herrn Wimmer beziehungsweise der in „NEWS“ – ist für mich ziemlich klar, dass die Verbindungen des Herrn Wimmer zum „Bund Freier Jugend“ offensichtlich sehr eng waren.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Offensichtlich befähigen diese Kontakte in Linz dazu, dass man dann Sicherheitsstadtrat wird.

Aber jetzt zu einer anderen Person, die im E-Mail angesprochen worden ist: ein Herr Übelacker.

Karl Öllinger: Horst Rudolf Übelacker ist einer der Kandidaten auf der Liste der FPÖ Linz. Den kennt Herr Graf sehr gut, weil der Übelacker auch Vorsitzender des Witikobundes ist (*Abg. Neubauer: Da haben Sie falsch recherchiert!*) und der Witikobund sich selbst irgendwie als die Theorieorganisation oder Ideologieorganisation der sudetendeutschen Vertriebenen versteht. Und man muss dazu sagen, der Witikobund wird in Berichten des deutschen Verfassungsschutzes eindeutig auch als rechtsextreme Organisation klassifiziert.

Der Witikobund ist aber nicht sozusagen das einzige Merkmal in der Vergangenheit. Der Herr Übelacker hat eine bewegte Vergangenheit, war bei der CSU, und über diese

CSU-Parteifunktion ist er dann offensichtlich Bundesbankdirektor geworden und ist dann immer weiter politisch nach rechts gewandert, von wo er – das weiß ich aus den Unterlagen, die ich habe – auch hergekommen ist. Also er war da zwischenzeitlich bei der CSU, hat dort den Job erhalten und ist dann ziemlich nach rechts, Republikaner, gute NPD-Kontakte – also bundesdeutsche NPD-Kontakte –, und ist dann vor ein paar Jahren – ich weiß jetzt nicht genau, wann – nach Österreich zugewandert und hier politisch tätig. Zunächst Witikobund ... (**Abg. Neubauer:** *Er ist mit einer Österreicherin verheiratet!*) – Ja, diese persönlichen Informationen, die Sie da erzählen, die kenne ich alle nicht. Keine Ahnung! Ich habe ja nichts gegen Zuwanderung, auch wenn es der Herr Übelacker ist.

Der Punkt ist für mich, dass der Herr Übelacker mir schon im Zusammenhang mit Martin Graf und Witikobund bekannt war, weil da der Herr Graf ja auch eine Funktion hatte oder noch immer hat; das weiß ich jetzt nicht so genau, weil ich schaue mir nicht jeden Monat die Vereinsauszüge an. (**Abg. Dr. Graf:** *Das stimmt ja nicht!*) – Egal. Aus diesem Zusammenhang gibt es eine Verbindung. Den Witikobund kenne ich schon lang, weil er eine rechtsextreme Organisation ist.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Der nächste Name, der im E-Mail vorkommt, ist ein Sebastian Ortner, FPÖ Linz-Mitte – was immer das ist. (**Abg. Dr. Graf:** *Bei Ihnen ist ja die FPÖ schon eine rechtsextreme Organisation, oder?!*)

Karl Öllinger: Nein, nein, nein, ich würde auch die FPÖ insgesamt nicht als rechtsextreme Organisation bezeichnen, auch wenn es verschiedene Merkmale gäbe, aber nein, das würde ich nicht machen, Herr Graf! (**Abg. Dr. Graf:** *... drei ... der Sudetendeutschen!*)

Mühlegger, Entschuldigung ...

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Nein, Sebastian Ortner.

Karl Öllinger: Sebastian Mühlegger ist auch eine Person, die auf der Kandidatenliste steht. Über Sebastian Mühlegger habe ich relativ alte Unterlagen, da weiß ich sonst nichts Neues. Er war, soweit ich informiert bin, bei der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition, kurz VAPO, die – der Herr Graf wird die kennen, weil ich glaube, diese Menschen von der VAPO waren damals bei dieser einen Veranstaltung, wo Sie Saalschutz oder Ordner waren, auch anwesend, und haben dort – ... (**Abg. Dr. Graf:** *Ich kenne die VAPO nicht, aber Sie kennen sie!*)

Nein, das war noch zu Ihrer Zeit als Studierender – egal! Die Volkstreue Außerparlamentarische Opposition war – Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre – eine eindeutig neonazistische Organisation mit Schwerpunkt in Wien, und ich weiß, dass der Herr Mühlegger – beziehungsweise hat er damals Mühlegger geheißen, jetzt heißt er Ortner; warum weiß ich nicht – bei dieser VAPO war.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Und jetzt ist er Funktionär bei der FPÖ Linz-Mitte?

Karl Öllinger: Der Herr Mühlegger hat ebenfalls, an vorderer Stelle auf der FPÖ-Kandidatenliste, in Linz kandidiert, ja. Darüber habe ich mich mit dem Herrn Sailer unterhalten, aber es sind von ihm keine Informationen dazu gekommen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Also auch darüber keine Informationen.

Noch eine letzte Frage zur FPÖ-Dietmanns in Niederösterreich, die auch angesprochen wurde: Welche Informationen hatten Sie da, und welche haben oder hätten Sie von Sailer bekommen?

Karl Öllinger: Die FPÖ-Dietmanns ist eine spannende Sache gewesen. Inzwischen kann man sie nur mehr rekapitulieren, da ich mir die Website der FPÖ-Dietmanns natürlich gesichert habe. Ich habe versucht, die FPÖ-Dietmanns mit dem Herrn Sailer zu besprechen, und er hat mir auch gesagt, dass er diese Seite gesichert hat.

Kurz zur FPÖ-Dietmanns: Mich würde auch interessieren – ich weiß es nicht –, ob es darüber irgendwelche Erkenntnisse durch den Verfassungsschutz gibt. Die FPÖ-Dietmanns hat eine merkwürdige Webadresse gehabt. Die war nämlich nicht – wie es für eine Parteiorganisation üblich ist –: „fpoe“ und dann „Dietmanns“, sondern hatte die Adresse „RR-Load-Forum“ – das war offensichtlich die Webadresse eines absolut nazistischen Forums, wo sich 50 bis 100 Personen aus dem gesamten deutschen Sprachraum ausgetauscht haben. Ich habe nur ein paar Auszüge daraus mitgenommen. *(Abg. Dr. Graf: Das ist keine FPÖ-Seite, auch nicht von der FPÖ-Dietmanns! Das ist eine kleine Organisation, die damit nichts zu tun hat! Das ist schon längst geklärt alles!)*

Ich finde, bei der FPÖ-Dietmanns – wenn ich den Zwischenruf aufnehmen darf, obwohl ich am Wort bin – ist noch gar nichts geklärt. Die FPÖ-Dietmanns – und das habe ich sehr klar erklärt – hat eine Webadresse gehabt, die die gleiche war wie die eines Nazi-Forums, das es vorher gegeben hat. Das heißt, der Administrator dieses Nazi-Forums „nationalesforum“ hat diese Webadresse für die FPÖ-Dietmanns weiterverwendet. *(Abg. Dr. Graf: Aber illegal! Haben Sie das schon herausgefunden? – Abg. Mag. Lapp: Es ist immer alles illegal! – Abg. Neubauer: ... stellen Sie das fest!)*

Lassen Sie mich in aller Ruhe dazu festhalten, dass sich alle Personen in diesem Nazi-Forum mit SS-Rängen angesprochen haben: Rottenführer, Scharführer – das ist ein ziemlich grausliches Forum und deswegen nicht uninteressant, Herr Graf, weil es in diesem Forum zu Jahresbeginn 2009 – oder war das noch 2008? – auch eine Warnung wegen des „Aufruhr-Versands“ gegeben hat: Achtung alle Österreicher, wer beim „Aufruhr-Versand“ bestellt hat, bitte in die Schublade damit! Das ist öffentlich geworden.

Dieses Forum ist eine ziemlich grausliche Geschichte, und wie gesagt, die Webadresse war „RR-Load-nationalesforum“. Es ist offensichtlich von dem Mann administriert worden, der dann, als dieses Forum eingestellt wurde, diese Webadresse für die FPÖ-Dietmanns verwendet hat. Die FPÖ Dietmanns hat ... *(Abg. Dr. Rosenkranz: Aber illegal! – Abg. Neubauer: Das darf ja nicht wahr sein, da haben wir uns ja schon dreimal distanziert davon! Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen!)*

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Kollege Öllinger, da möchte ich jetzt zwischenfragen: Hat es auf dieser Seite irgendwelche Hinweise gegeben, dass eine Bezugnahme zur FPÖ da ist? Logos, Links, oder was auch immer?

Karl Öllinger: Natürlich! Diese Website war für mich als eine Seite der FPÖ-Dietmanns erkennbar, weil auch die Personen, die abgebildet waren, Ortsvorsitzende der FPÖ waren. Es hat auch andere Personen gegeben, die sich auf dieser FPÖ-Website im Forum der FPÖ-Dietmanns mit sehr einschlägigen Personenbezeichnungen gegenseitig unter Nicknames kontaktiert haben. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Graf.)*

Das Interessante ist – Herr Graf, lassen Sie mich das doch in aller Ruhe erklären –, dass ich mit dem Herrn Sailer darüber gesprochen und mich ausgetauscht habe – FPÖ-Dietmanns, RR-Load, nationales-netz –, und dann wird die Sache mit den E-Mails offenkundig. Das heißt: Die E-Mails, die Sie sich angeeignet haben, stehen im Netz. In Ihrer Version, Herr Graf, waren ja genau diese Seiten, die Vermerke über die FPÖ-Dietmanns, zunächst herausgestrichen. Dann gehe **ich** an die Öffentlichkeit mit der **unzensurierten** Version, und ab dem Moment – es hat noch ein paar Tage gedauert – ist die Seite der FPÖ-Dietmanns aus dem Netz genommen – auf einmal ist sie verschwunden. Bis dorthin ... (Abg. Dr. **Graf**: *Dankenswerterweise haben Sie uns aufmerksam gemacht, dass jemand illegal eine FPÖ-Seite betreibt! Wir sind rechtlich dagegen vorgegangen!*)

Herr Abgeordneter Graf! Wenn es eine illegale Seite war, dann würde ich Ihnen oder der FPÖ empfehlen, eine Anzeige zu machen. (Die Abgeordneten Dr. **Graf** und **Neubauer**: *Das haben wir ja gemacht! Das ist alles gemacht worden! Sie nehmen es nicht zur Kenntnis! Sie arbeiten mit Anschuldigungen weiter! – Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und SPÖ.*)

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Sind Sie mit Ihren Fragen durch, Herr Abgeordneter Steinhauser? – Damit ist die Befragung seitens der grünen Fraktion abgeschlossen.

Wir kommen zur sozialdemokratischen Fraktion. – Bitte, Frau Abgeordnete Mag. Lapp.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich habe schon drei Mal mit dem Mikrofon Zeichen gegeben, Herr Vorsitzender. Danke für die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Es sind zwei kurze Fragen: Mich würde das Treffen mit Uwe Sailer am 6. Juli 2009 interessieren. Sie haben zu Beginn des heutigen Tages gesagt, dass das Gespräch eine halbe bis dreiviertel Stunde gedauert und in den Klubräumlichkeiten der Grünen stattgefunden hat.

Herr Sailer hat letztes Mal gesagt, dass er bei diesem Gespräch ganz klar definiert hat, dass er Informationen aus kriminalpolizeilichen Bereichen nicht nennen kann und dass er Ihnen das auch definiert hat.

Können Sie uns sagen, wie dieses Gespräch stattgefunden hat und welche Punkte Sie da durchgegangen sind?

Karl Öllinger: Na ja, die Erinnerung an das Gespräch, was die Details betrifft, ist nicht mehr so klar. Aber natürlich haben wir über die Punkte gesprochen, über die wir auch vorher gesprochen haben. Das war natürlich in erster Linie „alpen-donau.info“ – das habe ich das letzte Mal klar gesagt – und der meiner Ansicht nach sehr stark steigende Aggressionspegel bei „alpen-donau“, der ja jetzt wieder gestiegen ist. Das heißt, wenn man diese Seite angeschaut hat, hat man den Eindruck: Die stehen kurz vorm Explodieren. Also es wird eine sehr aggressive Sprache benutzt, auch gegenüber bestimmten Personen, unter anderem gegen Gunther Trübswasser, der dort als „Krüppel“ angesprochen wird, gegen österreichische Zeitungen wie den „Standard“, die als „Judenpresse“ apostrophiert werden, gegen Personen aus dem sozialdemokratischen Bereich, die mit Namen, Adresse und teilweise sogar Handynummer geoutet werden – das ist sehr aggressiv gewesen. Ich bin dort auch vorgekommen – man kann sich natürlich vorstellen, wie. Über diesen nicht unproblematischen, aber mir gegenüber bei weitem nicht so ... – Da habe ich vielleicht eine zu dicke Haut, aber insgesamt war das schon ein Punkt, dass ich von jemand

anderem, der diese Seite auch kennt und anschaut, eine Einschätzung haben wollte, weil ich es für sehr, sehr problematisch halte. Das war sozusagen der wichtigste Bereich unseres Gesprächs: Wer könnte das sein?

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Welche Namen sind dabei genannt worden? Sie haben das letzte Mal bezüglich der Betreiber schon ausgeführt, dass das über einen US-Server geht. – Welche Namen sind in dem Gespräch mit Herrn Sailer vorgekommen?

Karl Öllinger: Bei den Namen sind wir im Prinzip nicht weiter gekommen als das, was sozusagen *in* der Szene – und damit meine ich *meine* Szene – ohnehin schon bekannt ist, bei denen es Anhaltspunkte gibt, man aber nichts belegen kann: Küssel, Budin, Pfingstl, der junge Aufsteiger aus der Steiermark, Radl, ein etwas älteres Semester, und so weiter, bis hin zu Ploner, der ganz offensichtlich auch im Umfeld von „alpen-donau“ tätig ist.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Was haben Sie im Laufe des Gespräches mit Herrn Sailer dann vereinbart, nach der halben Stunde? Dass Sie in Kontakt bleiben? Oder war das sozusagen nur ein Meinungs austausch, damit die Informationen abgeglichen werden? Oder haben Sie auch konkrete Aufgabenteilungen vorgenommen?

Karl Öllinger: Aufgabenteilung – in dem Sinne – ist mir überhaupt keine in Erinnerung. Wir waren mitten in einer, wenn man so will, sehr spannenden Debatte über die Nazi-Szene in Österreich, und dabei hat die Verbindung zur FPÖ eine immer größere Rolle gespielt. Das waren meine Anhaltspunkte, die mir sozusagen über die Füße gefallen sind: dieser Fichtenbauer-Brief (*Zwischenruf des Abg. Dr. Graf*), das Auslieferungsbegehren und viele andere kleine Details. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das gerne schildern, ein Teil ist hier schon genannt worden: Mitglieder des BFJ, die gleichzeitig beim „Ring Freiheitlicher Jugend“ sind, Ortsgruppen-Vorsitzende und Ähnliches, Funktionäre der FPÖ, die irgendwelche rechtsextremen Klein-Versandhäuser betreiben. Das heißt, es war einfach eine Häufung von Personen und Kontakten auch zwischen dieser Szene und der FPÖ oder einzelnen FPÖ-Funktionären feststellbar.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Hat Ihnen Herr Sailer geraten, zum Landesamt oder zum Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung zu gehen?

Karl Öllinger: Ja, Herr Sailer wollte mir das einreden. Er hat mich zuerst gefragt, ob ich Kontakte habe – LVT, BVT –, ich habe gesagt, nein. Dann hat er gemeint, ich soll Kontakt aufnehmen, und ich habe ihm gesagt, dass ich von LVT und BVT enttäuscht bin, und habe als Beleg die Causa Duke genannt – das war im Frühjahr des gleichen Jahres, David Duke –; als zweiten Beleg habe ich ihm gegenüber dieses Mail hergenommen, das ich an die Meldestelle für neonazistische Wiederbetätigung geschickte habe, auf das ich überhaupt keine Antwort bekommen habe.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Bis heute nicht?

Karl Öllinger: Bis heute keine Antwort. Wie ich das letzte Mal schon gesagt habe, sind die Seiten, die ich bei der Meldestelle beim BVT anzuzeigen versucht habe, noch immer bei YouTube“ aktiv. Das sind Nazi-Seiten, von Österreichern betrieben.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich teile Ihre Auffassung. Anhand der Aktenlage finde ich das ebenfalls sehr bedenklich und finde, dass es eine wichtige Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung ist, hier aufzutreten, Recherchen zu machen und tätig zu werden.

Ich möchte von unserer Seite noch eine Frage stellen: Sie haben in Ihrem Mail vom 8. Juli an Herrn Sailer – das ist die Seite 60 von 146 – geschrieben:

„im fpö-klub dürfte es brodeln und das war ja ein nicht unerwünschter effekt der sache. die geschichte sollte am fr im kurier zu finden sein.“

Welche Maßnahmen des Brodelns haben Sie da in Erfahrung gebracht? Ich merke auch jetzt gerade, dass es (*in Richtung Freiheitliche*) in der Ecke dort brodeln, aber vielleicht könnten Sie genauer ausführen, an welchen Indizien Sie das festgemacht haben.

Karl Öllinger: Frau Abgeordnete, für diese Frage bin ich wirklich dankbar. Es ist genau um diesen Fichtenbauer-Brief gegangen, um das Faksimile dieses Fichtenbauer-Briefes, und diese Merkwürdigkeit, dass zwei Nazi-Seiten diesen Brief veröffentlichen: „alpen-donau“ – aber die waren geschickt und haben es ohne die Faxkennung veröffentlicht – und dann ein deutsches Nazi-Forum, eigentlich war es ein Blog, „nidinfo“.

Dieses „nidinfo“, das ist interessant zu wissen, wird wahrscheinlich – oder ziemlich sicher – von Herrn Thierry betrieben. Andreas Thierry war der Paintball-Partner von Herrn Strache, also mit ihm hat er diese Wehrsportübungen gemacht. Herr Thierry ist Österreicher, der in der Bundesrepublik NPD-Bundesvorstandsmitglied war oder ist; auch eine interessante Sache. Dieser Herr Thierry hat offensichtlich nach wie vor sehr gute Kontakte nach Österreich **und** offensichtlich bis in den FPÖ-Klub hinein, denn auf dem Blog des Herrn Thierry findet sich das Faksimile – um das noch einmal deutlich zu machen – dieses Fichtenbauer-Schreibens, in dem Fichtenbauer einem mir unbekanntem Herrn Tomislav Avramovic mit Postadresse „Serbien“ und dem Datum 30. Jänner 2009 schreibt und ihn zu Holocaust-Gedenkfeiern nach Österreich einlädt.

Mir ist das sehr komisch vorgekommen – Holocaust-Gedenkfeiern, FPÖ –, und weil ich selbst eigentlich nicht gewusst habe, was ich da noch weiter recherchieren kann, habe ich in dieser Sache mit einem Journalisten sozusagen ausgemacht, dass er beim Herrn Fichtenbauer nachfragt, ob dieses Schreiben tatsächlich von ihm ist. Ich habe gewusst, das Schreiben, das auf diesem deutschen Blog veröffentlicht wurde, trägt die Faxkennung „Gudenus“, die private Telefonnummer Gudenus, wobei Gudenus-Vater oder Gudenus-Sohn das abgeschickt haben kann.

Fichtenbauer erzählt dann dem „Kurier“-Journalisten: Ja, ich habe tatsächlich einem Herrn Avramovic dieses Schreiben geschickt – Punkt eins –, ja, Markus Gudenus – der Referent im FPÖ-Klub, und zwar für Herrn Strache – hat mir dieses Schreiben offensichtlich weggenommen, **zu Hause** – nämlich bei Gudenus – in ein Faxgerät gesteckt. Jetzt weiß ich nicht, ob Gudenus selbst, aber dieses Fax ist dann mit der Faxkennung „Gudenus“ bei dem Naziblog herausgekommen. Das könnte ja theoretisch auch Gudenus-Vater hineingesteckt haben für den Sohn, weil der so ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Entschuldigung, ich darf da jetzt kurz nachfragen, es ist mir jetzt doch zu viel. – Herr Dr. Fichtenbauer hat eine Einladung geschrieben, die dann der junge Herr Gudenus von sich zu Hause gefaxt hat?

Karl Öllinger: Ja, ganz offensichtlich hat der junge Herr Gudenus, der Referent im FPÖ-Klub ist, das gesehen – Holocaust-Gedenkfeiern – und wollte eigentlich – jetzt sage ich einmal etwas Gewagtes – einem antisemitischen Reflex folgend dem Herrn Fichtenbauer eines auswischen und hat das da reingesteckt. Das Schreiben landet auf „nidinfo“ beziehungsweise „alpen-donau“, und beide Nazi-Seiten sagen, es würde immer über die FPÖ geschimpft, dass sie so antisemitisch sei; schaut euch doch Herrn Fichtenbauer an, der hat ja Kontakte mit Juden.

Klar, dass das sehr zynisch und bössartig unterlegt war. Das war aber ganz offensichtlich sozusagen der Fehler dessen, der da sehr reflexhaft reagiert hat. Mir war klar, dass die FPÖ keine Holocaust-Gedenkfeiern macht. Sie lädt einen Herrn Avramovic ein, den ich nicht näher kenne. (*Abg. Neubauer: Wir laden viele Leute ein, die Sie nicht kennen!*) Mich hat interessiert, wer Herr Avramovic ist. Ich habe die Auskunft erhalten, er sei ein Müllhändler aus Serbien, der ein Financier der FPÖ sein soll; und diese Auskunft habe ich nicht von Herrn Sailer erhalten. Aber das war sozusagen für mich alles das, was mit diesen beiden Nazi-Seiten und mit der FPÖ zusammenhängt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Auf diesen Nazi-Seiten wurde Herr Dr. Fichtenbauer sozusagen dargestellt als ein nicht aufrechtes Mitglied des FPÖ-Klubs, oder wie ist das zu verstehen?

Karl Öllinger: Das Schreiben selbst hat sich an Herrn Avramovic gerichtet, wurde von Herrn Fichtenbauer oben im Briefkopf, glaube ich, mit „stellvertretender Klubobmann“, unten mit „stellvertretender Parteisprecher“ der FPÖ gezeichnet und hat Herrn Avramovic zu Holocaust-Gedenkfeiern in Wien im Zeitraum zwischen Februar und Juli 2009 eingeladen – auf Kost und Logis der FPÖ.

Ich wollte natürlich wissen, ob es solche Holocaust-Gedenkfeiern gibt. – Nein, es gibt keine; von der FPÖ sowieso nicht, aber auch von sonst niemandem. Es hat heuer keine Holocaust-Gedenkfeiern zwischen Februar und Juli gegeben.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und gekommen ist dann ein Herr, der mit Müll zu tun hat? Sie haben recherchiert, dass Herr Avramovic im Müllgeschäft ist?

Karl Öllinger: Mich hat natürlich interessiert, da mir das Schreiben so komisch vorgekommen ist, was Herr Avramovic wirklich ist. – Ich habe die Auskunft erhalten, dass Herr Avramovic ein serbischer Müllhändler ist, der die FPÖ finanziert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Kollege Öllinger, wann haben Sie eigentlich den letzten Kontakt zu Herrn Sailer gehabt? (*Karl Öllinger: Meinen Sie vor oder nach diesen Veröffentlichungen durch die Freiheitlichen?*) Ich meine vom heutigen Tag an rückwärts.

Karl Öllinger: Vor wenigen Tagen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich fragen, was Sinn und Zweck dieser Kontaktaufnahme war?

Karl Öllinger: Ich finde, das hat mit dem eigentlichen Gegenstand nichts mehr zu tun. Klar, Herr Sailer wurde durch die FPÖ und durch die Vorwürfe an ihn in eine sehr, sehr unangenehme Situation gebracht (*Abg. Neubauer: Sie haben ihn da reingebracht!*), die für ihn existenziell bedrohlich ist. Und das gehört schon irgendwie dazu, dass ich mir das denke. Mir ist Herr Sailer nicht egal. Ich habe, da die Kontakte mit ihm –

freundschaftlich, das wäre übertrieben, aber – durchaus angenehm verlaufen sind, keinen Grund gesehen, den Kontakt mit Herrn Sailer einzustellen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, der Ausschuss war Thema in Ihrem letzten Gespräch? (*Karl Öllinger: Nicht wirklich!*) Nicht wirklich – oder?

Karl Öllinger: Nein, weil ich sozusagen von ihm nur erfahren habe, dass er fünf, sechs Stunden oder was weiß ich, wie lange, im Ausschuss gesessen ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben ausgesagt, Herr Kollege Öllinger, dass es keinerlei schriftliche Informationen, abgesehen von den uns vorliegenden E-Mails an Herrn Sailer, gegeben hat. Darf ich noch einmal nachfragen: Habe ich das richtig verstanden?

Karl Öllinger: Sie haben alles richtig gehört, wenn Sie auch mitgehört haben, dass möglicherweise das erste Mail, das ich an ihn geschickt habe, nämlich das vom 27., nicht enthalten ist, weil er vom 27. auf den 28. seinen Serverabsturz hatte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ja, aber das war kein umfassendes Mail, sondern ein kurzes?

Karl Öllinger: Dieses Mail hat sich auf die zwei Seiten „alpen-donau.info“ und „unzensuriert.at“ bezogen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Da muss ich noch einmal nachfragen. Es ist zwar schon gefragt worden, aber ich möchte das trotzdem der Ordnung halber noch einmal fragen. Ich halte Ihnen das E-Mail vom 8. Juli, 23.13 Uhr, vor, das Herr Sailer an Sie geschrieben hat:

„sehr geehrter herr öllinger!

danke für die infos, ein wahrer schwall an informationen; das kann ich auf die schnelle nicht durcharbeiten; sie haben da zusätzlich noch themen angesprochen, über die ich wieder 3 stunden mit ihnen plaudern könnte. ich werde mir morgen (9.7.2009) zeit nehmen und punkt für punkt durcharbeiten. wahre hämmer die in ihrer email stecken!“

Welches E-Mail ist da gemeint?

Karl Öllinger: Ich nehme an, die vorherige beziehungsweise die vorherigen; wenn Sie es genau verfolgen, es sind manchmal in einer Nacht zwei oder drei E-Mails geschrieben worden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also Sie können mir nicht konkret sagen, welche „Hämmer“ in Ihrer E-Mail er da meinte.

Karl Öllinger: Was wollen Sie von mir hören? (*Abg. Amon: Was Sie mir sagen!*)

Nein, nicht, was *ich* gesagt habe. Sie halten mir etwas vor, das *er* gesagt hat.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ja, und ich frage Sie, was er damit gemeint haben könnte? (*Abg. Öllinger: Das fragen Sie doch bitte ihn und nicht mich!*) – Ich habe ihn gefragt, aber ich frage auch Sie.

Karl Öllinger: Nein, das halte ich für unzulässig! Sie können mich doch nicht fragen, was er damit gemeint haben könnte. Das ist ja absurd.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wenn Sie mir sagen, dass Sie ihm ausschließlich ein zweiseitiges E-Mail haben zukommen lassen, und er schreibt, ein „wahrer Schwall an Informationen“, die er „auf die Schnelle nicht durcharbeiten kann“, dann wird es sich vermutlich nicht um zwei Blätter Papier handeln.

Karl Öllinger: Sie bringen bewusst oder unbewusst etwas durcheinander. Ich habe zunächst davon gesprochen: Dem mail-thread fehlt vermutlich dieses eine Mail, das ich ganz am Anfang – am 27. – an ihn geschickt habe, mit „alpen-donau“ beziehungsweise dem Faksimile oder PDF-File von „www.unzensuriert.at“. Jetzt sprechen Sie aber vom 8. Juli. Das heißt, die Informationen, die wir ausgetauscht haben, sind ja sozusagen seit dem 27. angewachsen. Sie haben den mail-thread. Sie können das alles lesen, was wir diskutiert haben. Da ist es ja nicht nur um ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Entschuldigung, Herr Kollege Öllinger, bitte unterstellen Sie mir nichts! Ich habe ausdrücklich angeführt, woraus ich zitiere. Ich habe gesagt, ich halte Ihnen das E-Mail vom 8. Juli, 23.13 Uhr, vor. Ich habe das korrekt zitiert und Sie gefragt, was er damit gemeint haben könnte. Zunächst haben Sie darauf verwiesen, dass es sich nur um dieses E-Mail handeln konnte, das aus zwei Seiten besteht. – Also unterstellen Sie mir da nichts!

Karl Öllinger: Das ist eine Frechheit! Das lasse ich mir nicht bieten von Ihnen! Sie versuchen zum wiederholten Male, mir das Wort im Mund umzudrehen. Ich habe nie davon gesprochen, dass sich das nur auf ein zweiseitiges Mail bezieht. Ich habe Ihnen korrekt gesagt: Wir haben mehrere Mails vorher und unter Umständen auch an einem Abend ausgetauscht. Und jetzt kommen Sie daher und reden von einem zweiseitigen Mail vom 28.! – Das ist unglaublich! Das können Sie mit wem auch immer machen, mit mir nicht!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Jetzt bleiben Sie ein bisschen ruhig, Herr Kollege Öllinger!

Karl Öllinger: Sie tun sich leicht. Sie verdrehen ein ums andere Mal. Ich kann Ihnen sagen, was ich will, Sie kommen wieder mit einer Unterstellung daher. Bitte fragen Sie korrekt!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Kollege Öllinger, ich frage ganz korrekt und wiederhole meine Frage noch einmal. Ich halte Ihnen das E-Mail vom 8. Juli, 23.13 Uhr, vor, ich zitiere:

„sehr geehrter herr öllinger!

danke für die infos, ein wahrer schwall an informationen; das kann ich auf die schnelle nicht durcharbeiten; sie haben da zusätzlich noch themen angesprochen, über die ich wieder 3 stunden mit ihnen plaudern könnte. ich werde mir morgen (9.7.2009) zeit nehmen und punkt für punkt durcharbeiten. wahre hämmer die in ihrer email stecken!“

Ich frage Sie, welche „Hämmer“ er hier meinen könnte.

Karl Öllinger: Was er unter „Hämmern“ versteht – sage ich Ihnen noch einmal –, das muss **er** interpretieren. Das kann nicht **ich** interpretieren.

Ich interpretiere: Seine Botschaft hat sich auf die vorherigen E-Mails bezogen – klar! –, und nicht auf das E-Mail – das Ihnen möglicherweise nicht vorliegt – vom 27. Sie haben ja versucht, jetzt von einem zweiseitigen E-Mail vom 27. zu reden. Ich habe das nicht darauf bezogen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Entschuldigung, ich weiß gar nicht, dass es ein E-Mail vom 27. gibt, denn das steht nicht in den Unterlagen. Das haben **Sie** hier eingebracht. Aber ich darf Sie wirklich bitten, Herr Kollege Öllinger: Vielleicht ist es möglich, uns auch den E-Mail-Verkehr, der davor liegt, zur Verfügung zu stellen, denn offenbar ist der umfassender, als uns bisher bekannt ist.

Karl Öllinger: Das ist die nächste Unterstellung von Ihnen! Und ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, ich möchte schon ... – Wir können immer wieder zurückkehren. Ich habe Ihnen gesagt: Es gibt, wenn, dann **ein** E-Mail vom 27. – ich habe es Ihnen beschrieben –, und Sie sprechen von einem umfassenderen E-Mail-Verkehr, den es vorher gegeben hat! Wollen Sie meine Festplatte durchsuchen?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Nein, Herr Kollege Öllinger, das steht mir auch nicht zu. Aber wir können gerne im Protokoll nachlesen. Sie haben gesagt, dass diese „Hämmer“ sich möglicherweise nicht auf das E-Mail vom 27. beziehen, sondern auf einen umfassenderen E-Mail-Verkehr. Das haben **Sie** gesagt, nicht ich. Und ich frage Sie jetzt noch einmal: ...

Karl Öllinger: Darf das sein? Darf das sein?! – Sie wissen genau aus den Unterlagen, dass es zwischen dem 27. Juni und dem 8. Juli **etliche** E-Mails gegeben hat. Etliche! Die liegen Ihnen ja vor! – Und Sie sagen, ich beziehe das auf den 27.!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also, wir schauen dann im Protokoll nach. (*Karl Öllinger: Ja, bitte! Schauen Sie sich die Frage an!*) Dann müssen wir uns möglicherweise noch einmal unterhalten, denn ... (*Karl Öllinger: Wenn es Ihnen hilft!*) Na ja, ich hoffe, es dient der Wahrheitsfindung, Herr Kollege Öllinger. (*Karl Öllinger: Das, was Sie sagen, „sicher“!*)

Dann fragen wir gleich weiter, weil es ja doch ganz interessant ist, dass es offenbar dem Herrn Sailer am 6. völlig klar war, dass Sie darüber Kenntnis haben mussten, dass er Angehöriger der Polizei ist, Ihnen das aber nicht klar ist. – Können Sie diesen Widerspruch aufklären?

Karl Öllinger: Nachdem Sie offensichtlich bei den mehrmaligen Befragungen nicht aufgepasst haben, sage ich Ihnen das auch gern noch einmal: Am 6. Juli gab es dieses schon erwähnte Treffen mit dem Herrn Sailer in meinen Büroräumlichkeiten. Herr Sailer hat mir gesagt, dass er frei hat für einen Termin, kurz Zeit hätte, ob das ginge, dann können wir uns treffen und auch austauschen; er hat geschäftlich oder beruflich in Wien zu tun.

Er ist dann in mein Büro gekommen und hat mir auch gesagt, dass er Termine hat in Wien, unter anderem mit dem LVT, dass er sich mit jemandem vom LVT trifft. Er hat mich auch befragt, ob ich Kontakte mit dem LVT oder BVT hätte. Da habe ich gesagt: Nein. Er hat gemeint, na ja, wegen dieser Bedrohungen et cetera sollte man schon Kontakt aufnehmen. Und ich habe ihm dann – was ich jetzt auch schon mehrfach erklärt habe – gesagt, dass ich kein allzu großes Vertrauen habe – das habe ich gerade vorhin der Kollegin von der SPÖ erklärt, aber da waren Sie sicher in

Vorbereitung Ihrer Fragestellung –, dass ich mir nichts davon erwarte. – Aus. Das war es, diesen Teil betreffend.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben ja ausgesagt, dass Sie mit Herrn Sailer ausschließlich privater Natur zu tun hatten, dass es gleichsam ein freundschaftlicher Dienst war für Sie, Dinge auch zu recherchieren. (*Karl Öllinger: Haben Sie eine Frage?*)

Das **war** die Frage: Sie hatten ausschließlich privater Natur mit Herrn Sailer zu tun, ja oder nein? (*Karl Öllinger: Ja!*)

Weil Herr Sailer nämlich aussagt, dass er am 6. **dienstlich** bei Ihnen war. War Ihnen das bekannt?

Karl Öllinger: Nein, war mir nicht bekannt. Herr Sailer hat das offensichtlich so verstanden. Ich habe es **nicht** so verstanden. Er ist auch nicht mit einer Marke als Kriminalbeamter bei mir hereingekommen oder hat sich irgendwie ausgewiesen. Für mich war Herr Sailer zu diesem Zeitpunkt der Datenforensiker. Ich habe das aufmerksam gefunden, dass er sagt: Sie sollten sich mit dem LVT einmal besprechen! Gleichzeitig habe ich ihm gesagt: Da halte ich nichts davon. (*Abg. Mag. Steinhauser: Wo steht das, dass die ... dienstlich ... war?*)

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich kann Ihnen das sehr gerne herausuchen, weil er auf meine Frage – ich habe das sehr genau im Kopf –, ob er mit dem Herrn Öllinger irgendwann dienstlich zu tun hatte, sagte: Ja, ein einziges Mal, und das war am 6!, wo ich nämlich die Frage angeschlossen habe, ob er sich dann gleichsam in den Dienst gestellt hat. Dann hat er gesagt, das musste er nicht, weil er ja dienstlich in Wien war. – Ich zeige es Ihnen nachher gerne. Das war ganz sicher so.

Jetzt hätte mich in dem Zusammenhang interessiert: Können Sie sich genau erinnern an die Formulierung, wie er Ihnen empfohlen hat, doch mit dem LVT Wien Kontakt aufzunehmen?

Karl Öllinger: An die Formulierung kann ich mich sicher nicht genau erinnern, aber es war zunächst einmal eine Frage von ihm, ob ich Kontakte mit LVT und BVT habe. Ich habe ihm gesagt: Sehr spärlich; aus der Vergangenheit; nicht sehr interessant; und: ich habe jüngste Erfahrungen ... – weil er in der Folge dann gesagt hat, er ist der Meinung, dass ich aufgrund der Bedrohungslage schon mit denen Kontakt aufnehmen sollte; daraufhin habe ich gesagt – was ich jetzt wiederholt auch Ihnen sage –: Ich verspreche mir überhaupt nichts davon, weil: Causa Duke, Causa Anzeigen et cetera.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Abschließende Frage, Herr Kollege Öllinger: Im gesamten E-Mail-Verkehr gibt es eine Fülle von Hinweisen darauf, dass Herr Sailer nicht ausschließlich als privater Datenforensiker tätig war. Ich halte Ihnen dazu Aussagen vor wie: Er muss sich vorerst einmal in den Krankenstand verabschieden – das kann man natürlich so interpretieren, dass ein Selbständiger **auch** sagt, er gehe in den Krankenstand; er spricht unmittelbar von „Kollegen“ – das kann man natürlich entsprechend interpretieren –; er spricht davon, dass „die dortigen Verfassungsschützer, so meine Informationen“ et cetera; er verweist mehrfach in den E-Mails darauf, dass er ganz offensichtlich interne Kenntnisse aus dem bundesdeutschen Verfassungsschutz und dem Landesamt für Verfassungsschutz hat.

Haben Sie sich in keiner einzigen Phase die Frage gestellt, ob der zufällig auch etwas als Beamter dort zu tun haben könnte und nicht nur als privater Datenforensiker tätig

ist – zumal die berufliche Tätigkeit seiner Gattin Ihnen im E-Mail in allen Einzelheiten bekannt gegeben wird, zumal Sie in der Causa Avramovic sofort googeln und schauen, um wen es sich dabei handelt, ist Ihnen bei Herrn Sailer von vornherein alles klar und Sie haben in dieser langen Zeit nicht ein einziges Mal das Gefühl, der könnte da mit Informationen agieren, die aus dem Inneren des Polizeiapparates sind?

Karl Öllinger: Was die Person des Herrn Sailer betrifft – und das haben Sie ohnehin schon hundertmal gehört –, gab es da in dem Telefonat mit Gunther Trübswasser de facto eine Empfehlung: Rede einmal mit dem! – Wenn Ihnen ein Parteifreund – so wie mir Gunther Trübswasser – sagt: Rede einmal mit dem!, dann werden Sie auch nicht googeln, was der für einer ist.

Und das ist der Unterschied zu Herrn Avramovic, nur um das zu klären: Herr Avramovic war mir ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben sich also die Frage nie gestellt? Die ist nie aufgetaucht? Sie haben sich verlassen auf das, was Ihnen der ...

Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne): Lassen Sie sich Zeit! Beim Herrn Avramovic war die Situation, die Grundsituation eine ganz andere. Er war mir völlig un...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist schon klar. Ich habe die Antwort verstanden, Herr Kollege Öllinger.

Letzte und abschließende Frage: Sie haben gesagt, am 10. Juli, als Herr Klubobmann Strache das dann öffentlich gemacht hat, war quasi Ihre Reaktion, den Herrn Sailer anzurufen. Und den haben Sie konfrontiert. Haben Sie jemals den Herrn Trübswasser angerufen und gesagt: Das hättest du mir auch sagen können, dass der ein Polizeibeamter ist!?

Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne): Das scheint schwer klarzumachen zu sein, aber für mich, nachträglich, ist das ganz eindeutig. Ich nehme an, Herr Trübswasser, der ja sehr intensiv mit dem BFJ-Prozess zugange war und dort, in diesem Prozess, auch Herrn Sailer als Gutachter kennengelernt hat – zumindest aus den Medien –, Trübswasser hat, vermute ich, gewusst – oder sicher sogar gewusst –, dass Sailer Kriminalbeamter – er *ist* ja nur ein Kriminalbeamter – ist. In dem Gespräch mit mir hat – nehme ich an – Herr Trübswasser auf das Bezug genommen, was für mich wichtig war, nämlich die Funktion als Datenforensiker. Ich habe ja nicht gesucht und nicht mit ihm geredet: Kennst du einen Kriminalbeamten?, sondern für mich war in dem Kontext der Probleme, die ich lösen wollte, wichtig: Ich brauche jemanden, der sich gut mit Daten auskennt, denn ich komme nicht weiter bei diesem Fichtenbauerbrief beziehungsweise Auslieferungsbegehren. **Das** war für mich wichtig. Und er hat zu mir gesagt: Na ja, rede einmal mit dem Herrn Sailer!, und hat dann gesagt, der ist Datenforensiker, und er kennt ihn aus dem BFJ-Prozess. – Das waren für mich in diesem Kontext die essenziellen Informationen, und wahrscheinlich auch von seiner Seite.

Und dann habe ich mit dem Herrn Sailer gesprochen und natürlich auch auf das Gespräch mit Gunther Trübswasser verwiesen. Herr Sailer hat mir bestätigt, dass er eine Firma für Datenforensik betreibt, und das war für mich die essenzielle Information. Und für mich und für ihn war klar, dass das, was er macht, nicht im Rahmen seiner Firma, im Rahmen eines Auftrages passiert, sondern weil es ihn interessiert. Und da

hat irgendwie die allfällige sonstige Tätigkeit, hinsichtlich derer sich nachher herausstellt, dass er Kriminalbeamter war, überhaupt keine Bedeutung gehabt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Keine Fragen mehr.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Gibt es noch weitere Fragen? – Herr Abgeordneter Graf, bitte. *(Karl Öllinger: Herr Vorsitzender, aber bis 12 Uhr war vereinbart! Ich habe einen Nachmittagstermin! – Wenn es schnell geht, geht es schon noch, aber ich habe andere Termine auch noch!)*

Unternehmen wir den Versuch, denn sonst kann ich nicht ausschließen, dass eine neuerliche Ladung erforderlich wäre. Gibt es über die Frage des Abgeordneten Graf hinaus dann noch weitere Fragen an den Abgeordneten Öllinger? – Rosenkranz.

Herr Abgeordneter Graf, bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich komme noch einmal zurück auf die sogenannte Fichtenbauer-Causa. Sie haben aus dem „Kurier“ – leider Gottes falsch – zitiert, aus dem Artikel, den ich mir jetzt besorgt habe und den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Da stand:

„Der stellvertretende Klubchef der Blauen, Peter Fichtenbauer, verfasste eine Einladung zu Gedenkfeiern an eine Gruppe serbischer Holocaustüberlebender. Schon bald fand sich der Brief im Netz“ – gemeint ist das Internet, aber der Kurier schreibt: „im Netz“ – „mit der entsprechenden Fichtenbauer- und FPÖ-Schelte.“

Sie haben selber gesagt: „böartig unterlegt“. – War Ihrer Einschätzung nach der Kollege Fichtenbauer in diesem Fall bei der „alpen-donau“, oder wie diese Homepage auch immer heißt, Opfer?

Karl Öllinger: Fichtenbauer war meiner Einschätzung und Erinnerung nach – ich weiß nicht, ob ich es mithabe – nicht Opfer. Er wurde etwas verhöhnt – so würde ich es interpretieren.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Sie selbst haben vorhin auf die Frage von Kollegin Lapp gesagt: „böartig unterlegt“. Das ist *Ihr* Wortschatz. Und im „Kurier“ schreibt man, dass auf diesen Homepages Fichtenbauer und die FPÖ „gescholten“ wurden.

Sind Sie nicht auch der Meinung, dass gerade das auch ein Beispiel dafür ist, dass diese Gruppierung, die dahintersteckt, der FPÖ nichts Gutes tun will?

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Amon zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte nur der Ordnung halber aus dem Protokoll zitieren. Das ist vom 14.10., 9. Sitzung, Seite 94:

Abgeordneter Amon an Herrn Uwe Sailer: „Wenn Sie zum Beispiel, so wie am 6. Juli, am Vormittag freihaben, stellen Sie sich dann in den Dienst, wenn Sie den Kollegen Öllinger auf Grund des Officialdeliktes dienstlich beraten?“

Uwe Sailer: „Ich war am 6. Juli dienstlich in Wien und musste mich nicht in den Dienst stellen.“

Amon: „Das heißt, Sie waren mit dem Kollegen Öllinger sowohl quasi freundschaftlich und privat und entgeltlos tätig als auch dienstlich?“

Sailer: „Ich war nur in einem einzigen Fall, weil sich die Sache einfach so ergeben hat, dienstlich mit ihm im Gespräch, danach nicht mehr, sondern rein privat.“

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Kollege Öllinger, soll ich das noch einmal wiederholen? (*Karl Öllinger: Bitte!*)

Noch einmal: Da sowohl im „Kurier“-Artikel steht, dass Fichtenbauer und die FPÖ – nämlich der stellvertretende Klubobmann und die FPÖ – von diesen Homepages, die Sie ja besser kennen als wir alle, einer „Schelte“ ausgesetzt wurden, als auch Sie selbst gesagt haben, dass der Artikel oder diese Causa Fichtenbauer „böartig“ gegenüber Fichtenbauer „unterlegt“ war – Sie haben gesagt: „zynisch und böartig unterlegt“ –: Würden Sie die Meinung vertreten, dass der stellvertretende Klubobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs sowie auch die FPÖ in diesem Fall Opfer dieser Neonazi-, oder wie immer Sie sie bezeichnen wollen, „alpen-donau“-Seiten geworden sind? Oder wie ist das sonst zu verstehen?

Karl Öllinger: Also, meine Wertung war: Die höhnen. – Aber der Herr Fichtenbauer ist, wenn, dann Opfer des Herrn Gudenus gewesen, der diese Seite ja in irgendeiner Form an die Nazis weitergeliefert hat. Und das ist ja bemerkenswert, dass aus dem eigenen FPÖ-Klub ein Mitarbeiter den stellvertretenden Klubvorsitzenden oder auch Parteivorsitzenden sozusagen mittels Mail, das von seinem privaten Fax aus an die Seite kommt, irgendwie – ja, egal – verhöhnen lässt; er hat es ja nicht selber gemacht, aber: ans Messer liefert.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Wie das dort hingekommen ist, ist, sagen wir einmal, eine Vermutung oder eine Verdachtslage von Ihnen? Ist dem so – oder wissen Sie es ganz konkret selber? Gibt es da schon Ergebnisse? (*Die Auskunftsperson sucht in ihren Unterlagen.*)

Ich meine, ich frage Sie etwas, und Sie kramen in den Unterlagen?! Ich frage Sie nach Ihrer Einschätzung, und Sie kramen in den Unterlagen?!

Karl Öllinger: Ich versuche, diesen „Kurier“-Artikel zu finden, den Sie da haben und aus dem Sie nur unvollständig zitieren. Da steht doch drinnen, dass der Herr Fichtenbauer sich klar geworden ist, dass der Herr Markus Gudenus – ich weiß jetzt die Formulierung nicht, denn die ist da bei mir abgerissen – ganz offensichtlich ein besonderes Interesse ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Das steht da nicht drinnen. Ich zitiere Ihnen das weiter:

„Auf einem Brief-Faksimile ist der Fax-Absender ‚Gudenus‘ zu lesen“ – unter Anführungszeichen geschrieben – „und eine Nummer, die auf John Gudenus gemeldet ist. Ein Sohn des Ex-Bundesrats, Markus, ist Mitarbeiter von FP-Chef Strache. Gudenus Junior“ – Anführungszeichen; jetzt wird offensichtlich Fichtenbauer zitiert, der dann sagt: – „hat in meinem Brief offensichtlich ein Gesprächsthema erblickt“, – Anführungszeichen geschlossen – „sagt Fichtenbauer.“ (*Karl Öllinger: Genau!*) – Punkt. Aus.

Nun, **jeder** Brief ist ein Gesprächsthema! Das ist ja noch gar nichts.

Ich meine aber, ungeachtet dessen, ich sehe da bislang überhaupt nichts Tragisches daran. Die einzige Frage ist: Ist Fichtenbauer, stellvertretender Klubobmann, und die FPÖ, die ja gescholten wird in diesem Artikel (**Karl Öllinger: Verhöhnt!**) – „verhöhnt“, sagen Sie; Sie sagen einmal „verhöhnt“, „bösaartig“, „zynisch“ und, und, und; das sind **Ihre** Wort, nicht meine Worte! –, ist daher die FPÖ Opfer oder Täter geworden in dieser Angelegenheit, in dieser Homepage?

Karl Öllinger: Sie ist offensichtlich beides. In der Form des Herrn Gudenus ist sie auch Täter.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Der Herr Gudenus – sagen wir es einmal so – ist bestenfalls Angestellter. Bestenfalls! Ich frage jetzt Folgendes: Es geht um hohe Repräsentanten der Freiheitlichen Partei, und wenn sie in diesem Internet-Forum „bösaartig unterlegt“, „zynisch“ unterlegt, „höhnisch“ behandelt werden, sind dann diese Personen und auch die FPÖ, so wie es der „Kurier“-Schreiber – ich weiß gar nicht, wer das war; Hacker, ja – auch titulierte, dadurch Opfer geworden?

Karl Öllinger: Noch einmal: Ich weiß nicht, in welchem Klub Sie arbeiten. In jedem anderen Klub – und sicher auch in dem besonders arbeitnehmerfreundlichen grünen Klub; aber da, würde ich meinen, sind wahrscheinlich alle Klubs gleich – ist es so: Wenn ein Mitarbeiter einen Brief des Partei- oder Klubchefs vom Pult nimmt, ihn privat zu sich nach Hause bringt und dort in ein Faxgerät steckt, und er dann auf einer Nazi-Seite landet, wodurch dieser stellvertretende Klubchef verhöhnt wird, dann ist der fällig – in jedem anderen Klub!

Aber Sie sagen zu mir: Da ist überhaupt nichts Besonderes dabei. Das ist bei Ihnen üblich, dass man die Schreiben der stellvertretenden oder sonstigen Parteichefs nimmt und dass man sagt: Aha, da habe ich ein „Schrifter!“ über Herrn Fichtenbauer, das nehme ich jetzt mit nach Hause, stecke es in ein Faxgerät und schicke es an den Nazi-Blog. Sie finden da nichts dabei! (*Abg. Mag. Stadler: Vielleicht hat er ...! – Weitere Zwischenrufe.*)

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Öllinger, darf ich trotzdem noch dabei bleiben und Ihre Aufmerksamkeit vielleicht auch in diese Richtung lenken. Sie versuchen immer sehr geschickt, allen Fragen auszuweichen. Das ist schon von allen vernommen worden. Man bekommt von Ihnen keine bis gar keine konkreten Antworten, und das ist das Thema.

Sie unterstellen auch immer sehr viel, indem Sie sagen: „hat vom Schreibtisch genommen“ – niemand weiß, ob nicht Fichtenbauer es ihm gegeben hat – und Ähnliches mehr. Es steht nicht da drin. Fichtenbauer sagt dazu lediglich: Gudenus hat offensichtlich ein Gesprächsthema erblickt. Was heißt das? – Das können wir interpretieren. Sie interpretieren es natürlich immer negativ in Richtung FPÖ, das ist keine Frage. Das ist ja auch Ihre Triebfeder.

Nur einmal ganz einfach gefragt: Ist Kollege Fichtenbauer durch diese – ich sage es jetzt mit Ihren Worten – „bösaartige Unterlegung“, „zynische“ Unterlegung und auch, wie Sie dann gesagt haben, „höhnische“ Unterlegung Opfer dieser Gruppe im Internet geworden?

Karl Öllinger: Das ist doch lächerlich! Es war ein Geplänkel zwischen „alpen-donau“, und man zwinkert sich zu. So würde ich das sagen. Man tut ein bisschen verächtlich: Schaut doch, die FPÖ, ho, ho, ho! – Das war der Ton.

Aber das ist genau so wie jetzt mit Ihnen. „alpen-donau“ schreibt auch, dass Sie seit Neuestem ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Darf ich Sie von Ihren Ausschweifungen wieder ein bisschen zurückbringen, das haben Sie uns schon fünf Mal erzählt. (*Abg. Öllinger: Sie fragen ja schon fünf Mal!*) – Nein, ich frage so lange, bis ich auf meine Frage endlich eine Antwort bekomme (*Abg. Dr. Rosenkranz: Und nicht nur ausweichende!*), und zwar nicht nur eine ausweichende.

Wenn Sie meinen und am Ende Ihrer Befragung sagen, dass, wenn man in diesen Foren vorkommt und negativ belegt wird, das alles nur mit Augenzwinkern wahrzunehmen ist, dann gilt das ja für alles, was in diesem Netz steht, und nicht nur immer in Bezug auf die FPÖ.

Das heißt also, alles, was für die FPÖ dienlich wäre, schalten Sie in Ihrer Geisteswelt aus. Ist das so?

Karl Öllinger: Das ist nicht so, Herr Graf.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie wissen nicht, welche Holocaust-Gedenkfeiern in Österreich zwischen Februar und Juli des Jahres jeweils stattfinden. Ist dem so?

Karl Öllinger: Ich habe Erkundigungen bei der Kultusgemeinde beziehungsweise anderen Stellen eingeholt. Es gibt keine Holocaust-Gedenkfeiern, die zwischen Februar und Juli sozusagen in Permanenz stattfinden.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Am 8.5. findet im Parlament – es ist eigentlich immer dieses Datum – eine Veranstaltung statt, die sich „Gedenktag“ gegen Gewalt und Rassismus im Andenken an die Opfer des Holocausts nennt. Kennen Sie diese Veranstaltung?

Karl Öllinger: Ich nehme an ihr regelmäßig teil. Aber die findet nicht ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Zwischen Februar und Juli findet sie statt. Der 8.5. ist zwischen Februar und Juli. Hat sie auch im Jahre 2009 stattgefunden?

Karl Öllinger: Wenn Sie die Antwort darauf interessiert: Ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ist es unüblich, dass Abgeordnete dieses Hauses jüdische Vertreter einladen?

Karl Öllinger: Ich nehme an, dass sie eingeladen werden. Nur: Das Problem des Herrn Avramovic ist, dass er kein Jude ist.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich weiß das zum Beispiel gar nicht. Aber wenn Sie es wissen: Woher wissen Sie das?

Karl Öllinger: Das werde ich mit Ihnen nicht weiter besprechen. Oder?

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Na ja, schon. (*Abg. Mag. Steinhäuser: Religiöse Bekenntnisse ...!*) – Okay, lassen wir es einmal so stehen. Sie wissen, dass er kein Jude ist, gut.

Ich möchte jetzt nicht alle aufzählen, aber ich glaube, die Veranstaltungen zur Mauthausen-Befreiung und Ähnliches kann man durchwegs als Holocaust-Veranstaltungen bezeichnen, oder? – Diese finden in der Regel alle im Mai jedes Jahres statt.

Können wir uns darauf einigen, dass wir jetzt identifiziert haben, welche Veranstaltungen dieser Größenordnung in diesem Zeitraum stattfinden?

Karl Öllinger: Herr Graf, im Unterschied zu Ihnen nehme ich an diesen Veranstaltungen auch teil. Ich würde sie nicht als Holocaust-Gedenkfeiern bezeichnen. Es geht im Unterschied zur Holocaust-Situation um Befreiungsfeiern, um Befreiung vom Nationalsozialismus. Der Holocaust ist zwar ein prägendes Element des Nationalsozialismus, aber das ist nicht das Einzige, worauf sich diese Feierlichkeiten beziehen. Darum ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Kollege Öllinger, bevor Sie fortfahren und zum wiederholten Male sagen, dass Sie im Unterschied zu mir regelmäßig teilnehmen: Ich habe bislang sowohl im Jahr 2007 als auch 2008 und 2009 an dieser Veranstaltung im Parlament teilgenommen, und auch in den Jahren davor habe ich teilgenommen. Das ist nachweisbar, und ich würde Sie bitten, mit permanenten Untergriffen aufzuhören.

Sie versuchen hier, die Medien über falsche Sachverhalte zu informieren, und das ist Ihr Problem. Sie gehen salopp mit Vorurteilen hin, schmeißen permanent Ihre Gutmenschen-Mentalität hin und fahren immer über die Würde der anderen Menschen drüber. Das ist Ihr Problem. Ich möchte Sie daher bitten, das nicht noch einmal in dieser Form zu wiederholen und es zur Kenntnis zu nehmen. Es sei denn, Sie bezwecken damit etwas – dann sagen Sie uns bitte den Hintergrund dazu. (*Abg. Dr. Pilz: Ich werde mir diesen Schas nicht länger anhören!*)

Karl Öllinger: Das sage ich Ihnen gerne, Herr Graf ...

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Kollege Pilz! Wenn Sie sagen, dass die Mauthausen-Feiern ein Schas sind, dann bin ich schön langsam auf 180! Ich lasse mir meine Fragen nicht vorschreiben, ich stelle Fragen zum Thema.

Hier hat Kollege Öllinger mehrfach gesagt, dass keine derartigen Veranstaltungen in diesem Zeitraum stattfinden. Aber es ist der Beweis evidentermaßen gelungen, dass sehr viele Veranstaltungen in diesem Zeitraum stattfinden und dass man durchaus auch zu diesen einladen darf. Selbstverständlich darf das auch ein Repräsentant der Freiheitlichen Partei, das lassen wir uns nicht nehmen, schon gar nicht von einem Herrn Öllinger in diesem Zusammenhang!

Zu einem anderen Fragenkomplex ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Abgeordneter Graf, bevor Sie zu einem anderen Fragenkomplex kommen: Zu Wort gemeldet sind der Herr Verfahrensanwalt und dann Herr Abgeordneter Pilz zur Geschäftsordnung.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Bitte, das letzte Thema, das jetzt zur Diskussion stand, ist weder in dem Auftrag, den Sie sich gegeben haben, noch im Beweisbeschluss gedeckt, weil der Beweisbeschluss im Wesentlichen dezidiert auf zwei Personen abstellt, nämlich auf Herrn Uwe Sailer und darauf, ob dieser von Herrn

Abgeordnetem Öllinger veranlasst wurde, etwas zu tun, was er besser zu unterlassen gehabt hätte, wenn ich so sagen darf.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Danke, das nehme ich zur Kenntnis. Ich möchte nur an dieser Stelle auch festhalten, dass Herr Öllinger hier als Auskunftsperson mehrfach den Brief Fichtenbauers und mehrfach die Holocaust-Angelegenheit zum Gesprächsthema oder Auskunftsthema gemacht und dies immer mit negativen Wertungen in Richtung FPÖ unterlegt hat. Das habe ich jetzt versucht, im Gespräch beziehungsweise auch in der Befragung richtigzustellen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Sie haben mich sicherlich richtig verstanden; ich sagte: Zuerst der Verfahrensanwalt, dann Herr Abgeordneter Pilz zur Geschäftsordnung und dann Sie, Herr Abgeordneter Graf, zum nächsten Fragenkomplex, wie Sie angekündigt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Wir haben jetzt langsam ein ähnliches Problem wie bei der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses, das nämlich ab einem bestimmten Punkt, an dem sich die Geschichte längst gedreht hat – ich möchte das nicht im Detail erklären und auch nicht bewerten –, die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei durch endloses Fragen die Befragung weiterer wichtiger Auskunftspersonen möglichst weit nach hinten verschieben wollen.

Ich glaube aber, dass die Mehrheit des Ausschusses und auch die zugelassene Öffentlichkeit großes Interesse an den Auskünften der nächsten geladenen Auskunftspersonen hat, und ersuche deswegen, nachdem wir jetzt schon zwei oder drei freiheitliche Stunden lang hauptsächlich Befragungen zu Meinungen und sehr selten Befragungen zu tatsächlichen Wahrnehmungen gehabt haben, im gemeinsamen Interesse eine Spur besser darauf zu schauen – ohne hier natürlich das Fragerecht des Abgeordneten Graf schmälern zu wollen, aber schauen wir eben darauf!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Mit einem gewissen moralischen Recht, weil ich heute keine einzige Frage gestellt habe, schon gar nicht zu Meinungen, möchte ich darauf hinweisen, dass jetzt zehn Mal – ich habe mitgezählt – die Frage gestellt wurde, ob Abgeordneter Öllinger der Meinung ist, dass die FPÖ Täter oder Opfer sei.

Das hat mit dem Untersuchungsgegenstand überhaupt nichts zu tun! Diese Rollenqualifizierung, was die FPÖ ist, ist nicht Untersuchungsgegenstand geworden, sonst hätte ich mich freiwillig als Auskunftsperson gemeldet. Daher bitte ich, in Zukunft darauf zu achten, dass man sich am Untersuchungsgegenstand orientiert, wenn Fragen gestellt werden.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Diese Feststellung, Herr Abgeordneter Stadler, hat vor 3 Minuten auch bereits der Herr Verfahrensanwalt getroffen.

Ich möchte so verbleiben, dass meine geschätzten Kollegen von der freiheitlichen Fraktion – es hat sich ja noch Herr Dr. Rosenkranz zu Wort gemeldet – nach Möglichkeit innerhalb von einigen Minuten die Befragung von Abgeordnetem Öllinger zu Ende bringen. Dann lasse ich das zu. Ansonsten unterbreche ich die Befragung, auch weil die Auskunftsperson deutlich signalisiert hat, Sie müsse weg. Das ist angemessen, wenn die Information darauf lautete, dass es bis 12 Uhr dauert, und es jetzt 13.30 Uhr ist.

In der Tat ist die Frau Oberstaatsanwältin wahrscheinlich ante portas und hat auch ein Recht, dranzukommen. Also unternehmen wir diesen Versuch über einige Minuten, und dann würde ich die Befragung unterbrechen. Abgeordneter Öllinger kommt ohnehin öfter ins Haus, das heißt, eine neuerliche Ladung wäre nicht das große Drama. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Noch einmal nachfragend und präzisierend, weil Sie mehrfach gesagt haben, dass Sie keine guten Erfahrungen mit dem LVT und dem BVT hatten, und dann die darauffolgende Frage immer sehr kryptisch beantwortet haben: Ich möchte noch einmal nachfragen, welche Erfahrungen konkret Sie hinsichtlich des Versagens des LVT und des BVT haben.

Karl Öllinger: Ich weiß nicht, ob Herr Abgeordneter Stadler mitgezählt hat, aber auch diese Frage wurde schon etliche Male releviert. Ich sage es Ihnen.

Der Abgeordnete Trübswasser hat eine Morddrohung erhalten. Es ist bis zum heutigen Tage in der Sache der Morddrohung nichts passiert! Herr Abgeordneter Trübswasser, mit dem ich natürlich auch spreche, hat mir erst neulich mitgeteilt, dass ihm vom LVT – in diesem Fall vom LVT Oberösterreich – mitgeteilt wurde: Wir sehen keinen Grund zu Ermittlungen, wir haben keinen Auftrag.

Das muss man sich vorstellen! Das ist eine Morddrohung, die es seit Herbst 2008 gibt. Die Staatsanwaltschaft gibt keinen Auftrag, und das LVT sieht von sich aus keinen Grund, da etwas zu machen. – Punkt eins.

Punkt zwei: Ich habe mir im Frühjahr 2009, als ich von einer Mitarbeiterin darauf aufmerksam gemacht wurde, auf YouTube etliche Seiten angesehen und festgestellt, dass da erheblicher Nazidreck drinnen ist. Das sind Seiten, die von Österreichern betrieben werden. Ich habe mir daher diese Seiten – ich hatte ja schon Unterlagen – herauskopiert, an diese Meldestelle weitergemeldet und gebeten, mich zu informieren und zurückzurufen. – Keine Antwort!

Punkt drei, auch im Frühjahr dieses Jahres: Ich bin draufgekommen, dass Herr Duke, ein rabiater Antisemit und früherer Ku-Klux-Klan-Mann, völlig unbehelligt in Salzburg lebt, und habe die Medien darüber informiert. Der „Report“ hat darüber berichtet und hat ihn auch zum Interview gebeten. Dabei hat der Chef des BVT, Herr Gridling, Stellung genommen und hat gesagt: Herr Duke hat in Österreich nichts gemacht, er wird – er **wird!** – nichts machen, und darum sieht das BVT überhaupt keinen Grund, gegen Herrn Duke zu ermitteln oder ihn überhaupt unter Beobachtung zu stellen.

Deutlicher kann es nicht mehr gehen! Die Tschechische Republik weist ihn aus, er kommt nach Österreich, und in Österreich sagt man: No problem.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Öllinger, in der Frage des Herrn Duke sind Sie offensichtlich der Meinung, dass die Einwanderungsgesetze in Österreich nicht besonders gut sind. (*Abg. Mag. Stadler: Da werden schon wieder Meinungen abgefragt!* – *Abg. Dr. Pilz: Ich kann mir ein Beispiel einer Frage vorstellen ...!* – *Abg. Mag. Stadler: Das ist eine unzulässige Frage!* – *Weitere Zwischenrufe.*)

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Am Wort ist Herr Abgeordneter Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, Herr Vorsitzender. – Ich möchte daran erinnern, dass Herr Öllinger in der Befragung zu, glaube ich, Herrn

Übelacker gesagt hat: Er ist an sich für Zuwanderung. – Aber jetzt soeben hat er gesagt, dass er nicht dafür ist. Das wird ja wohl zu hinterfragen sein, ein Meinungswechsel innerhalb einer Befragung.

Karl Öllinger: Man kann sogar von Fakten sprechen, Herr Abgeordneter Rosenkranz. Nach geltendem Aufenthaltsrecht/Niederlassungsrecht hat Herr David Duke ganz offensichtlich gegen Bestimmungen verstoßen, weil er hier im Hauptwohnsitz gemeldet ist, diesen Umstand nicht bekannt gegeben hat und die Behörde offensichtlich mehr weiß, als sie dann tut oder zu ihm unternimmt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist das eine Meinung von Ihnen?

Karl Öllinger: Nein, auch eine Information. Darüber habe ich auch schon das letzte Mal gesprochen. Ich bin in Zusammenhang mit Herrn Duke auch von österreichischen Staatsbürgern darauf aufmerksam gemacht worden, dass sich Herr Duke *im Lande*, sagen wir, nicht wiederbetätigt, sondern antisemitisch betätigt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben wahrscheinlich diese Vorfälle daraufhin angezeigt? Haben Sie das angezeigt?

Karl Öllinger: Nein, ich habe ihn nicht angezeigt. Aber die Staatsbürgerin hat ihn angezeigt, und ihr wurde vom LVT Salzburg erklärt: Da muss sie schon etwas Besseres an Beweisen erbringen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie auch zu einem anderen Komplex gesagt: Hinter einem Forum in Deutschland – einem Nazi-Forum, wie Sie das nennen – steckt ein Herr Thierry. Ist das gesichert?

Karl Öllinger: Wie so vieles, ist nicht alles gesichert, aber in diesem Fall relativ sicher, weil sich Herr Thierry in diesem Forum auch mit Werbung für seine Bücher zu Wort meldet.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt hat zunächst einmal Herr Kollege Pilz – weil er sich vorhin auch zur Geschäftsbehandlung gemeldet hat – hier eine neue Art der Befragung eingeführt, indem er zuerst einmal Monologe hält, um dann Ihr Nichtwissen oder Ihre Unkenntnis abzufragen. Jetzt hat Herr Kollege Pilz aus den Akten Neuigkeiten hervorgebracht, nämlich den Kontakt von stellvertretenden Bezirksgruppenvorsitzenden aus dem „Ring Freiheitlicher Jugend“, die Aktivisten des „Bundes Freier Jugend“ sind. Das war Ihnen bis jetzt unbekannt?

Karl Öllinger: Ich habe, wenn Sie sich erinnern, nicht gesagt, dass mir die Kontakte zwischen „Ring Freiheitlicher Jugend“ und BFJ-Aktivisten unbekannt sind. Im Gegenteil, ich habe, was Herrn Retschitzegger betrifft, gesagt: Ja, das weiß ich.

Den ersten der genannten Namen habe ich nicht gekannt. Ich kann Ihnen noch viele weitere Kontakte zwischen „Ring Freiheitlicher Jugend“ und BFJ auf der einen oder anderen Nazi-Organisationen auf der anderen Seite nennen. Da gibt es eine Zahl, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Prüfen Sie dabei auch nach, ob es sich bei diesen Funktionären aus dem „Ring Freiheitlicher Jugend“, von denen Sie einen namentlich genannt haben – einen zweiten, Ihnen nicht bekannten, hat Kollege Pilz genannt –, um aktive Mitglieder des „Rings Freiheitlicher Jugend“ gehandelt hat oder ob diese bereits geraume Zeit, bevor sie dort diese Aktivitäten entfaltet haben, nicht

aus dem „Ring Freiheitlicher Jugend“ ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden? Prüfen Sie das nach?

Karl Öllinger: Selbstverständlich, soweit mir Informationen zur Verfügung stehen. Aber Sie wissen, dass der Herr Pfingstl ein Funktionär war, der Herr Retschitzegger – er heißt wirklich Retschitzegger – ein Funktionär war. Natürlich.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: So, ich lasse jetzt die letzte Frage für heute an den Herrn Abgeordneten Öllinger zu. Wenn es dann auch die letzte ist, dann soweit gut, wenn Sie aber noch weitere Fragen haben, müssen wir das dann am 3. November fortsetzen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Themenkomplex Ihre Nachforschungen in Sachen Wimmer. Sie haben da bemängelt beziehungsweise angemerkt, dass es für Sie außergewöhnlich ist, dass der Herr Wimmer seine Ausbildung als Milizoffizier nur als Wachtmeister – beziehungsweise dann ist er sogar noch Stabswachmeister geworden – beendet hat. Wie endet normalerweise eine Laufbahn beziehungsweise die Ausbildung als Milizoffizier? (Abg. **Amon:** Das ist nicht Untersuchungsgegenstand!)

Karl Öllinger: Es ist offensichtlich eine sehr relevante Information. Soweit ich weiß, mit Leutnant der Reserve.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das erhellt an sich Ihre Kenntnisse über die Milizausbildung, und die gründet sich ja in Ihrer Gesamtkennntnis der Sachen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich habe nur eine Frage. Der von Ihnen genannte hinter dem Nazi-Forum „nidinfo“ steckende Herr Thierry, ist das der Andreas Thierry? Ist das jener Andreas Thierry, der mit dem Heinz-Christian Strache beim Paintball-Spielen war?

Karl Öllinger: Ja, genau der ist es. (Abg. Dr. **Rosenkranz:** Hat er schon gesagt! Herr Kollege Stadler, Sie passen nicht auf!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich wollte es nur nachfragen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Da war der Kollege Stadler vermutlich gerade nicht im Raum. Das hatten wir also schon. (Abg. Mag. **Stadler:**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Dann wäre es mir sicher nicht entgangen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein erklärt die Befragung von Abg. Öllinger für abgeschlossen, dankt diesem für sein Erscheinen und verabschiedet ihn.

13.42

(Die Auskunftsperson Karl **Öllinger** verlässt den Sitzungssaal.)

13.42

Obmann Dr. Martin Bartenstein ersucht darum, als nächste **Auskunftsperson**

Oberstaatsanwältin Mag. Eva Habicher in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson OStA Mag. Eva Habicher wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt OStA **Mag. Eva Habicher** als Auskunftsperson, dankt für deren Erscheinen, erinnert diese an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt die Personalien der Auskunftsperson wieder, die von dieser als korrekt bestätigt werden:

OStA **Mag. Eva Habicher**; Geburtsdatum: 1979; Anschrift: Wien; Beruf: Staatsanwältin.

Sodann weist der Obmann Mag. Habicher als öffentlich Bedienstete darauf hin, dass sie sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, dass ihre vorgesetzte Dienstbehörde, die Oberstaatsanwaltschaft Wien, von ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei und Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Aussagen für erforderlich halte, sofern sich diese auf noch im Stadium des Ermittlungsverfahrens anhängige Strafverfahren und Umstände aus dem höchstpersönlichen oder grundrechtlich geschützten Bereich von Beschuldigten und Opfern bezögen.

Weiters weist der Obmann darauf hin, dass es Einvernehmen zwischen Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann und Oberstaatsanwalt Dr. Pleischl gebe, wie hier vorzugehen sei, und er, Bartenstein, davon ausgehe, dass Mag. Habicher über diese Vorgangsweise informiert sei und ihr auch allfällige Aussageverweigerungsgründe bekannt seien.

Schließlich teilt der Obmann mit, dass die Auskunftsperson keine Vertrauensperson mitgebracht habe und von der Möglichkeit gemäß § 11 der Verfahrensordnung, vorweg eine zusammenhängende Darstellung zu geben, keinen Gebrauch machen wolle.

Der Obmann erteilt sodann Abg. Mag. Stadler als erstem Fragesteller das Wort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Frau Mag. Habicher! Ich habe nur eine ganz kurze Frage: Ist Ihnen im Zuge Ihrer Tätigkeit in dieser Strafsache gegen Uwe Sailer aufgefallen, dass der Herr Sailer wesentliche vertrauliche Informationen dienstlicher Natur auf seine private Homepage bekommt?

Auskunftsperson OStA Mag. Eva Habicher (Zentrale Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Korruption): Bevor ich die erste Frage beantworte, würde ich darum ersuchen, dass sich möglicherweise auch der Herr Verfahrensanwalt damit auseinandersetzt, da das Beweisthema sich sehr, sehr klar auf ein anhängiges Strafverfahren bezieht – diesbezüglich verweise ich auf die Mitteilung meines Dienstgebers –, die Medienöffentlichkeit auszuschließen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Machen wir dann, wenn sich das nicht vermeiden lässt, wobei Usus ist, dass wir versuchen, all das, was öffentlich gefragt und beantwortet werden kann, vorweg zusammenzufassen, dann die Medienöffentlichkeit – im Übrigen per Beschluss – auszuschließen und hierauf mit dem zweiten Teil fortzufahren, rein um da verfahrensökonomisch umsichtig vorzugehen.

Mag. Eva Habicher: Grundsätzlich sehr gerne, allerdings ist das Beweisthema relativ klar und bezieht sich, zumindest worüber ich Wahrnehmungen haben kann, ausnahmslos auf ein anhängiges Ermittlungsverfahren.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Gut. Das ist schlüssig. Dann würde ich zur Abstimmung kommen. – Bitte, Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich würde gerne eine einzige öffentliche Frage versuchen, bei der ich mir nicht sicher bin, ob sie in den vertraulichen Teil gehört.

Obmann Dr. Martin Bartenstein verweist auf die nicht vorhandene Medienpräsenz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir können die Medienöffentlichkeit durch geeignete Maßnahmen wiederherstellen, indem wir die Journalisten alle wieder hereinholen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Sie sind von mir nicht hinausgebeten worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe eine ganz einfache Frage, die Sie vielleicht in medienöffentlicher Sitzung beantworten können: Wissen Sie, wer eigentlich entschieden hat, dass dieses Verfahren nicht, wie es früher oft üblich war, zur politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft Wien, sondern zur Korruptionsstaatsanwaltschaft gekommen ist?

Mag. Eva Habicher: Das kann ich tatsächlich beantworten, weil das ist ausnahmslos eine Frage der sachlichen Zuständigkeit. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ist seit 1.1.2009 für sämtliche gemäß § 20a StPO in ihre sachliche Zuständigkeit fallende strafbare Handlungen ausnahmslos und bundesweit zuständig, unabhängig davon, gegen wen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist wahrscheinlich ohnehin gut so. Das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber früher.

Mag. Eva Habicher: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sonst habe ich dann eigentlich nur wenige Fragen in vertraulicher Sitzung. Ich möchte aber öffentlich sagen, dass ja da etwas anderes passiert ist als in den Verfahren, die wir bis jetzt besprochen haben. Mein Eindruck ist, dass die Staatsanwaltschaft zum richtigen Zeitpunkt entschieden hat, sich an den Nationalrat zu wenden, und wir diesmal das Problem eher nicht in der Justiz haben, sondern ein Problem im Innenministerium untersuchen. Ich glaube, so viel darf ich in öffentlicher Sitzung sagen. Meine restlichen Fragen gehören wirklich in eine vertrauliche Sitzung.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Frau Oberstaatsanwältin Mag. Habicher! Bevor wir in die vertrauliche Sitzung eingehen, können Sie uns sagen, wie das Organigramm dieser neuen Dienststelle, die ab 1.1.2009 geschaffen wurde, aussieht?

Mag. Eva Habicher: Also Organigramm kann ich Ihnen an sich keines liefern, dazu ist diese Behörde leider viel zu klein. Es gibt einen Behördenleiter, das ist der erste Oberstaatsanwalt Mag. Geyer, und es gibt vier ernannte Staatsanwälte, Oberstaatsanwälte, wobei wir seit Oktober das Glück haben, dass wir zwei Staatsanwälte für eine Dienstzuteilung haben gewinnen können. Die sind sechs Monate da und sind mehr oder weniger aber nur ausgeliehen von anderen Staatsanwaltschaften.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Noch eine kurze Zusatzfrage: Wie werden die Akten zugewiesen? Gibt es da auch so einen Zufallsgenerator?

Mag. Eva Habicher: Ganz genau, also es gibt das berühmte „Radl“. Das heißt, Akten langen ein und werden per Zufallsgenerator an die einzelnen Referenten verteilt.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Dann sind wir jetzt so weit, in den Abstimmungsvorgang einzutreten. Ich stelle den **Antrag** auf Herstellung der Vertraulichkeit dieser Sitzung. Ich stelle ausdrücklich fest, dass wir dafür eine Zweidrittelmehrheit brauchen. – Der Antrag wird **einstimmig angenommen** und die Sitzung für **vertraulich** erklärt.

13.50

(Fortsetzung: 13.51 Uhr bis 14.57 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; s. gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**.“)

14.58

Obmann Dr. Martin Bartenstein leitet – um 14.58 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Generalmajor Andreas PilsI** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson** GenMjr **Andreas PilsI** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Andreas PilsI** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist ihn auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt die Personalien der Auskunftsperson wieder, die von dieser als korrekt bestätigt werden:

Generalmajor **Andreas PilsI**; Geburtsdatum: 1969; Anschrift: 4020 Linz; Beruf: Polizist, Landespolizeikommandant Oberösterreich.

Der Obmann weist Herrn Andreas PilsI als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe; seine vorgesetzte Dienstbehörde habe keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage für erforderlich halte.

Der Obmann hält fest, dass ein gesonderter Hinweis der Auskunftsperson auf die Aussageverweigerungsgründe in diesem Fall nicht erfolgen müsse und dass die Auskunftsperson auf die Möglichkeit einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand der Befragung bildenden Tatsachen verzichte und erteilt Abg. Dr. Pilz das Wort zur Befragung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Generalmajor PilsI, Sie haben Ermittlungen in dieser Causa Sailer und dann später Sailer/Öllinger geführt. Können Sie dem Ausschuss sagen, worum es da gegangen ist?

Auskunftsperson Generalmajor Andreas PilsI (Landespolizeikommando Oberösterreich): Ich habe die Ermittlungen nicht **geführt**, sondern ich habe mir darüber vom Stadtpolizeikommando Linz berichten lassen, und zwar waren das Ermittlungen dienstrechtlicher Natur. Als die Causa im Parlament zur Sprache gekommen ist und das relativ große mediale Wellen geschlagen hat, hat dann Kollege Sailer – soweit mir das erinnerlich ist – sogar Oberst Pogutter angerufen und gesagt, er möchte da Dinge klarstellen. – Die Herren haben sich auch getroffen, es wurde eine Niederschrift aufgenommen und diese dann der BIA übermittelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sagen, das war eine Einvernahme dienstrechtlicher Natur. Ist das richtig?

Andreas PilsI: Im Raum steht natürlich ein strafrechtliches Delikt, nämlich das Amtsgeheimnis gebrochen zu haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie, ist es üblich, dass auf einer dienstrechtlichen Einvernahme oben „Beschuldigteneinvernahme“ steht?

Andreas Pils! Herr Abgeordneter, ich habe es gerade gesagt: Es war ein Vorwurf da, der ein Amtsdelikt betroffen hat, insofern ist es dann nach der neuen Strafprozessordnung so, dass man demjenigen die Beschuldigtenrechte nicht vorenthalten kann. Ich denke, insofern hat Herr Oberst Pogutter ihn da als Beschuldigten einvernommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben Sie dabei, dass das eine Beschuldigteneinvernahme im Rahmen eines dienstrechtlichen Verfahrens war?

Andreas Pils! Es gilt hier natürlich zu trennen: Es gibt dienstrechtliche Aspekte, wonach zu überprüfen ist, ob der Bedienstete weiterhin im Dienst bleiben kann oder ob eine vorläufige Suspendierung notwendig ist – wie gesagt, das ist immer durch das zuständige Stadtpolizeikommando zu prüfen, in dem Fall Linz –, und es gibt hier auch den Vorwurf, dass möglicherweise ein Amtsdelikt begangen wurde. Sobald da Erhebungen getätigt werden, wird quasi die Beschuldigteneinvernahme durchgeführt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte jetzt nur wissen, zu welchem Verfahren diese Beschuldigteneinvernahme gehört. Sagen Sie mir das disziplinarrechtliche Verfahren, möglichst mit einer Geschäftszahl, zu dem diese Beschuldigtenvernehmung gehört.

Andreas Pils! Das ist ein ganz einfacher Vorgang: Es wurde diese Einvernahme durchgeführt, dem BIA übermittelt, und sie wurde dienstrechtlich beurteilt. Die Aussagen, die Herr Sailer getätigt hat, plus das Material, das er übergeben hat, wurden gesichtet. Danach wurde vom Stadtpolizeikommando Linz entschieden, dass eine vorläufige Suspendierung durchgeführt wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden da, wie es aussieht, ein bisschen länger brauchen. – Sagen Sie, wann ist das Disziplinarverfahren gegen Herrn Sailer eingeleitet worden?

Andreas Pils! Das genaue Datum kann ich Ihnen nicht sagen; jedenfalls ist die Disziplinaranzeige, was die Nebenbeschäftigung anlangt, letzte Woche, glaube ich, bei Herrn Sailer eingelangt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das entspricht nämlich auch meinem Wissensstand. Zu dem Zeitpunkt, zu dem es die Beschuldigteneinvernahme gegeben hat, hat es **überhaupt kein Disziplinarverfahren** gegeben – gar nichts. So einfach ist das!

Welches Verfahren hat es aber zu diesem Zeitpunkt gegeben? – Ich versuche, mich wirklich verständlich auszudrücken, und ich glaube, ein Generalmajor ist durchaus in der Lage, dies zu verstehen. Wenn nicht, bitte mich sofort darauf aufmerksam zu machen, dass ich mich unverständlich ausgedrückt habe.

Also: Welches Verfahren gegen Herrn Sailer hat es zum Zeitpunkt dieser Beschuldigteneinvernahme gegeben?

Andreas Pils! Jetzt wiederhole ich mich zum zweiten oder dritten Mal. Es ist ganz einfach: Wir als Dienstvorgesetzte haben dienstrechtlich zu beurteilen, was hier passiert ist und was mit Herrn Sailer zu passieren hat, vor allem in disziplinarrechtlicher und dienstrechtlicher Hinsicht.

Zugleich hat sich der Vorwurf eines strafrechtlichen Delikts ergeben, Herr Sailer ist selbst auf Herrn Pogutter zugegangen und wollte einiges klarstellen, und diesbezüglich hat Herr Pogutter eine Einvernahme mit ihm gemacht. Nach der neuen Strafprozessordnung, in Kraft getreten am 1.1.2008, hat er in diesem Fall auch Beschuldigtenrechte, und ich gehe davon aus, dass Herr Pogutter – aber da müssen Sie ihn selbst fragen – diesbezüglich die Beschuldigteneinvernahme durchgeführt hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, es ist etwas ganz anderes passiert! Es gab einen Anfallsbericht, es gab bereits ein Tagebuch der zuständigen Korruptionsstaatsanwaltschaft, und diese Beschuldigteneinvernahme, die im Rahmen dieses Verfahrens durchgeführt worden ist, ist zu diesem Zeitpunkt auch nicht an irgendeine Disziplinarbehörde übermittelt worden, sondern ausschließlich an das Büro für Interne Angelegenheiten, das im Rahmen des gerichtlichen Strafverfahrens im Auftrag der Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt hat. (**Andreas Pils!:** *Entschuldigung!*) – Unterbrechen Sie mich nicht!

Es hat zu diesem Zeitpunkt ein einziges Verfahren gegeben, das war das Strafverfahren – das wissen **Sie**, und das weiß **ich**. – Das ist einmal der erste Punkt.

Andreas Pils!: Entschuldigung, gestatten Sie mir, dass ich da ganz ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich gestatte Ihnen mit Sicherheit nicht, dass Sie mich unterbrechen! (**Abg. Dr. Rosenkranz:** *Der Pilz ...!* – **Abg. Dr. Graf:** *Mir passiert das dauernd, und ...!*)

Das ist einmal der Punkt, um den es mir jetzt geht. – Also noch einmal: Wann hat es die Disziplinaranzeige und damit die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Herrn Sailer gegeben? Wann ist Disziplinaranzeige erstattet worden?

Andreas Pils!: Der erste Schritt zu dieser Anzeige war diese Feststellung des Sachverhalts in Form einer Niederschrift. Dann hat es eine vorläufige Suspendierung gegeben, die an die Disziplinarkommission ergangen ist, und eine Disziplinaranzeige betreffend seiner ... im Speziellen, glaube ich, seiner Nebenbeschäftigung. – Das waren die drei Punkte.

Ob es zuvor einen Tagebucheintrag gegeben hat oder nicht? – Das kann ich mir nicht vorstellen, weil diese Beschuldigteneinvernahme bereits einige Stunden, nachdem der Vorfall bekannt worden war, gemacht wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Machen wir weiter: Montag, 13. Juli 2009, 13.52 Uhr. – Eine E-Mail von Ihnen an einen gewissen Hans:

Hallo Hans! Im Anschluss der Mail-Verkehr der Sailer mit dem Abgeordneten Öllinger. – Zitatende.

Können Sie dem Ausschuss sagen, wer Ihr Hans ist und warum Sie ihm den Mail-Verkehr „der Sailer“ mit dem Abgeordneten Öllinger übermitteln?

Andreas Pils!: Zum Ersten ist das nicht **mein** Hans, sondern das ist Hans Gärtner vom Büro für Interne Angelegenheiten, der quasi den Akt von uns entgegengenommen hat und jetzt, soweit ich weiß, die BIA mit den strafrechtlichen Erhebungen beauftragt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Woher haben Sie gewusst, dass Herr Johann Gärtner derjenige ist, der im BIA dafür verantwortlich ist, im Auftrag der Korruptionsstaatsanwaltschaft die Ermittlungen zu führen?

Andreas Pilsl: Zu dem Zeitpunkt war eine Korruptionsstaatsanwaltschaft meines Erachtens noch nicht eingeschaltet, das ist nach der neuen StPO auch nicht notwendig. Hier gibt es klar ein Ermittlungsverfahren – nicht mehr wie früher, sondern hier gibt es auch Rechte und Pflichten der Polizei –, und im Rahmen des Ermittlungsverfahrens habe ich Herrn Gärtner, der dort für die operative Abwicklung von Fällen zuständig ist, mit dieser Unterlage betraut.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ist am 10. Juli durch einen Anfallsbericht, der hier im Ausschuss schon mehrere Male zitiert worden ist, vom Büro für Interne Angelegenheiten eingeschaltet worden, das ist drei Tage vor diesem Mail, das Sie an „Hans“ richten.

Sagen Sie, haben Sie zu diesem Zeitpunkt gewusst, dass das Büro für Interne Angelegenheiten von der Korruptionsstaatsanwaltschaft mit Ermittlungen beauftragt ist?

Andreas Pilsl: Die Einvernahme, auf der Sie vorher mehrfach bestanden haben, hat sicherlich **zuvor** stattgefunden, **bevor** die Korruptionsstaatsanwaltschaft eingeschaltet wurde, weil genau **auf Basis** dieses Schreibens, das dem BIA übermittelt wurde, die Korruptionsstaatsanwaltschaft eingeschaltet wurde, soweit ich das weiß.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist falsch.

Andreas Pilsl: Das ist mein Wissensstand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist schlicht und einfach falsch. – Richtig ist Folgendes: Ihr ehemaliger Kabinettskollege Kloibmüller hat als Kabinettschef am 10. Juli um 11.12 Uhr das BIA aufgefordert, einen Bericht zu legen. Das BIA hat diesen Anfallsbericht, der im Wesentlichen eine kurze Zusammenfassung der Vorwürfe war, innerhalb weniger Stunden zusammengestellt und das am selben Tag, das heißt am 10. Juli, an die Korruptionsstaatsanwaltschaft übermittelt, die sich aufgrund dieses Anfallsberichts vom 10. Juli damit beschäftigt hat und in der Folge ein Tagebuch angelegt hat.

Vom Kabinettschef mit den Ermittlungen beauftragt wurde jedenfalls das BIA zuerst, nur was den Anfallsbericht betrifft, am 10. Juli um 11.12 Uhr, und dann geht das vom BIA an die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Meine Frage war aber eine andere, und die ist, glaube ich, einfach zu beantworten: Wussten Sie am 13. Juli, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft mit diesem Fall betraut ist?

Andreas Pilsl: Das kann ich jetzt nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da schicken Sie sehr, sehr detaillierte Informationen, die dann – dazu kommen wir noch – im Anfallsbericht des BIA ausführlich gewürdigt werden, und zwar die ganze Zeit mit Bezug auf die Korruptionsstaatsanwaltschaft – also da ist völlig klar, das alles wird für die Korruptionsstaatsanwaltschaft getan –, und Sie schicken dem BIA die entscheidenden Unterlagen dazu. Das, was das BIA dann im Anfallsbericht, zu dem wir eben noch

kommen, an die Korruptionsstaatsanwaltschaft weitersendet, ist im Wesentlichen das, was Sie ermittelt haben und was erst viel später irgendwo mit einem Disziplinarverfahren zu tun hat.

Zu dem Zeitpunkt, von dem wir reden, gibt es weit und breit keine Disziplinaranzeige, sondern da gibt es nur eine schnelle Suspendierung, wie wir das in anderen Fällen auch erlebt haben; was es hier gibt, ist ein Verfahren der Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Also: Wann haben Sie erfahren, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft in diesem Verfahren verfahrensleitend ist?

Andreas Pilsl: Das weiß ich nicht. Ich kann Ihnen den Tag nicht sagen, wann ich das erfahren habe; ich kann Ihnen nur sagen, dass das Erste, was wir zu prüfen haben, die vorläufige Suspendierung ist, und diesbezüglich sind diese Einvernahmen auch durchgeführt worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Sie dann über diesen sehr detaillierten Verdacht, dem Sie da nachgegangen sind, informiert?

Andreas Pilsl: Könnten Sie die Frage wiederholen? Es ist mir nicht klar, was Sie jetzt wollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das merke ich. – Sie haben hier Ermittlungsschritte gesetzt beziehungsweise setzen lassen, Sie waren zum Teil persönlich beteiligt, darauf kommen wir auch noch.

Wer hat Sie über die Verdachtsmomente informiert, die dazu geführt haben, dass bei Ihnen in Oberösterreich mit Ermittlungen begonnen worden ist?

Andreas Pilsl: Ich kann die Person nicht nennen, weil ich sie nicht mehr weiß, aber ich glaube, dass es über das Stadtpolizeikommando Linz gekommen ist, dass im Zuge einer Parlamentssitzung öffentlich Namen von Linzer Polizisten gefallen sind – ob es nicht der Stadtpolizeikommandant von Linz war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und – jetzt im Sinne von Ermittlungen – was haben Sie über die Beschuldigteneinvernahme des Herrn Sailer, die wir schon erörtert haben, hinaus noch an Ermittlungsschritten gesetzt?

Andreas Pilsl: Herr Sailer hat Herrn Pogutter ein Konvolut von E-Mails übergeben – freiwillig –, und anhand dieser E-Mails und der Aussagen des Herrn Sailer war im Hinblick auf eine vorläufige Suspendierung noch zu würdigen, ob hier eben der Verdacht einer strafbaren Handlung gegeben ist, ja oder nein, ob es Verwicklungen gibt, die eine Suspendierung notwendig machen. Und genau diesbezüglich ist noch mit dem Leiter des LVT, mit Mag. Tischlinger, gesprochen worden, ob hier möglicherweise aus Akten des LVT Dinge weitergeleitet wurden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie sich, bevor wir jetzt ins Detail gehen, zu irgendeinem Zeitpunkt gefragt, ob es da einen Ermittlungsauftrag der Staatsanwaltschaft gibt?

Andreas Pilsl: Ich weiß nicht, ob die Strafprozessordnung, die 2008 in Kraft getreten ist, hier schon bekannt ist. Tatsache ist, dass die Polizei auch ohne staatsanwaltschaftlichen Auftrag Ermittlungen tätigen kann, und genau das ist in

diesem Fall passiert. Wir brauchen nicht jedes Mal vorher die Staatsanwaltschaft zu fragen, das ist in der neuen Strafprozessordnung ganz klar festgeschrieben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube, Sie haben ein bisschen eine falsche Vorstellung von der neuen Strafprozessordnung. Stellen Sie sich einmal – ich nehme ein ganz anderes Beispiel – den Fall Kampusch vor: Da gibt es eine Staatsanwaltschaft, die ordnet Ermittlungen an. Soweit ist alles in Ordnung, aber nach Ihrer Auffassung der Strafprozessordnung kann dann irgendwo eine Polizeiinspektion sagen: Da fällt uns auch etwas ein, jetzt ermitteln wir! – So geht das mit Sicherheit nicht!

Wenn es ein Strafverfahren gibt, das von einem Staatsanwalt oder einer Staatsanwältin geleitet wird, dann ist dieser beziehungsweise diese auch HerrIn des Verfahrens, und das Mindeste, was zu tun gewesen wäre, wäre, das alles zu klären.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang etwas anderes: Haben Sie bis zu seiner Unterbrechung wegen Befassung des Immunitätsausschusses des Nationalrates das Verfahren jemals mit einem Mitglied des Kabinetts der Innenministerin erörtert?

Andreas Pilsl: Bis zu welchem Zeitpunkt, haben Sie jetzt gesagt?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bis zu dem Zeitpunkt, als das Verfahren unterbrochen wurde, um einmal den Immunitätsausschuss des Nationalrates damit zu befassen.

Andreas Pilsl: Das kann ich nicht sagen, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie *wissen* nicht, ob Sie in diesen wenigen Tagen über dieses politisch durchaus heikle Verfahren mit jemandem aus dem Kabinett der Innenministerin gesprochen haben?

Andreas Pilsl: Nein, das weiß ich schlichtweg nicht, weil es in manchen Bereichen immer wieder Kontakte gibt, und ich kann nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt das gewesen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen jetzt etwas aus meiner persönlichen Erfahrung – es ist ja nicht das erste Mal, dass wir in diesem Haus mit Beamten eines gewissen politischen Hintergrundes und mit gewissen politischen Methoden zu tun haben –: Meine Erfahrung sagt mir, dass sich diese Beamten im Regelfall sehr gut erinnern können, wenn sie *nichts* mit dem Kabinett abgestimmt und besprochen haben.

Hier geht es nur um wenige Tage, um einen kurzen Zeitraum, der erst sehr kurz zurückliegt: Bleiben Sie dabei, dass Sie sich nicht mehr erinnern können, denn dann lassen wir diese Erinnerungslücke im Protokoll – vielleicht gibt es andere Leute, die uns helfen können, diese Erinnerungslücke zu füllen. Bleiben Sie dabei?

Andreas Pilsl: Ich bleibe dabei, und ich möchte noch eine kurze Erklärung zu Ihren Ausführungen die Strafprozessordnung betreffend bringen. Da sind Sie offensichtlich schlecht informiert, denn sonst müssten unsere Kollegen draußen vor Ort jedes Mal, bevor sie eine Amtshandlung setzen, mit der Staatsanwaltschaft Kontakt aufnehmen. Das ist gänzlich undenkbar und unmöglich! Das heißt, die Polizei kann auch ermitteln, ohne die Staatsanwaltschaft vorher um Erlaubnis zu fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber nicht, wenn die Staatsanwaltschaft bereits tätig ist, und das ist der entscheidende Punkt, auf den ich Sie jetzt zum dritten Mal hinweise. *(Rufe und Gegenrufe zwischen den Abgeordneten Amon, Mag. Donnerbauer und Mag. Stadler.)*

Trotzdem kommen wir nochmals darauf zurück: Können Sie ausschließen, dass Sie in der in Frage kommenden Zeit zwischen 10. und 15. Juli 2009 diese Causa mit Herrn Mag. Kloibmüller im Kabinett der Innenministerin besprochen haben? *(Abg. Amon: Ausschließen kann er es nicht, er kann sich nicht erinnern!)*

Andreas Pilsl: Ich **kann** es nicht ausschließen. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das reicht schon! Wir haben bei Protokoll: Sie können das nicht ausschließen.

Können Sie ausschließen, dass Sie bis inklusive 13. Juli darüber informiert waren, dass die Staatsanwaltschaft – in dem Fall die Korruptionsstaatsanwaltschaft Wien – Herrin dieses Verfahrens ist?

Andreas Pilsl: Also für mich war der Fall nach Übersendung der Unterlagen soweit beendet. Wir haben nur mehr beim BIA angefragt, ob es noch weitere Einvernahmen gibt, weil wir das zur Beurteilung der Suspendierung gebraucht haben – und im Übrigen immer das Stadtpolizeikommando Linz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und jetzt kommen wir zum Inhalt der Verfahren. Ich lese Ihnen aus dem Anlassbericht des Büros für Interne Angelegenheiten vom 14. Juli an die Korruptionsstaatsanwaltschaft vor. Ich zitiere:

Als weiteres Indiz zur Erhärtung der Verdachtslage übermittelte Generalmajor Pilsl, Landespolizeikommandant Oberösterreich, am 13.7.2009 um 13.52 Uhr weitere Informationen zum E-Mail-Verkehr zwischen Sailer Uwe und Öllinger Karl. Den Informationen zufolge hatte Generalmajor Pilsl mit Mag. Tischlinger Michael des LVT Oberösterreich eine Besprechung zu den Inhalten des E-Mail-Verkehrs zwischen Sailer Uwe und Öllinger Karl.

Bei der Durchsicht sind drei Passagen aufgefallen, die alle in einem Akt, in dem Sailer Uwe vom LVT mit der Internetrecherche beziehungsweise Computerauswertung dienstlich beauftragt war, in Verbindung stehen.

1) Seite 1, ad alpen-donau: Hier hat es einen Auftrag des LVT Wien an Sailer zur Durchforstung der Homepage gegeben. Sailer war zur Durchführung des Auftrages am 6.7. und 7.7. beim LVT in Wien zugeteilt.

– Also das ist der Akt Nummer eins: „alpen-donau“. –

2) Seite 2, ad Dr. Ludwig: Hier gab es einen dienstlichen Auftrag des LVT Oberösterreich zur Internetrecherche und Computerauswertung. Die Erkenntnisse stammen aus diesen Recherchen. Die Aktenzahl des LVT Oberösterreich lautet LVT-12505.

3) Seite 4, ad Felix Budin (Eispickel): Hier gab es einen dienstlichen Auftrag des LVT Oberösterreich zur Internetrecherche. Die Erkenntnis, dass Budin Felix (Eispickel) der Bedroher des Landtagsabgeordneten Trübswasser sein soll, entstammt den Recherchen von Uwe Sailer. Die an Öllinger Karl per E-Mail am 8. Juli 2009,

10.08 Uhr, weitergegebene Information ist Teil eines Abschlussberichtes an die StA Wels und liegt beim LVT Oberösterreich unter der Geschäftszahl LVT-1078/08 ein. – Zitatende.

Wir haben uns diese Akten angeschaut, sie umfassen alle gemeinsam weit über 1 000 Seiten. Können Sie dem Ausschuss jetzt schildern, in welcher Art und Weise – das ist ja alles sehr schnell gegangen – diese Akten ausgewertet und das Auswertungsergebnis dann an BIA 39, an Hans, übermittelt wurde?

Andreas Pils! Da bin ich die falsche Auskunftsperson. Da müssen Sie denjenigen, der das quasi ausgewertet hat, fragen. – Das ist der Mag. Tischlinger des LVT Oberösterreich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich frage **Sie**, weil Sie haben das Ganze übermittelt, und es wird ja wohl einen Auftrag an den Herrn Mag. Tischlinger gegeben haben. Fürs BIA und eigentlich auch für mich sind Sie ja nicht eine Postdurchlaufstelle – LVT Oberösterreich schaut die Akten durch, stellt das und das fest –, sondern das BIA verweist darauf – ich zitiere noch einmal –:

Den Informationen zufolge hatte Generalmajor Pils mit Mag. Tischlinger Michael des LVT Oberösterreich eine Besprechung zu den Inhalten des E-Mail-Verkehrs zwischen Sailer Uwe und Öllinger Karl (...)

– und so weiter –.

Bei der Durchsicht sind drei Passagen aufgefallen (...). – Zitatende.

Ich möchte einfach, dass Sie mir die Arbeit des LVT Oberösterreich und Ihre eigene Besprechung mit dem Herrn Tischlinger vom LVT schildern. Wie ist denn das gelaufen? Von wem sind die Ermittlungen beauftragt worden? Wer hat sie durchgeführt und mit welchem Inhalt und mit welcher Dauer, und wann hat diese Besprechung zwischen Ihnen und dem Herrn Tischlinger stattgefunden?

Andreas Pils! Den Zeitpunkt weiß ich nicht mehr genau. Ich weiß nicht, ob Sie auf Tage genau wissen, wann Sie da eine Besprechung gehabt haben. Tatsache war, es war unmittelbar danach, irgendwann einmal unmittelbar nach den Einvernahmen und der Übergabe des Konvoluts durch Herrn Sailer, und Herr Tischlinger hat diese Konvolute quasi gesichtet. Wie er das gemacht hat, weiß ich nicht. Es hat dann ein Gespräch bei mir im Büro gegeben, wo er diese Dinge angegeben hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat ihn mit dieser Sichtung von über 1 000 Seiten Akten beauftragt?

Andreas Pils! Ich habe ihn nicht mit einer Sichtung von über 1 000 Seiten Akten beauftragt. Ich habe ihn gebeten, er möge über das – ich weiß nicht, wie viele Seiten Mailverkehr das waren – drüberschauen, ob hier Aktenteile, die er möglicherweise für das LVT bearbeitet hat, weitergegeben wurden, was natürlich für eine vorläufige Suspendierung relevant ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, der Ermittlungsauftrag ist von **Ihnen** gekommen. Ist das richtig?

Andreas Pils! Es gibt nicht immer formelle Aufträge. Im Rahmen der kooperativen Vorbearbeitung muss es nicht immer schriftliche Aufträge geben. In dem Fall habe ich den Kollegen Tischlinger ersucht, ob er diese Sichtung vornehmen kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja nicht so schlimm, wenn man einen Auftrag erteilt. Ich habe nichts dagegen, wenn sogar ein ÖVP-Landespolizeikommandant im Rahmen der Gesetze Aufträge erteilt. Das ist nicht das Problem – damit es da kein Missverständnis gibt. Sie sagen immer „Ersuchen“. Letzten Endes war es ein **Ermittlungsauftrag**. Können wir uns darauf einigen?

Andreas Pils! Sie haben gesagt: ÖVP-Landespolizeikommandant. Sie schreiben auch auf Ihrer Homepage irgendwelche abstrusen Dinge. Ich weiß nicht, wie ich dazu komme, aber wenn es Ihnen dann leichter fällt, dann machen Sie das auch weiterhin. Ich will mich nur ordentlich behandelt fühlen hier, und da habe ich bei Ihnen sehr oft nicht den Eindruck, dass das so ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie werden von mir eine wirklich ordentliche Behandlung auch weiterhin bekommen. Darauf können Sie sich mit Sicherheit verlassen. Ich habe sie mit, Ihre ganzen – sagen wir es einmal ordentlich – Postenschacher-E-Mails aus Ihrer Zeit damals im Kabinett. Wenn Sie eine ordentliche Behandlung wollen, kann ich Ihnen gerne diese Strasser-E-Mails vorhalten. (*Abg. Amon: Ist das eine Drohung? Wo sind wir denn?!*) Im Rahmen einer ordentlichen Behandlung ist das überhaupt kein Problem. (*Abg. Amon: Zur Geschäftsbehandlung! Dr. Pilz bedroht die Auskunftsperson! Das ist ja unglaublich!*)

Aber ich schlage trotzdem vor, wir bleiben jetzt beim Beweisthema, denn wir haben ein ganz klares Beweisthema, und das ist das Sailer-Verfahren. Also noch einmal, bevor wir jetzt auf die Art und Weise, wie der Mag. Tischlinger diesen Auftrag erteilt hat, eingehen ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Das ist die Diktion auf Ihrer Net-Seite!*) – Kollege Rosenkranz, in Ihrer Sprache heißt das nicht „**Net**-Seite“, das heißt „**Netz**-Seite“! Das ist ein ganz, ganz wesentlicher Unterschied.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Am Wort ist Herr Abgeordneter Pilz, ohne jede Herabwürdigung von irgendjemandem, und danach Herr Abgeordneter Amon zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Generalmajor! Wir sind jetzt bei dieser – ich nenne es **Auftragserteilung**, Sie nennen es **Ersuchen**. Ich glaube, da ist in der Sache kein wirklicher Unterschied. Da ist jetzt Herr Mag. Tischlinger vom LVT. Wissen Sie, was Herr Mag. Tischlinger nach diesem, wie Sie es nennen, Ersuchen getan hat?

Andreas Pils! Ich denke, er wird in irgendeiner Form die Unterlagen gesichtet haben, sonst wäre er nicht zu dem Ergebnis gekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kennen Sie den Umfang dieser Unterlagen?

Andreas Pils! Nein, den kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nämlich schon kurz darauf hingewiesen, das waren weit über 1 000 Seiten, es waren sehr umfangreiche Akten, eine sehr umfangreiche Recherche.

Dann kommt Herr Mag. Tischlinger, es muss spätestens am Vormittag des 13. Juli 2009 gewesen sein, zu Ihnen, weil sonst könnten Sie das nicht per E-Mail

weitermelden ans BIA. Und dann zitiert das BIA im Anlassbericht eben dieses Gespräch – ich halte es Ihnen noch einmal vor –:

Den Informationen zufolge hatte Generalmajor PilsI mit Mag. Tischlinger Michael des LVT Oberösterreich eine Besprechung zu den Inhalten des E-Mail-Verkehrs zwischen Sailer Uwe und Öllinger Karl. – Zitatende.

Können Sie sagen, wie lange dieses Gespräch ungefähr gedauert hat und was der Inhalt dieses Gesprächs – möglichst detailliert – war?

Andreas PilsI: Zur Zeitdauer kann ich auch nichts sagen, aber es war ein relativ kurzes Gespräch, wo er auf drei Passagen aufmerksam gemacht hat, wo er vermutet hat, da könnten Akteninhalte, Teile der Arbeit des Sailer verpackt mit drinnen sein, Aufträge, die er von der Sicherheitsdirektion diesbezüglich erhalten hat, vom LVT. Und das habe ich mitgeschrieben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das haben Sie mitgeschrieben. Und hat er Ihnen da irgend etwas an Unterlagen übergeben?

Andreas PilsI: Soweit mir erinnerlich ist, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, Sie haben mitgeschrieben. Und was haben Sie mit Ihrer Mitschrift dann getan?

Andreas PilsI: Zum einen ist sie in die Bewertung – und das war ja das Vordringliche – um die vorläufige Suspendierung mit eingeflossen. Zum anderen habe ich die Informationen, die ich erhalten habe, an die für mich zuständige Stelle, das BIA, geschickt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber Sie haben das ja **nicht** an das **BIA** geschickt, sondern an **BIA 39**. Warum gerade an BIA 39? Wissen Sie, was mir immer aufgefallen ist: Wenn wer nicht gewusst hat, an wen er es im BIA schicken soll, hat er oder sie es entweder ans BIA geschickt oder an BIA 1, den Herrn Mag. Kreutner. Sie schicken das aber ganz gezielt gleich an BIA 39, das heißt, an die Person, die im Auftrag der Korruptionsstaatsanwaltschaft die Ermittlungen im BIA leitet. Warum?

Andreas PilsI: Das muss dann ein Zufall sein, weil Tatsache ist, dass ich den Herrn Gärtner kenne und weiß, dass er dort drinnen eben die operativen Ermittlungen koordiniert. Und daher wurde er angesprochen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wie viele Mitarbeiter das Büro für Interne Angelegenheiten hat?

Andreas PilsI: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sagen – damit wir das nur richtig bei Protokoll haben, weil ich glaube, da werden wir noch ein paar andere Leute dazu befragen müssen –, es ist reiner „Zufall“, dass Sie das an BIA 39 übersandt haben.

Andreas PilsI: Ja, das ist offensichtlich reiner Zufall. Erläutert habe ich es schon: Weil eben der Herr Gärtner der zuständige Mann für solche operativen Abwicklungen im BIA ist, zumindest **mir** so bekannt ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann ist Ihnen bekannt geworden, dass der von Ihnen zufällig getroffene BIA-Beamte 39, der „Hans“, zufällig wirklich der ist, der den Akt führt und im Auftrag der Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt? Wann ist Ihnen bekannt geworden, dass Sie da wirklich einen Zufallstreffer gelandet haben?

Andreas Pilsl: Das weiß ich nicht, ob er überhaupt persönlich die Staatsanwaltschaft kontaktiert. Tatsache ist, er hat ja eine ganze Reihe Mitarbeiter, und das kann ja auch einer seiner Mitarbeiter sein. Ich weiß das beim besten Willen nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe dazu vorläufig keine weiteren Fragen, möchte aber gleich anregen, dass wir dann in der Fraktionsführerbesprechung eine Ladung von BIA 39 vorbereiten. – Danke.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Generalmajor! Es ist ja wirklich sehr, sehr kompliziert, den Abläufen hier – vor allem auch den zeitlichen Abläufen – zu folgen. Meine erste Frage ist: Wann wurde denn der Herr Sailer suspendiert?

Andreas Pilsl: Der Herr Sailer wurde mit dem ersten Tag, als er wieder in den Dienst gekommen ist, suspendiert. Der war zu dem fraglichen Zeitpunkt im Krankenstand. Nach Ablauf von Krankenstand und Wochenende, glaube ich, wurde er dann suspendiert. Ich denke, das war der Montag; ich kann es nicht genau sagen; ich persönlich suspendiere nicht, ich habe mir nur berichten lassen. Das hat das Stadtpolizeikommando Linz gemacht. Aber ich glaube, es war am Montag.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das müsste dann der 13. Juli gewesen sein. Oder nicht?

Andreas Pilsl: Eine Woche drauf. Der war die ganze Woche im Krankenstand. Ich habe jetzt keinen Kalender vor mir, aber es müsste eigentlich aus den Akten ersichtlich sein, weil die Suspendierung möglicherweise bei den Akten liegt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Diese Suspendierung haben Sie in einem der Mails, die da herumgeistern, empfohlen, weil Sie nicht selbst suspendieren konnten?

Andreas Pilsl: Nein, es ist relativ einfach. Es hat diesbezüglich eine Besprechung mit dem Stadtpolizeikommando gegeben, und aufgrund des vorliegenden Aktengemenges hat sich dann das SPK Linz dazu entschlossen, das zu tun.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Noch einmal zurück: Wann sind Sie zum ersten Mal mit dieser Causa, mit diesem Fall beschäftigt gewesen?

Andreas Pilsl: Nicht lange, nachdem es im Parlament diesbezüglich eine Diskussion gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Aus dem Anlassbericht geht hervor als weiteres Indiz zur Erhärtung der Verdachtslage – ich zitiere – übermittelten Sie am 13. weitere Informationen zum E-Mail-Verkehr zwischen Sailer und Öllinger. Was haben Sie da übermittelt?

Andreas Pilsl: Das waren genau diese Dinge, die der Herr Abgeordnete Pilz gerade zitiert hat, diese drei Passagen, wo möglicherweise ein Zusammenhang mit dienstlicher Tätigkeit bestehen kann.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Woher haben Sie diese Erkenntnisse?

Andreas Pils! Die Erkenntnisse hatte ich vom Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Mag. Tischlinger.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben von Mag. Tischlinger diese Informationen bekommen und sie dann weiter an das BIA geleitet?

Andreas Pils! Genau das ist der Fall.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wie ist die Aufteilung der Arbeit zwischen Ihnen und dem Verfassungsschutz?

Andreas Pils! Staatspolizeilich relevante Delikte werden vom Landesamt für Verfassungsschutz bearbeitet, und der Herr Sailer war zur Fallbearbeitung immer wieder zum Landesamt für Verfassungsschutz für die kooperative Fallbearbeitung zugewiesen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Warum hat das dann der Herr Mag. Tischlinger nicht direkt selber an das BIA weitergeleitet?

Andreas Pils! Weil der Herr Mag. Tischlinger, weil es nicht sein Beamter ist, nicht damit konfrontiert war, ob dieser zu suspendieren ist oder nicht. Das Ganze ist aus der Diskussion entstanden: Soll suspendiert werden – ja oder nein? Die Ergebnisse wollte man natürlich nicht für sich behalten und hat sie dem BIA weitergeleitet.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es geht eigentlich nur um die Suspendierung und nicht mehr um den Inhalt?

Andreas Pils! Das Strafverfahren gegen den Herrn Sailer hat für mich keine Relevanz. Für mich war zu dem Zeitpunkt entscheidend: Ist er zu suspendieren oder nicht?, und auch für das Stadtpolizeikommando – und diesbezüglich sind auch die Erhebungen getätigt worden. Den Rest macht das BIA.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Welche Ermittlungsschritte wurden denn jetzt noch weiter im Strafverfahren Sailer/Öllinger gesetzt?

Andreas Pils! Von unserer Seite oder von BIA-Seite?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Von *Ihrer* Seite.

Andreas Pils! Im Strafverfahren selbst ist mir nichts erinnerlich. Ich weiß nur, dass es eine Disziplinaranzeige, eine vorläufige Suspendierung gibt, und den Bericht, den wir an das BIA verfasst haben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wann hat denn eigentlich dieses Gespräch mit dem Herrn Mag. Tischlinger stattgefunden, von dem ausgehend Sie dann die Informationen ans BIA weitergegeben haben?

Andreas Pils! Ich weiß nicht – wann war der Tag, wo das Ganze im Parlament gestartet ist? Am 10.? Was war das für ein Wochentag, bitte?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ein Freitag!

Andreas Pils! Dann war es entweder am Freitag oder, ich glaube, am Montag nach dem Wochenende.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Am Montag, das ist der 13., haben Sie schon diese Informationen weitergegeben?

Andreas Pils! Ich glaube, entweder war es Freitag oder Montag. Entweder gleich am selben Tag, nach der Niederschrift, aber das denke ich nicht, weil das wird dann relativ spät gewesen sein. Daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben sich also lediglich mit dem auseinandergesetzt, was Sie von Mag. Tischlinger bekommen haben, und Sie sind hier nicht aufgrund eigener Recherchen tätig geworden?

Andreas Pils! Diese Akten werden vom Landesamt für Verfassungsschutz bearbeitet. Da haben wir keinen Einblick. Insofern hat man ersucht, sie mögen in ihren Akten schauen, ob Aktenteile möglicherweise Bestandteil sind.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Eine andere Frage noch. Der Herr Sailer hat uns gesagt, dass er in seinem Büro bei der Polizei keine ordentliche Ausstattung hat, also keinen öffentlichen Computer hat, sondern nur private Computer verwendet. Stimmt das? Ist das so üblich bei der Polizei?

Andreas Pils! Ist grundsätzlich nicht üblich. Bei uns hat logischerweise nicht jeder Beamte einen Computer zugewiesen. Es gibt einen Verteilungsschlüssel, der im Außendienst irgendwo bei drei bis vier Beamten, die sich einen Computer teilen, liegt. Logischerweise sind nicht immer alle Kollegen gleichzeitig im Dienst, die anderen sind auch im Außendienst. Insofern gibt es keine persönlich zugewiesenen. Im Kriminaldienst ist die Ausstattung ein bisschen höher, aber auch hier gibt es Außendienstphasen, und da hat nicht jeder seinen eigenen Computer.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Generalmajor, ich verstehe ja noch, wenn das zum Beispiel im Bezirkskommando Perg so ist. Aber wenn das bei einem Sachverständigen für diese Datenbearbeitung so ist, dann frage ich mich schon: Hat das Innenministerium kein Geld, um ihn ordentlich auszustatten?

Andreas Pils! Der Herr Sailer ist kein Datenverarbeiter oder -forensiker – oder wie auch immer – im klassischen Sinn für die Polizei. Wir haben hier im Landeskriminalamt sechs Bedienstete, denke ich, auf jeden Falle eine ganze Gruppe, die diese Datensicherungen vornimmt.

Der Herr Sailer ist nur aus der ehemaligen Polizeidirektion Linz mit diesen Sachen betraut gewesen. Das ist nicht mehr sein Job, auch nicht in seiner Arbeitsplatzbeschreibung. Er hilft nur aufgrund seiner Kenntnisse das eine oder andere Mal im Stadtpolizeikommando Linz aus. Und die Gerätschaften, die wir brauchen, die haben wir beim Landeskriminalamt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wo ist jetzt eigentlich seine Dienststelle?

Andreas Pils! Stadtpolizeikommando Linz.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Eine letzte Frage noch, Herr Landespolizeikommandant: Hat die oberösterreichische Polizei in dem besprochenen

Zeitraum und darüber hinaus bis heute Ermittlungen geführt, die ins rechtsextreme Lager zeigen, beziehungsweise hat sie im rechtsextremen Lager ermittelt?

Andreas Pils: Also Sie müssen entschuldigen, dass ich nicht alle Ermittlungsschritte der oberösterreichischen Polizei im Detail kenne. Tatsache ist, wenn es in den rechtsextremen Rechtsbereich geht, dann ermittelt das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Wurden Ihnen Akten, die Herr Sailer bearbeitet hat, vorgelegt?

Andreas Pils: Ich habe keine Akten gesehen.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Das heißt, seit diesem Zeitpunkt hatten Sie keine Akteneinsicht in die Akten, die der Kollege Sailer dort bearbeitet hat?

Andreas Pils: Das Verfahren führt jetzt das BIA mit der Korruptionsstaatsanwaltschaft. Wir harren der Dinge; das, was für uns wichtig war, nämlich: Können wir den Beamten im Dienst lassen oder nicht? – diese Entscheidung haben wir nach einigen Überprüfungen getroffen. Er ist vorläufig suspendiert. Die vorläufige Suspendierung ist bestätigt worden, und eine Disziplinaranzeige ist erstattet worden.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Was verstehen Sie unter „Erhebungen“? Was haben Sie da genau gemacht?

Andreas Pils: Das waren genau diese Dinge, die wir jetzt die ganze Zeit besprochen haben. Das heißt, zum einen die Niederschrift mit dem Herrn Sailer, die vom Stadtpolizeikommando gemacht wurde, dann die übergebenen E-Mails, plus die Auskünfte des Landesamtes für Verfassungsschutz. Das waren auch schon alle Ermittlungsschritte, die mir bekannt sind.

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Aber die Auskunft vom Verfassungsschutz bezieht sich nicht auf die Akte von Herrn Sailer, oder? Oder doch? Bezieht sich das auf die Akteninhalte, die er bearbeitet hat?

Andreas Pils: Könnten Sie das noch einmal wiederholen?

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Ich habe Sie gefragt, ob Sie Akteninhalte gesehen haben beziehungsweise ob Ihnen der Akteninhalt bekannt ist.

Andreas Pils: Entschuldigung! Nein, die Akteninhalte selbst habe ich nicht gesehen. Die hat Herr Mag. Tischlinger gesichtet und mir darüber berichtet. Ich habe die Akten selbst nicht gesehen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: ÖVP-Fraktion?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Keine Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Generalmajor! Mir geht es um die Stellung des Herrn Sailer. Sie haben es ja angeschnitten. Wir haben heute zum ersten Mal erfahren, dass es fünf oder sechs andere Personen im Bereich des SPK Linz gibt, die ähnliche technische Kenntnisse haben. Also hat er nicht so ein Alleinstellungsmerkmal als Experte?

Andreas Pils: Es gibt ganz klar eine Datensicherungsgruppe beim Landeskriminalamt. Er wollte, glaube ich, auch dorthin. Er hat sich um die Leitung und Stellvertretung beworben, hat sie nicht erhalten und ist beim Stadtpolizeikommando Linz geblieben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da kann ich gleich anknüpfen. Es gibt, weil Sie das erwähnt haben, ein Online-Medium; das heißt www.kripo-online.at. Da ist in der Rubrik „Kieberger Blues“ von Uwe Sailer als EDV-Spezialist die Rede. In diesem Medium wurde Herr Sailer auch als Opfer des damaligen Innenministers Strasser beschrieben, weil er eben diesen Dienstposten beziehungsweise die Stellvertretung nicht bekommen hat.

Der Herr Sailer hat sich nämlich um die Stelle als Leiter der IT-Gruppe des Landeskriminalamts beworben und sie nicht bekommen. Ihnen als Zuständigem wird in diesem Artikel ÖVP-Nähe unterstellt. Ich weiß das nicht. Sie waren ja im Kabinett Strasser. Ich nehme an, das wird wahrscheinlich kein besonderes Geheimnis sein, wer dort drinnen war.

Aber wie sehen Sie jetzt die Opferrolle, die da dem Herrn Sailer in diesem Medium zugebracht wird?

Andreas Pils: Im Grunde genommen gibt es keine Opferrolle, denn es gibt immer mehrere Bewerber auf Planstellen, und es kann nur einer werden. Insofern war es so, dass der Herr Sailer als nicht sehr teamfähig angesehen wurde. Ein guter Datensicherer zu sein ist noch immer zu wenig, um diese Gruppe dann auch zu leiten. Das heißt, man muss schon zwischen einem Mitarbeiter, der Daten sichert, oder dem Leiter dieser Gruppe unterscheiden.

Er hat gesagt, entweder Leiter oder Stellvertreter. Und das ist er nicht geworden. Und als quasi Mitläufer ist er nicht in das Landeskriminalamt gegangen – insofern für mich keine Opferrolle.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt gibt es noch etwas Zusätzliches, was hier hinsichtlich der Qualifikation des Herrn Sailer angeführt wird, und zwar gibt es einen E-Mail-Verkehr zwischen Oberst Pöchhacker aus dem LVT Wien und der Frau Ministerialrat Geißler. Da geht es um einen Bericht von einer Sitzung, von einer REX-Tagung.

Können Sie sagen, was eine „REX-Tagung“ ist? Ist Ihnen das geläufig?

Andreas Pils: Ist mir nicht geläufig, weil das wahrscheinlich Fachbegriffe aus dem BVT/LVT sind; hat mit der Polizei wenig zu tun.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich zitiere daraus:

Oberinspektor Sailer wurde bei BVT-REX-Tagungen als Experte erwähnt. Von BVT-Seite wurde gleichzeitig wegen mangelnder Objektivität in seinen Einschätzungen gewarnt. Sein technisches Wissen blieb aber unbestritten. – Zitatende.

Haben Sie Wahrnehmungen bezüglich Herrn Sailer, dass er es in irgendeinem Bereich oder in seiner beruflichen Tätigkeit an Objektivität mangeln ließ?

Andreas Pils: Also ich habe bis zu diesem Zeitpunkt vom Herrn Sailer ganz, ganz wenig gewusst, außer dass es ihn gibt. 3 700 Mitarbeiter – da ist mir nicht jeder geläufig. Mir ist diesbezüglich eigentlich nichts erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt zur Frage der kriminaltechnischen Vorgangsweise im Bereich der Polizei Linz beziehungsweise Oberösterreich, im Stadtpolizeikommando Linz. Da hat zum Beispiel der Herr Sailer am 25. November 2008 einen Untersuchungsbericht abgegeben; als zuständige Behörde die SID Oberösterreich ein Ersuchen des LVT Oberösterreich vom 13. November 2008. Es dürfte einer dieser Assistenzeinsätze gewesen sein, wie sie der Herr Sailer beschrieben hat, dass er von anderen Behörden angefordert wurde. Es heißt hier „Assistenzeinsatz“. – Stimmt das so?

Andreas Pils: Na ja, Assistenzleistung oder kooperative Fallbearbeitung. Das heißt, auch die IT-Gruppe des Landeskriminalamtes hilft allen möglichen Dienststellen aus. Federführend ist aber dann die jeweilige Sachbearbeiter-Dienststelle.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es geht um ein Ermittlungersuchen im Rahmen einer Morddrohung, die gegen einen grünen oberösterreichischen Landtagsabgeordneten, den Herrn Trübswasser ergangen ist. Der Herr Sailer hat in diesem Untersuchungsbericht ermittelt.

Da ist er auf ein Internetforum gestoßen. Da hat er zum Beispiel eine Passage drinnen, das heißt, „Thiazi-Forum“ oder „thiazi.net“. Dem widmet er zum Beispiel einen ganzen Absatz.

Der Name „Thiazi“ steht für einen Riesen, auch Sturm- oder Frostriesen. Das hat der Herr Präsident Graf am Beginn der Sitzung bereits alles erklärt, was da mit Ochsenbraten in der germanischen Mythologie war und wer sich da in einen Adler verwandelt und Ähnliches.

Sie sind ja selbst als Polizist, auch Kriminalist. Ich habe mir heute die „Mühe“ – unter Anführungszeichen – gemacht und habe mir das einmal angeschaut. Ich bin dabei auf Wikipedia gestoßen. Und dort steht – nahezu wortgleich – dieser Bericht drinnen.

Als Kriminologe frage ich Sie jetzt: In einem Bericht sind Wikipedia-Absätze enthalten. Spielen die kriminalistisch, kriminologisch, kriminaltaktisch zur Begriffsklärung eine wirkliche Rolle?

Andreas Pils: Ich kann Ihnen aus dem Bereich der Kriminalpolizei berichten, dass dort nicht mit Wikipedia gearbeitet wird. Aber ich denke, dass in anderen Bereichen natürlich auch andere Medien herangezogen werden.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Haben Sie weitere Fragen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich darf nur darauf aufmerksam machen, dass es in diesem Bericht um einen Bedroher geht, der „Eispickel“ heißen soll, wozu der Herr Sailer – das möchte ich Ihnen nur, was die fachliche Qualifikation in Ihrem Bereich betrifft, mitgeben – Folgendes schreibt:

„Eispickel“ steht wahrscheinlich für jenes Tatwerkzeug, mit dem Trotzki 1940 in Mexiko ermordet wurde. Es kann wahrscheinlich als weiteres Symbol zur gänzlichen Vernichtung aller Kommunisten verstanden werden. – Zitatende.

Das ist eine Schlussfolgerung, die der Herr Sailer in seiner Analyse trifft. Wenn ich diese Frage jetzt im Internet in die Suchmaschine „Google“ eingebe, finde ich nur die Zeitschrift „Jungle World. Die linke Wochenzeitung“, und da ist ein Artikel mit dem Titel „Hammer, Sichel, Eispickel. Kommunisten aller Länder, vereinigt euch – (...)“ drinnen.

Also mir ist jetzt nur aus diesem Artikel dieser kriminalistische Schluss des Herrn Sailer bekannt geworden, und sonst habe ich nichts gefunden. Wie er das jetzt auf einmal auf eine antikommunistische Bewegung beziehen möchte, verstehe ich nicht – abgesehen davon, dass er auch ein Experte in Ihrem Bereich ist, der meint, dass der Prinz Eugen mit der Vertreibung der Türken vor Wien etwas zu tun gehabt hätte.

Es ist auch der Herr Sailer, der dann manchmal in seinen Texten nicht nur vom „Eispickel“, sondern auch vom „**E**ipickel“ spricht – das nur zur Feststellung hinsichtlich der Qualität der Arbeit, die der Herr Sailer in Ihrem Bereich bis jetzt abgeliefert hat. – Danke schön.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Von wann bis wann haben Sie im Kabinett des ehemaligen Innenministers Strasser gearbeitet? (*Abg. Amon: Das ist nicht Untersuchungsgegenstand!*) – Ich habe eine Frage gestellt.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Das gehört schon zu den Fragen, die problemlos beantwortet werden können.

Andreas Pils: Von Anfang 2003 bis 2006, glaube ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das waren etwas mehr als drei Jahre – ist das richtig?

Andreas Pils: Ja, knapp vier Jahre waren es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Knapp vier Jahre – ich wiederhole es fürs Protokoll.

Haben Sie dort in dieser Zeit auch mit dem Herrn Kloibmüller zu tun gehabt?

Andreas Pils: Der Herr Kloibmüller war zu der Zeit – zumindest die meiste Zeit – Personalchef des Innenministeriums.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wie lange kennen Sie den Herrn Kloibmüller schon?

Andreas Pils: Ich kenne den Herrn Kloibmüller schon sehr lange, weil er auch Mitarbeiter der oberösterreichischen Polizei war, und insofern kenne ich ihn noch aus Oberösterreich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Könnte man sagen, dass Sie mit dem Herrn Kloibmüller zumindest gut bekannt, wenn nicht sogar befreundet, sind? (*Andreas Pils: Gut bekannt!*) Das heißt, Sie verbindet mit ihm eine langjährige, gute Bekanntschaft. Ist das richtig zusammengefasst? (*Andreas Pils: Ja, das ist richtig!*)

Wissen Sie, wie viele Mitarbeiter das BIA hat?

Andreas Pils: Die Frage ist schon einmal gestellt worden, aber ich habe es vorher nicht beantworten können, und ich kann es auch jetzt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie war nur als Einleitung gedacht. Ich habe mir gedacht, dass Sie vielleicht in der Zwischenzeit mehr Erinnerung daran haben, nachdem Sie ja so lange im Kabinett tätig waren – und das ausgerechnet in der Zeit, in der man das BIA gegründet hat.

Ich sage es Ihnen: Es sind insgesamt 63 Mitarbeiter. Ich finde es wirklich eine bemerkenswerte intellektuelle Leistung, dass Sie in der Lage sind, aus 63 Mitarbeitern exakt die zwei richtigen Mitarbeiter als Adressaten herauszufinden, die mit den Ermittlungen in dieser Sache betraut sind.

Andreas Pils! Wieso zwei, wie kommen Sie auf zwei?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich halte Ihnen vor, dass Sie den Auftrag an den Herrn Schnell erteilt haben, die Unterlagen, die der Herr Schnell an BIA 153 – das ist der Herr Bauer – und an BIA 39 – das ist Ihr „lieber Hans“ – weitergeleitet hat, weiterzuleiten.

Wie lange kennen Sie den „lieben Herrn Hans“ schon – das ist BIA 39, der Herr Gärtner?

Andreas Pils! Einige Jahre, das kann ich nicht genau sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Könnten Sie uns sagen, ob Sie mit dem Herrn Gärtner bekannt, befreundet oder gut bekannt sind? Wie würden Sie das einordnen? (*Andreas Pils!* Der Hans ist ein Kollege, wie viele andere Kollegen auch!)

Aber er ist jedenfalls ein Kollege, den Sie duzen? (*Andreas Pils!* Ich bin mit allen Kollegen per du!) Dann können Sie uns sicher auch sagen, wer BIA 153 ist! (*Andreas Pils!* Das weiß ich nicht!) Wenn ich Ihnen sage, dass das der Hubert Bauer ist, kennen Sie ihn dann? (*Andreas Pils!* Entschuldigung – kenne ich nicht!)

Das macht die Sache umso bemerkenswerter, dass Sie aus 63 Beamten exakt die richtigen finden, an die die Informationen zu richten sind – also jemanden, mit dem Sie offensichtlich nicht bekannt sind, und jemanden, den Sie seit langen Jahren kennen und duzen, nämlich den „lieben Hans“.

Wissen Sie, wie hoch die Trefferquote ist? Schätzen Sie einmal!

Andreas Pils! Die ist relativ hoch, wenn man mit BIA 39 spricht und der einem sagt, dass man es auch an BIA 153 schicken soll.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Also haben Sie sich doch mit BIA 39 vorher beraten. – Ist das richtig? (*Andreas Pils!* Gesprochen!) Wissen Sie noch, wann Sie mit ihm darüber gesprochen haben? (*Andreas Pils!* Nein, das weiß ich nicht!) Wenn ich Ihnen vorhalte, dass der Herr Schnell in Ihrem Auftrag – und mit ausdrücklichem Bezug auf Ihren Auftrag – am 13. Juli um 12.21 Uhr die erforderlichen Unterlagen nicht nur fertig hatte, sondern bereits weiterleiten konnte, ist dann die Annahme richtig, dass Sie jedenfalls vor 12.21 Uhr diese Problematik mit dem Herrn Gärtner, dem „lieben Hans“, erörtert haben? (*Andreas Pils!* Das ist naheliegend, ja!)

Hat Ihnen der Herr Gärtner bei der Gelegenheit auch berichtet, dass das BIA bereits mit einem Anlassbericht an die Korruptionsstaatsanwaltschaft herangetreten ist?

Andreas Pils! Das kann ich erstens nicht sagen, und zweitens sind die Ermittlungen des Herrn LVT-Leiters an diesem Tag, am 13., an das BIA übermittelt worden, aber **ermittelt** worden sind sie früher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich muss die Frage noch einmal stellen, weil ich vorher einen falschen Terminus verwendet habe:

Hat der Herr Gärtner in diesem Gespräch, das spätestens am 13. Juli und jedenfalls vor 12.21 Uhr stattgefunden haben muss – was Sie selber bestätigt haben –, den Anlassbericht des BIA erwähnt?

Andreas Pils! Ich weiß es nicht. Ich denke, dass er gesagt hat, dass er mit der Korruptionsstaatsanwaltschaft Kontakt hat – aber ich weiß es wirklich nicht im Detail.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie können sich also vorstellen, dass er Ihnen gegenüber diesen Bericht erwähnt hat – dass das BIA einen Anfallsbericht an die Korruptionsstaatsanwaltschaft gelegt hat? (*Andreas Pils!* Ich kann mich daran nicht erinnern!)

Ich halte Ihnen vor, dass hier erstmals aus diesem Anfallsbericht als Sachbearbeiter BIA 153 hervorgeht, von dem Sie vorhin gesagt haben – unter Wahrheitspflicht –, dass Sie ihn nicht kennen.

Das heißt, Sie erfahren zum ersten Mal aus diesem Anfallsbericht, der von Herrn Gärtner unterschrieben ist, dass BIA 153 überhaupt tätig ist.

Können Sie sich jetzt daran erinnern, dass der Anfallsbericht in einem Gespräch erwähnt, oder Ihnen vielleicht sogar übermittelt wurde? (*Andreas Pils!* Ich kann mich nicht erinnern!) Sie können sich nicht erinnern. – Können Sie es ausschließen?

Andreas Pils! Das kann ich auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sagen Sie, Herr Pils!, waren Sie selber einmal beim BIA tätig? (*Andreas Pils!* Ja, ich war beim BIA tätig!) – Können Sie uns sagen, von wann bis wann Sie beim BIA tätig waren?

Andreas Pils! Zwei Jahre lang, ziemlich am Beginn.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt, aus dieser Zeit müsste Ihnen eigentlich ziemlich geläufig gewesen sein, was es bedeutet, dass das BIA einen Anfallsbericht hat, und wer dort in welchen Bereichen tätig ist. – Ist das richtig? In diesen zwei Jahren haben Sie doch interne Kenntnisse erlangt?

Andreas Pils! Ja, da war Herr Gärtner beispielsweise noch nicht da.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich muss Sie jetzt bitten, dass Sie uns sehr präzise sagen, von wann bis wann Sie beim BIA tätig waren. (*Abg. Amon:* Fällt das in den Untersuchungszeitraum?)

Andreas Pils! Das muss von Ende des Jahres 2000 bis zirka Ende 2002 gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Damit ergibt sich – vor dem Hintergrund Ihrer vorherigen Aussage –, dass Sie eine Zeit lang sogar parallel im Kabinett des Ministers und beim BIA tätig waren.

Andreas Pils! Das ergibt sich nicht, weil ich mit Anfang des Jahres 2003 im Kabinett war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt, Sie sind unmittelbar vom BIA ins Kabinett gewechselt? Oder waren Sie dazwischen noch woanders?

Andreas Pils! Nein, unmittelbar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Somit kann man also davon ausgehen, dass Sie nicht nur ein intimer Kenner der BIA-Interna waren – oder sind –, sondern auch ein guter Kenner der politischen Lage – aufgrund Ihrer langjährigen Tätigkeit im Kabinett des Ministers.

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Haben Sie mit Herrn Gärtner oder mit anderen Vertretern des BIA erörtert, dass das BIA bereits an die Staatsanwaltschaft herangetreten ist?

Andreas Pils! Das weiß ich nicht. Alles, was ich dem BIA übermittelt habe, habe ich im Rahmen unserer Wahrheitsfindung bezüglich des Disziplinarverfahrens beziehungsweise der Suspendierung übermittelt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie wissen aber, dass das BIA bei einem Fall wie diesem üblicherweise die Staatsanwaltschaft befasst – aufgrund Ihrer internen Kenntnisse des BIA?

Andreas Pils! Ich weiß nicht, wann das BIA an die Staatsanwaltschaft herantritt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie haben doch gerade vorhin gesagt, dass Sie lange dort tätig waren (*Abg. Amon: Zwei Jahre!*) – zwei Jahre zumindest. In zwei Jahren bekommt man doch mit, wie die internen Abläufe zwischen dem BIA und der Staatsanwaltschaft sind! Es ist Ihnen doch bekannt, dass das BIA gar keinen eigenen Behördenstatus hat, sondern eine bloße Dienststelle ist und daher in Wirklichkeit nur für die Staatsanwaltschaft ermitteln kann.

Andreas Pils! Das ist aber die gesamte Polizei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das wollen wir dahingestellt lassen, weil es nach dem Sicherheitspolizeigesetz ein paar Unterschiede gibt. Aber gehen wir davon aus, dass das BIA – und der BIA-Erlass war Ihnen ja bekannt – aufgrund des BIA-Erlasses in erster Linie im Auftrag der und für die Staatsanwaltschaft arbeitet, wenn ein Fall wie der konkrete übermittelt wird. Das war Ihnen doch aufgrund Ihrer zweijährigen Tätigkeit dort bekannt?

Andreas Pils! Würden Sie die Frage bitte wiederholen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Da Sie ziemlich genau von Beginn weg – also nach Gründung des BIA – tätig waren und mit Sicherheit den BIA-Erlass gekannt haben, und davon gehe ich aus – widersprechen Sie mir, wenn Sie den BIA-Erlass nicht kannten!; kein Widerspruch, daher kannten Sie ihn –, musste Ihnen aufgrund des

BIA-Erlasses bekannt sein, dass Sie – nämlich das BIA – in einem Fall wie dem gegenständlichen in erster Linie für die Staatsanwaltschaft tätig sind.

Andreas Pils! Ja, das ist so wie in allen anderen Kriminalfällen auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt, Sie mussten in Ihrem Gespräch mit Herrn Gärtner davon ausgehen, dass die Staatsanwaltschaft bereits vom BIA befasst wurde.

Andreas Pils! Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Es ist bemerkenswert, dass Sie so bemüht sind, die Dinge zu erhellen, die Fragen, die man an Sie stellt – ich möchte es jetzt vorsichtig formulieren –, einigermaßen zu beantworten, aber sobald man Sie auf die Staatsanwaltschaft anspricht, haben Sie enorme Erinnerungslücken. Das ist bemerkenswert.

Andreas Pils! Ich habe mit der Staatsanwaltschaft selbst keinen Kontakt gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das habe ich Ihnen gar nicht unterstellt. Ich sage nur, dass Sie Herrn Schnell angewiesen haben, zielgerichtet BIA 39 – Ihren lieben Freund Hans – und BIA 153, von dem Sie behauptet haben, Sie kennen ihn gar nicht ... – Das macht das Ganze umso bemerkenswerter, weil Sie entweder von Herrn Gärtner informiert wurden, dass BIA 153 damit befasst ist, oder weil Sie eine Kopie oder Kenntnis vom Anfallsbericht hatten.

Erinnern Sie sich jetzt?

Andreas Pils! Noch einmal, für das Protokoll: Ich habe natürlich dem Herrn Stadtpolizeikommandanten gesagt, dass alle Unterlagen, die wir im Rahmen unserer Untersuchung wegen der vorläufigen Suspendierung gesammelt haben, dem BIA zu übersenden sind. Und das war es dann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Er hat es nicht **dem** BIA übersandt, sondern konkret an BIA 39 und an BIA 153 und bezieht sich dabei ausdrücklich auf einen **Auftrag** von Ihnen. Sie haben erklärt, dass Sie BIA 39 kennen, und das glauben wir auch so. Sie haben aber auch glaubhaft erklärt, dass Sie BIA 153 **nicht** kennen, und das glaube ich Ihnen auch so. Das macht aber die Sache umso interessanter, wieso Sie Herrn Schnell den Auftrag erteilen können, BIA 153 mit diesen Informationen zu bedienen.

Woher haben Sie die Information, dass BIA 153 tätig ist?

Andreas Pils! Ich denke von BIA 39.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Nein, nein, Sie haben den Auftrag auch an BIA 153 erteilt. Ich kann es Ihnen vorhalten, ich kann es Ihnen vorlegen.

Ich halte Ihnen vor: Der **einzig**e Hinweis, dass BIA 153 tätig ist – zum damaligen Zeitpunkt –, ergibt sich aus dem Anfallsbericht des BIA an die Korruptionsstaatsanwaltschaft vom 10. Juli 2009, in dem BIA 153 bereits als Sachbearbeiter unter dem Datum erwähnt wird – und BIA 153 hat den Akt auch gezeichnet.

Erinnern Sie sich jetzt daran, dass Sie diesen Anfallsbericht damals zu Gesicht bekommen haben oder dass Sie Kenntnis davon erlangt haben?

Andreas Pilsl: Also mir sagt der Anfallsbericht jetzt nichts. Ich glaube, dass ich von BIA 153 durch BIA 39 erfahren habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Also BIA 39 hat Ihnen gesagt: Es gibt auch noch BIA 153, und dem musst du – Sie sind ja per du mit ihm – das auch schicken.

Ist das so?

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Der Herr Verfahrensanwalt möchte sich kurz einschalten.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich wollte nur sagen: Genau das hat die Auskunftsperson vor etwa einer halben Stunde gesagt, dass eben BIA 39 gesagt hat, die Unterlagen seien auch an BIA 153 zu schicken. Herr Abgeordneter Pilz wird bestätigen, was ich jetzt sage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Zunächst hat er gesagt, er hat es nur an BIA 39 geschickt. Erst über meinen **Vorhalt**, dass es einen Auftrag von ihm gibt, dass es an eine **zweite** Person geschickt wird, die er gar nicht kannte – deswegen habe ich gefragt, ob er ihn kennt oder nicht –, konnte er sich daran erinnern, dass Herr Gärtner doch etwas von BIA 153 gesagt hat. Er kann sich aber nicht mehr daran erinnern, dass er ihm etwas von der Staatsanwaltschaft gesagt hat.

Ich will nur dieses selektive Erinnerungsvermögen herausarbeiten. Das ist bemerkenswert. Wir werden das bei der Würdigung dieser Aussage dann in Rechnung stellen müssen, welche Schärfe vorhanden ist – nach Vorhalt –, dass er von BIA 153 etwas erfahren hat – aber er will es natürlich nicht aus dem Anfallsbericht erfahren haben –, und welche **enorme** Erinnerungslücke vorhanden ist, wenn es um die Staatsanwaltschaft geht. Ist ja nicht irgendeine Behörde; wenn man jetzt Staatsanwaltschaft – zumal Korruptionsstaatsanwaltschaft – und BIA 153 gegenüberstellt, dann merke ich mir zum Beispiel die Korruptionsstaatsanwaltschaft leichter. Ich würde mir BIA 153 nicht in der Prägung merken. Aber bitte, wie gesagt, das ist dann alles Sache der Würdigung der Aussage.

Ich hätte noch eine andere Frage, die ich aber vorher noch mit einem Dokument klären muss – das heißt, ich muss diese Frage später stellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben uns gesagt, Sie haben zufällig BIA 39 angerufen – reiner Zufall. – Bleiben Sie dabei?

Andreas Pilsl: Hans Gärtner kenne ich als operativen Mann in der BIA, und er wurde angerufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz offensichtlich.

Wir sind jetzt schon beim Anrufen; am Anfang waren wir beim Mailen, jetzt hat sich das Ganze schon entwickelt in Richtung Anrufen. Gehen wir einmal diesen Anruf durch!

Wer hat wen angerufen? Hat Herr Gärtner Sie angerufen, oder haben Sie Herrn Gärtner angerufen?

Andreas Pils! Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da können Sie sich nicht erinnern, da gibt es eine Erinnerungslücke. Also ich werde jetzt bei den einzelnen Erinnerungslücken einmal mitzählen; wir nähern uns langsam dem zweistelligen Bereich.

Okay, Sie wissen nicht mehr, wer wen angerufen hat. Aber ganz wichtig ist: Sie sprechen mit dem Beamten, der das Verfahren im BIA leitet, der den Anfallsbericht unterschrieben hat und der ihn auch weiterleitet. Und BIA 153 arbeitet für BIA 39, Sie sind also beim Richtigen gelandet. Es ist ja nur gut, dass Sie nicht gesagt haben, Sie haben beide zufällig ausgewählt, denn da hätten Sie dann eine von 1 953 Möglichkeiten zufällig erwischt, so haben Sie nur bei 1 aus 63 gewonnen, aber das ist ja auch eine sehr ordentliche Quote. – Da sind wir jetzt bereits im Glücksspielbereich, an und für sich nicht unbedingt eine Methode ermittelnder Polizeibehörden.

Wann haben Sie denn mit Herrn Gärtner telefoniert, mit dem „lieben Hans“?

Andreas Pils! Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wissen Sie nicht. (*Andreas Pils! Beim besten Willen nicht!*) – Ich glaube durchaus, dass da sehr viel bester Wille dahintersteht. Lassen wir das einfach so dahingestellt.

Was für ein Tag war der 13. Juli 2009? (*Andreas Pils! Ich glaube, ein Montag!*) – Es war ein Montag. Ich gehe ja davon aus, dass Sie weder am 11. noch am 12. in dieser Causa tätig geworden sind und mit dem „lieben Hans“ telefoniert haben, sondern das wird entweder am Freitag gewesen sein – nein, ich frage anders, das können wir eingrenzen: Haben Sie dienstlich mit ihm telefoniert oder haben Sie privat mit ihm telefoniert, auf seiner Privatnummer?

Andreas Pils! Ich denke, dienstlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es richtig, dass wir Samstag und Sonntag, also den 11. und den 12., ausscheiden können?

Andreas Pils! Nein, das können wir nicht, weil es nicht immer so ist, dass Landespolizeikommandanten und auch das BIA am Wochenende nichts tun, sondern möglicherweise auch Dienst versehen. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob es Samstag oder Sonntag war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Lassen wir es dabei! – Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie sich an diesen Umstand nicht erinnern können?

Andreas Pils! Ich arbeite sehr oft an Samstagen und Sonntagen – ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist ja auch einiges zu tun, wie ich von Strasser-E-Mails bis zu dieser Geschichte nachvollziehen kann.

Woran können Sie sich noch erinnern in Bezug auf den Inhalt dieses Telefongesprächs?

Andreas Pils! Ich kann dazu nichts sagen, weil ich es beim besten Willen nicht weiß. Das, was dort vereinbart worden ist, ist wahrscheinlich in irgendeinem E-Mail enthalten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur, um bei der Chronologie zu bleiben: Solange ich Sie befragt habe, war es bloß ein E-Mail. Nachdem Kollege Stadler zu Recht darauf hingewiesen hat, dass Sie sich in den Bereich der großen Zufälle und des großen Glücks – 1 zu 1 953 – zu begeben beginnen, ist dann wahrscheinlichkeitsmindernd das Telefonat aufgetaucht. Damit sind wir wieder bei 1 zu 63; tolle Chancenauswertung, ein Versuch – Volltreffer. Um das erklären zu können, kommen Sie uns jetzt mit dem Telefonat.

Ich nehme das einfach zur Kenntnis. Ich möchte nur wissen, da Sie sich plötzlich an das Telefonat erinnern können – 1 953 klingt nicht sehr plausibel, das stimmt schon –, ob Sie sich an den Inhalt erinnern können. Ich wiederhole also: Ist es richtig, Sie können sich an den Inhalt nicht erinnern?

Andreas Pils! Da muss ich auch ein bisschen ausholen, Herr Pilz: Sie haben mich nicht nach einem Telefonat gefragt. Jetzt geht es um das Telefonat, aber ich kann mich an den **Inhalt** wirklich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War das **ein einziges** Telefonat?

Andreas Pils! Auch das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage Sie etwas anderes: Wissen Sie, dass das Büro für Interne Angelegenheiten in dieser ganzen Causa zum damaligen Zeitpunkt keinen Ermittlungsauftrag hatte?

Andreas Pils! Ich habe keine Ahnung, ob die einen Ermittlungsauftrag gehabt haben oder nicht. Tatsache war: Wir haben im Erstangriff geprüft, ob eine vorläufige Suspendierung notwendig ist, ja oder nein. Daher haben wir einige Überprüfungen angestellt und das Ergebnis an das BIA weitergeleitet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir sind bei einem völlig anderen Punkt. Das Disziplinarverfahren, das viel später war, die viel spätere Anzeige – es hat dann noch sehr, sehr lang gedauert –, das passt alles zeitlich nicht wirklich zusammen. Wo Sie schnell waren, gemeinsam mit Ihrem BIA-Freund, war: BIA schaltet sich ein, hat **keinen** Ermittlungsauftrag, bekommt aber sofort die Ermittlungsergebnisse aus Oberösterreich.

Jetzt möchte ich gerne mit Ihrer Hilfe draufkommen, wie denn so etwas funktioniert, dass eine Behörde, die keinen Ermittlungsauftrag zu dem Zeitpunkt hat, bereits mit einer Reihe von Ermittlungsergebnissen, die sich anscheinend gegen Sailer und Öllinger richten, gefüttert wird, ohne dass die Staatsanwältin das zu diesem Zeitpunkt überhaupt wollte. Wie sich später auch herausgestellt hat, hat die Staatsanwältin rechtskonform entschieden, vor Befassung des Nationalrates überhaupt keine Ermittlungen zu wollen. Diese Ermittlungen sind, wie wir heute wissen, **gegen den Willen** und **ohne den Wunsch** der Staatsanwältin geführt worden. Das ist kein unerheblicher Punkt.

Können wir davon ausgehen, dass Sie sich mit Herrn Gärtner, also mit BIA 39, über das gegenständliche Verfahren unterhalten haben?

Andreas Pils! Zuerst muss ich einmal festhalten, dass es nicht ein „BIA-Freund“ ist, sondern der Herr Gärtner. Ich weiß über den Inhalt im Detail nicht mehr Bescheid, aber ich gehe davon aus, dass es logischerweise um diese Causa gegangen sein muss.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ergebnis war, dass Sie angeordnet haben, diese Ermittlungsergebnisse auch an BIA 153 zu schicken. Also müssen Sie von irgendwelchen Ermittlungen im BIA informiert worden sein. – Ist das richtig?

Andreas Pils! Tatsache ist: Wir haben unsere Ermittlungen – es waren nicht allzu viele, die wir für die vorläufige Suspendierung gebraucht haben – alle dem BIA zur Verfügung gestellt. Was das BIA damit getan hat, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber jetzt kommen wir mit BIA 153 auf einen ganz entscheidenden Punkt: Herr Gärtner nennt Ihnen BIA 153 als den zuständigen Beamten. – Ist das richtig?

Andreas Pils! Das weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie etwa gesagt: Geh'n S', Herr Gärtner, ich kenne außer BIA 39 keine Nummer, sagen Sie mir noch irgendeine andere BIA-Nummer!? – War es das? Haben Sie ein reines abstraktes BIA-Nummerninteresse gehabt, oder hatte das Ganze irgendetwas mit dem Fall zu tun?

Andreas Pils! Ich habe schon gesagt: Es hat ein Telefonat gegeben, und ich denke, dass Herr Gärtner dabei gesagt hat, man möge die Unterlagen auch an BIA hundertirgendwas – ich weiß die Zahl nicht einmal genau – schicken.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum an BIA 153? Sie ordnen selbst an, dass das an BIA 153 übersandt wird – warum BIA 153? Haben Sie gewusst, dass das der zuständige Beamte ist?

Andreas Pils! Das weiß ich nicht, ob das der zuständige Beamte ist. Es könnte zum Beispiel auch sein, dass Herr Gärtner nicht da ist, im Krankenstand oder auf Urlaub ist, und dann vertritt ihn BIA 153. Ich kann es nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie mir sagen, wie Sie mit Herrn Gärtner telefonieren können, wenn er gerade nicht da ist?

Andreas Pils! Es könnte sich ja ein Krankenstand oder ein Urlaub ankündigen. Ich weiß es im Detail nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann sage ich Ihnen, wie es ganz augenscheinlich ist. Es gibt keine andere plausible Erklärung, als: Herr Gärtner, der „liebe Hans“, hat Ihnen gesagt, der zuständige BIA-Beamte, der den Fall bearbeitet, ist BIA 153. Deswegen haben Sie das einzig Vernünftige getan und BIA 153 Ihre Ermittlungsergebnisse schicken lassen.

Sie wissen aber ganz genau – und deswegen diese enorme Häufung von Erinnerungslücken eines erfahrenen Polizeibeamten, der sich sonst immer sehr genau erinnern kann; bei einem hohen Offizier der Polizei, der sich sonst immer sehr genau erinnern kann, plötzlich: Lücke, Lücke, Lücke!; es ist eigentlich alles, was wir bisher gehört haben, im Großen und Ganzen nur eine Verbindung von Erinnerungslücken –, Sie wissen ganz genau: In dem Moment, in dem Sie sagen, Sie haben gewusst, wer

für die Ermittlungen zuständig ist, haben Sie sich an diesem Verfahren bewusst beteiligt.

Wenn sich dann noch herausstellt, es hat nicht einmal einen Ermittlungsauftrag gegeben, weder für das BIA noch für den Landespolizeikommandanten Oberösterreich, dann stellt sich die nächste Frage, nämlich: Wo war überhaupt die gesetzliche Basis für Ihre Tätigkeit? Und das ist das, was diesen Ausschuss beschäftigt und was mich im Zusammenhang mit Ihrer Person ja nicht zum ersten Mal beschäftigt. Denn: Dass wir uns nicht in anderem Zusammenhang unterhalten, hängt ja unter anderem damit zusammen, dass hinsichtlich eines Verfahrens, das durch die Staatsanwaltschaft Wien, durch den Staatsanwalt Mag. Walzi nicht direkt gegen Dr. Strasser, sondern gegen sein ganzes damaliges Parteibuchumfeld wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch geführt hätte werden sollen, Sie selbst einer derjenigen sind, die möglicherweise von dieser Verjährung und von diesem Vergessen profitiert haben. Da kommt ja einiges zusammen! – Ich werde Sie trotzdem jetzt nicht dazu befragen. Wir werden ja noch einmal dazu kommen.

Noch abschließend dazu: Können Sie ausschließen, dass Sie gewusst haben, dass das Büro für Interne Angelegenheiten überhaupt keinen Ermittlungsauftrag hatte?

Andreas Pils! Ich kann das nicht ausschließen, aber es war meine Verpflichtung als Leiter der Dienststelle, zu überlegen, ob es eine Suspendierung geben muss oder nicht. Und ohne Grundlage kann ich das nicht machen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und hatte das BIA irgendetwas mit der Suspendierung zu tun?

Andreas Pils! Das BIA hatte mit der Suspendierung selbst nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum schicken Sie es dann, wenn es nur um eine Disziplinaranzeige geht, an das BIA?

Andreas Pils! Weil im Falle eines Verdachts eines Amtsdeliktés das BIA zu befassen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und jetzt beginnt sich diese Geschichte im Kreis zu drehen, denn wir sind jetzt dann wieder bei einer uns schon bekannten Reihe von Erinnerungslücken. Und diese mindestens 1 : 1 953 unwahrscheinliche Kombination ganz spezifischer schützender Erinnerungslücken ist eine Sache, die wir jetzt nicht weiter erörtern können, sondern die eine Frage der Beweiswürdigung ist. Und das werden wir ganz am Ende machen, und da werden wir uns, was jetzt Ihre Person und Ihre Tätigkeit betrifft, nicht nur mit Wahrscheinlichkeitsabschätzungen, sondern auch mit Ihrer sonstigen Tätigkeit im Bundesministerium für Inneres im Interesse der Österreichischen Volkspartei befassen.

So, vorläufig keine weiteren Fragen. – Danke schön.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Generalmajor Pils! Eine Frage zum uns vorliegenden Einvernahmeprotokoll vom 10. Juli 2009, als Herr Pogutter Herrn Sailer einvernommen hat. Ist Ihnen das Protokoll bekannt?

Andreas Pils! Ja, in Auszügen. Aber ich weiß es im Detail jetzt nicht mehr.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Auf welchem Weg haben Sie das bekommen? Hat Sie Herr Pogutter per E-Mail verständigt, oder?

Andreas Pils! Ich weiß es nicht. Entweder er hat es mir gebracht, oder es ist per Mail gekommen. Das kann ich nicht sagen. Ich habe es auf jeden Fall gesehen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es ist uns nämlich aufgefallen, dass dieses Protokoll auch keine Unterschrift trägt, weder vom Einvernommenen noch vom Herrn Pogutter.

Was hat das für Sie für eine Bewandnis? – Ob Sie das wissen, weiß ich jetzt nicht, weil Sie sagen, Sie haben es überflogen. Jetzt sage ich Ihnen: Es trägt keinerlei Unterschriften. – Was hat das für Konsequenzen?

Andreas Pils! Da bin ich jetzt überfragt. Ich weiß es nicht, warum das keine Unterschriften trägt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Zumindest das Exemplar, das uns zugegangen ist, hat keine Unterschrift. Wir können natürlich jetzt nicht feststellen, ob ein Original eine Unterschrift tragen würde, aber das uns vorliegende Beschuldigteneinvernahmeprotokoll hat weder die Unterschrift von Herrn Sailer noch die von Herrn Pogutter.

Andreas Pils! Ich kann Ihnen den Vorschlag machen, dass ich mich darum kümmere, ob es ein unterschriebenes gibt, und werde das sofort dem U-Ausschuss zur Verfügung stellen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wunderbar. Danke schön.

Eine weitere Frage: Herr Sailer hat offiziell eine Nebenbeschäftigung bei seiner Dienststelle angemeldet. Die hat er dann auch erhalten.

Haben Sie eigentlich im Laufe der Jahre im Rahmen seiner Tätigkeit feststellen müssen, dass es im Zusammenhang mit seiner Nebentätigkeit zu Unvereinbarkeiten mit seiner eigentlichen beruflichen Tätigkeit kommen konnte/ musste – weil er ja, wie jetzt bekannt ist, zwischen Dienst, Beruf und gewerblicher Ausübung seiner Tätigkeit, wie er gesagt hat, die Tätigkeiten so auszuüben gehabt hat oder gehabt hätte, dass er nur gerichtsanhängige Akten bearbeiten durfte –, dass das im Laufe der Jahre zu einem Problem wurde?

Andreas Pils! Ich habe zuvor schon gesagt, dass ich bis zu diesem Vorfall nicht sehr genau über Herrn Sailer Bescheid gewusst habe. Die Nebenbeschäftigung ist 2003 oder 2004 gemeldet und vom damaligen Leiter der Dienstbehörde, dem Polizeidirektor von Linz, nicht untersagt worden. Und im Nachhinein kann man diese Nebenbeschäftigung nicht mittels Bescheid untersagen, sondern es bedarf eines Disziplinarverfahrens, und dieses Disziplinarverfahren ist eingeleitet.

Aber ich habe selbst natürlich keine Wahrnehmungen diesbezüglich gehabt. Da müsste man die direkten Vorgesetzten fragen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie uns sagen, wer zum damaligen Zeitpunkt Vorgesetzter des Herrn Sailer war und wer es heute ist?

Andreas Pils! Wann meinen Sie mit „damaligem Zeitpunkt“?

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Als er seine Nebenbeschäftigung angemeldet hatte – also 2003 auf 2004.

Andreas Pils! Er hat sie, glaube ich, angemeldet beim Brigadier Wachsenegger, der war damals Chef der Kriminalpolizisten, zuständig war aber der Polizeidirektor von Linz, Dr. Widholm. Und heute bin ich die Dienstbehörde, sein direkter Vorgesetzter ist der Stadtpolizeikommandant von Linz, Brigadier Schnell, und im Kriminaldienst ist Oberst Pogutter sein Vorgesetzter.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Und Sie sind in Kenntnis davon, dass sein Vorgesetzter Schnell sich die Angelegenheit wegen der Nebenbeschäftigung jetzt im Laufe der Ermittlungen etwas näher ansieht?

Andreas Pils! Diesbezüglich ist bereits eine Disziplinaranzeige erstattet worden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wir haben über Befragung von Herrn Sailer feststellen müssen, dass er auf die Frage, wann er welche Dienstzeit hat, gemeint hat, er hat keine fixe Dienstzeit, er hätte auch keinen Dienst-PC. – Können Sie sich einen Kriminalbeamten in Ihrem Haus vorstellen, auf den das alles zutrifft?

Andreas Pils! Es ist so: Es gibt bei uns drei verschiedene Arten von Dienstverrichtung. Das eine ist nach einem Normaldienst – 8 bis 16 jeden Tag –, dann gibt es den Wechseldienst – und ich glaube, dass es im Stadtpolizeikommando diesen Wechseldienst gibt; da kann es sein, dass einmal ein Tag frei ist und dafür am nächsten Tag 12 Stunden Dienst sind, oder zwei Tage 12 Stunden – oder diesen Schichtdienst, der grundsätzlich auf den großen Polizeiinspektionen in den Städten gefahren wird. Herr Sailer, glaube ich, hat diesen Wechseldienst, und da kann es sein, dass er einmal einen Tag frei hat, ja.

Der zweite Teil der Frage ist mir nicht mehr in Erinnerung.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ob es sein kann, dass es bei Ihnen im Haus Kriminalbeamte gibt, die über keinen eigenen Dienst-PC verfügen?

Andreas Pils! Ja, es ist, wie zuvor schon berichtet, so, dass sicher nicht jeder einzelne Beamte einen PC hat, weil es einfach sehr viel Außendiensttätigkeit gibt und in manchen Bereichen eben ein Schlüssel von 1 : 3 oder 1 : 4 auf Polizeiinspektionen draußen besteht. Das heißt, die Kollegen sind irgendwo draußen unterwegs, es braucht nicht jeder seinen eigenen PC. Im Kriminaldienst ist der Schlüssel wesentlich höher – aber nicht: jeder einen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Frau Oberstaatsanwältin Habicher hat uns mitgeteilt, dass sie den Auftrag gegeben hat, den Dienst-PC des Herrn Sailer zu sichern, wie sie das genannt hat. Können Sie uns sagen, welche Geräte hier insgesamt gesichert wurden und wo diese sich befinden?

Andreas Pils! Das Stadtpolizeikommando hat mir berichtet, dass sie nach der Suspendierung eben den Raum gesichert haben und den Strom abgedreht haben, und seitdem steht das Ganze so.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist es möglich, dass Herr Sailer Dienstaufträge erhalten hat, die er privat in seinem Heimlabor zu erledigen hatte?

Andreas Pils! Das entzieht sich meiner Kenntnis. Das kann ich mir nicht vorstellen. Da muss man mit den direkten Vorgesetzten reden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie sich grundsätzlich vorstellen, dass Beamte zu Hause dienstliche Aufträge erfüllen?

Andreas Pils! Grundsätzlich ist es so: Wir haben ein abgeschlossenes System in der EDV, das manche Dinge nicht zulässt, nämlich größere Datenmengen zu befördern und so weiter. Dazu kann es möglich sein, auch außerhalb dieses Systems Dinge zu bearbeiten – die Datensicherung ist ein klassisches Beispiel, oder der Bereich Kinderpornographie oder sonstige Dinge.

Dass jemand zu Hause in seiner Freizeit Dinge bearbeitet, kann ich nicht annehmen. Es könnte aber durchaus sein, dass er in seiner Dienstzeit irgendwo auf einem Stand-alone-Gerät Dinge bearbeitet. Das kann sein.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Habe ich das jetzt richtig aufgenommen: Wenn Datenmengen transportiert werden, die der Polizei als Amt zu groß erscheinen, dann kann der kleine Beamte Sailer über seine Privatanlage diese Daten sehr wohl aufnehmen, übertragen, speichern und bearbeiten?

Andreas Pils! Es gibt Stand-alone-Geräte, die gehören der Polizei. Die sind außerhalb des klassischen PC-BAKS-Systems, und auf diesen Geräten wird auch gearbeitet. Und daher ist es auch notwendig, aus dem großen System Dinge zu extrahieren, woanders zu bearbeiten und aufzubereiten. Das kann sein.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Sailer hat solche Stand-alone-Geräte von der Polizei verwendet?

Andreas Pils! Soweit ich heute noch erfahren habe – das ist aber auch nicht direkt von mir festgestellt –, sind alte Geräte der Polizeidirektion Linz damals noch im Besitz des Stadtpolizeikommandos verblieben, und die befinden sich auch in den Räumlichkeiten des Herrn Sailer. Entschuldigung: alte Stand-alone-Geräte, die er früher auch gebraucht hat, um große Datensicherungen vorzunehmen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Hat Herr Sailer – sage ich jetzt – Hardware, Software der Polizei für seine Tätigkeiten verwendet? Und: Wie kann man dann auseinanderhalten, ob er das für sich privat beziehungsweise dienstlich verwendet hat?

Andreas Pils! Das weiß ich nicht, vor allem auch deshalb nicht, weil das Verfahren jetzt sehr lange geruht hat und wir natürlich auf die Ergebnisse des BIA irgendwo angewiesen sind. Wir haben quasi nur die Erstmaßnahmen gesetzt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): So, wie Sie mir das jetzt schildern, kommt schön langsam ein bisschen Licht ins Dunkel: Herr Sailer bekommt von der Polizei die entsprechenden Software- und Hardwaregeräte, weil man selbst im Amt bei entsprechenden Daten nicht die Kapazität für andere lahmlegen will.

Ist bei Ihnen – als Behördenvertreter – eigentlich nie die Frage aufgetaucht, wie man hier mit dem Datenschutz, wie man hier mit der Trennung zwischen Amtsverschwiegenheit hinsichtlich der Daten und privater Verwendung umgehen kann?

Andreas Pils! Soweit mir bekannt ist, gibt es diesbezüglich einen Erlass. Den kann ich jetzt nicht aus dem Stegreif zitieren. Tatsache ist, dass man so viel wie möglich im Rahmen des geschlossenen Systems machen soll. Wenn man nach außen geht, wird man darauf aufmerksam gemacht, dass man selbst für die Datensicherheit zur Verantwortung gezogen werden kann und natürlich die ganze Amtsverschwiegenheit und so weiter voll Geltung hat.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Diese Stand-alone-Geräte, wurden die auch sichergestellt?

Andreas Pils! Ich war nicht in seiner Kanzlei. Es stehen da anscheinend mehrere Geräte drinnen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie den von Ihnen zitierten Erlass dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellen?

Andreas Pils! Ja. Ich werde mich darum kümmern.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Danke. – Frage: Haben Sie Kenntnis davon, dass Herr Uwe Sailer über drei verschiedene E-Mail-Adressen seine Tätigkeiten ausgeführt hat?

Andreas Pils! Dass er eine dienstliche hat, wie jeder bei uns eine persönliche Mailbox hat, das ist mir klar. Dann – weiß ich nicht – in den Protokollen habe ich von einer inode-Adresse gelesen. Und eine dritte ist mir jetzt nicht bekannt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Er hat noch eine von der Universität Linz benutzt.

Frage: Können Sie mir sagen, ob Ihnen bekannt ist, dass Herr Sailer für diese Verwendung eine dienstliche Bewilligung hat, dass er diese E-Mail-Adressen auch für dienstliche Zwecke verwenden kann, um zum Beispiel Datentransfers zu absolvieren?

Andreas Pils! Da bin ich überfragt. Das kann ich nicht beantworten. Ich kann es mir aber nicht vorstellen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist Ihnen ein Fall bekannt, wo Herr Sailer in einem Verfahren ausländische Kolleginnen und Kollegen in Karlsruhe ersucht hat, zu ermitteln, und die gesamte Datenmenge über seine Adresse uwe.sailer@inode.at geliefert wurde und dort zahlreiche Datenmengen am Datenhighway verloren gegangen sind?

Andreas Pils! Es tut mir leid, da bin ich der falsche Ansprechpartner. Da muss man mit seinen direkten Vorgesetzten reden. Mir sagt das nichts. Oder es war möglicherweise im Auftrag der Sicherheitsdirektion.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Doch noch eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich habe mir jetzt die Biographie von Ihnen, die öffentlich zugänglichen Daten geholt und bin jetzt ein bisschen erstaunt. Dürfen wir noch einmal rekapitulieren:

Sie waren vom 1.1.2003 bis 30.6.2005 im Kabinett des Bundesministers tätig?

Andreas Pils!: Hier muss man unterscheiden zwischen Dienstzuteilung und Versetzung auf eine Planstelle. Ich war dienstzugeteilt in das Kabinett des Bundesministers vom 1. Jänner oder vom Beginn 2003 bis irgendwann Ende 2006 oder Mitte 2006.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Bis Mitte 2006 sogar? Das ist bemerkenswert. Das macht das Ganze noch obskurer, denn gleichzeitig waren Sie vom 1.7.2002 bis 30.6.2005 stellvertretender Leiter der Kriminalabteilung beim Landesgendarmeriekommando Oberösterreich. Wie geht sich das aus?

Andreas Pils!: Entschuldigung, das ist relativ leicht erklärt. So wie rund 1 200, 1 300 Mitarbeiter im gesamten BMI-Bereich haben Beamte Stammdienststellen, wo sie ursprünglich „zu Hause“ ihren Dienst verrichten, und werden für eine gewisse Zeitdauer einer anderen Dienststelle dienstzugeteilt. Wenn dort die Dienstzuteilung endet, dann landen sie wieder bei ihrer Stammdienststelle – so wie beispielsweise die gesamten Cobra-Beamten, wie die Observanten, wie eine Vielzahl der Dienstzuteilungen quer durch Österreich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt – nur damit ich es verstehe, ich bin in diesen Dingen nicht so bewandert –: Sie hatten also in dieser Zeit eine Funktion als stellvertretender Leiter der Kriminalabteilung Oberösterreich, waren beim BIA ... (*Andreas Pils!*: Nein!) – Pardon! Beim BIA waren Sie zwischen 1.11.2000 und 31.12.2002. Ist das richtig?

Andreas Pils!: Ja, das kann stimmen. Auf den Tag genau weiß ich es nicht, aber in etwa.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Aber Sie waren stellvertretender Leiter der Kriminalabteilung vom 1.7.2002 bis 30.6.2005, und in der gleichen Zeit minus ein Jahr, nämlich von 1.1.2003 – und Sie sagen, dann sogar noch länger, bis Mitte 2006 –, im Kabinett des Bundesministers. Haben Sie während dieser Zeit auch operative Tätigkeiten bei der Kriminalabteilung in Oberösterreich ausgeübt?

Andreas Pils!: Nein. Da ist man dann dienstrechtlich dieser Dienststelle zugeteilt, und dort hat man auch seinen Tätigkeits- und Arbeitsbereich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wer hat in der Zwischenzeit Ihre Arbeit in Oberösterreich ausgefüllt?

Andreas Pils!: Leitende Beamte, die dort vor Ort sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Aus Ihrer Zeit im Kabinett, haben Sie gesagt, kennen Sie Herrn Kloibmüller sehr gut. Zu dem haben Sie ja, haben Sie gesagt, eine sehr gute Beziehung. Haben Sie mit Herrn Kloibmüller in dieser Sache Uwe Sailer telefoniert?

Andreas Pils!: Also die Sache Sailer, dass ich mit ihm diesbezüglich telefoniert hätte, ist mir nicht erinnerlich, zumindest nicht in der Erstphase. Es kann sein, dass in späteren Gesprächen irgendwann einmal dieses Thema aufgekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Können Sie ausschließen, dass Herr Kloibmüller Sie, nachdem er das BIA damit befasst hat, angerufen hat, das heißt nach dem 10. Juli oder am 10. Juli?

Andreas Pils! Das kann ich mit Sicherheit ausschließen. Ich habe heute schon mit Verwunderung die Vermutungen des Herrn Dr. Pilz gelesen. Das ist ein Hirngespinnst. Das stimmt so nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich will jetzt nicht werten, was Sie für Hirngespinnste halten, aber es wäre ja nicht außerhalb der Welt, wenn Herr Kloibmüller, der offensichtlich Minuten, nachdem Herr Strache im Parlament geredet hat, bereits das BIA beauftragt, Ermittlungen anzustellen – Klammer auf: wofür er gar nicht zuständig war; aber das hat im System Strasser nie eine Rolle gespielt, wenn es gegen die Richtigen geht; Klammer geschlossen –, Sie angerufen hätte.

Also: Kloibmüller, Ihr guter, langjähriger Bekannter Kloibmüller, beauftragt das BIA mit Ermittlungen – das BIA, das Sie ja selber aus Ihrer eigenen Tätigkeit gut kennen –, und dann werden **Sie** damit befasst und angeblich nur durch Herrn Gärtner informiert.

Daher ist es nicht ganz abwegig, davon auszugehen, dass auch Ihr langjähriger guter Bekannter Kloibmüller Sie in der Sache angerufen hat, da Sie ja der Zuständige in Oberösterreich sind.

Andreas Pils! Habe ich bereits gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Daher frage ich Sie noch einmal: Hat Herr Kloibmüller Sie nach diesem 10. oder an diesem 10. angerufen, oder Sie ihn?

Andreas Pils! Und ich habe schon gesagt: unmittelbar danach sicher nicht.

Ob das in späteren Gesprächen in den letzten drei Monaten irgendwann einmal ein Thema war, kann ich nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Können Sie ausschließen, dass es vor dem 13. 7. 2009 ein Thema war?

Andreas Pils! Ich kann ausschließen, dass es einen Auftrag des Herrn Kloibmüller zur Ermittlung gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das wäre meine nächste Frage gewesen. Können wir zunächst aber davon ausgehen, dass Herr Kloibmüller Sie unter Umständen vor dem 13. oder am 13. angerufen hat?

Andreas Pils! Ich glaube das nicht. Ich kann es nicht mehr verifizieren. Tatsache ist, ich glaube es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Gehen wir noch einmal zurück zu diesem E-Mail des Herrn Schnell an BIA 39 und BIA 153. Daraus geht hervor – und das hat Ihnen Herr Kollege Neubauer schon vorgehalten –, dass Herr Sailer offensichtlich vertrauliches Datenmaterial des Innenministeriums auf seine private E-Mail-Adresse bekommt. Nun habe ich ihm das hier selbst vorgehalten, und er hat uns geschildert, dass das sogar die Regel ist; er hat gesagt, das sind solche Datenmengen, dass die Geräte, die er dienstlich bekommen hat, das nicht leisten können.

Haben Sie Wahrnehmungen darüber, wie lange das schon so geht und in welchem Ausmaß Herr Sailer vertrauliches Datenmaterial auf seine private E-Mail-Adresse bekommt?

Andreas Pils! Die habe ich nicht. Ich warte auf die Ermittlungsergebnisse des BIA, und es gab ja sehr lange keine Ermittlungstätigkeit. Ich denke, dass da irgendwann Ergebnisse kommen. Es gibt ja von unserer Seite her keine Erhebungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich halte Ihnen vor, dass sich Herr Schnell hier auch auf das Kriminalreferat, einen Kriminalinspektor Memic Reinhard bezieht und vor diesem Hintergrund offensichtlich nicht nur aus dem Bereich des Stadtpolizeikommandos Linz, sondern auch aus dem Bereich der Kriminalpolizei – das heißt, aus Ihrem früheren unmittelbaren Dienstbereich, für den Sie jetzt auch unmittelbar Verantwortung tragen und in dem Sie Vorgesetzter sind – Datenmaterial auf seine private E-Mail-Adresse gespielt wurde. Das geht aus diesem Schreiben hervor.

Andreas Pils! Diesbezüglich müssen wir mit Herrn Schnell im Detail reden. Ich kann dazu im Detail nichts sagen. Ich schließe aber nicht aus, dass das passiert ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich halte Ihnen vor, dass bei diesem Datenmaterial, das Herrn Sailer im Zusammenhang mit einer Erster-Mai-Veranstaltung übermittelt wurde, sogar umfangreiche Fahndungsphotos beziehungsweise erkennungsdienstliche Photos dabei waren, die eindeutig aus Ihrem Sektor stammen – das ist aus Ihrem Sektor!

Ich frage Sie jetzt: Haben Sie Wahrnehmungen darüber, dass aus Ihrem unmittelbaren Dienststellenbereich dem Herrn Sailer – und er hat uns bestätigt, dass das seit Jahr und Tag so geschieht – sogar erkennungsdienstliche Photos auf seine private Homepage übermittelt werden?

Andreas Pils! Ich persönlich habe dazu keine Kenntnis. Da müssen wir mit seinen Vorgesetzten direkt reden. Ich weiß, dass das Datenmaterial übermittelt wurde, aber worum es da im Detail geht, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wann haben Sie zum ersten Mal Kenntnis davon erlangt, dass das der Fall ist?

Andreas Pils! Wahrscheinlich im Rahmen dieses ganzen Themas rund um Sailer, denn zuvor war das bei mir kein Thema.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wir können davon ausgehen, dass das am 13.7.2009 der Fall war, weil hier diese Beratung zwischen Ihnen und Herrn Tischlinger zitiert wird. Ist es richtig, dass Sie spätestens seit 13. Juli Kenntnis davon haben, dass Herr Sailer vertrauliches Datenmaterial Ihres Polizeibereiches auf seine private Homepage übermittelt bekommen hat?

Andreas Pils! Herr Abgeordneter, nur zur Klärung: Herr Tischlinger ist nicht in meinem Bereich, sondern er ist im Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Das hat wieder nichts mit Daten zu tun, die möglicherweise aus meinem Verantwortungsbereich hinübergelangt sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das ist schon richtig. Ich habe ja gesagt, und ich präzisiere: Bei den Beratungen, die am 13.7.2009 zwischen Ihnen und Herrn Tischlinger erfolgt sind, muss spätestens – das ergibt sich aus dem Inhalt dieses Anlassberichtes vom 14. Juli 2009 – auch erkennbar gewesen sein, dass es sich bei dem sichergestellten und gesichteten, umfangreichen Datenmaterial um vertrauliches Datenmaterial Ihres Ressorts handelt – das heißt also, der Polizei im weitesten Sinne.

Andreas Pils! Ja, aber ich glaube nicht, dass die Information von Herrn Tischlinger gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das habe ich nicht gesagt. Sie haben eine Sichtung durchgeführt, und zwar betreffend den gesamten E-Mail-Verkehr, und haben dann gesagt, dass Sie in drei Bereichen fündig geworden sind. Da ist ja sozusagen eine umfangreiche Vorsichtung erfolgt. Spätestens am 13. Juli war Ihnen also bekannt, dass Herr Sailer auf seiner privaten E-Mail-Adresse vertrauliches Material der Polizei hat. (*Andreas Pils! Ja!*) Das wäre ja viel schneller gegangen! Da hätten wir uns drei Fragen erspart.

Andreas Pils! Ja, aber ich habe das nicht verstanden, weil Sie Herrn Tischlinger mit meinen unmittelbaren Agenden in Zusammenhang gebracht haben und das so nicht stimmt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Es war die Besprechung, die Sie mit ihm hatten. Es bezieht sich nämlich auch Herr Schnell in seinem Mail, das er in Ihrem Auftrag übermittelt hat, auf die sichergestellten Daten, und auch dort wurden die auf seine private Homepage überspielten Photos erwähnt. Sie sind sogar unten angeführt. Das sind, wie wir mittlerweile wissen, vertrauliche Fahndungsphotos.

Das alles ist Ihnen also seit 13. Juli 2009 bekannt. Meine Frage: Haben Sie sichergestellt, dass so etwas nicht mehr vorkommt?

Andreas Pils! Die nötigen dienst- und disziplinarrechtlichen Schritte gegenüber Herrn Sailer haben wir dank unserer Offensive, das wirklich gleich anzugehen, setzen können. Bei Herrn Sailer ist das in dieser Form nicht mehr möglich.

Alle anderen haben sich an die Erlässe des BMI zu halten. Diesen Datenerlass werde ich beibringen, ich kann ihn jetzt nicht im Detail erläutern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Dass Sie bei Herrn Sailer etwas gemacht haben, geht aus dem E-Mail hervor, das Sie dem BIA 39, Ihrem „lieben Freund Hans“, geschickt haben, worin es heißt:

Sailer in Krankenstand (...), Schlösser im Büro gewechselt (...), Computer von Stromversorgung abgehängt seit Freitag, BAKS ab heute gesperrt. – Zitatende.

Das sehe ich ein. Aber was haben Sie unternommen – seit 13. Juli wissen Sie, dass das offensichtlich stattgefunden hat –, dass sichergestellt wird, dass im Bereich des Landespolizeikommandos Oberösterreich kein vertrauliches Datenmaterial mehr auf private E-Mail-Adressen versandt wird?

Andreas Pils! Laut Erlass des BMI ist das in Ausnahmefällen möglich. Die Leute haben sich genau an diesen Erlass zu halten, und der ist nach wie vor in Geltung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Unter welchen Umständen ist das möglich?

Andreas Pils! Das weiß ich im Detail nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt auf gut Deutsch: Sie haben sich nach dem 13. damit begnügt, Herrn Sailer den Strom abzuhängen, aber ansonsten haben Sie nichts getan?

Andreas Pils! Tatsache ist, dass Herr Sailer in seiner Funktion als Datensicherer, oder wie er sich auch immer bezeichnet, im Besonderen davon betroffen ist. Das ist im anderen Apparat der Polizei so nicht der Fall.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das können Sie ausschließen?

Andreas Pils! Das kann ich logischerweise nicht zur Gänze ausschließen. Aber daher gibt es ja Erlässe, die von den Kollegen einzuhalten sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Mir geht es nur darum, dass dieser Erlass ein älterer ist. Dieser Erlass ist ja älter als die Tätigkeit des Herrn Sailer. Wie alt ist denn der Erlass?

Andreas Pils! Das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Er ist, glaube ich, aus dem Jahr 2007. Aber das traue ich mich überhaupt nicht zu behaupten.

Tatsache ist, es ist nie auszuschließen – selbst wenn es einen Erlass gibt –, dass sich jemand nicht daran hält, wie man ja im Fall Sailer gesehen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Dieser Jemand ist aber nicht Herr Sailer, sondern das sind diejenigen, die das Datenmaterial dort hingespielt haben. Wenn also diese Beamten, die Herrn Sailer unzulässigerweise Datenmaterial übermittelt haben – und ich sage Ihnen, er hat hier gesagt, das war nicht die Ausnahme, sondern es war die **Regel!** –, den Erlass verletzt haben, was haben Sie dann gegen diese Beamten unternommen?

Andreas Pils! Herr Abgeordneter, sehen Sie jetzt das Dilemma der Dienstbehörde? – Dadurch, dass das Verfahren beim BIA läuft beziehungsweise sehr lange nichts hat getan werden können und ich natürlich, weil ein Abgeordneter irgendwo am Rande beteiligt ist, in dieser Sache nichts Weiteres mehr unternommen habe, habe ich gar nicht die Möglichkeit, die Kollegen diesbezüglich zu befragen, weil sich da wieder Dinge herausstellen könnten, die dann möglicherweise hier Gegenstand der Untersuchungen werden.

Tatsache ist, wenn das BIA fertig ist und die Ergebnisse auf dem Tisch liegen, werden wir uns jeden einzelnen Fall, der möglicherweise von Herrn Sailer ausgehend ist, anschauen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ist Ihnen Herr Christian Moser bekannt?

Andreas Pils! Herr Moser ist Einsatzreferent beim Stadtpolizeikommando.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wenn Sie also die Daten gesichtet haben, dann ist Ihnen sicherlich aufgefallen, dass Herr Moser als Einsatzleiter im eigenen Interesse umfangreiches Datenmaterial, offensichtlich unter Verletzung des von Ihnen zitierten Erlasses, an Herrn Sailer gespielt hat.

Andreas Pils! Da müssen wir zuerst einmal feststellen, ob dieser Erlass verletzt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Haben Sie es festgestellt?

Andreas Pils! Es ist ja möglich, Daten zu übermitteln. Das ist nicht ausgeschlossen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Meine Frage war: Haben sie festgestellt, ob das zulässig war oder nicht?

Andreas Pils!: Ich kann es noch nicht zur Gänze feststellen, weil natürlich nicht ich das Verfahren führe, sondern das BIA.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das ist eine völlig andere Geschichte, eine völlig andere Sache. Das hat mit dem Verfahren gegen Sailer zunächst gar nichts zu tun, das ist ein Nebenprodukt.

Im Zuge der Sichtung dieser E-Mails und des Datenmaterials ist ein Schriftverkehr bekannt geworden, der auch Ihnen nachweislich – das haben wir schon geklärt – seit 13.7.2009 bekannt ist. Das ist ein Umstand, der noch ergänzt wird durch ein weiteres Vorkommnis, nämlich durch die Tätigkeit des Herrn Moser gemeinsam mit Herrn Memic, dass umfangreiches Datenmaterial – offensichtlich seit Jahr und Tag, wie uns Herr Sailer gesagt hat – auf seine private E-Mail-Adresse gespielt wird, vertrauliches Datenmaterial über Bürger. Die müssen nicht alle schuldig sein. Die Mehrzahl der Bürger in diesem Lande ist nicht schuldig!

Wenn Sie das also festgestellt haben, dann frage ich Sie jetzt noch einmal, was Sie unternommen haben, dass das von anderen – nicht von Herrn Sailer, sondern von anderen, nämlich von den Beamten, Moser ist nur einer davon, auch Memic ist einer davon –, dass das von diesen Beamten nicht mehr stattfindet. – Ad eins.

Und ad zwei: Was haben Sie unternommen, um zu klären, ob die beiden Beamten den Erlass verletzt haben, den Sie zitiert haben?

Andreas Pils!: Zum einen ist es so, dass Daten durchaus immer wieder extrahiert werden müssen und möglicherweise über E-Mail-Adressen verschickt werden. Das wird nicht auszuschließen sein.

Der konkrete Fall wird untersucht, wenn der Fall Sailer abgeschlossen ist. Und alle anderen Kollegen im Land Oberösterreich haben sich an diesen Erlass zu halten, so wie in ganz Österreich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Gut, ich stelle fest: Es ist jetzt umfangreich dargestellt, dass Sie **nichts** getan haben. Das hätten Sie auch einfacher sagen können, dass Sie bis jetzt nichts unternommen haben, aus welchen Gründen auch immer.

Ich halte Ihnen ein Schreiben vor – und ich trage es dann noch einmal vor –, ein E-Mail, das Herr Christian Moser, SPK Linz Einsatzreferat, am 3. Juni 2009 an Herrn Hinteregger Thomas von der Polizeiinspektion Mondsee geschickt hat:

Betreff: WG: Demo 1. Mai, Erhebungsersuchen.

Grüß dich Kollege!

Das unten angeführte angehängte Schreiben des Kripo-Sachbearbeiters Memic bedeutet Folgendes:

Eine dunkle Frau ist besprüht worden, war beim Angriff auf die EE-Kette mit dabei, hat was abbekommen, ging dann ins Krankenhaus, meldete sich verletzt und behauptet nunmehr, aus rassistischen Gründen besprüht worden zu sein.

– Jetzt kommt die zentrale Passage, die Sie als Landespolizeikommandant interessieren muss: –

Bitte eine ZEUGENNIEDERSCHRIFT

– in Großbuchstaben –

mit deinem PI-Kommandanten machen, sehr kurz und bündig; das mit dem Personalblatt jetzt noch nicht, so weit sind wir noch lange nicht, nur weil eine Besprühte glaubt sie muss die Rassistmuskeule schwingen.

Inhalt der NS sinngemäß:

– fettgedruckt, unter Anführungszeichen –:

„Ich habe einen rechtswidrigen Angriff auf die EE abgewehrt, es handelt sich hierbei um das Delikt des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt und versuchter schwerer Körperverletzung durch zahlreiche unbekannte Täter zu meinem Nachteil und zum Nachteil meiner Kollegen in der Kette. Ich sprühte somit in Notwehr und Nothilfe. Ich kann mich / ich kann mich nicht an eine dunkle Frau erinnern.

Das Besprühen aus rassistischen Gründen ist eine Unterstellung, die jeder Grundlage entbehrt und meiner Ansicht nach den Tatbestand der Verleumdung darstellt.

Mehr kann ich dazu nicht angeben.“

– Ausführungszeichen, Ende des Fettdrucks – Zitatende.

Ich sehe, Herr Pils, Sie haben das bei sich. Ist das richtig?

Andreas Pils: Ja, und ich sehe das auch zum ersten Mal, ehrlich gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie sehen das zum ersten Mal? – Sie haben doch eine umfangreiche Sichtung durchgeführt, habe ich geglaubt. Das steht jedenfalls so im Bericht drin.

Andreas Pils: Eine umfangreiche Sichtung der staatspolizeilichen Akte ist durch Herrn Tischlinger durchgeführt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Aus dem Bericht geht hervor – jetzt sagen Sie mir bloß, dass in Wirklichkeit der Bericht nicht stimmt –, ich zitiere wörtlich:

Den Informationen zufolge hatte Generalmajor Pils mit Mag. Tischlinger Michael des LVT eine Besprechung zu den Inhalten des E-Mail-Verkehrs zwischen Sailer Uwe und Öllinger Karl. Bei der Durchsicht sind drei Passagen aufgefallen. – Zitatende.

Hier wird ja berichtet, dass Sie das mit ihm durchgesehen haben.

Andreas Pils: Bei der Durchsicht durch, was weiß ich, Tischlinger; bei der Durchsicht durch Tischlinger, ja. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Zur Klarstellung: Ich habe nichts von diesen Akten gesichtet. Ich habe auch schon dreimal gesagt, dass ich auf diese Akte keinen Zugriff habe, weil das staatspolizeiliche Akte sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Darf ich Sie dann fragen, von wem Sie dieses E-Mail jetzt bekommen haben? (*Abg. Amon: Vom Vorsitzenden! – Obmann Dr. Bartenstein: Von mir!*) – Sie haben es jetzt also vom Vorsitzenden Bartenstein bekommen, aha.

Gut, dann gehe ich davon aus, dass Sie jetzt natürlich tätig werden. Das nehme ich einmal an, denn ich kann Ihnen sagen, auch die Frau Staatsanwältin hat das heute von mir vorgetragen bekommen, und sie wird tätig werden.

Andreas Pils! Ja, das werde ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich habe jetzt zum Abschluss noch eine Frage, die sich auf Ihr E-Mail bezieht, das Sie an den BIA 39, Herrn Gärtner, geschickt haben. Sie sagen hier – ich muss Ihnen das zitieren – im zweitletzten Absatz:

Für mich stellt sich die Lage so dar, dass ich annehmen muss oder zumindest nicht ausschließen kann, dass hier Amtsgeheimnisse weitergegeben wurden. – Zitatende.

Wenn ich Ihnen das jetzt vorhalte: Welches Delikt wäre dann damit verwirklicht? Welches Delikt wäre das? – Sie sind ja ausgebildeter Jurist, nehme ich an, oder?

Andreas Pils! Nein, das bin ich nicht. Ich in ja nur Offizier.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Aber als Polizeioffizier haben Sie sicher eine hinreichende Ausbildung in Sachen StGB genossen.

Andreas Pils! Na ja, Verletzung des Amtsgeheimnisses oder vielleicht Amtsmissbrauch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie wissen, dass das ein Offizialdelikt ist? Können Sie mit dem Begriff etwas anfangen? (*Andreas Pils! Ja!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wissen Sie, wer für die Verfolgung von Offizialdelikten in diesem Lande zuständig ist?

Andreas Pils! Ja. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Richtig. Das heißt, Sie konnten am 13. Juli bereits davon ausgehen, dass die Staatsanwaltschaft hier eine Zuständigkeit hat.

Andreas Pils! Es ist sehr schwierig für mich, mit Ihnen jetzt in das Thema Strafprozessordnung einzusteigen. Aber es braucht nicht die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft, sondern die Polizei **war** zuständig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie haben exakt übertissen, wo es für Sie eventuell heiß werden könnte, und beginnen daher schon, Ausflüchte zu finden.

Ich frage Sie jetzt noch einmal: Das heißt, Sie mussten am 13. Juli, als Sie dieses E-Mail um 13.52 Uhr gesendet haben, bereits davon ausgehen, dass hier ein Offizialdelikt vorliegt, für dessen Verfolgung die Staatsanwaltschaft zuständig ist. Ist das richtig?

Andreas Pils! Das weiß ich jetzt nicht mehr. Tatsache ist, wir haben die Verpflichtung, als Dienstbehörde zu sagen: Was tun wir, wenn ein Verdacht gegen einen Kollegen da

ist? – Da ist einzuschreiten, und da muss man sich überlegen, ob Suspendierung ja oder nein. Diese Maßnahmen sind getroffen worden, relativ kurzfristig. Seither hat das BIA den Akt, und wir haben unsere Verfügungen getroffen. Damit sind wir aus der Sache heraus und warten auf die Ergebnisse des BIA gemeinsam mit der Korruptionsstaatsanwaltschaft, weil es nicht sein kann, dass die Polizei immer auf Aufträge der Staatsanwaltschaft wartet. Bei einem Einbrecher können wir auch nicht vorher den Staatsanwalt fragen, ob wir jetzt einschreiten dürfen oder nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Muss dieser Ausschuss davon ausgehen, dass ein hochrangiger Polizeibeamter, Landespolizeikommandant eines großen Bundeslandes, einem durchaus gut vertrauten leitenden Beamten des BIA ein E-Mail schickt, ein Offizialdelikt nennt und dann aber immer noch Zweifel hat, ob das in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft fällt?

Andreas Pils! Das brauchen Sie nicht. Das weiß ich schon. Nur, es war in der Zuständigkeit der Polizei, und das ist ganz einfach jetzt nach der Strafprozessordnung, es gibt ein Ermittlungsverfahren, und die ersten Schritte setzt auch die Polizei und berichtet dann der Staatsanwaltschaft. Das ist ja auch in dem Fall genau so passiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das habe ich gar nicht in Zweifel gezogen, sondern ich will nur herausarbeiten, dass Sie unabhängig von Ihrem Erinnerungsvermögen an Ihre Telefonate mit dem Herrn Gärtner oder vielleicht mit dem Herrn Kloibmüller bereits – nach Ihren eigenen Worten – am 13. Juli davon ausgehen mussten, dass es sich hier um ein Offizialdelikt handelt, das in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung fällt, dass daher sehr vieles dafür spricht, dass Sie am 13. Juli genau wussten, dass das eine Angelegenheit der Staatsanwaltschaft ist, und Sie daher nicht eigenmächtig ohne Auftrag der Staatsanwaltschaft ermitteln dürften, es sei denn, dass Sie eben einen besonderen Eifer entwickelt haben, sich hier politisch zu betätigen, was Sie aus dem Kabinett ja durchaus auch jahrelang gewohnt waren. Ist diese Annahme abwegig?

Andreas Pils! Fangen wir noch einmal an. Ich probiere, es noch einmal so darzustellen, wie es sich für mich dargestellt hat. Da wird einem Kollegen etwas vorgeworfen, und wir haben versucht, diese Dinge abzuklären, genauso wie die Polizei das darf. Die Polizei muss – nach der neuen Strafprozessordnung – nicht als Erstes immer die Staatsanwaltschaft anrufen. – Das wird Ihnen die Frau Partik bestätigen können. Wir haben unsere Dinge weitergeleitet, haben unsere dienstrechtlichen Maßnahmen getroffen, und das war es dann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich darf Ihnen nur noch einmal sagen, das ist gar nicht mein Vorhalt gewesen. Mein Vorhalt war ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es ein Sicherheitspolizeigesetz gibt und dass es die Strafprozessordnung gibt, dass also durchaus zulässig und auch erwünscht ist, dass die Polizei zunächst auch selbständig Ermittlungen führen kann – wenn man sich das Sicherheitspolizeigesetz durchschaut, wird man das feststellen; Sie wissen es ja auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Herr Dr. Hoffmann, das habe ich gar nicht in Zweifel gezogen. (*Abg. Dr. Pils: Ermittlungen bitte ausschließlich nach StPO und nicht nach SPG. Nach SPG gibt es keine Ermittlungen!*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Man kann jetzt über das Wort „Ermittlungen“ streiten. (Abg. Dr. **Pilz:** *Das ist aber da schon entscheidend, da haben wir immer großen Wert darauf gelegt, dass es im SPG **keine Ermittlungen gibt!***) Ich bin auch nicht der Verteidiger davon, aber was mir aufgefallen ist, ist, dass offensichtlich hier zuvor im Hinblick auf eine zu untersuchende Tätigkeit eines Polizisten Erhebungen innerhalb der Dienstbehörde gepflogen wurden, und dann sind die, allerdings erst am 13. Juli – da haben Sie recht –, an das BIA weitergeschickt worden. Zu diesem Zeitpunkt hat die Staatsanwaltschaft auch schon einen Bericht gehabt. Da hat es sich dann überschritten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das wissen wir nicht, Herr Doktor. Wir wissen nicht, ob es sich überschritten hat. Wir wissen nur eines: dass im Bereich des Landespolizeikommandos Oberösterreich Ermittlungen getätigt wurden, am 13. Juli dem Chef dieser Landespolizei jedenfalls klar war, dass es sich um ein Offizialdelikt handelt, an diesem Tag ebenfalls klar war, dass es mindestens zwei von 63 zuständigen BIA-Beamten gibt, die daran arbeiten. Im Auftrag des Herrn Polizeikommandanten Pilsl ist an diese zwei Beamte entsprechendes Berichtsmaterial weitergeleitet worden.

Am 13. Juli war auch dem Polizeikommandanten von Oberösterreich klar, dass das eine Angelegenheit der Staatsanwaltschaft ist und damit nicht mehr jene der Polizei. Das ist nämlich der zentrale Punkt, um den es geht: Nicht mehr die Polizei ist Herr des Verfahrens, sondern die Staatsanwaltschaft, und die Polizei hat trotzdem eigenmächtig, aus eigenem Antrieb, mit eigenem, zweifelhaften Elan politische Ermittlungen getätigt. Das ist der Punkt.

Das weiß der Herr Pilsl ganz genau, und deswegen hat er ja auch diese Erinnerungslücken. Das ist jetzt meine Mutmaßung.

Andreas Pilsl: Das ist eine politische Unterstellung, die Sie da machen. Wir haben unseren Job korrekt gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das wage ich zu bezweifeln. Tatsache ist, dass aus Ihren eigenen Formulierungen an den „lieben Hans“ klar ist, dass Sie am 13. Juli in der Mittagszeit ziemlich genau wussten, was Sache ist.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Pilsl, ein paar Fragen noch: Wer ist denn, da Herr Sailer je nach Funktion verschiedene Vorgesetzte hat, oder je nachdem, wo er halt schwerpunktmäßig eingesetzt wird, derjenige, der am meisten über Herrn Sailer beruflich, organisatorisch und in Bezug auf vieles andere mehr Bescheid weiß?

Andreas Pilsl: Ich vermute sein Vorgesetzter, Oberst Pogutter.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Kann man sagen, viele Fragen, bei denen Sie gesagt haben, da haben Sie kaum Informationen oder eigenen Wissensstand, wären daher richtigerweise an den Herrn Pogutter zu stellen?

Andreas Pilsl: Genau richtig.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Danke. Gibt es für jeden Mitarbeiter in diesem Bereich Ihres Wissens eine entsprechende Dienst- oder auch Arbeitsplatzbeschreibung?

Andreas Pils! Die gibt es mit Sicherheit. Kollege Sailer, glaube ich, befindet sich im Pool, das heißt, er muss mehrere Sachbereiche bearbeiten, Fahndung und so weiter.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Aber auch darüber könnte Oberst Pogutter abschließend Auskunft geben. Ist das richtig?

Andreas Pils! Sehr richtig.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Herr Sailer hat seinen Account gehabt, den er privat und, wie wir in Erfahrung bringen konnten, auch dienstlich genutzt hat.

Hat jeder Mitarbeiter in Linz und Oberösterreich einen eigenen dienstlichen Account?

Andreas Pils! Innerhalb des BAKS-Systems hat jeder einen eigenen Account – nicht nur die Dienststelle, sondern jeder persönlich. Das ist aber alles im geschlossenen System, und ansonsten weiß ich nicht, welche E-Mail-Adressen jeder Mitarbeiter im privaten Bereich hat.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich beziehe mich jetzt nicht auf den privaten Bereich, sondern auf den dienstlichen. Also dienstlich hat jeder Mitarbeiter einen eigenen Dienst-Account zugewiesen. Gibt es eine Dienstanweisung oder eine Vorgehensweise in Linz und Oberösterreich, wie dienstlicher E-Mail-Verkehr zu handhaben ist?

Andreas Pils! Da gibt es diesen BAKS-Erlass, von dem ich gesagt habe, dass ich ihn beibringen werde. Das BAKS ist unser automatisiertes Büroverarbeitungssystem, unter dem eigentlich alles läuft.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Nur der Ordnung halber: Herr Kollege Stadler hat Sie immer wieder über Versendungen mit der Homepage des Herrn Sailer gefragt. Gemeint hat er offensichtlich, so ist mein Eindruck, die E-Mail-Adresse des Herrn Sailer. Haben Sie das auch so verstanden, dass sich der Herr Stadler da geirrt hat?

Andreas Pils! Das ist mir jetzt nicht mehr erinnerlich.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Wir werden es im Protokoll nachlesen können. Der Herr Sailer beruft sich in der E-Mail-Korrespondenz mit dem Herrn Öllinger auf eine Fachexpertenrunde, mit der er Rücksprache hält und Ähnliches mehr. Sagen Sie, wenn eine Fachexpertenrunde dienstlicher Natur vorhanden ist, ist das meldepflichtig gegenüber der vorgesetzten Dienststelle?

Andreas Pils! Keine Ahnung, was eine Fachexpertenrunde in dem Fall ist. Fachexperten sind in dem Fall das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Ich weiß auch nicht, ob es dort so etwas wie eine Expertenrunde gibt.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Kennen Sie außerhalb des Polizeidienstes andere Fachexperten über den Rechtsextremismusbereich?

Andreas Pils! Über Rechtsextremismus? – Ja, den Herrn Eiter, der ist mir noch bekannt. Aber wir beschäftigen uns sehr wenig mit staatspolizeilichen Inhalten.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Gibt es irgendeine Dienstanweisung, mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zusammenzuarbeiten, wenn es um diese Themen geht?

Andreas Pils!: Da bin ich wieder der falsche Ansprechpartner, bitte Mag. Tischlinger vom Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung zu fragen.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Es gibt ein Kryptomail ... – Da wollte ich einmal vorweg fragen: Was ist ein Kryptomail?

Andreas Pils!: Das ist ein verschlüsseltes Mail.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Das heißt, das ist der Fachbegriff in der Branche, sagen wir einmal so, bei Ihnen? – Gut.

Es gibt ein Kryptomail vom 13. Juli an alle LVT von „Z“ – wer immer das auch ist –, ohne Zahl, betreffend Rex-Bekämpfung. Jetzt weiß ich nicht, ob Sie schon gefragt wurden: Kennen Sie dieses Kryptomail?

Andreas Pils!: Das kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Wissen Sie, was Rex-Bekämpfung ist?

Andreas Pils!: Die Frage ist heute schon aufgetaucht. Ich weiß es nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass es irgendetwas mit Rechtsextremismus zu tun hat.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ja, ich habe das auch schon in dem Ausschuss gesagt, dass ich die felsenfeste Meinung habe, dass „Rex“ für Rechtsextremismus steht. Aber keiner sagt, dass das so ist. Danke, dass Sie der erste sind, der sich da so weit vorwagt. – Sie kennen dieses Kryptomail nicht, dann brauche ich das auch nicht zu fragen.

Jetzt habe ich noch eine Frage in Bezug auf den Herrn Memic. Den kennen Sie ja?

Andreas Pils!: Ja, namentlich; so kenne ich ihn nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Das ist derjenige, der auch E-Mails an den Herrn Sailer geschickt hat, und zwar auf seine private Adresse – im Gegensatz zu allen anderen, die das ja verweigert haben, ihm dorthin E-Mails dienstlichen Inhaltes zu schicken. – Das muss man auch einmal lobend erwähnen, dass es da widerstandskräftige Leute gibt in der Polizei, weil sonst bekommt man noch einen falschen Eindruck.

Sagen Sie, ist der Herr Memic zu diesem gesamten Komplex schon einvernommen worden?

Andreas Pils!: Ist der Herr Memic, soweit ich weiß, nicht, aber diese Geschichte, also der ganze Vorfall, ist auch anhängig beim Büro für Interne Angelegenheiten. Das hätte ich vielleicht vorher – das ist mir nicht eingefallen – beim Herrn Abgeordneten Stadler schon sagen können, dass die Vorfälle rund um den 1. Mai vom BIA aufgearbeitet werden, so wie von mehreren anderen Institutionen auch.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Das ist schon richtig. Es bezieht sich der Herr Sailer in diesem Komplex immer auf die Erster-Mai-Demo und will aber dann

erkennungsdienstliche Auskünfte von Bildern haben, die am 30. April, also am Vortag aufgenommen wurden. Das ist immer der Widerspruch. Wissen Sie etwas darüber?

Andreas Pils! Da bin ich jetzt im Detail wirklich nicht informiert. Ich war zu dem Zeitpunkt eine Woche auf Erholungsurlaub.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Nachdem ziemlich alle Fragen, die in dem Zusammenhang noch offen sind, nur der Vorgesetzte, der Herr Pogutter, und/oder Herr Tischlinger beantworten können, habe ich auch keine weiteren Fragen mehr. – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch ein paar ergänzende Fragen. Kollege Stadler hat Ihnen dieses Mail von Oberstleutnant Christian Moser vorgehalten, in dem er – ich sage es einmal vorsichtig – möglicherweise einem Beamten einen Vorschlag für eine Falschaussage macht, jedenfalls mit großer Wahrscheinlichkeit etwas Unzulässiges tut, nämlich zu sagen: So sagst du aus und nicht anders, und du hast nur eine Möglichkeit, das zu variieren, nämlich ob du dich an diese Frau erinnern kannst oder nicht.

Haben Sie dieses Dokument vor dieser Sitzung gekannt?

Andreas Pils! Nein, ich habe das Dokument nicht gekannt, und ich habe schon zuvor gesagt, die Vorfälle rund um den 1. Mai werden vom BIA zur Gänze aufgearbeitet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt lese ich Ihnen vor, was hier in Ihrem Auftrag passiert ist:

E-Mail von Schnell Johann, Montag, 13. Juli 2009, 12.21 Uhr an BIA 39 und BIA 153. Angelegenheit Sailer Uwe, SPK Linz.

Sehr geehrte Herren,

über Auftrag des LPK-Kommandanten, GenMjr Pils! Andreas, übermittle ich folgende Informationen. – Zitatende.

Und dann folgen ein paar Photographien und im Wesentlichen genau diese Mails. Ist es richtig, dass die in Ihrem Auftrag an das BIA, an die beiden Beamten – an einen zufällig und an den andere offensichtlich dann durch telefonische Nennung – übersandt worden sind, ohne dass Sie diese Unterlagen gekannt haben?

Andreas Pils! Das waren Unterlagen, die laut Auskunft des SPK im Zusammenhang mit dem Herrn Sailer gestanden sind, und sie haben dies übermittelt. Ich kenne dieses Schreiben bisher tatsächlich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie das überhaupt schon sagen können: Was werden Sie aufgrund dieses Schreibens jetzt unternehmen?

Andreas Pils! Dieses Schreiben dürfte Inhalt der Ermittlungen des BIA sein, die genau jene Vorfälle überprüfen, die rund um den 1. Mai passiert sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie vor, etwas von sich aus dazu zu unternehmen, etwa in disziplinarrechtlicher Hinsicht?

Andreas Pils! Das wird man sehen, was die Erhebungen des BIA betreffen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt wird es spannend. Vorgangsweise Sailer auf der einen Seite, sofort „so genannte“ – da mache ich ganz dicke Anführungszeichen – disziplinarrechtliche Ermittlungen, der Landespolizeikommandant nimmt das sofort selbst in die Hand und macht dann – behauptet er – so eine Art Nebenverwertung an das BIA, vielleicht können die auch etwas damit anfangen. Und auf der anderen Seite: Hier, wo der Sachverhalt mindestens so eindeutig ist, sagt der Herr Landespolizeikommandant plötzlich: Nein, da muss erst das BIA ermitteln, und dann werden wir einmal nachschauen.

Warum messen Sie hier mit zweierlei Maß?

Andreas Pilsl: Man muss sich die Dinge genau anschauen, und dann muss man schauen, ob Vergleichbarkeiten überhaupt da sind. Da gibt es nicht zweierlei Maß, sondern es wird jedes erneut angeschaut, und Tatsache ist, dass es schon beim BIA anhängig ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das hätten Sie ja auch bei Sailer so halten können. Sie hätten ja auch bei Sailer abwarten können, nachdem es sich um ein Offizialdelikt gehandelt hat beziehungsweise nur ein Offizialdelikt das Delikt sein konnte, um das präziser zu sagen. Aber da haben Sie nicht gewartet, da haben Sie es ziemlich eilig gehabt. Da: nix Suspendierung, gar nichts, nix sofort Computer abdrehen, sondern: Jetzt warten wir einmal, was vom BIA kommt.

Und das Interessante ist, dass Sie zu dieser Schlussfolgerung in Bezug auf das Vorgehen kommen, nachdem Sie kurz ein einziges Mal in diese Unterlage geschaut haben. Wenn Sie gesagt hätten: Mir ist das neu, ich muss mir das einmal genauer anschauen, muss mir das kurz überlegen und überlegen, ob es notwendig ist, hier sofort auch im Wirkungsbereich in Oberösterreich Schritte zu setzen, wäre das etwas anderes gewesen. Aber so ist es ja wirklich spannend.

Bei Sailer ist es klar: Sofort, auf der Stelle und mit allen Konsequenzen und sofort suspendieren und so weiter. An Substanz ist nicht viel mehr da als zuerst eine Presseaussendung und dann Ihre Recherchen gemeinsam mit dem Herrn Tischlinger. Und da liegt etwas sehr Eindeutiges und durchaus Beeindruckendes vor – und da warten wir die BIA-Ermittlungen ab! Warum? Warum haben Sie jetzt plötzlich Zeit?

Andreas Pilsl: Ich wollte nur sagen: Die Ermittlungen haben nicht *wir* gestartet, sondern der Herr Sailer wollte selbst, von sich aus auch diesen Mail-Verkehr bringen. Er hat das quasi zu uns gebracht, ohne dass wir offensiv gewesen sind.

Zum Zweiten: Es ist so, dass in der Sache 1. Mai das BIA ermittelt, dass Dinge bei der Staatsanwaltschaft anhängig sind, dass der UVS ermittelt, das heißt, ein Bündel an Verfahren läuft. Und wenn man da drübersieht, wird man sicher die notwendigen Schritte setzen. Ich habe diese Unterlagen heute zum ersten Mal gesehen, und die werden genauso bewertet wie alles andere auch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, ich bin fest davon überzeugt!

Jetzt möchte ich Sie noch etwas anderes fragen: Haben Sie dem Herrn Johann Schnell gesagt, er soll das an BIA 39 und BIA 153 mailen?

Andreas Pilsl: Ich gehe davon aus, ich weiß es nicht mehr genau. (Abg. Mag. Stadler: Erinnerungslücke!)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Erinnerungslücke! Müssen wir jetzt wirklich nachzählen?! (Abg. Mag. **Stadler:** *Es ist arg, wenn die leitenden Offiziere der Polizei so viele Erinnerungslücken haben!*)

Gut. Das im Wesentlichen dazu. Wir können das ohnehin nur klären, wenn wir den Herrn Schnell befragen, wenn wir BIA 39 fragen, wenn wir den Herrn Kloibmüller fragen, also wenn wir Ihre ganzen Erinnerungslücken-Partner in diesem Ausschuss unter Wahrheitspflicht befragen können. – Jetzt noch kurz andere Punkte.

Sagen Sie, haben Sie diesen Fall, diese Causa Sailer/Öllinger, jemals mit Personen aus dem Innenministerium erörtert?

Andreas Pils: Ich kann nicht sagen, mit wem ich das erörtert habe, das war sicher, möglicherweise Inhalt von Gesprächen, aber ich weiß es nicht im Detail.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich an kein einziges dieser Gespräche erinnern? Können Sie mir irgendeinen Gesprächspartner nennen und sagen, mit dem oder mit der haben Sie diesen Fall besprochen?

Andreas Pils: Na ja, Kontakt mit dem BIA, das ist auch Innenministerium, also den hat es gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie das jemals mit der Bundesministerin besprochen, mit Frau Dr. Fekter?

Andreas Pils: Es ist möglich, dass das in irgendeinem Gespräch einmal Sache war, aber im Detail weiß ich das nicht, weil für mich der Fall damit abgeschlossen war, dass es innerhalb kürzester Zeit bei der BIA gelegen ist und wir die Suspendierung ausgesprochen haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, Sie sind ja in einer sehr hohen Position in der Polizei als Offizier, da vergisst man schon ein Gespräch mit der Innenministerin, da erinnert man sich nicht, weil das ist ja Routine, das macht man so nebenbei.

Können Sie ausschließen, dass Sie das mit der Frau Bundesministerin besprochen haben?

Andreas Pils: Präzisieren Sie, was ich besprochen haben soll!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Diesen Fall, wir reden immer noch vom selben Fall: die Causa Sailer/Öllinger.

Andreas Pils: Die Causa Sailer/Öllinger kann ich in dem Umfang nicht mit ihr besprochen haben, weil da hätte ich fünf Stunden gebraucht. Aber dass es ein Randthema irgendwo gewesen ist, das ist möglich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Fünf Stunden Erinnerungslücken – eine beträchtliche Leistung! Ich traue es Ihnen nach dem, was Sie hier heute geboten haben, durchaus zu, weil es geht sich schön langsam aus. Aber ich gehe ja davon aus, bei Kenntnis der Frau Dr. Fekter, dass sie sich mit Erinnerungslücken nicht zufriedengegeben hätte.

Also: Können Sie ausschließen, dass Sie das Vorhaben der Suspendierung von Herrn Sailer mit der Frau Innenministerin oder mit Mitgliedern ihres Kabinetts erörtert haben?

Andreas Pils! Ich kann es ausschließen, dass ich mit der Frau Bundesminister Fekter über eine Suspendierung den Sailer betreffend gesprochen habe. Ich weiß nicht, ob es in irgendeinem Randgespräch einmal eine Bemerkung gegeben hat, aber es hat weder eine Beratung noch sonst irgendetwas stattgefunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollte im Verlauf dieses Verfahrens jemand aus dem Kabinett der Innenministerin oder die Innenministerin selbst einmal etwas über dieses Verfahren wissen?

Andreas Pils! Für die Erstphase mit Sicherheit nicht. Was später war: Es kann sein, dass es in irgendeinem Gespräch Inhalt war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie einmal: Wie oft haben Sie seit dem 13. Juli mit der Frau Bundesminister gesprochen? (**Pils!** *Sehr oft!*) Aufgrund Ihrer Geschichte der letzten Jahre kann ich mir das ohne Weiteres vorstellen.

Zurück zum BIA. Was war Ihre Funktion im Büro für Interne Angelegenheiten?

Andreas Pils! Operative Ermittlungen zu leiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie viele Beamte stehen dafür zur Verfügung?

Andreas Pils! Ich habe mit sechs begonnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es sind inzwischen mit Sicherheit mehr. – Ich kann es Ihnen auch nicht auswendig sagen, wie viele es waren.

Haben Sie damals mit dem Herrn Gärtner zusammengearbeitet?

Andreas Pils! Nein. In der Phase war der Herr Gärtner noch nicht im Büro für Interne Angelegenheiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Woher kennen Sie dann den „lieben Hans“?

Andreas Pils! Ich weiß nicht, ob sich ganz zum Schluss unseres dienstlichen Werdeganges unsere Wege gekreuzt beim BIA haben, das kann ich nicht ausschließen. Ich weiß nicht, ob der noch ... Ich kenne ihn ganz kurz, glaube ich, dienstlich, ich weiß es nicht genau. Tatsache ist, ich kenne ihn so wie fünftausend andere Polizisten auch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das sind alles die „Lieben“ mit dem Vornamen? Fünftausend? Fünftausend „liebe“ Hans, Franz, Erich, Harald, Dieter, vielleicht sogar Peter, Werner, fünftausend „Liebe“ haben Sie im Innenministerium? Das ist ein liebevolles Ministerium!

Ich möchte nur draufkommen, ob es da irgendeine besondere Art der Beziehung gibt oder ob das üblich ist, weil meine Erfahrungen mit dem Innenministerium sind wirklich anders. Fünftausend „Liebe“ mit Vornamen, das überrascht mich.

Schildern Sie bitte trotzdem, so gut Sie können, Ihre persönlichen und dienstlichen Beziehungen zum Herrn Gärtner.

Andreas Pils! Ich hätte auch durchaus „Geschätzter Hans!“ schreiben können oder „Hallo Hans!“ oder sonst irgendetwas. Tatsache ist, ich kenne den Hans persönlich

von, sage ich einmal, vielleicht zehn Begegnungen. Ich weiß nicht mehr, ob er ein, zwei Monate mit mir beim BIA noch tätig war. Das kann sein, das weiß ich heute nicht mehr, das ist mittlerweile sechs, sieben Jahre her. Und so hört und sieht man sich ab und zu. Ich habe ja nicht einen Fall, den ich an das BIA herantragen muss, sondern viele Fälle, und daher weiß ich, dass der Gärtner Ansprechpartner für operative Ermittlungen ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Generalmajor! Ich muss auch noch einmal auf die Zeit – wenn Sie sich vielleicht zurückversetzen – zwischen Juni und Juli dieses Jahres zurückkommen. Wenn Sie mir sagen, Sie haben dazu keine Wahrnehmungen, dann muss ich das so zur Kenntnis nehmen – werde ich auch tun.

Im Rahmen eines Telefonats sagt Herr Oberst Pogutter, dass Herr Uwe Sailer so ein toller Mann ist, der umfangreiche Kenntnisse und Rechercheerfahrungen auf allen möglichen Gebieten besitzt, und es wird daher empfohlen, ihn dem LVT zur Verfügung zu stellen. Auch aufgrund dieses Telefonats mit dem Herrn Pogutter und dem Herrn Pöchlhammer, Oberst beim Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung in Wien, wird er dann tatsächlich nach Wien geholt.

Und drei Wochen später, also offenbar auf Grund der Erfahrung, die man mit ihm gemacht hat, wird dann ein Bericht abgegeben, eben vom BVT, Pöchlhammer, eben selbigem, der vorher mit Pogutter gesprochen hatte, der da lautet – Zitat –: Oberinspektor Sailer wurde beim BVT bei der REX-Tagung als Experte erwähnt. Von BVT-Seite wurde gleichzeitig wegen mangelnder Objektivität in seinen Einschätzungen jedoch gewarnt. – Zitatende.

Haben Sie eine Wahrnehmung darüber, was in diesen drei Wochen zwischen der Weglobung vom SPK Linz nach Wien bis zu dieser Einschätzung des Herrn Sailer seitens des BVT passiert ist? Diese ist ja nicht ungefährlich, wenn ich sage: Ich habe einen Mitarbeiter in so einer vertrauensvollen Position, der Kriminalbeamter ist, der Datenforensiker ist, der von sich selbst sagt, dass er, wenn er etwas erfährt, von sich aus ermittelt, wie beim Bericht vom 9.4.2009, und dann diesen Bericht zur Ermittlung an seine diensthabende Behörde weiterleitet, damit die etwas tun. Also das ist ja nicht so ohne, wenn das BVT so eine Position gegenüber dem Herrn Sailer vertritt.

Ist Ihnen diese Klimaveränderung gegenüber dem Herrn Sailer in dieser Zeit aufgefallen? Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, warum es dazu gekommen ist?

Andreas Pilsl: Also zum einen glaube ich nicht, dass der Herr Sailer drei Wochen beim BVT dienstzugehört war.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Drei Wochen später erfolgte diese Stellungnahme.

Andreas Pilsl: Die inhaltliche Beurteilung von staatspolizeilichen Akten und seiner Befähigung steht mir nicht zu. Das weiß ich wirklich nicht. Da bitte ich, den Herrn Tischlinger zu befragen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gut. Ich habe ja auch gesagt, es könnte ja sein, dass man amtsintern einmal darüber spricht, wenn da vom BVT so eine Beurteilung kommt. Wenn der Herr Pogutter oder der Herr Schnell als seine Vorgesetzten eine Wahrnehmung über diese Veränderung gehabt hätten, dann hätte

man in einem Gespräch auch sagen können: Hast du das schon gehört? Da muss irgendetwas gewesen sein.

Aber dazu haben Sie keine Wahrnehmung? (*Andreas Pils!:* Nein, habe ich keine!) Gut, das nehme ich zur Kenntnis.

Eine allgemeine Frage: Am 6. Juli hat sich Herr Sailer in Wien mit Herrn Öllinger getroffen. Anlässlich dieses Treffens hat Herr Öllinger Herrn Sailer gegenüber geklagt, dass er sich ähnlich wie Herr Trübswasser bedroht fühlt. Ich frage Sie nun: Wenn das einem Beamten zu Gehör kommt, hätte dieser Beamte aufgrund so eines Bedrohungspotentials die Verpflichtung, von Amts wegen tätig zu werden?

Andreas Pils!: Entweder selbst, oder er leitet es an die zuständige Dienststelle weiter.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist Ihnen eine Anzeige oder ein Amtsgericht oder irgendetwas bekannt, dass das geschehen ist?

Andreas Pils!: Ist mir nicht bekannt, aber er war diese zwei Tage für die Sicherheitsdirektion unterwegs.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Aber ist es nicht so, wenn hier ein Nationalratsabgeordneter beteiligt ist, dass Sie das auch erfahren würden?

Andreas Pils!: Ich erfahre sehr wenig, was Nationalratsabgeordnete anlangt, weil das natürlich alles im Bereich der Staatspolizei aufgehoben ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Dann noch abschließend eine andere Angelegenheit. Ich zitiere aus einem Medienbericht der Landeskorrespondenz vom 21. September dieses Jahres. Darin ist Folgendes zu vernehmen:

„Im Herbst 2008 wurden in einem Internet-Forum Drohungen gegenüber einem Landtagsabgeordneten ausgesprochen. Auf den Internet-Seiten fanden sich u.a. auch Photos des Abgeordneten, die offensichtlich von offiziellen Homepages des Landes OÖ heruntergeladen wurden.“ – Ist Ihnen diese Causa bekannt?

Andreas Pils!: Diesen Artikel kenne ich nicht. Von der Causa Trübswasser weiß ich nur, dass es eine Causa ist. Aber im Detail kenne ich sie nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gut, damit haben Sie schon die nächste Frage beantwortet. Der bedrohte Landtagsabgeordnete ist der Herr Abgeordnete Trübswasser. Es geht mir in dieser Sache darum, dass offenbar Photos von Abgeordneten von der Homepage des Landes Oberösterreich heruntergeladen wurden, wie es hier heißt.

Meine Frage, die damit verknüpft ist: Wenn so etwas passiert und Sie als ermittelnde Behörde solche Zugriffsdaten haben wollen, um herauszubekommen, wer diese heruntergeladen haben kann, brauchen Sie dafür dann eine besondere Bewilligung? Es handelt sich immerhin um Datenschutzträger. Es ist ein Zugriff auf den Landesserver, es sind sogenannte Log-Files, die man hier benötigt, um das herauszubekommen. Brauchen Sie dazu eine Genehmigung des Staatsanwaltes, was auch immer?

Andreas Pils! Da ist diese Schilderung jetzt einfach zu wenig detailliert, dass ich das überhaupt beurteilen kann. Also ich kann dazu nichts sagen, ich weiß es nicht. Ich bin kein Datensicherungsexperte.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Da geht es einfach nur darum, ob Sie mir sagen können, wenn von einer amtlichen Homepage des Landes Oberösterreich ein Zugriff erwünscht wird, ob dafür eine Bewilligung von einem Untersuchungsrichter erforderlich ist, von einem Staatsanwalt, oder ob jeder, der Lust und Laune hat, diese Daten haben kann.

Andreas Pils! Ich verstehe die Ausführungen nicht, denn wenn dies auf der offiziellen Homepage steht, dann kann sich logischerweise jeder auf der Homepage bedienen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es geht nicht darum, ob man sich hier ein Bild herunterlädt. Das kann jeder, der halbwegs begabt ist, natürlich selber machen. Es geht um das Herausfinden der Log-Files, wer sich diese Bilder zum Beispiel in den letzten sechs Monaten heruntergeladen hat. Das ist ein Zugriff auf den Landesserver, und deshalb geht es darum, diese Daten auch tatsächlich zu sichern und sicherzustellen, dass nicht andere Zugriffe ermöglicht werden.

Das ist meines Erachtens schon eine andere Qualität der Daten, und deshalb die Frage, ob man hier den Datenschutzbestimmungen entsprechend andere Genehmigungen braucht als eine Bestätigung der Polizei, dass man Ermittler ist.

Andreas Pils! Ich weiß es nicht. Ich würde ersuchen, diese Frage auch der Staatsanwaltschaft zu stellen oder unseren Datensicherern. Die sind darin sicher besser bewandert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es ist so, dass der Herr Sailer beim Land vorstellig geworden ist. Ich zitiere:

In der Folge wandte sich Uwe Sailer an das Land Oberösterreich mit dem Ersuchen, die Polizei möchte feststellen, ob anhand von Log-Aufzeichnungen Spuren zur Täterschaft gewonnen werden können. Sailer deklarierte sich dabei unmissverständlich als Polizeiermittler. – Zitatende.

Geht das Ihrer Meinung nach so einfach? Da kommt der Herr Sailer zum Land, geht in die EDV-Abteilung und sagt: Grüß Gott, ich bräuchte ein paar Log-Files, weil ich feststellen möchte, wer sich in den letzten sechs Monaten das Photo des Herrn Abgeordneten Trübswasser heruntergeladen hat!

Andreas Pils! Es wird wohl ein Teil der Untersuchungen sein. Ich kann es jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist es aber schon so, dass der Herr Uwe Sailer – zumindest habe ich dem nichts entgegenzusetzen – bereits im Herbst des vergangenen Jahres dem Herrn Trübswasser als Polizist bekannt war, als ermittelnder Polizist?

Andreas Pils! Das weiß ich auch nicht. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wer kann uns darüber Auskunft geben, ob der Herr Sailer im Herbst 2008 in der Angelegenheit Trübswasser ermittelt hat und wer ihm diesen Zuweisungsbefehl gegeben hat?

Andreas Pils! Das LVT, der Herr Mag. Tischlinger und der Herr Trübswasser werden sagen können, ob sie sich persönlich gekannt haben oder nicht. Ich weiß das nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gut, dann werden wir da den Herrn Tischlinger fragen.

In dem Schreiben, das in der Folge dem Land Oberösterreich vorgelegt wurde, mit Fax vom 17.11.2008 – damit haben wir auch eine Zeiteingrenzung, wann das Ganze vor sich ging –, kommt ein offizielles Ersuchen von Uwe Sailer seitens des Stadtpolizeikommandos Linz, Kriminalpolizeiliches Referat. Können Sie uns sagen, wer diesem Referat vorsteht?

Andreas Pils! Da ist Oberst Pogutter der Referatsleiter.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gut. – Ich glaube, wir werden den Herrn Oberst Pogutter noch einmal benötigen, denn wir haben jetzt schon sehr viele Fragen, die sich aufgrund der letzten Befragungen aufgetan haben, die wir offensichtlich nur dem Herrn Oberst Pogutter und dem Herrn Schnell stellen werden können.

Können Sie sich erklären, warum auf diesem Schreiben ein Vermerk „Gefahr im Verzug“ war, was hier „Gefahr im Verzug“ gewesen sein kann?

Andreas Pils! Keine Ahnung!

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gut. – Danke.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Ich **unterbreche** aus technischen Gründen für kurze Zeit die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 17.40 Uhr **unterbrochen** und um 17.41 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Geschäftsordnungsdebatte

Obmann Dr. Martin Bartenstein **nimmt** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Amon zur Geschäftsbehandlung das Wort.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) bringt folgende Anträge ein:

Antrag

der Abgeordneten Pendl, Amon, Kolleginnen und Kollegen betreffend **Ladung** von folgenden **Auskunftspersonen** für den 3. November 2009.

für 10 Uhr: **Oberst Karl Pogutter**

für 11 Uhr: **Mag. Michael Tischlinger**

für 13.30 Uhr: **Brigadier Johann Schnell**

für 15.30 Uhr: **Landtagsabgeordneten Günther Trübswasser**

Antrag**zum Beweisbeschluss betreffend Ladung von Auskunftspersonen**

Beweis wird aufgenommen durch zusätzliche Ladung von Auskunftspersonen

ad 3. Bespitzelung von Personen im politischen Umfeld des Parlaments durch Organe der Republik aufgrund von Ersuchen von Mandataren

Zusätzlich zu Punkt 3.1. bis 3.3.:

Oberst Karl Pogutter (Stadtpolizeikommando Linz.)

Obmann Dr. Martin Bartenstein gibt bekannt, dass die ordnungsgemäß eingebrachten Anträge nach Beendigung der Befragung der Auskunftsperson Pilsl dann allenfalls debattiert und jedenfalls abgestimmt werden und erteilt Abg. Graf zur Geschäftsordnung das Wort.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Wir haben heute in der Früh einige Wünsche an die Fraktionen verschickt, und uns wurde rückgemeldet – und da wollte ich mich jetzt vergewissern, ob das noch aufrecht ist; es scheint nämlich jetzt nicht mehr so zu sein –, dass im Laufe des Tages die Sitzung einmal kurz für eine Fraktionsführerbesprechung wegen allfälliger Ladung von Auskunftspersonen unterbrochen wird.

Ihren Ausführungen entnehme ich jetzt, dass nach Befragung der Auskunftsperson über die beiden jetzt eingebrachten Anträge abgestimmt wird, und zwar **ohne** vorherige Fraktionsführerbesprechung und ohne, dass wir die Wünsche der freiheitlichen Opposition – vielleicht gibt es auch noch andere – beratschlagen.

Wenn dem so ist, bringen wir in Zukunft die Anträge immer in der Früh ein. Und wenn diese bei der Abstimmung ohne vorherige Besprechung abgelehnt werden, dann sind sie eben abgelehnt.

Aber jetzt sagt man uns, dass es ohnehin eine Fraktionsführerbesprechung geben wird und wir das dann besprechen können. Wir warten, bringen daher die Anträge nicht ein, und dann gibt es auf einmal keine Fraktionsführerbesprechung.

Meine Frage: Gibt es eine oder gibt es keine? Denn wenn es keine gibt, dann bringen wir unsere Anträge ein!

Obmann Dr. Martin Bartenstein: An mich ist bisher kein Ansinnen gerichtet worden, eine Fraktionsführerbesprechung abzuhalten und deswegen die laufende Sitzung zu unterbrechen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Uns wurde mitgeteilt – und das war auch den Wortmeldungen der letzten Stunden zu entnehmen –, dass es der Wunsch vor

allem der freiheitlichen Fraktion ist, Herrn Oberst Pogutter und Herrn Michael Tischlinger zu laden. Das ist in den gemeinsamen Antrag mit eingeflossen, ebenso, was den Landtagsabgeordneten Trübswasser betrifft, und ich glaube, dass wir damit alle Wünsche der Opposition, die bisher an uns herangetragen wurden, in den Antrag mit aufgenommen haben. Wir haben das durch die Ladung des Stadtpolizeikommandanten von Linz, Johann Schnell, ergänzt.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Was die genannten Namen anbelangt, deckt sich das mit dem, was ich heute als Vorsitzender hinsichtlich noch denkbarer und noch gewünschter weiterer Auskunftspersonen vernommen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Im Laufe der Sitzung habe ich erstens vorgeschlagen – und das hat, soweit ich es vernommen habe, auch Kollege Stadler vorgeschlagen –, BIA 39, Herrn Johann Gärtner, zu laden.

Zweitens gibt es Vorschläge, in Bezug auf die heute neu erörterte Causa Herrn Memic zu laden.

Beides ist allen Fraktionen bekannt. Weitere Vorschläge sind von der FPÖ gekommen.

Bisher war es üblich, dass der Vorsitzende dann einen Vorschlag gemacht hat, wie die Koordination des Ganzen aussieht. In den anderen Ausschüssen hat es überhaupt den Versuch des Vorsitzenden gegeben, einmal einen sachlich-plausiblen Entwurf für eine Ladung zu machen.

Mir ist es ja egal, wie das funktioniert. Wir haben in den letzten Tagen gesehen, dass diese Zweiparteien-Planungen manchmal etwas besser, meistens etwas schlechter funktioniert haben. Ich möchte jetzt einfach wissen – nicht nur von den Fraktionen, sondern auch vom Vorsitzenden –, wie hier vorgegangen werden soll.

Wenn die Meinung von ÖVP und SPÖ ist: Wir fahren überall drüber, wir machen Regierungsblockade, wir beschließen alles, wie es uns gerade passt, bringen ein, stimmen ab und fertig!, dann bitte ich, uns das mitzuteilen, damit wir wissen, wie in diesem Ausschuss vorgegangen wird.

Wenn der Vorsitzende das dann einfach so exekutiert, dann müssen wir es auch zur Kenntnis nehmen; das sind eben in diesem Haus gerade noch die Mehrheitsverhältnisse. Aber ein bisschen Klarheit wäre hier durchaus sinnvoll.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Abgeordneter Pilz, einmal mehr: Ich sehe den Vorsitz und die Vorsitzführung nicht an als „last resort“ gewissermaßen für den Fall, dass sich die Fraktionsführer nicht ausreichend verständigen. So gesehen fühle ich mich hier als die falsche Adresse, wenn es um die Koordinierung der Fraktionen untereinander geht.

Ich bin im Übrigen immer gerne bereit, einen Konsens herbeizuführen, wenn ich das Gefühl habe, dass die Fraktionen – **die Fraktionen** und **nicht** ausschließlich **Sie**, sehr geehrter Herr Abgeordneter Pilz! – das auch wünschen. Ein solches Ansinnen liegt mir, wie gesagt, zur Zeit nicht vor, auch keines, jetzt die Sitzung für eine Fraktionsführerbesprechung zu unterbrechen. Falls das gewünscht sein sollte, bitte ein diesbezügliches Signal an mich; das wird kein Problem sein.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Lediglich der Ordnung halber deponiere ich den Wunsch auch vonseiten der Freiheitlichen Partei, die Sitzung für eine

Fraktionsführerbesprechung zu unterbrechen, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben heute schon in der Früh an die Fraktionen den Wunsch ausgesprochen, dass wir gerne als Auskunftspersonen Herrn Memic, Herrn Stummer und auch Herrn Pöchlacher laden wollen.

Herr Pöchlacher ist vom LVT Wien, leitender Kriminalbeamter, der in seinem Schreiben folgende Beurteilung an das BVT abgibt – ich zitiere –:

Oberinspektor Sailer wurde bei BVT-Rechtstagung als Experte erwähnt. Von BVT-Seite wurde gleichzeitig wegen mangelnder Objektivität in seinen Einschätzungen gewarnt. – Zitatende.

Das ist eine Beurteilung, die aufgrund des LVT und des BVT zustande gekommen ist. Ich glaube, dass es durchaus interessant ist, auch zu erfahren, warum seine Objektivität schweren Schaden genommen hat. Die Fragen sind daher an diejenigen zu stellen, die die Beurteilung vorgenommen haben. Herr Memic ist derjenige, der offensichtlich, wie wir auch aus den Akten Kenntnis erlangt haben, entsprechende Informationen an Herrn Sailer weitergeleitet hat – an dessen Privatadresse!

Da er der Einzige ist, der das gemacht hat – im Gegensatz zu anderen Kriminalbeamten und Mitarbeitern der Polizei –, ist natürlich schon zu hinterfragen, was der Beweggrund ist. Es kann sich ja ganz einfach herausstellen, dass der Grund dafür Gutgläubigkeit, Irrtum oder sonst etwas war. Wir wollen ja hinterfragen, ob das System hat, ob das öfter vorgekommen ist, in ähnlichen und verwandten Fällen, insbesondere deshalb, weil in der Korrespondenz, die hier Untersuchungsgegenstand ist, auch auf ein Fachexperten- und Expertennetz verwiesen wird.

Es muss doch zumindest der Versuch gemacht werden, zu hinterfragen, ob diesbezüglich in der Exekutive ein entsprechendes Fachexpertennetzwerk existiert oder nicht.

Das sind unsere Wünsche, und die hätten wir gern, wenn es geht, in einer kurzen Fraktionsführerbesprechung erörtert.

Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass man vonseiten der Regierungsparteien Herrn Pogutter neu in die Liste aufgenommen hat, aber zu sagen, man komme den Wünschen der Opposition nach, wenn man drei andere Wünsche nicht weiterverfolgt – alle anderen drei waren nämlich schon beschlossene Auskunftspersonen, deren Ladung verjährt wurde; also das ist nicht neu –, das halte ich für etwas zu stark.

Unsere vier Wünsche sind ausreichend begründet, denn so ein Aktenvermerk, der an einen breiten Kreis versendet wird – nämlich im gesamten BVT – und an die verschiedenen Dienststellen weitergeleitet wird, ist natürlich schon eine hinterfragenswerte Angelegenheit – nämlich, wie man zu einer derartigen Einschätzung kommt. Wir können dann unter Umständen Rückschlüsse hinsichtlich der Qualität der Aussagen des Herrn Sailer ziehen, vielleicht auch zur Entlastung des Herrn Öllinger. Es ist in unserem Interesse, die Wahrheit zu erforschen und nicht nur einseitig vorzugehen.

Wenn man nicht will, dass man unter Umständen auch Entlastendes in diesem Ausschuss behandeln möchte, dann nehme ich das so zur Kenntnis. Aber eine kurze Diskussion in einer Fraktionsführerbesprechung, die auf Mitarbeiterebene auch signalisiert wurde, wäre angebracht. Jetzt kann man natürlich sagen, Mitarbeiter sind keine Abgeordneten, aber dann wird sich die Frage stellen, was es überhaupt noch für

einen Sinn macht, dass sich die Klubreferenten untereinander unterhalten, wenn sie gar nichts mehr zum Sitzungsverlauf beitragen können. Das war bislang nicht üblich; da gebe ich dem Kollegen Pilz recht.

Wie gesagt, zu behaupten, es gäbe kein Signal – beziehungsweise nur eines vom Herrn Pilz – zu einer Fraktionsführerbesprechung, ist an sich zu wenig, weil wir diesen Wunsch schon heute Früh zwischen 9 Uhr und 9.30 Uhr bei den Klubreferenten aller Fraktionen deponiert haben. Wenn das in Zukunft nicht mehr reicht, verschicken wir alle Vorschläge an alle Abgeordnete dieses Ausschusses, damit man sich nicht mehr darauf ausreden kann, dass es die Fraktionen nicht bekommen haben, weil es nur an die Klubsekretäre gegangen ist.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Wir gehen jetzt wie folgt vor: Es befindet sich die Auskunftsperson wiederum bei uns im Saal, daher setzen wir die Befragung fort und schließen sie hoffentlich heute noch ab. Zu Wort gemeldet ist noch Herr Abgeordneter Pilz.

Wenn es einen Konsens zwecks Abführung einer Fraktionsführerbesprechung gibt, dann werde ich die Sitzung danach unterbrechen. Wenn dem nicht so ist, werde ich zur Debatte und Abstimmung der Anträge kommen.

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Andreas Pils

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben wir noch bei diesem Telefonat, das Sie mit dem „lieben Hans Gärtner“ geführt haben.

Sie haben mit ihm telefoniert und vereinbart, dass Sie ihm Ermittlungsergebnisse übersenden. Ist das richtig?

Andreas Pils: Ich weiß im Detail nicht mehr, was genau vereinbart wurde. Aber es hat mit Sicherheit ein Telefonat gegeben. Was da im Detail besprochen wurde – das ist Monate her.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber die Folge war ja die Übersendung der Ermittlungsergebnisse, also können wir davon ausgehen, dass das auch Gegenstand des Telefonats war.

Andreas Pils: Ist möglich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es muss ja irgendeinen Grund gegeben haben, dass er Ihnen noch BIA 153 genannt hat, nämlich den wirklich ermittelnden Beamten, denn wenn es nur darum gegangen wäre, dass er einfach die Akten entgegennimmt und Sie sich gar nicht dafür interessieren, was damit passiert, Hauptsache das BIA hat es, dann müssten Sie das ja nicht an zwei BIA-Beamte übersenden.

Im Wesentlichen geht es darum, zu klären, warum Ihnen BIA 39 noch BIA 153 genannt hat und warum und mit welchem Wissen Sie das exakt an diese beiden ermittelnden Beamten übersandt haben.

Andreas Pils!: Ich habe es nicht übersandt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Übersenden haben lassen. In **Ihrem Auftrag** ist übersendet worden. Der Auftrag kommt von Ihnen, und das ist ja das Wichtigste. Und Sie haben daran nicht die geringste Erinnerung? Ist das richtig?

Andreas Pils!: Das stimmt so nicht. Ich habe gesagt, es gibt eine Erinnerung, dass es ein Telefonat gegeben hat, aber ich kann nicht mehr im Detail sagen, was der genaue Inhalt dieses Telefonats war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie in Ihrer dienstlichen Umgebung mit jemandem über dieses Telefonat gesprochen?

Andreas Pils!: Ich glaube nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke, reicht.

Andreas Pils!: Möglicherweise mit dem Herrn Schnell, denn der hätte ja ansonsten nicht an den Herrn das Mail geschickt. Also dem dürfte ich es schon gesagt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, sonst wäre das nicht 1 : 1 953, sondern noch ein bisschen unwahrscheinlicher, aber es würde mich auch nicht wundern.

Obmann Dr. Martin Bartenstein dankt, da es keine weiteren Fragen an die Auskunftsperson mehr gibt, Generalmajor Andreas Pils! für sein Kommen und seine Bereitschaft, Auskunft zu geben, und verabschiedet diesen.

17.57

(Die Auskunftsperson Generalmajor Andreas Pils! verlässt den Sitzungssaal.)

Geschäftsordnungsdebatte

Obmann Dr. Martin Bartenstein leitet zur Debatte über Geschäftsbehandlung und Anträge und erteilt Abg. Pilz hiezu das Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) bringt folgenden Antrag ein:

Antrag

zum Beweisbeschluss betreffend Ladung von Auskunftspersonen

Ad 3. Bespitzelung von Personen im politischen Umfeld des Parlaments durch Organe der Republik auf Grund von Ersuchen von Mandataren

Zu Punkt 3 zu laden:

Reinhard Memic

BIA 39 (Johann Gärtner)

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ) bringt folgenden Antrag ein:

Antrag

der Abgeordneten Dr. Graf, Kolleginnen und Kollegen betreffend Beweisbeschluss.

Ladung von folgenden Auskunftspersonen zu Punkt 3.1 bis 3.3:

Oberst Pogutter

KI Reinhard Memic

AI Stummer vom LVT Wien

Oberst Franz Pöchhacker vom LVT Wien.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich schlage Folgendes vor: Wir haben einen Antrag eingebracht, auf dem sich doch einige Namen befinden, die auch von Oppositionsseite angedacht waren, nämlich Pogutter, Trübswasser, Schnell und Tischlinger. Das wäre unser Vorschlag für den 3.11.2009. Viel mehr würden wir am 3. November wahrscheinlich ohnehin nicht unterbringen. Möglicherweise werden wir ja heute auch mit der letzten Auskunftsperson nicht ganz fertig werden. Also bleibt da vielleicht auch noch etwas offen.

Ich würde vorschlagen – und das ist auch als konkrete Zusage zu sehen, das ist auch abgesprochen –, dass wir bis zum nächsten Termin versuchen, eine gemeinsame Liste zu erstellen. (*Abg. Dr. Graf: Die Erfahrung lehrt uns, dass die Fraktionsführer...!*) – Sie können es auch ablehnen, das ist kein Problem! Ich würde trotzdem anregen, dass wir einmal diesen Ladungsbeschluss machen.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Ich kann schon signalisieren, dass wir dem Ladungsbeschluss der Regierungsparteien beitreten werden, weil die Ladung dieser vier Personen letztlich auch in unserem Interesse ist. – Um das ganze Bild abzurunden, meinen wir, dass noch drei zusätzliche Auskunftspersonen geladen werden sollten.

Ich habe jetzt schon so oft gehört: Es wird eine Besprechung geben, bei der man hinsichtlich der Ladungsbeschlüsse diskutieren kann, ob man etwas Gemeinsames zusammenbringt. – Ich kann mich gar nicht mehr daran erinnern, wann die letzte Fraktionsführersitzung stattgefunden hat! (*Abg. Amon: Das war die, wo der Herr Kollege Pilz aufgestanden ist! Ich erinnere mich gut!*) Es findet ja immer nur dann eine Fraktionsführersitzung statt, wenn es darum geht, mitzuhelfen, irgendeinen missglückten Beschluss der Regierungsparteien zu reassümieren.

Das heißt, wenn heute eine verbindliche Zusage kommt, **wann** – also nicht nur eine Zusage, **dass** es eine geben wird, sondern wenn uns auch ein Termin genannt wird – wir eine Fraktionsführerbesprechung durchführen, dann würde das vielleicht eine vertrauensbildende Maßnahme darstellen. In Anbetracht der Tatsache, dass Kollege Amon und auch andere Abgeordnete demnächst nicht im Haus sein werden, frage ich mich auch, wann diese stattfinden soll.

Ohne, dass ein Termin in Aussicht gestellt wird, tue ich mir sehr schwer, an eine Fraktionsführersitzung zu glauben – im Übrigen steht auch in der Geschäftsordnung, dass ein entsprechendes Vorbereitungsgremium einzusetzen ist, aber de facto haben wir das nicht oder nicht mehr.

Ich sage, in diesem Belang fehlt mir das Vertrauen auf ein „Das werden wir irgendwann einmal besprechen!“; das findet nicht statt. Und dann wird man heruntergemacht, als ob man ein Querulant wäre, wenn man sagt: Das ist uns ja gesagt worden! – Also bitte auch einen Termin dazu zu nennen!

Obmann Dr. Martin Bartenstein meint, er orte zumindest in Teilbereichen Willen zu einem Konsens, und **unterbricht** daher die Sitzung zu einer Fraktionsführerbesprechung.

*(Die Sitzung wird um 18.02 Uhr **unterbrochen** und um 18.28 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

Obmann Dr. Martin Bartenstein nimmt – um 18.28 Uhr – die unterbrochene Sitzung wieder auf und teilt mit, dass es jetzt zu den Ladungsbeschlüssen einen Fünf-Parteien-Konsens gebe. Die eingebrachten Anträge seien zurückgezogen worden.

18.29

Obmann Dr. Martin Bartenstein ersucht, als **letzte Auskunftsperson** an diesem Tag **Gruppeninspektor Hubert Bauer** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson** Gruppeninspektor Hubert **Bauer** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Gruppeninspektor Hubert Bauer** als **Auskunftsperson** und weist ihn auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft.

Die Personaldaten werden von der Auskunftsperson in folgender Form als korrekt bestätigt:

Gruppeninspektor **Hubert Bauer**; geboren 1962; Anschrift: 1010 Wien; Beruf: Polizeibeamter.

Der Obmann weist die Auskunftsperson als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass die vorgesetzte Dienstbehörde Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage für erforderlich halte, sofern sich diese auf noch im Stadium des Ermittlungsverfahrens befindliche anhängige Strafverfahren und Umstände aus dem höchstpersönlichen und grundrechtlich geschützten Bereich von Beschuldigten und Opfern beziehe. Der Ausschuss werde die geübte Praxis beibehalten und erforderlichenfalls Vertraulichkeit herstellen.

Die Aussageverweigerungsgründe seien der Auskunftsperson bekannt. Auf die Beziehung einer Vertrauensperson habe sie offensichtlich verzichtet; sollte es offene Fragen geben, möge sich die Auskunftsperson an den Verfahrensanwalt wenden. Eine einleitende Stellungnahme werde seitens der Auskunftsperson nicht gewünscht.

Sodann erteilt der Obmann als erstem Fragesteller Abg. Weninger das Wort.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Guten Abend, Herr Gruppeninspektor. Seit wann sind Sie Mitarbeiter des BIA?

Auskunftsperson Hubert Bauer (Büro für Interne Angelegenheiten, Bundesministerium für Inneres): Seit Juli vergangenen Jahres bin ich Mitarbeiter beim BIA.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Und was war Ihre Tätigkeit davor?

Hubert Bauer: Ich bin eingeteilter Beamter auf der Polizeiinspektion in Grimmenstein, Bezirk Neunkirchen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Und wie sind Sie innerhalb des BIA mit dem Fall Sailer betraut worden?

Hubert Bauer: Ich habe den Akt vom stellvertretenden Referatsleiter am 10. Juli zur Bearbeitung bekommen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Ist diese Aktenzuteilung aufgrund Ihrer besonderen Tätigkeit innerhalb des BIA erfolgt, oder ist das durch Zufall innerhalb der Abteilung zugewiesen worden? Können Sie dazu eine Stellungnahme abgeben?

Hubert Bauer: Das ist sicherlich nicht aufgrund einer persönlichen – wie soll ich sagen? – Spezifikation erfolgt, sondern ich habe einfach, weil ich eben Dienst gehabt habe, den Akt bekommen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Ist Ihnen persönlich aus den Ermittlungen bekannt – wir haben heute Vormittag Abgeordneten Öllinger befragt –, ob Abgeordnetem Öllinger der Umstand bekannt war, dass Herr Sailer Kriminalbeamter ist?

Hubert Bauer: Das ist jetzt ein Problem für mich ...

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Gut, dann ziehe ich die Frage zurück. Ich möchte den Herrn Gruppeninspektor nicht in Probleme bringen.

Dann probieren wir es anders. Hat es seit dem 14. Juli dieses Jahres Kontakte mit den Sicherheitsstellen in Oberösterreich im Fall Öllinger gegeben?

Hubert Bauer: Von meiner Seite aus, meinen Sie? (*Abg. Weninger bejaht.*) Ich habe einmal mit Mag. Tischlinger telefoniert, weil er eine Zeugenaussage machen wollte. Das war das einzige Mal.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Ist ein umgekehrter Folgekontakt aufgenommen worden, das heißt vonseiten der oberösterreichischen Polizeidienststellen in Ihre Richtung, in Richtung des BIA?

Hubert Bauer: Ja, so ist es mir mitgeteilt worden durch meinen stellvertretenden Referatsleiter.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Und wer ist der stellvertretende Referatsleiter?

Hubert Bauer: Das ist BIA 39, der Herr Gärtner, Chefinspektor Gärtner.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Hat sich bei Ihnen persönlich der Herr Generalmajor Pilsel gemeldet?

Hubert Bauer: Nein.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Hat er Ihnen Akten zukommen lassen?

Hubert Bauer: Wenn, dann nur über den Chefinspektor Gärtner. Persönlich nichts, nein.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Ist dieser Weg über den Kollegen – ich nehme an, das ist jetzt der „liebe Hans“, BIA 39, Gärtner – üblich?

Hubert Bauer: Ja, das ist der übliche Weg.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Es hat keinen direkten Kontakt zwischen Ihnen und dem Generalmajor PilsI gegeben, weder in persönlichen Telefonaten, noch in E-Mails oder Aktenübermittlung in die eine oder andere Richtung?

Hubert Bauer: Ja, das ist richtig.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Seitens der SP-Fraktion im Moment keine weiteren Fragen. VP-Fraktion: keine Fragen. Damit zur Freiheitlichen Partei. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Gruppeninspektor, ich muss dem noch ein bisschen nachgehen, was Sie vorhin angeschnitten haben. Habe ich das richtig verstanden: Der Herr Tischlinger ist an Sie herangetreten und wollte eine Aussage machen?

Hubert Bauer: Ebenfalls wieder denselben Weg. Der Herr Tischlinger hat unserem stellvertretenden Referatsleiter bekannt gegeben, dass er eine Zeugeneinvernahme betreffend Herrn Sailer möchte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine Zeugenaussage möchte er machen?

Hubert Bauer: So ist es mir bekannt gegeben worden, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist das etwas, was normal ist, was öfters vorkommt, und wenn ja, wie ist dann mit diesem Angebot der Zeugenaussage umgegangen worden? Hat es dann diese Einvernahme gegeben?

Hubert Bauer: Das finde ich durchaus normal. Die Einvernahme hat es **nicht** gegeben, da mit 15. Juli von der Frau Mag. Habicher eben der Stopp der Ermittlungen verfügt wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wissen Sie, wie es in der Zwischenzeit aussieht? Sind die Ermittlungen wieder gestattet worden? Oder hat es bereits andere Aufträge gegeben, dass Sie weiterermitteln können?

Hubert Bauer: Ja, das hat erst begonnen. Ich habe erst Aufträge bekommen, aber das sind laufende Ermittlungen. Es ist noch nichts bekannt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt zur ganzen Sache, wie es überhaupt begonnen hat. Sie haben ja am 14. Juli 2009 einen Anlassbericht verfasst.

Hubert Bauer: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In diesem Bericht haben Sie verdächtige Passagen geortet, und zwar insgesamt drei Bereiche. Ich zitiere Sie kurz:

Sie stellen einen Zusammenhang her zwischen E-Mail-Passagen des Herrn Sailer an den Herrn Öllinger und Dienstaufträgen, die der Herr Sailer gehabt hat, zu ermitteln.

Also Sie meinen da zum Ersten, zum Themenkomplex „alpen-donau“: Hier hat es einen Auftrag des LVT an Sailer zur Durchforstung der Homepage gegeben. Der zweite Punkt war dann zum Thema Dr. Ludwig. Hier gab es einen Auftrag des LVT Oberösterreich für Internetrecherche und Computerauswertung. Und drittens ad Felix Budin („Eispickel“): Hier gab es einen dienstlichen Auftrag des LVT Oberösterreich zur

Internetrecherche. Die Erkenntnis, dass Budin Felix („Eispickel“) der Bedroher des Landtagsabgeordneten Trübswasser sein soll, entstammt den Recherchen von Uwe Sailer, die an Öllinger im E-Mail am 8. Juli 2009 weitergegeben wurden.

Sind es diese Passagen, die aus Ihrer Sicht einmal den Verdacht nahelegen lassen, dass hier Herr Sailer Material, ausschließlich Innenministeriumsakten im weitesten Sinn, an den Herrn Öllinger weitergegeben hat?

Hubert Bauer: Ja, das sind keine Verdachtsmomente, die ich selber erkundet habe, sondern es ist mir von Oberösterreich, von Pilsl beziehungsweise LPK Oberösterreich mitgeteilt worden, dass in diesen Passagen ein Zusammenhang mit dienstlichen Tätigkeiten bestehen könnte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und die haben Sie in Ihrem Bericht dann daher so zusammengefasst? (*Hubert Bauer: Ja!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im Zuge der Ermittlungen, die Sie noch bis zum 15. Juli, glaube ich, gemacht haben, wo Sie gesagt haben, ab 15. Juli war dann Stillstand mit Ermittlungsschritten: Es hat eine Sicherstellung von Computern im Dienstzimmer von Herrn Sailer gegeben. Wissen Sie darüber etwas?

Hubert Bauer: Es ist von der Staatsanwaltschaft angedacht worden, eine derartige Anordnung zu treffen, jedoch ist es zu der nicht mehr gekommen, weil eben die Ermittlungen gestoppt worden sind.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Frau Habicher von der Korruptionsstaatsanwaltschaft war heute hier als Auskunftsperson, und sie hat gemeint, es ist eher darum gegangen, dass eine **Auswertung** der Daten von den Computern vorerst gestoppt wird. Eine Sicherstellung sei jedenfalls durch die Dienstbehörde erfolgt, also dass einfach der Arbeitsbereich Dienststelle Uwe Sailer abgesperrt wurde, abgedreht wurde und dass er keinen weiteren Zugriff mehr dazu hatte. Was wissen Sie darüber?

Hubert Bauer: Darüber weiß ich, dass der Arbeitsplatz des Herrn Sailer abgedreht worden ist und bis dato nicht mehr in Betrieb genommen wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, nachdem die Immunität des Herrn Abgeordneten Öllinger aufgehoben wurde und ermittelt werden darf, sagen Sie, das war noch zu kurz, um bis jetzt weitere Ermittlungsschritte durchzuführen. – Habe ich das richtig verstanden? (*Hubert Bauer: Ja!*) – Also auch keine weiteren Einvernahmen Sailer/Memic; also all das, was Sie eigentlich in Ihrem Bericht in weiterer Folge angeregt haben, ist bis jetzt noch nicht passiert?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Herr Bauer, kennen Sie den Herrn Kloibmüller?

Hubert Bauer: Persönlich nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Kennen Sie den Herrn Pilsl?

Hubert Bauer: Nein, auch persönlich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ist Ihnen bekannt, dass der Auftrag an das BIA, gegen Uwe Sailer und gegen den grünen Abgeordneten Öllinger zu ermitteln, von Kloibmüller kam?

Hubert Bauer: Zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an mich habe ich das nicht gewusst, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Haben Sie Wahrnehmungen darüber, ob Sie öfters aus dem Kabinett der Frau Bundesministerin – oder früher: der Bundesminister – Aufträge bekommen haben?

Hubert Bauer: Nein, habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Sie haben dann auch den sogenannten Anfallsbericht verfasst. – Ist das richtig? (*Hubert Bauer: Ja!*) Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, diesen Bericht zu verfassen?

Hubert Bauer: Der stellvertretende Referatsleiter, Chefinspektor Gärtner.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Haben Sie Wahrnehmung darüber, von wem Herr Gärtner den Auftrag bekommen hat?

Hubert Bauer: Habe ich nicht. Ich habe dann erst gesehen, dass es vom BIA 1 gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt, der Auftrag ging von Kloibmüller an BIA 1, von BIA 1 an Gärtner und von Gärtner an Sie. – Ist das richtig?

Hubert Bauer: So muss es gewesen sein, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Haben Sie über diesen Anfallsbericht irgendjemanden in Oberösterreich informiert? Haben Sie irgendeine Dienststelle in Oberösterreich über diesen Anfallsbericht informiert?

Hubert Bauer: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung darüber, ob der Herr Gärtner jemanden in Oberösterreich über diesen Anfallsbericht informiert hat?

Hubert Bauer: Habe ich auch keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wissen Sie, an wen dieser Anfallsbericht, außer an die Korruptionsstaatsanwaltschaft, noch gegangen ist?

Hubert Bauer: Nein, weiß ich nicht; meines Wissens nur an die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wem haben Sie diesen Bericht gegeben?

Hubert Bauer: Zur Unterzeichnung Chefinspektor Gärtner.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Und dann war das für Sie zunächst erledigt, nehme ich an? (*Hubert Bauer: Ja!*)

Erinnern Sie sich daran, dass Sie am 13. Juli von Herrn Brigadier Schnell, Stadtpolizeikommandant von Linz, Material mit einem Begleitschreiben bekommen haben? (*Hubert Bauer: Ja!*)

Der Herr Stadtpolizeikommandant beruft sich dabei auf einen Auftrag des Herrn Pils, des Landespolizeikommandanten von Oberösterreich. Haben Sie mit Herrn Schnell über diesen E-Mail-Verkehr hinausgehend – davor oder danach – telefonisch gesprochen?

Hubert Bauer: Weder vorher noch nachher mit ihm gesprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Haben Sie Kenntnis davon, wann das Landespolizeikommando in Oberösterreich offiziell vom BIA über die Ermittlungen informiert wurde?

Hubert Bauer: Nein, habe ich keine Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Hat Ihnen Ihr Vorgesetzter, BIA 39, Herr Gärtner, eine Mitteilung über ein E-Mail gemacht, das er vom Landespolizeikommandanten Pils bekommen hat, über das Ergebnis der Veranlassungen in Oberösterreich am 13. Juli? (*Hubert Bauer: Was meinen Sie damit?*)

Wir haben – leider nicht vorhaltbar – ein E-Mail, das unter „geheim“ firmiert, das am 13. Juli um 13.52 Uhr von Pils an BIA 39, Gärtner, ergangen ist, wo er ihm unter „Hallo Hans“ mitteilt, was schon alles gegen Sailer unternommen wurde, und wo auf diese drei Fakten hingewiesen wird, die Sie dann in Ihrem Bericht vom 14. Juli erwähnen, diese drei unterschiedlichen Verdachtspunkte. – Erinnern Sie sich daran? Sie erinnern sich an diese drei Verdachtspunkte? (*Hubert Bauer: Ja!*)

Sie erwähnen in Ihrem Bericht, dass das eine Mitteilung des Herrn Pils an das BIA war.

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Gab es außer diesem E-Mail Pils an BIA 39, Gärtner, eine andere Mitteilung, dass diese drei Punkte besonders zu untersuchen seien – wie Sie es ja in Ihrem Bericht darstellen?

Hubert Bauer: Meines Wissens nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt, Ihnen war daher dieses E-Mail bekannt? (*Hubert Bauer: Ja!*) – Darüber bin ich sehr froh, denn jetzt kommt meine Frage.

Hier wird von Pils bereits zum ersten Mal erwähnt, dass es sich unter Umständen um eine Verletzung des Amtsgeheimnisses handeln könnte, also § 302, ein Officialdelikt.

Haben Sie Kenntnis davon, wann Herr Pils davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Staatsanwaltschaft schon an der Sache dran ist?

Hubert Bauer: Nein, darüber habe ich keine Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Wissen Sie, ob Herr Gärtner mit Herrn Pilsl darüber gesprochen hat, dass die Staatsanwaltschaft schon an der Sache dran ist?

Hubert Bauer: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Dieses E-Mail ist nämlich vor dem Hintergrund Ihres geplanten weiteren Vorgehens interessant. Ihr Bericht an die Korruptionsstaatsanwaltschaft wurde von Ihnen am 14. Juli 2009 verfasst. Und am 13. Juli, am Tag davor, berichtet Herr Pilsl in einem Ihnen nach eigener Darstellung bekannten E-Mail, dass all das, was Sie im geplanten weiteren Vorgehen vorschlagen, ja schon geschehen ist.

Sie schreiben über das geplante weitere Vorgehen – ich zitiere aus Ihrem Bericht; für das Protokoll: vom 14. Juli 2009, Aktenseite 45 –, Zitat:

Um die Angaben des Sailer Uwe verifizieren zu können, wird um Anordnung der Sicherstellung der EKIS-Protokolldaten im angeführten Zeitraum ersucht. – Ende des Zitats.

Tatsache ist aber, dass Herr Pilsl Ihnen in diesem bereits zitierten E-Mail berichtet, dass das Büro bereits abgesperrt wurde – nämlich in der Weise, dass sogar die Büroschlüssel ausgetauscht wurden –, der Computer damit sichergestellt wurde und die Stromversorgung für den Computer abgehängt wurde und als weitere Sicherheitsmaßnahme BAKS – ich nehme an, dass ist irgendein Zugangscode – gesperrt wurde.

Das heißt, das, was Sie am Tag **danach** der Staatsanwaltschaft vorschlagen, teilt Ihnen am Tag **davor** Herr Pilsl schon mit: Ist ja schon geschehen. – Können Sie mir diesen Widerspruch aufklären?

Hubert Bauer: Für mich ist das nicht wirklich ein Widerspruch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Ich habe Ihnen den falschen Satz vorgehalten.

Der richtige Satz, der Ihnen aus Ihrem Bericht vorzuhalten ist, lautet – Zitat –:

Um Anordnung der Sicherstellung und Auswertung der Daten des dienstlichen Computers von Uwe Sailer wird ersucht

– um Anordnung der Sicherstellung des dienstlichen Computers; das ist ja bereits erfolgt! –

, da sich laut Angaben des Oberst Pogutter nicht ausschließen lässt, dass auch über den dienstlichen Mail-Server Mails an den Nationalratsabgeordneten Öllinger Karl gingen. – Ende des Zitats.

Jetzt habe ich Ihnen das richtig vorgehalten.

Das heißt, hier schlagen Sie etwas vor, was im wesentlichen Teil, nämlich hinsichtlich der Sicherstellung des Computers, ja bereits am Tag davor von Herrn Pilsl berichtet wird, das schon geschehen sei.

Hubert Bauer: Das muss dann der Herr Pilsl aus Eigenem veranlasst haben. Ich habe das an die Staatsanwaltschaft geschrieben. Und für mich ist das bindend, was ich an die Staatsanwaltschaft schreibe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das glaube ich Ihnen schon. Wir sind auch der Meinung gewesen, dass der Herr des Verfahrens die Staatsanwaltschaft ist. Daher hat uns dieses eigenmächtige Vorgehen des Herrn Pilsl ja vielmehr erstaunt, weil er bereits am Tag davor von einer Maßnahme wusste, die am Freitag davor – das war am Montag; der 13. war ein Montag – schon geschehen sei, also insgesamt drei Tage davor, bevor Sie überhaupt der Staatsanwaltschaft in einem Bericht vom 14. Juli vorschlagen, dass das geschehen soll. Und dieser Bericht geht am 14. bei der Staatsanwaltschaft ein.

Verstehen Sie mich? Das ist ja das, wo ich sage, das war ein eigenmächtiges Vorgehen zu einem Zeitpunkt, als das ausschließlich Aufgabe – so wie Sie das ja auch richtig darstellen – der Staatsanwaltschaft war, das anzuordnen.

Haben Sie eine Erklärung für diesen Widerspruch?

Hubert Bauer: Herr Abgeordneter, kann ich nicht beantworten. Da müssen Sie bitte den Herrn Pilsl fragen.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Herr Abgeordneter, ich wollte darauf hinweisen, der Computer ist an diesem Freitag abgedreht worden, das Zimmer ist versperrt worden und die Energiezufuhr zu diesem Computer ist gestoppt worden. **Sicherstellung** ist aus meiner Sicht etwas anderes als diese Maßnahmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das ist genau das Problem, dass die Strafprozessordnung darunter eine Sicherstellung versteht, denn eine andere Rechtsgrundlage hatte er nicht.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Die muss aber angeordnet werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das heißt, ob ich jetzt die Sicherstellung dadurch vornehme, dass ich den Computer verplombe oder einen Nylonsack darüberstülpe oder die Büroschlüssel auswechsele, er konnte nicht mehr dazu, denn das war sichergestellt. Es konnte also niemand mehr dazu – außer denen, die den ausgetauschten Schlüssel hatten und außer jenen, die diesen Code hatten.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich habe gemeint, eine technische Sicherstellung, die ja von der ermittelnden Staatsanwaltschaft angeordnet werden muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Das ist das Nächste. Die **technische** Sicherstellung des Computers schlägt Herr Bauer auch vor. Aber es geht jetzt sozusagen einmal um die **körperliche** Sicherstellung des Computers. Hier heißt es:

Um Anordnung der Sicherstellung und Auswertung der Daten (...). – Ende des Zitats.

Das heißt, zuerst einmal müsste der Computer sichergestellt werden, und das ist bereits erfolgt.

Was ich herausarbeiten will, das ist nur, dass der Herr Bauer richtigerweise die Staatsanwaltschaft darum ersucht, weil der Herr des Verfahrens eben der Staatsanwalt

beziehungsweise die Staatsanwältin war, was aber den Herrn Pilz nicht daran gehindert hat, ohne Staatsanwaltschaft im Wissen darum, dass es sich um ein Offizialdelikt handelt, und im Wissen darum, dass dafür die Staatsanwaltschaft zuständig ist, derartige Maßnahmen aus eigenem Antriebe zu setzen; er dem gegenüber aber bei dem Vorhalt, den zuerst ich und dann der Kollege Pilz ihm gemacht haben, wo es um den Verdacht der Bestimmungstäterschaft zur Falschaussage geht, überhaupt keine Veranlassung hat, irgendetwas zu machen. – Das ist der Widerspruch im Verhalten, der politisch erklärbar ist, aber rechtsstaatlich unerträglich ist.

Damit habe ich Sie jetzt genug verwirrt. Das betrifft Sie jetzt alles nicht mehr.

Meine Fragen sind einmal vorläufig erschöpft. – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Beginnen wir noch einmal mit dem Anfallsbericht, den Sie am 10. Juli erstellt haben. – Sind Sie von der Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen beauftragt worden?

Hubert Bauer: Zum Zeitpunkt des Anfallsberichts nicht. Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann sind Sie von der Korruptionsstaatsanwaltschaft mit Ermittlungen beauftragt worden?

Hubert Bauer: Zuletzt mit dem Auftrag am 15. Juli um Einstellung beziehungsweise um Stopp der Ermittlungen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein. Ich habe Sie nicht gefragt, wann der Stopp der Ermittlungen beauftragt worden ist – das stimmt, das war am 15. Juli –, sondern wann der **Beginn** der Ermittlungen beauftragt worden ist. Man kann ja nur Ermittlungen stoppen, die begonnen haben. Wann sind Sie mit der Aufnahme von Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft beauftragt worden?

Hubert Bauer: Ende September.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie kann dann die Staatsanwaltschaft bereits Monate vorher den Stopp der Ermittlungen anordnen, wenn der erste Ermittlungsauftrag erst Ende September erteilt wird?

Hubert Bauer: Nachdem ich den Anfallsbericht und die zwei Anlassberichte geschrieben habe beziehungsweise um weitere Ermittlungen im zweiten Anlassbericht ersucht habe, habe ich dann eben am 15. Juli die telefonische Anordnung bekommen, die Ermittlung zu stoppen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es also richtig, dass Sie vor der Befassung des Nationalrates mit dem Immunitätsproblem in dieser Causa keinen einzigen Ermittlungsauftrag hatten?

Hubert Bauer: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. Das ist einmal ein wichtiger Punkt.

Hat es polizeiliche Ermittlungen in dieser Zeit gegeben?

Hubert Bauer: Nein, von meiner Seite nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage jetzt ein bisschen allgemeiner. Schauen Sie, ich nehme nur ein Beispiel. Sie haben ja am 13. Juli Folgendes mitgeteilt bekommen:

Sehr geehrte Herren! Im Auftrag des Landespolizeikommandanten Generalmajor Pilz Andreas übermittle ich folgende Informationen. – Zitatende.

Waren diese Informationen Ermittlungsergebnisse? Ich frage jetzt nicht, wer Sie beauftragt hat, das ist eine vollkommen andere Frage. Aber waren diese Informationen Ermittlungsergebnisse?

Hubert Bauer: Meiner Meinung nach: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben also *Ermittlungsergebnisse*, aber *keinen Ermittlungsauftrag*.

Bleiben wir einmal beim BIA, denn das ist das, wozu Sie wirklich persönliche Wahrnehmungen haben. Wer hätte Ihnen persönlich einen Ermittlungsauftrag in dieser Causa erteilen müssen?

Hubert Bauer: Mein Referatsleiter, stellvertretender Referatsleiter und in weiterer Folge die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie den Namen des stellvertretenden Referatsleiters nennen – nur, damit wir es im Protokoll haben?

Hubert Bauer: Chefinspektor Johann Gärtner.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist BIA 39?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur sicherheitshalber: Hat Ihnen der Herr Gärtner einen Ermittlungsauftrag in dieser Zeit, also vor dem 15. Juli 2009, erteilt?

Hubert Bauer: Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat er Ihnen polizeiliche Ermittlungsergebnisse in dieser Causa übermittelt?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und haben Sie jemals jemanden gefragt – dieser Jemand könnten in dem Fall auch Sie selber sein –, haben Sie also sich oder jemand anderen gefragt: Wie kann es denn Ermittlungsergebnisse geben, wenn es keinen Ermittlungsauftrag gibt?

Hubert Bauer: Die Frage habe ich mir damals nicht gestellt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Bauer, Sie sehen die Berechtigung dieser Frage ein, nehme ich an?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt gibt es keinen Ermittlungsauftrag. Am 15. Juli – und das, glaube ich, hat die Staatsanwältin durchaus vernünftig gemacht – gibt es einen Hinweis an Sie, auch wenn Sie noch nicht ermittelt haben: Stopp der Ermittlungen, damit ganz sicher gar nichts passieren kann, bevor sich der Nationalrat damit befasst hat.

Bevor ich zu etwas anderem komme, noch eine Frage zu Ihrer Rolle. Was war von Anfang an Ihre Rolle in diesem Verfahren? Warum steht auf jedem BIA-Schriftstück rechts oben über der Adresse immer BIA 153?

Hubert Bauer: BIA 153 ist meine Nummer im BIA. Ich bin kriminalpolizeilicher Ermittler und handle über Auftrag meines Referatsleiters beziehungsweise stellvertretenden Referatsleiters.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte Sie nur eines fragen: Warum wird BIA-intern ein Ermittler festgelegt, wenn es keinen Ermittlungsauftrag gibt?

Hubert Bauer: Einfach, um den Akt zu bearbeiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich versuche wirklich nur, mit Ihnen gemeinsam draufzukommen, damit wir ein klareres Bild kriegen. Es gibt keinen Ermittlungsauftrag, das ist jetzt einmal klar. – Wer hat Sie im BIA ohne einen Ermittlungsauftrag als Ermittler bestimmt? Wer war das?

Hubert Bauer: Ich habe den Akt von BIA 39 bekommen. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben gesagt, Sie sind als Ermittler bestimmt worden. – Ist es richtig, dass BIA 39, also Herr Gärtner, Sie als Ermittler bestimmt hat?

Hubert Bauer: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann hat er das getan?

Hubert Bauer: Am 10. Juli.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gebe Ihnen nur so einen Hinweis: Das Einzige, das ich zeitlich nachvollziehen kann, ist der Auftrag von Kabinettschef Kloibmüller an BIA 1, also Mag. Kreutner, ergangen um 11.12 Uhr.

Können Sie sich erinnern – Sie haben gesagt, am 10. Juli –, wann am 10. Juli Sie zum Ermittler bestellt worden sind?

Hubert Bauer: Am 10. Juli – erinnerlich – im Laufe des Nachmittags. Den genauen Zeitpunkt kann ich Ihnen leider nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Im Laufe des Nachmittags von Herrn Gärtner. – Sie haben aber gewusst, dass es noch keinen Ermittlungsauftrag gibt?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In dem Anfallsbericht machen Sie Vorschläge; das schreiben Sie auch der Korruptionsstaatsanwaltschaft. Ich zitiere:

Geplantes weiteres Vorgehen: Vernehmung des Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Beschaffung der in der APA-Meldung angeführten Dokumente, Vernehmung des Abgeordneten Karl Öllinger und des Polizeibeamten Uwe Sailer. Dazu darf um einen konkreten Auftrag ersucht werden. – Zitatende.

Daraus geht nicht ganz hervor, in welcher Rolle Sie – ich gehe sie jetzt durch – die einzelnen Personen befragen wollten.

Wollten Sie Herrn Abgeordneten Strache als Zeugen oder als Beschuldigten befragen?

Hubert Bauer: Wenn, dann wollte ich ihn als Zeugen befragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das hätte sich nicht ganz aus dem Akt ergeben; vielleicht jetzt, aber damals noch nicht.

Kommen wir zu Herrn Abgeordnetem Öllinger! Wollten Sie Herrn Abgeordneten Öllinger als Zeugen oder als Beschuldigten einvernehmen?

Hubert Bauer: Wenn, dann auch als Zeugen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn, dann auch als Zeugen; das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wollten Sie noch weitere Personen als Zeugen einvernehmen? (*Abg. Neubauer: Dr. Pilz zum Beispiel?*)

Hubert Bauer: Das kann ich jetzt momentan nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollten Sie Herrn Sailer als Zeugen oder als Beschuldigten einvernehmen?

Hubert Bauer: Für mich wäre Herr Sailer im Beschuldigtenstatus einvernommen worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also: Der Ermittler im BIA wird am Nachmittag des 10. Juli bestellt, der zuständige BIA-Ermittler bekommt keinen Ermittlungsauftrag, deswegen beginnt er auch selbst nicht mit Ermittlungen – das ist meiner Meinung nach auch alles in Ordnung –, hat aber ein Vorhaben, das er an die Korruptionsstaatsanwältin richtet, nämlich – und das haben wir jetzt präzisiert, weil es aus der Unterlage nicht so eindeutig hervorgeht – Herrn Sailer als Beschuldigten und die Herren Öllinger und Strache als Zeugen einzuvernehmen.

Habe ich das richtig zusammengefasst?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Weiters: Sie bekommen am 13. Juli dieses Konvolut von Brigadier Johann Schnell. Darin findet sich eigentlich nichts zur Sailer/Öllinger-Geschichte, sondern es geht, soweit aus den Beilagen ersichtlich ist, um ein ganz anderes Faktum, nämlich um diese ganze Geschichte um den 1. Mai 2009 in Linz, um die Demonstration und die Ereignisse rund um diese Demonstration.

Können Sie sich daran erinnern?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie sich diese Beilagen, dieses Aktenkonvolut angesehen?

Hubert Bauer: Ja, habe ich durchgeschaut.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen dieses Schriftstück, dieses E-Mail aufgefallen, in dem ein Oberstleutnant einen Vorschlag für eine Zeugenaussage macht? Ist Ihnen das erinnerlich?

Hubert Bauer: Da müsste ich jetzt in meinen Akten nachschauen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde es Ihnen gleich vorhalten. Es geht darum: Herr Oberstleutnant Christian Moser schreibt an Herrn Thomas Hinteregger, Polizeiinspektion Mondsee, wegen Demo 1. Mai und so weiter und macht einen Vorschlag für eine Niederschrift, weil der Kollege offensichtlich einvernommen werden soll. Er schreibt:

Inhalt der NS sinngemäß: ‚Ich habe einen rechtswidrigen Angriff auf die EE abgewehrt, es handelt sich hierbei um das Delikt des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt und versuchter schwerer Körperverletzung durch zahlreiche unbekannte Täter zu meinem Nachteil und zum Nachteil meiner Kollegen in der Kette. Ich sprühte somit in Notwehr und Nothilfe. Ich kann mich / ich kann mich nicht an eine dunkle Frau erinnern.

Das Besprühen aus rassistischen Gründen ist eine Unterstellung, die jeder Grundlage entbehrt und meiner Ansicht nach den Tatbestand der Verleumdung darstellt.

Mehr kann ich dazu nicht angeben.‘ – Zitatende.

Also wenn man das jetzt sehr hart interpretiert, stellt das möglicherweise die Beitragstäterschaft zu einer falsche Beweisaussage dar. – Ist Ihnen das bekannt? Können Sie sich an dieses Schriftstück erinnern?

Hubert Bauer: Ich habe es jetzt vor mir liegen. Ich kann mich an dieses Schriftstück dezidiert nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, dann hat es auch nicht wirklich Sinn, wenn ich Sie frage, was Sie aufgrund dessen getan oder nicht getan haben.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Wäre es sinnvoll, an dieser Stelle die Befragung zu unterbrechen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kollege Bartenstein, ich habe so wenig zu fragen, ich bin fast durch, und ich vermute, dass wir Herrn Bauer als Auskunftsperson gar nicht mehr brauchen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Gut, dann versuchen wir doch, die Befragung abzuschließen. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Soweit ich das jetzt beurteilen kann, haben wir eigentlich alles Wesentliche. – Im Sinne der Kürze: herzlichen Dank.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Bauer, Sie haben die Sicherstellung der Unterlagen, der Daten des PCs veranlasst, in der Form der Sicherstellung, wie immer das dann auch gemacht wurde, indem man dem Büro praktisch den Strom abgedreht hat, damit da nichts gemacht werden kann. – Ist das soweit halbwegs richtig dargestellt?

Hubert Bauer: Das wurde als Erstmaßnahme nicht von mir veranlasst, sondern von Oberösterreich, ja.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Konnte durch diese Maßnahme auch sichergestellt werden, dass Herr Sailer nicht dennoch Zugriff auf seine E-Mails über den Webserver hatte?

Hubert Bauer: Das kann ich Ihnen leider nicht beantworten, ich bin computertechnisch nicht sehr versiert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Bauer, meine zweite Frage: Ist Ihnen der BIA-Erlass bekannt, auf der Basis, auf der Sie eigentlich ermitteln und arbeiten?

Hubert Bauer: Er ist mir nicht dezidiert bekannt, nur in groben Zügen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich kann Ihnen die wesentlichen Bestimmungen kurz zu Gehör bringen. Eine lautet, Sie sind ermächtigt, in den §§ 302 bis 313 StGB zu ermitteln. – Ist Ihnen das geläufig?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist Ihnen auch geläufig, dass in diesem Erlass steht, das Büro sei in diesen Bereichen zuständig, Verdächtigungen oder Vorwürfe wahrzunehmen und Ermittlungen zu führen, wenn sich diese gegen Bedienstete des Bundesministeriums für Inneres, der Sicherheitsdirektion, der Bundespolizeidirektionen et cetera richten?

Hubert Bauer: Ja.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, Sie haben – um die Fragen des Herrn Dr. Pilz auf den Punkt zu bringen – die Möglichkeit, dann, wenn Ihnen solche Verdachtsmomente von zum Beispiel BIA 39 übertragen werden, von Amts wegen zu ermitteln?

Hubert Bauer: Ja.

Obmann Dr. Martin Bartenstein stellt fest, dass keine Fragen mehr an die Auskunftsperson vorliegen, dankt dieser für ihr Erscheinen, verabschiedet sie und leitet sodann zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung über.

19.10

(Die Auskunftsperson Gruppeninspektor Hubert **Bauer** verlässt den Sitzungssaal.)

*(Fortsetzung: 19.11 Uhr bis 19.19 Uhr – und somit Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)*
